

16-C-176

Der erste Kongreß

aller sozialdemokratischen Parteien
der Tschechoslowakei

Protokoll

des gemeinsamen Kongresses der deutschen
sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der tschecho-
slowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik, der polnischen
sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschecho-
slowakischen Republik und der sozialdemo-
kratischen Partei Karpathorußlands

am 28. und 29. Jänner 1928
in Prag.



Dr. LUDWIG CZECH
Brünn, Parkstraße 24.

Prag 1928.

Verlag des Partei-Vorstandes der deutschen
sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschoslowakischen Republik.
Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ Troppau-Katharein.

18-6-146

Der

TAGES - ORD NUNG :

1. Eröffnung des Kongresses.
2. Wahl des Präsidiums.
3. Wahl der Mandats- und Antragsprüfungs-Kommission.
4. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die Aufgaben der Arbeiterklasse.
Referenten: Bechyně und Dr. Czech.
5. Der Kampf um die Sozialversicherung.
Referent: Dr. Winter.
6. Die sozialpolitische Gesetzgebung und die Angriffe der Reaktion. Referent: Schäfer.
7. Verschiedenes.



Koupi od	~
Darem od	Mw.
v	— za Kčs —
Inv. č.:	38.314
Sign	

ÚSTŘEDNÍ KNIHOVNA
PRÁVNICKÉ FAKULTY UJEP
STARÝ FOND
 C. inv.č. 08566

Erster Verhandlungstag.

Begrüßung und Eröffnung des Kongresses.

Der Kongreß wurde um 10 Uhr 10 Minuten vormittags mit dem Gesang der „Internationale“, der von den Mitgliedern des Gaues „Förster“ der Arbeiterfänger vorgetragen wurde und mit einem von Mitgliedern der tschechischen und deutschen Arbeiterturner auf der Bühne gestellten lebenden Bild eröffnet. Gesang und lebendes Bild wurden mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Darauf eröffnete

der Vorsitzende des Vollzugsausschusses der tschechoslowakischen
sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Gen. Anton Š a m p l,
den Kongreß

mit folgenden Worten:

Werter Kongreß! Genossen und Genossinnen! Ueber Beschluß der Parteivorstände der sozialdemokratischen Parteien in der tschechoslowakischen Republik ist die Einberufung dieses gemeinsamen Kongresses erfolgt. Die gemeinsame Beratung betraute den Genossen Dr. Č z e c h und mich, Sie auf diesem Kongreß zu bewillkommen und zu begrüßen. Wir müssen uns der außerordentlichen Bedeutung dieses Augenblickes bewußt werden und ich will daher einige Worte über die Bedeutung des Kongresses sagen.

Die Proletariermassen aller Nationen, die diesen Staat bewohnen, sehen dem heutigen Kongreß mit großem Interesse und großen Hoffnungen entgegen. Schon die bloße Tatsache seiner Abhaltung ist ein wichtiger politischer Akt, der tief in die innerstaatliche Politik eingreift, aber auch die Aufmerksamkeit der sozialistischen Schichten der proletarischen Klasse im Ausland erweckt.

Wenn wir uns heute wiederum nach 22 Jahren als Vertreter der tschechoslowakischen, deutschen und polnischen sozialdemokratischen Parteien zusammenfinden, so muß die Tatsache als bedeutamer historischer Augenblick gewürdigt werden. Die alte schein-konstitutionelle österreichisch-ungarische Monarchie, die autokratisch über die Nationen wie über ein lebendiges Eigentum des kaiserlichen Hauses herrschte, befolgte sorgsam die Losung: „Teile und herrsche!“ Sie nährte künstlich die nationalen Gegensätze und arbeitete damit gegen die Vereinigung des seiner selbst bewußten Volkes, das nach Beseitigung der veralteten politischen Ordnung rief und die Demokratisierung der staatlichen Verwaltung verlangte.

Die politische Geschichte der Vorkriegsjahre zeigt uns deutlich, daß die nationalen Streitigkeiten in Österreich immer dann wie auf Kommando in hellen Flammen aufloderten, wenn irgend eine große Reformbewegung erstarkte und die Ruhe der feudalen Regierung und der kaiserlichen Bürokratie bedrohte. Ich erwähne nur den großen Kampf um das allgemeine gleiche Wahlrecht in den Reichsrat im Jahre 1905 und das rasche Wachsen der Sozialdemokratie in dieser Zeit, worauf bald nationale Stürme folgten, die fast in allen Ländern Oesterreichs entfacht wurden.

Unter diesen Umständen war der Kampf der Sozialdemokratie nicht nur ein Kampf der unterdrückten Klasse um die Aenderung der Wirtschaftsordnung und um die Verbesserung des sozialen Loses, sondern zugleich ein kultureller

Kampf der unterdrückten Nationen. Denn die herrschende Klasse benützte vor allem die kulturelle Rückständigkeit und politische Unreife der breiten Bevölkerungsschichten zur Erhaltung ihrer damaligen Macht.

Die habsburgische Monarchie gehört schon 10 Jahre der Vergangenheit an. Sie ging im Weltkrieg unter, sie erlag im blutigen Kampfe, den die imperialistischen Gelüste der unfähigen Führer der kaiserlichen Außenpolitik hervorgerufen hatten. Der Weltkrieg änderte radikal die Landkarte des erschöpften Europa und seine Folgen stellten das Proletariat dieses Erdteiles vor eine Reihe neuer Aufgaben.

Die revolutionären Stürme stürzten die apostolische Majestät der Kaiser und Könige vom Thron, zerstreuten ihre Kamarilla und die engen Kreise ihrer aristokratischen Ratgeber über die ganze Welt, erschütterten die kapitalistische Wirtschaftsordnung bis in ihre Grundlagen, entrißen den privilegierten Schichten die politische Macht und beriefen den arbeitenden Menschen zur Entscheidung über die Angelegenheiten der Nation.

Aus den Stürmen des Weltkrieges, aus der Auslandsrevolution, deren hauptsächlichster Träger der tschechische Arbeiter war und aus dem einheimischen Aufstand, der sich gleichfalls auf die proletarischen Schichten stützte, ging unser neuer Staat, die Tschechoslowakische Republik, hervor. In diesem neuen Staat begann für die tschechoslowakische Sozialdemokratie eine Periode neuer Kämpfe. Es ging um den Ausbau der demokratischen Verfassung gegen den Willen vieler, die sich nach den verschiedenen Privilegien der Vergangenheit sehnten und außerdem mußten die notwendigen wirtschaftlichen Verbesserungen und sozialen Errungenschaften geschaffen werden. Das war keine kleine und keine leichte Arbeit. Aber wir arbeiteten mit unseren besten Kräften und wir glauben, daß wir mit ruhigem Gewissen der arbeitenden Bevölkerung dieses Staates und der internationalen sozialistischen Öffentlichkeit Rechnung legen können. Vieles haben wir freilich nicht erreicht, Vieles ist uns nicht gelungen, aber diese Dinge gingen über unsere Kraft und standen außerhalb des Bereiches der gegebenen Möglichkeiten.

Für die deutschen Genossen und in geringerem Maße vielleicht auch für die Angehörigen der übrigen nationalen Minderheiten in der Republik brachten die neuen Verhältnisse eine gewisse Erschwerung ihres Kampfes. Denn sie riefen vorübergehend eine Neubelebung der nationalen Kämpfe hervor, die den Prozeß der systematischen Erziehung und Organisation des Proletariats erschwerten. Aber diese Schwierigkeiten sind nur vorübergehende, denn die gesunde und natürliche Entwicklung der Organisation des sozialistischen Proletariats kann nichts auf die Dauer aufhalten.

Den gegenwärtigen Stand der politischen Angelegenheiten in der tschechoslowakischen Republik, der indirekt zur Einberufung dieses denkwürdigen Kongresses Anlaß gab, will ich in der Eröffnungsrede nicht ausführlich schildern. Ich will nicht behaupten, daß die Verhältnisse bei uns der Ausdruck der schwärzesten Reaktion sind. Das wäre ungerecht. Denn ein flüchtiger Blick auf das nahe und entfernte Ausland lehrt uns, daß es Staaten mit weit schlimmeren Verhältnissen gibt. Aber wahrheitgemäß stelle ich fest, daß derzeit bei uns ein Regime an der Macht ist, dessen reaktionäre und antisoziale Tendenzen offenkundig sind. (Zustimmung.) Eine Reihe reaktionärer Taten der Regierung und eine ganze Serie von der heutigen Regierungsmehrheit beschlossener Gesetze ist ein Beweis dafür, daß die jetzige tschechisch-deutsche Bürgermehrheit des Parlamentes auf geraden Wegen und auf Umwegen bemüht ist, die revolutionären Errungenschaften des Volkes zu schmälern. (Neuerliche Zustimmung.)

In den großen Stunden der historischen Entscheidung nach dem Weltkrieg suchte die erschreckte Bourgeoisie Hilfe bei den festgefühten Reihen der Arbeiterschaft. Damals schützte sie Liebe zum Volk vor und versprach dem Proletariat

eine allseitige Verbesserung seiner Verhältnisse. Es war damals, als der Boden unter ihren Füßen brannte, nicht nur bei uns, sondern überall im Ausland und als namentlich der wirtschaftliche Ausblick in die Zukunft sehr trüb war. Seither hat sie sich erholt. Die erste Anspannung der proletarischen Kräfte reichte nicht hin, um die Wirtschaftsordnung im Weltmaßstabe umzuwälzen, das kapitalistische Produktionssystem restaurierte sich um den Preis einer beispiellosen Verarmung der Nationen und als dann noch die einheitlichen Reihen des sozialdemokratischen Proletariats durch einen unzeitigen Streit über die sozialistische Taktik zerrissen wurde, setzte sich die Bourgeoisie wiederum fest in den Sattel. Bei uns, wie überall sonst in der Welt.

Aber unsere Bourgeoisie rechnet falsch, wenn sie meint, daß das Proletariat sich überlisten und um die schwer und blutig bezahlten Ergebnisse der Revolutionszeit bringen läßt. Sie begeht einen großen Fehler, wenn sie glaubt, daß man in diesem Staate nahezu 60 Prozent der Bevölkerung, die gegen Lohn und Gehalt arbeitet, regieren kann. Und es ist ein anschauliches Beispiel politischer Kurzsichtigkeit, daß die Bourgeoisie, weil sie sich fest an der Macht wähnt, in den breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung eine Stimmung erzeugt, welche der weiteren Entwicklung dieses Staates nicht dienlich sein kann.

Es ist Sache der politischen Verantwortlichkeit der Bourgeoisie, wie sie diese unvernünftige Taktik vor der Geschichte verteidigen will. Uns hat diese Taktik den Erfolg gebracht, daß sie aufs Neue die große Lösung Marxens bekräftigt hat: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! (Beifall.)

Wir fühlen gemeinsam den schweren Druck der bourgeoisen Willkür und finden uns zur Beratung über ein gemeinsames Vorgehen in der Abwehr und im Angriff zusammen. Ich glaube, daß ich in der Eröffnungsrede feststellen kann, daß zwischen uns kein grundsätzlicher Gegensatz besteht, weil wir alle auf den fundamentalen Grundlagen des internationalen Sozialismus stehen. Uns trennen nur taktische Unterschiede, größere oder kleinere, aber nirgends so tiefe, daß sie unsere gemeinsame Liebe zur Sache des arbeitenden Volkes nicht überwinden könnten. (Beifall.)

Genossen und Genossinnen, ich glaube, daß diese Versammlung, nach langen Jahren die erste, nicht die letzte sein wird und daß sie den Grund legen wird für das gemeinsame Vorgehen der gesamten sozialdemokratischen Arbeiterschaft in der tschechoslowakischen Republik. Ich glaube, daß wir es vor der Arbeiterklasse nicht verantworten könnten, wenn wir uns nicht um ein gemeinsames Vorgehen bemühten. (So ist es.) Die vereinigte Sozialdemokratie erhielt bei den letzten Wahlen eine imposante Stimmenzahl, welche die für die radikale Romantik abgegebenen Stimmen überwog.

Zugleich belehrt die vereinigte Bourgeoisie in diesem Augenblick die Arbeiterklasse sehr anschaulich, daß die Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien notwendig ist. Es bestehen und festigen sich daher die Voraussetzungen für das gemeinsame Vorgehen, das die arbeitenden Menschen so sehnsüchtig erwarten. Nach diesem großen Ziel, nach diesem großen Instrument der politischen und wirtschaftlichen Macht zu streben, ist nicht nur ein Gebot der Verantwortlichkeit, sondern auch ein Gebot der politischen Voraussicht. (Zustimmung.)

Wir erleben heute eine historische Stunde. Das Ziel, das wir erreichen wollen, ist uns allen klar. Klar und gemeinsam sind uns auch die Methoden der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe. Wir müssen heute hervorheben, was uns vereinigt und mutig dem in die Augen blicken, was uns trennt. Wir stehen vor einer guten und großen Arbeit, zu der ich Sie herzlich bewillkomme und zu der ich vielen Erfolg wünsche. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Die Eröffnungsrede des Vorsitzenden der deutschen sozialdemokratischen
Arbeiterpartei, Genossen Dr. Ludwig Czack:

Mit angehaltenem Atem, in freudiger Erwartung hat das deutsche Proletariat dieses Landes dieser Stunde entgegengeesehen. Sie soll der Arbeiterklasse die Verwirklichung ihrer tiefsten Sehnsucht nach baldigster Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte um ein Stück näher bringen. Sie soll dem kühnen Gedankenfluge unseres unvergeßlichen Josef Seliger, dem Proletariatskongreß, den Weg zur Verwirklichung bahnen und so den letzten seiner Träume in die Tat umsetzen helfen. Hochenden Herzens treten wir in die Beratungen ein, von denen wir hoffen, daß sie ein historischer Wendepunkt sein werden in unserer großen Arbeit, in unserem schwierigen Kampfe, in unserem harten Schicksal. Und wenn sich in diesem Augenblicke in unsere freudige Erregung, die unser Blut in Wallung bringt, unsere Herzen lauter schlagen läßt, ein Vermutstropfen mengt, so vor allem deshalb, weil es unserem Freunde Josef Seliger (die Delegierten erheben sich von den Sitzen) nicht vergönnt blieb, diesen großen, diesen stolzen Tag in unserer Mitte zu erleben und die Saat, die er in so reichem Maße ausgestreut hat, reifen zu sehen. In Wehmut und Dankbarkeit gedenken wir seiner in dieser Stunde.

Dem Kongreß überbringen wir die herzlichsten Grüße, die innigsten Wünsche der deutschen Arbeiterschaft. Seine volle Bedeutung zu würdigen, bleibt der Zukunft vorbehalten. Doch kann schon in dieser Stunde, ohne daß man sich großen Ueberschwenglichkeiten oder Illusionen hingeben würde, gesagt werden, daß seine historische Aufgabe schon durch die bloße Tatsache erfüllt ist, daß sich nach 22 Jahren deutsche, tschechische und slowakische, ungarische, polnische und karpatohorussische Arbeiter wieder zu brüderlicher Beratung zusammengefunden haben und daß sie alle, die in diesem Saale versammelt sind, in diesem Augenblicke von einem einzigen Gedanken besetzt sind, die großen Aufgaben, vor die uns der Kongreß stellt, einmütig und im sozialistischen Geiste zu lösen und darüber hinaus den Weg für eine innige, brüderliche und dauernde Arbeits- und Kampfgemeinschaft aller sozialdemokratischen Parteien des Landes freizulegen. Schon diese Tatsache allein rechtfertigt — von den bedeutsamen Auswirkungen abgesehen, die die Kongreßbeschlüsse zeitigen werden — unsere freudige Erregung, berechtigt uns zu den größten Hoffnungen und gibt uns den besten Ausblick in die Zukunft. Denn wir brauchen nur an die alten sozialistischen und internationalen Traditionen unserer Vorkämpfer und Wegbahner anzuknüpfen, um die großen Ziele erreichen zu können, denen unsere ganze Arbeit, unser ganzer Kampf gewidmet ist. (Stürmischer Beifall.)

Und indem wir dies aussprechen, wird in uns die Erinnerung an jene Männer lebendig, die unsere Bewegung mit ihrem Geiste erfüllt und sie durch die Erziehung der Massen, durch Vertiefung ihres Klassenbewußtseins als stolze Kampfarmee in die sozialistische Arbeiterinternationale eingegliedert haben.

Allen diesen Pionieren des Proletariats voran nennen wir Viktor Adler und Anton Němec (der Kongreß erhebt sich), jene großen Erwecker des Proletariats, die die Arbeiterschaft aller Nationen aus einer losen Masse zur geschlossenen Kampftruppe geformt, mit dem geistigen Rüstzeug ausgestattet und durch festgefügte Organisationen zum heutigen Aufstieg geführt haben. Ihnen, deren Name und Andenken in der Arbeiterschaft dieses Landes fortlebt und fortwirkt, deren Geist ihr in allen Kämpfen voranschreitet, von dieser Stelle aus herzlichst zu danken, halten wir für unsere Pflicht.

Und nun ein paar Worte über die Aufgaben, die uns bei diesem Kongreß gestellt sind. Der Kongreß tritt in einer der schwersten Stunden des Proletariats dieses Landes zusammen. Mitten in einer Blüteperiode des tschechoslo-

wasischen Kapitalismus müssen die Arbeiter bei kärgsten Löhnen und drückenden Lasten unter den ungeheuren Entbehrungen um ihr Dasein ringen und sehen alle Versuche, ihr Lebensniveau auf ein erträgliches Maß zu erhöhen, immer und immer wieder zusammenbrechen. In dieser Situation erblickt das Unternehmertum den richtigen Moment, den wirtschaftlichen Druck, der auf der Arbeiterklasse lastet, zu verstärken und der geschwächten, innerlich zerrissenen und dadurch widerstandsunfähigen Arbeiterschaft Stück für Stück der revolutionären sozialen und sozialpolitischen Errungenschaften abzupressen. Der neu konstituierte deutsch-tschechische Bürgerblock, der von der ersten Stunde an der Anwalt und Sachwalter des Industrie-, des agrarischen und des Finanzkapitals gemein ist und die Sicherung und Steigerung der Bodenrente und des Kapitalprofites zu seiner höchsten Aufgabe machte, ermieß sich bald als ein willfähiges Werkzeug seiner kapitalistischen Auftragsgeber, denen er bei der Verwirklichung ihrer reaktionären Absichten bereitwilligst Handlangerdienste leistet, wobei er dann auch noch im eigenen Wirkungskreis dafür sorgt, daß die wirtschaftliche und soziale Reaktion in der politischen und kulturellen ihre Ergänzung und Vollenbung findet. So kam es zu den gehäuftsten Attentaten der kapitalistischen deutsch-tschechischen Bürgerregierung auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, auf die demokratischen Einrichtungen der Republik, auf die nationalen und kulturellen Güter der Staatsbürgerschaft. Dieser ganz unerträglichen Situation gegenüber bedurfte es auch ganz außerordentlicher Abwehrmaßnahmen, und hier wieder vor allem der Sammlung und Formierung, der Rüstung und Mobilisierung der Kampf- und Sturmtruppen des Proletariats aller Nationen, das nur in engster Verbundenheit und Geschlossenheit der Sturmattacke der Reaktion widerstehen und nur so auch noch seinerseits zum Gegenangriff übergehen kann. (Lebhafter Beifall.) Als im Jahre 1911 am Innsbrucker Parteitag der deutschen Sozialdemokratie über die Wiederaufrichtung der österreichischen sozialistischen Internationale gesprochen wurde, rief Viktor Adler dem Parteitag zu:

„Es könnte sein, daß sehr bald nicht nur dem deutschen sondern auch dem tschechischen Proletariat an seinem Leib vordemonstriert, eingepaukt und eingebläut wird, wie notwendig es ist, daß das ganze sozialdemokratische Proletariat gewerkschaftlich und politisch ein Körper und vor allem ein Geist ist.“

„Darum sind wir“ — meinte er — „verpflichtet, mit aller Deutlichkeit auszusprechen, daß wir als Deutsche eine lebendige gemeinsame Partei brauchen und daß wir sie nicht nur für alle, sondern auch für uns brauchen. Es wird die Arbeit, die unserer harzt, nicht leicht sein, aber auf diesem Gebiete wird man Geduld haben müssen. Geduld ist neben der Tapferkeit die schönste sozialistische Tugend. Wir werden Geduld haben müssen, aber ich bin überzeugt, es wird dazu kommen.“

Nun, Genossen, ist es gekommen. Das haben uns allen, um mit den Worten Viktor Adlers zu sprechen, die Verhältnisse eingepaukt und eingebläut! Das haben wir alle, die tschechischen und die deutschen, die polnischen und die ungarischen Arbeiter begriffen und uns darum hier zur Sammlung und Vereinigung unserer Kräfte, zur Bereitstellung einer schlagkräftigen Kampftruppe zusammengefunden, um uns für die große Auseinandersetzung, die im Gange ist, für die großen Kämpfe, die jetzt in Entwicklung begriffen sind, für die großen Aufgaben, die der Sozialdemokratie auf diesem Boden harren, zu rüsten. (Stürmischer Beifall.) Schon damit allein hätte der Kongreß seine große Mission im vollen Maße erfüllt. Wie erst, wenn es ihm gelingen sollte, auch darüber hinaus eine feste Grundlage für die Vertiefung der Beziehungen zwischen allen sozialdemokratischen Parteien des Landes, für die Herstellung inniger und dauernder Arbeits- und Kampfgenossenschaft zu schaffen.

Genossen und Genossinnen! Zu dieser Arbeit reichen wir Ihnen bereitwilligst die Bruderhand. Wir können die Eröffnung dieses Kampfes nicht besser einleiten, als mit den Worten, die Josef Seliger am gründenden Depliker Parteitag den tschechischen Genossen zugerufen hatte:

„Wir laden die tschechischen Genossen ein, den Kampf für die Freiheit mit uns gemeinsam aufzunehmen. Dann wird die Stunde da sein, die wir deutschen Proletarier mit allen Fasern unseres Herzens herbeiföhnen, die Stunde, da deutsche und tschechische Arbeiter gemeinsam Schulter an Schulter den Kampf führen für unsere großen gemeinsamen Ziele in einer einzigen Reihe.“ (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Die Wahl des Präsidiums.

SampI: Geehrter Kongreß! Genossen und Genossinnen! Die gemeinsame Beratung erlaubt sich zu beantragen, daß dem Kongreß präsidieren die Präsidien, bezw. die Vorsitzenden der Vollzugsausschüsse der Parteien. Es sind das Dr. Gzech (Brünn), SampI (Prag), de Witte (Karlsbad), Augustin Lukosz (polnische sozialdemokratische Partei), Jng. Jaronias Nečas für die karpathorussische Sozialdemokratie, Helene Vesková (Brünn), Irene Kirpal (Nussig). Als Schriftführer werden vorgeschlagen Dundr (tschechoslowakische Sozialdemokratie), Taub (deutsche Sozialdemokratie), Anton Suida (polnische sozialistische Arbeiterpartei), Dimitri Mimčuf (Sozialdemokratie Karpathorußlands).

Dr. Gzech: Sie haben die Namen gehört, sie müssen nicht nochmals gelesen werden. Der Sinn der Sache ist: die Präsidien der Parteien bilden das Präsidium des Kongresses.

SampI: Wer stimmt diesem Antrag zu? Ist jemand dagegen? (Niemand.) Ich ersuche die Gewählten, ihre Plätze einzunehmen.

Vorsitzender SampI: Geehrter Kongreß, Genossen und Genossinnen! Ich danke im Namen des Präsidiums für Ihre Zustimmung, mit der Sie uns berufen haben, den Vorsitz auf diesem denkwürdigen Kongreß zu führen.

Ich betrachte es als meine Pflicht, vor allem mitzuteilen, daß nur die Sozialistische Internationale eingeladen wurde. Den übrigen Bruderparteien haben wir besondere Einladungen nicht zugehen lassen.

Es ist mir eine besondere Ehre und Freude, daß die Sozialistische Internationale den uns allen gut bekannten Genossen Dr. Friß Adler delegiert hat (stürmischer Beifall), den ich hier auf das herzlichste begrüße.

Zugleich haben wir die Mitteilung erhalten, daß der zweite Vertreter der Sozialistischen Internationale, Genosse Brouckere, später erscheinen wird. (Beifall.)

Dr. Gzech: Wir haben diesmal aus technischen Gründen einzig und allein die Internationale zu unserer Veranstaltung geladen, alle anderen Parteien nicht. Wir freuen uns, in unserer Mitte den Genossen Dr. Friß Adler auf das herzlichste begrüßen zu können. (Lebhafter Beifall.) Die deutsche Arbeitererschaft schließt sich den Grüßen, die Genosse SampI geboten hat, selbstverständlich mit der größten Herzlichkeit an. Genosse De Brouckere wird im Laufe des Nachmittags am Kongreß eintreffen.

SampI: Ich erteile das Wort dem Gen. Dr. Friß Adler.

**Ansprache des Vertreters der Sozialistischen Arbeiter-Internationale,
Dr. Friß Adler:**

Werte Genossen und Genossinnen! Die Bedeutung dieses Kongresses für die Tschechoslowakei ist kaum abzumessen und in den Worten der beiden Eröffnungssredner zum Ausdruck gekommen. Aber über die Tschechoslowakei hinaus bedeutet der heutige Kongreß einen Tag der Zuversicht der Internationale. Genossen! Gernnen wir uns einen Moment zurück an die

Zeit des Hamburger Kongresses, fünf Jahre zurück, an den Mai 1923, wo wir den Versuch unternommen haben, die durch den Krieg und die Nachkriegszeit zersplitterten Arbeiterbewegungen der verschiedenen Länder wiederum in einer einzigen Organisation zusammenzufassen. Fünf Jahre sind vorübergegangen und dieser Versuch ist geglückt, wir sind wieder zur einheitlichen Organisation gekommen und heute an diesem Ehrentag des Proletariats in der Tschechoslowakei können wir uns daran erinnern, daß eine der größten Schwierigkeiten, die wir zu überwinden hatten, um zu dieser Einheit zu gelangen, die Probleme der Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei gewesen sind. Ich darf es heute ganz offen aussprechen, gerade den deutschen Genossen in der Tschechoslowakei gegenüber, die damals sehr pessimistisch gewesen sind, die geglaubt haben, es werde eine Verständigung nicht möglich sein, daß ich ihnen gegenüber mit Hartnäckigkeit den Gedanken vertreten habe: Das, was heute ist, das muß kommen, nicht durch ein Diktat von oben, nicht durch ein Diktat der Internationale, sondern wie es in den Reden der Vorsitzenden so richtig gesagt worden ist: durch die Gewalt der Dinge selbst. Das hat sich erfüllt. Wir haben Schwierigkeiten gehabt, sie liegen bloß vor aller Welt, sind überall veröffentlicht worden. Der Hamburger Kongreß konnte über die Schwierigkeiten der Probleme der Arbeiterbewegung in diesem Lande nur hinwegkommen, indem er eine eigene Kommission eingeseht hat, um in Zukunft die Probleme der Lösung näher zu bringen. Genosse De Brouckere, der heute kommen wird, war eines der Mitglieder der Kommission, die dann im Herbst 1923 nach Prag gekommen ist. Sie hat hier unter dem Vorsitz des Genossen H u s m a n n s getagt, hat jede Partei angehört und ist zu dem Schluß gekommen: der Moment ist noch nicht gekommen, um einen Schritt weiter zu machen. Man hat unermülich versucht, daran zu arbeiten, der Moment hat auf sich warten lassen. Aber der Moment ist heute gekommen und daß er gekommen ist, das ist eine Stärkung nicht nur Ihrer Bewegung in der Tschechoslowakei, sondern eine Stärkung der ganzen internationalen Bewegung. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Es sind in diesen Tagen 80 Jahre her, daß das kommunistische Manifest von Marx und Engels zum erstenmal publiziert wurde. Dieses Manifest, das uns ein Leitstern in diesen Jahrzehnten gewesen ist, hat uns vor allem gelehrt, daß gegenüber allen lokalen Interessen, nationalen Interessen, kulturellen Interessen sich schließlich durchsetzt als mächtigste Kraft in der ganzen Gesellschaft das Klasseninteresse. Diese große Erkenntnis, von der sehen wir heute wieder eine Eröffnung. Wir sehen, wie sich gegenüber allen andern Gegensätzen die Bourgeoisie dieses Landes geeinigt hat, um gegen die Arbeiterchaft vorzugehen und wir sehen mit stolzer Freude, daß das Klassenbewußtsein des Proletariats in diesem Lande die Übermacht und Herrschaft gegenüber allen anderen Schwierigkeiten gewinnt, die uns entgegenstehen, daß die Arbeiterklasse in diesem Lande gewillt ist, geeinigt und geschlossen diesen Kampf zu führen. Diese große Tatsache der Einigung zur Klasse ist in der Zeit, in der wir gegenwärtig leben, viel wichtiger als jemals früher. Denn der revolutionären Welle im Anschluß an den Weltkrieg ist gefolgt eine konterrevolutionäre Welle, welche in den verschiedensten Formen ihre Aktion erstarken ließ, in der gräßlichsten Form des Faschismus in Italien und in allen möglichen ähnlichen reaktionären Gebilden in den verschiedenen Ländern. Gegenüber dieser Gefahr heißt es, die Arbeiterklasse zusammenzuschweißen, ihre Kraft zu einigen, damit sie geschlossen dem Feinde Widerstand leisten kann. Wenn es uns heute gelungen ist, zum ersten Male — wir wissen, es sind noch größere Schwierigkeiten vorhanden, um alles zu erreichen, was unserem Ideal entspricht — aber wenn wir heute die Parteien in der Tschechoslowakei hier in Freundschaft und Solidarität mit-

einander beraten sehen, dann sind wir uns bewußt daß leider noch eine andere Schar von Proletariern hier nicht vertreten ist, eine andere Schar von Proletariern in der Tschechoslowakei, die glaubt, daß die Spaltung des Proletariats ihre eigentliche Aufgabe sei. Demgegenüber wollen wir in diesem Moment sagen: Wir Sozialdemokraten sind es, die die wahre Einheit des Proletariats verwirklichen wollen. (Lebhafter Beifall.) Wir lassen uns nicht betören von den Worten der Einheitsfront auf irgendwelchen sekundären Gebieten, auf kulturellem Gebiete, auf dem Gebiete der Gewerkschaften, sondern wir wissen, daß die Wurzel der Spaltung in der politischen Spaltung begründet ist und daß wir an die Einheit nur derjenigen glauben, die die Einheit auf politischem Gebiete verwirklichen wollen. (Stürmischer Beifall.)

Das Jahr 1928, das durch diesen Kongreß so hoffnungsvoll eingeleitet wird, ist ein Kampffjahr erster Ordnung; in den verschiedenen Ländern Europas stehen uns große Wahlschlachten bevor, so in Frankreich und in Deutschland, vielleicht auch in Belgien und England. In den verschiedenen Ländern stehen wir vor wichtigen Entscheidungen, aber allen diesen Entscheidungen, die da kommen werden, sehen wir mit froher Zuversicht entgegen. Die Reaktion, die es heute zumege gebracht hat, daß in allen Ländern Europas das Bürgertum wiederum allein an der Regierung ist, sieht diesen Wahlkämpfen mit ganz anderen Gefühlen entgegen. Denn es zeigt sich, daß nach einem ernstem Rückschlag, den wir in den ersten Jahren erlebt haben, die Internationale sich wieder auf dem Vormarsche befindet, daß wir hoffen dürfen, daß die Entwicklung nach links in allen Ländern Europas in diesem Jahre 1928 zur Tatsache werden wird. Deshalb lassen sie mich meine heißen Wünsche für Ihre Beratungen mit der Hoffnung schließen, daß das Ergebnis dieser Konferenz hier in Prag so sein möge, daß, wenn wir am 5. August in Brüssel zur dritten Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zusammentreten, dann unter den Erfolgen, die wir in dieser Periode seit Hamburg, in den letzten fünf Jahren, errungen haben, der Ihre ist und wir darauf verweisen und mit Stolz sagen können: Es war die Arbeiterschaft aller Nationen in der Tschechoslowakei, die zum Siege des Gedanken der internationalen Solidarität, zum Siege des Klassenbewußten Sozialismus beigetragen hat. (Langanhaltender, stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Hampf**: Ich glaube es wird kein Einwand erhoben, daß diese bedeutsame Rede ins Tschechische übersetzt wird. **Dr. Soukup** übersetzt und fügt hinzu:

Ich glaube, daß wir dem Genossen Adler für seine Ausführungen herzlich danken und sagen müssen: Wir haben bewiesen, daß wir während der ganzen 50jährigen Existenz der sozialdemokratischen Partei eine internationale sozialdemokratische Partei waren und daß wir nach Brüssel gehen wollen, um zu zeigen, daß wir in der tschechoslowakischen Republik alles tun, damit die Einheit der Arbeiterschaft erreicht wird und damit wir zu einer der großen Avantgarden unseres Kampfes in der Arbeiterinternationale werden. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender **Hampf**: Es folgen nun die Wahlen, und zwar in die Mandatsprüfungs- und Antragskommission, ferner muß die Geschäftsordnung genehmigt werden. Daher erteile ich den Genossen Sekretären das Wort, zuerst dem Genossen **Dunbr**.

Vorsitzender **de Witte**: Der Kongreß kommt zur Festsetzung der Geschäftsordnung und zur Wahl der Kommissionen. Das Wort haben die Sekretäre der sozialdemokratischen Parteien.

Dundr erstattet die Vorschläge in tschechischer Sprache, sodann in deutscher Sprache

Taub: Werte Genossen und Genossinnen! Das Präsidium schlägt Ihnen für die heutige Tagung folgende Geschäftsordnung vor:

Die Tagung, welche heute um 10 Uhr begonnen hat, wird jetzt fortgesetzt und morgen Vormittag um 1/9 Uhr vormittags weitergeführt. Wir werden morgen bis zum Schluß ohne Unterbrechung tagen. Die Wortmeldung erfolgt schriftlich beim Präsidium. Die Redner erhalten nach der Reihenfolge der Wortmeldung das Wort. Alle Anträge außer jenen zur Geschäftsordnung sind schriftlich einzubringen. Wenn der Kongreß diese Anträge verhandeln soll, müssen sie von 25 Delegierten gefertigt sein. Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Beendigung der Debatte erhält ein Redner für und ein Redner dagegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Die Redezeit der Referenten beträgt 1 Stunde, die der Debattenredner 10 Minuten. Tatsächliche Berichtigungen sind am Schluß der Debatte vorzubringen. Beschlüsse des Kongresses werden mit absoluter Majorität gefaßt, bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt. Zur Teilnahme an den Verhandlungen und Abstimmungen sind nur die Delegierten berechtigt, Gästen kann nur über Beschluß des Kongresses das Wort erteilt werden.

Vorsitzender De Witte: Der Kongreß wird gefragt, ob er der Geschäftsordnung die Zustimmung gibt.

Vorsitzender Hampl: Sie haben die beantragte Geschäftsordnung gehört. Wünscht jemand dazu das Wort? (Es ist nicht der Fall.) Niemand. Wer stimmt zu (Abstimmung), wer ist dagegen (Abstimmung). Es ist niemand dagegen. Die Geschäftsordnung ist beschlossen. Genosse Dundr hat das Wort.

Dundr: In die Mandatsprüfungskommission sind beantragt: Aleš Jan Prag, Brož Václav-Prag VIII, Doškocil Josef-Kolin, Hatina Fr.-Pilsen, Hrušková Marie-Mährisch-Osttau, Novák Josef-Jungbunzlau, Heinrich Karl-Zvolen, Kögler Franz-Bodenbach, Zichka Rudolf-Sternberg, Joffl Hans-Troppau, Günzl Marie-Karlsbad, Šilomy Fr.-Tinec, Rimčuk-Užhorod.

In die Antragskommission: Pif Luděk-Pilsen, Dr. Dérer Ivan-Preßburg, Filipinšky J.-Brünn, Šlová Milena-Prag, Macháček Fr.-Böhmisches Brod, Pražák Josef-Welsch Porič, Procházka W.-Bardubitz, Schulz Ignaz-Preßburg, Prokeš Jan-Mährisch-Osttau, Dr. Czech Ludwig-Brünn, Dr. Heller Karl-Teplitz, Kremser Heinrich-Teplitz, de Witte-Karlsbad, Mießner Wilhelm-Brünn, Pohl Adolf-Teplitz, Taub Siegfried-Prag; Blatný Fanny-Karlsbad, Stefek Anton-Tinec, Balla Josef-Buchovo.

Vorsitzender Hampl: Wünscht jemand zu diesen Anträgen das Wort? (Es ist nicht der Fall.) Wer stimmt den Anträgen zu? (Abstimmung.) Ist jemand dagegen? (Abstimmung.) Die Antrags- und Mandatsprüfungskommission sind gewählt. Ich erteile nun dem Genossen Dundr das Wort zu einer Kundgebung.

Dundr beantragt in tschechischer Sprache die nachstehende Sympathiekundgebung.

Taub: Genossen! Wir halten es für notwendig, vor Eingang in die Beratungen des Kongresses folgende

Sympathiekundgebung für die Bergarbeiter
zu beantragen:

„Der erste internationale Kongreß der sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakischen Republik bekundet den in berechtigtem Lohnkampfe stehenden Bergarbeitern Nordwestböhmens seine aufrichtigsten und wärmsten Sympathien. Der Kongreß weiß sich eines Sinnes mit der ge-

samtan arbeitenden Bevölkerung des Staates, wenn er die Bergarbeiter versichert, daß die gesamte Arbeiterschaft ihr Ringen um einen der harten und gefährlichen Arbeit des Grubenproletariats entsprechenderen und der allgemeinen Teuerung angemesseneren Lohn nicht nur mit angespannter Aufmerksamkeit verfolgt, sondern auch mit der Bereitschaft, sie auf jene Art zu unterstützen, die der Augenblick erheischen wird und die sie selber als zweckentsprechend ansehen werden.

Der Kongreß ist der Überzeugung, daß die gesamte nichtkapitalistische Öffentlichkeit die Berechtigung und die Notwendigkeit des Lohnkampfes der Bergarbeiter zu würdigen versteht, — handelt es sich doch um einen Kampf der am schwersten und unter ständiger Lebensgefahr schaffenden Arbeiterschichte gegen Kapitalistengruppen, die seit jeher sich über alle sozialen Rücksichten hinwegsetzten, um auf Kosten der Arbeiter und der gesamten Wirtschaft Profite zu machen. Als im Jahre 1923 die Bergarbeiter eine Lohnherabsetzung erdulden mußten, versprachen die Unternehmer, daß sie eine Herabsetzung der Kohlenpreise und damit eine Senkung der Preisbildung überhaupt zur Folge haben werde. Dieses Versprechen ist unerfüllt geblieben, aber die Preise der Lebensmittel sind derart gestiegen, daß die Bergarbeiterlöhne auch nicht annähernd ausreichen, den Arbeitern und ihren Familien befriedigende Ernährung und Bekleidung zu sichern. Die Profite der Grubenkapitalisten aber sind um viele Millionen gestiegen. Nur einen kleinen Bruchteil der ungeheuren Werte, die sie schaffen, verlangen also die Bergarbeiter, wenn sie eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung fordern.

Der internationale Kongreß der sozialdemokratischen Parteien kann sich aber nicht damit begnügen, die Bergarbeiter der tatbereiten Sympathien der gesamten Arbeiterschaft zu versichern. Er hält es auch für seine Pflicht, die Regierung und besonders das Arbeitsministerium nachdrücklich auf die allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung des Lohnkonfliktes im Bergbau aufmerksam zu machen und sie aufzufordern, nicht mit beschränkten Armen der Entwicklung dieses Konfliktes zuzuschauen, sondern auf die Unternehmer einzuwirken, damit sie nicht im Vertrauen auf staatliche Unterstützung die bescheidenen Forderungen der Arbeiterschaft abzulehnen wagen, sondern rechtzeitig erkennen müssen, daß eine Regierung, die sich nicht ganz als Exponent der Kapitalistenklasse fühlt, ihren Einfluß nicht anders als im Sinne der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung und im Interesse der gesamten Volkswirtschaft geltend machen kann. Das Gesamtinteresse der Volkswirtschaft aber erfordert, daß die Kaufkraft einer so bedeutenden und wichtigen Arbeiterschichte, wie es die Bergarbeiter sind, durch ausreichende Lohnerhöhung gehoben wird, daß dem Profitinteresse einer kleinen Minderheit gegenübergestellt wird das Lebensinteresse der arbeitenden Massen."

Vorsitzender **Saml**: Genossen, ich kann die einstimmige Annahme dieser Sympathiekundgebung für die nordböhmischn Bergarbeiter feststellen. (Beifall.)

Es folgt nun Punkt 4:

Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die Aufgaben der Arbeiterklasse.

Ich erteile das Wort dem Genossen **Bechyně**.

De Witte: Nächster Punkt der Tagesordnung ist:

Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die Aufgaben der Arbeiterklasse.

Genosse **Rudolf Bechyně** (mit Beifall begrüßt):

Genossen und Genossinnen! Das erste Wort von der Referententribüne eines sozialdemokratischen Kongresses gilt selbstverständlich den Millionen

proletarischer Männer und Frauen, jener zahlenmäßig stärksten Klasse im Staate, die durch ihre tägliche Arbeit das ganze materielle Leben der Gesellschaft schafft und damit auch die Grundlage aller gegenwärtigen Zivilisation. Wir denken in dieser Stunde an die Bergleute und Hüttenarbeiter unserer Berg- und Hüttenwerke, an die Land- und Forstarbeiter, an die Häusler und Kleinlandwirte, wir denken an die Arbeiter aus der Maschinen- und Bauindustrie, der chemischen und Glasindustrie, der Textilindustrie und Konfektion, wir denken an die kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden, an die Verkehrs- und Handelsangestellten, an die öffentlichen und Privatangestellten, wir denken an die große Gruppe studierter Leute in öffentlichen und privaten Büros und in den Schulklassen, kurz an alle arbeitenden Menschen aller Zweige und Berufe und senden ihnen von diesem ersten gemeinsamen Kongreß der sozialdemokratischen Parteien unsere aufrichtigen Brudergrüße. (Beifall.)

Die Sozialdemokratie war und blieb immer das Hirn der arbeitenden Massen, so oft es um das Durchdenken der Fragen des Arbeiterlebens und der Arbeiterbewegung ging. Sie war und blieb immer der Vorkämpfer dieser Klasse, wenn es den Kampf um größere Rechte und bessere Lebensbedingungen galt, aber auch um das neue Ideal einer besseren Gesellschaft, in der es keinen Krieg zwischen den Völkern und keine Ausbeutung einer Klasse durch eine andere, keine Ausbeutung der Menschen durch Menschen gibt.

Genossinnen und Genossen! Alles, was die Arbeiterklasse Wertvolles besitzt, hat sie von der Sozialdemokratie und durch sie. (So ist es. Beifall.) Von Anbeginn an ging die Sozialdemokratie mit dem Arbeiter und stand ihm bei, verfolgte sein ganzes Leben, folgte ihm in die Fabrik, in den Betrieb und kämpfte dort für seine materielle und rechtliche Besserstellung. Die Sozialdemokratie erfüllte die damals noch formlose Masse mit dem göttlichen Funken des menschlichen Selbstbewußtseins und formte diese Masse zur denkenden, selbstbewußten, zielklaren Klasse, sie gab ihr die Waffe der modernen politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisation in die Hand und erhob sie auf ihr heutiges Niveau.

Es ist wahr, Genossen und Genossinnen, daß wir noch lange nicht am Ziele sind. Es gibt viele Dinge, über die sich die Arbeiterklasse mit Recht beklagt, und wenn wir fragen, warum in einem Staat, in dem die große Mehrheit der Bevölkerung der arbeitenden Klasse angehört, das Leben des Arbeiters noch nicht auf dem Niveau ist, wie in anderen Staaten, wenn wir die Ursachen prüfen, warum wir noch nicht weiter sind, erhalten wir eine Antwort: In dieser Gesellschaft wird den Arbeitern nichts aus Liebe gegeben, die Arbeiter haben nur, was sie sich erkämpfen. (Stürmischer Beifall.) Zu diesem Kampfe gehört Macht, Erfolge setzen Kraft voraus. Nun ist es an uns, unsere Kraft zu prüfen und die Grenzen unserer Macht zu erkennen. Es bedarf keiner Philosophie, ein vernünftiger Umlblick menschlicher Augen genügt, um uns zu überzeugen, daß die Arbeiter in diesem Staate noch schwach sind, weil sie uneinig, weil sie zersplittert sind. (Beifall.)

In einer Versammlung habe ich folgendes Bild der kämpfenden Arbeiterklasse gezeichnet und habe da unsere Armee mit dem Militär verglichen, indem ich sagte:

Wir haben da vor allem die Infanterie, die schwere Lasten auf dem Rücken trägt. Sie schleppt sich auf der Straße hin, müde, staubig, erschöpft, und dennoch ist diese Infanterie der Kern jeder Armee, die Gewähr jedes Sieges. Das ist die Sozialdemokratie, das sind die sozialdemokratischen Parteien in dieser Republik.

Dann haben wir die leichte Kavallerie. Man sieht sie nicht immer, bald erscheint sie links, bald rechts, zieht die Säbel, haut dahin und dorthin,

hinter ihr wirbelt Staub auf und sie ist verschwunden, um bald darauf wieder zu erscheinen. Wer ist das? Meine Freunde, die tschechoslowakischen Sozialisten werden mir verzeihen, wenn ich sage, daß sie es sind. (Beifall.)

Dann haben wir noch die schwere Artillerie, die nichts anderes tut, als jener Kanonier Jabárek, der fortwährend „kämpft“, und zwar schießen sie aus den größten Kalibern, aber sie zielen schlecht. Statt gegen die Bourgeoisie zu zielen, gegen den Kapitalismus, zielen sie in die Reihen des Proletariats. (Sehr gut. Beifall.) Auch hier ist klar, an wen ich denke. Das sind die revolutionärsten Sozialisten, die die Weltgeschichte je gesehen hat, das sind unsere Kommunisten, die aber im übertragenen Wirkungskreis neben der Funktion der schweren Artillerie auch noch die Funktion der Aviatick besorgen, denn sie schweben ständig in der Luft, wie der Geist Gottes über den Wassern. (Geisterkeit. Beifall.)

Aber die Arbeiterklasse — um das Bild zu vervollständigen — hat auch ihre *Marodeure*, und das sind unsere faschistischen, nationaldemokratischen Arbeiter und ihre *Hakenkreuzler* (Geisterkeit) und dann haben wir noch allerhand Überläufer, die sich ein wenig verlaufen haben, einige zu den Christlich-sozialen, einige zu den Agrariern.

diesem Staate. Verschiedene Auffassungen über die Fragen der sozialistischen Taktik, über die Aufgaben der sozialistischen Politik, über die gesamte Arbeit.

Das ist, Genossen und Genossinnen, das Bild der arbeitenden Klasse in der Arbeiterbewegung hat unsere Klasse in einige Lager gespalten.

Aber die Dinge, Genossen, liegen ärger. Wir haben in diesem Lande nicht einmal die volle Einheit zwischen den sozialdemokratischen Parteien erreicht, zwischen den Parteien, welche die gleiche Anschauung von der Gesellschaft, vom Sozialismus, die gleiche Auffassung von den Aufgaben der proletarischen Klasse in der Gesellschaft haben. Heute ist nicht der Augenblick, die Geschichte zu untersuchen, die schon hinter uns liegt, aber einige Worte der politischen Retrospektive müssen doch ausgesprochen werden. Schon unsere Genossen Vorsitzenden haben erinnert, daß sich unsere sozialdemokratischen Parteien heute nach 22 Jahren zum ersten Male wieder zu gemeinsamer Beratung zusammenfinden. Wir haben uns nicht erst in der Republik getrennt. Wir waren getrennt — und gestatten Sie, daß ich die ganze Wahrheit sage, — wir waren zerrissen schon in der alten Monarchie. Und wenn wir die Ursachen untersuchen, wenn Sie sich fragen, warum, so können Sie nur zu einem Ergebnis und nur zu einer einzigen richtigen Antwort kommen. Genossen und Genossinnen, im Kampfe um die Form der gewerkschaftlichen Organisationen, im Kampfe zwischen gewerkschaftlichen Zentralismus und Autonomismus hatten zweifellos diejenigen viele Gründe für sich, welche für die zentralistische Form eintraten. Wenn wir diesen Kampf lediglich vom Standpunkte der Arbeiterinteressen und Arbeiterkämpfe betrachten, dann ist zweifellos die Form der zentralisierten Gewerkschaftsorganisation die ideale. Aber, Genossen und Genossinnen, heute können wir klar und offen sagen: Hier ging es nicht bloß um die gewerkschaftliche Organisationsform. Hier ging es um nichts anderes als um die Kämpfe, welche sich zwischen den Nationen des alten Oesterreich abspielten, es ging um nichts anderes, als den Kampf um den Staat. (Zustimmung.) Ja, liebe Freunde, zwischen uns und den deutschen Genossen stand der Staat und die Verschiedenheit der Auffassungen über den Staat. Vielleicht wird Ihnen diese Behauptung etwas kühn erscheinen, aber wenn Sie nachdenken, so erkennen Sie, daß sich schon lange vor dem Kriege in den Kämpfen der arbeitenden Massen das Verhältnis zum Staate ausbildete. Wir hatten ein anderes Verhältnis zu ihm und unsere deutschen Freunde gleichfalls. Der Krieg hat das sehr klar gezeigt. Im Kriege standen wir durchaus gegeneinander. Dann kam eine Reihe nationaler Revolutionen. Eines der Ergebnisse des Krieges und der nationalen Revo-

lutionen war auch unser neuer Staat. Nun, hier will ich sagen, was ich im Sinne habe: Zwischen uns und die deutschen Genossen stellte sich wieder dieser neue Staat und die Anschauungen über ihn. Wir hatten ein anderes Verhältnis zu diesem Staat und unsere deutschen Freunde auch. Wir betrachteten den Aufbau dieses Staates als Fortsetzung des Kampfes gegen die Sab-burger und gegen die monarchistische Reaktion. Wir hatten zum Staate ein positives Verhältnis, weil er uns gab, was wir zum Leben in Freiheit unum-gänglich brauchten. Unsere deutschen Genossen und die Genossen der übrigen Nationen in der Republik hatten ein anderes Verhältnis zum Staat und das trennte uns. Und wenn wir heute auf einen sicheren Weg kommen wollen, müssen wir uns ganz konkret sagen, welche Probleme wir zu lösen haben, damit unsere Zusammenarbeit dauernd, fruchtbar und segensreich sei. (Zustimmung.) Wir haben das in einer Resolution versucht, die dem Kongresse vorgelegt wird.

Wir tschechoslowakischen Sozialdemokraten konnten uns durch eine Reihe von Jahren der Meinung hingeben, daß wir eine Bourgeoisie besitzen, die Sinn hat für die Bedürfnisse der proletarischen Klasse. Wir konnten glauben, daß diese Bourgeoisie aus Liebe zum neuen Staate dem Proletariat ohne besondere Schwierigkeiten das geben wird, was das Minimum der sozialen, kulturellen und politischen Freiheiten bedeutet. Es hat sich gezeigt, daß dem nicht so ist. Bei der ersten Gelegenheit zeigt die Bourgeoisie, daß sie um nichts besser ist, als die kapitalistische Klasse aller übrigen Nationen und Staaten. (So ist es. Lebhaftige Zustimmung.) Nach den ersten Wahlen, die einen Mißerfolg des Sozialismus in diesem Staate bedeuteten, vereinigten sich sofort die Bourgeoisie der entscheidenden Nationen in diesem Staate, um sich der Herrschaft über uns und gegen uns zu bemächtigen. In dieser Situation befinden wir uns heute. Die tschechische und deutsche Bourgeoisie hat alle Dogmen beseitigt. Der Herr Minister für öffentliche Arbeiten Spina und der Herr Justizminister Mahr-Sarting und ihre Anhänger steckten das Selbstbestimmungsrecht in die Tasche und traten ruhig in die Regierung ein, die ihnen ständische und Klassenvor-teile sicherte. Aber nun kommt die ausgleichende Gerechtigkeit. (Heiterkeit.) Herr Dr. Kramář steckte seinen Faschismus oder Galbsfaschismus, seinen Nationalstaat, in die Tasche, vertagte die Revolution wegen ungünstiger Witterung (Heiterkeit) auf ein andermal, und machte gemeinsam mit den Herren aus dem deutschen aktivistischen Lager Politik, gestatten Sie, daß ich es offen sage, nicht eine Politik des Staates, sondern eine Politik des land-wirtschaftlichen, industriellen und finanziellen Be-sizes. (Jawohl, Zustimmung.)

Genossen und Genossinnen! Damit wir uns verstehen, ich spreche nicht gegen eine Beteiligung der Deutschen an der Regierung der Tschechoslowakischen Republik. Im Gegenteil, ich würde wünschen, daß von heute an für alle Zeiten, mag es dem Staate schlecht gehen oder gut, unsere Nationalitäten immer in der Regierung vertreten seien. (Lebhafter Beifall.) Unser Kampf gegen diese Regierung richtet sich nicht gegen den Versuch einer tschechisch-deutschen Regierung, einer tschechisch-deutschen Annäherung. Im Gegenteil, wenn wir dieser Regierung etwas vorwerfen, so ist es das, daß sie nicht mit gehöriger Vorbereitung an diese Annäherung schritt. Das ist keine Politik der Verständigung, wie wir sie sehen, das ist eine Politik von einer Hand in die andere. Wenn Du mir hohe Agrarzölle bewilligst, gebe ich Deinen Priestern eine hohe Kongrua und nehme auch möglichst viele Mönche dazu. Das ist die Politik von einer Hand in die andere, eine Politik der Teilung der Beute. (Sehr gut!)

Wir erleben jetzt eine Ära der Reaktion. Ich will die einzelnen Taten dieser Reaktion auf politischem, kulturellem und sozialem Gebiete nicht auf-

zählen. Wir kennen sie alle. Wenn Sie sich fragen, was die heutigen Macht-haber zusammenschloß, so kommen Sie zu dem Ergebnis, daß es nichts anderes war, als Widerstand, und mehr als Widerstand, nichts anderes als Haß nicht nur gegen den Sozialismus, sondern

Haß gegen die ganze arbeitende Klasse in diesem Staate.

(Beifall.) Uns, den tschechischen und slowakischen Sozialdemokraten wirft die bürgerliche Presse heute vor, daß wir uns mit Deutschen, Magyaren, Polen zusammensetzen, daß wir uns mit der Irredenta zusammensetzen, mit Leuten, die nicht mit diesem Staate fühlen. Liebe Freunde, ich will nicht auf die Politik der Bourgeoisie hinweisen, die, obwohl sie national ist, doch die erste internationale Regierung der Republik gebildet hat. Ich will nicht darauf hinweisen, daß sich die Unternehmer aller Nationen in den Banken, in den Verwaltungsräten, im ganzen Wirtschaftsleben schon längst, früher als wir zu gemeinsamem Vorgehen und gemeinsamer Politik vereinigt haben. Ich will aber etwas anderes sagen: Auch wenn es wahr wäre, daß die deutschen, magyarischen, polnischen Arbeiter ins irredentistische Lager gehören, — ich sage, auch wenn es wahr wäre — womit will unsere Bourgeoisie die Herzen und Hirne dieser Millionen gewinnen? Mit Konfiskationen? Mit Unterjochungshaft? Mit langen Kerkerstrafen? Mit dem Galgen? Soll sich dieser Prozeß der Gewinnung für den Staat vollziehen im Zeichen des tschechisch-slowakischen Senkers? (Beifall.) Werte Genossen und Genossinnen, es ist die Aufgabe des Volkes, das sich das Staatsvolk nennt, alle Schichten der Bevölkerung, alle Minderheiten dieses Staates an den Staat zu fesseln, nicht mit Gewalt, nicht mit Drohung, sondern durch eine gute demokratische, soziale und Kulturpolitik. (Lebhafter Beifall.) Das ist unsere Auffassung von den Aufgaben des Staatsvolkes, und wenn wir uns mit den Genossen der übrigen Nationen fanden, dann in hohem Maße aus der Sehnsucht, alle Probleme unseres ganzen Lebens, die Probleme der Gesamtheit und der ganzen Klasse gemeinsam zu lösen. Die Bourgeoisie hat keine Dogmen und es liegt an uns, daß wir in sachlicher Weise, so wie es allen Teilen der Arbeiterklasse entspricht, unsere Probleme lösen, damit wir eine feste Grundlage, einen sichern Boden finden, nicht nur für gemeinsame Kämpfe, sondern auch für eine gemeinsame Politik. Wir wissen übrigens gut, daß die Sozialdemokratie eine Partei des Friedens ist, daß sie die Kalkulation mit Katastrophen ausschließt, und daß es in der Arbeiterschaft der Minderheiten keine Irredenta gibt. (Zustimmung.)

Wir wissen, Genossen, daß es in der Koalition schon kracht. Die agrarische Gruppe ist unzufrieden mit der industriellen, die industrielle mit der agrarischen, die konfessionellen Interessen spielen eine große Rolle und Svehla, dieser Wundermann, muß die abfallenden Teile ununterbrochen zusammenleimen, damit ihm die Koalition nicht eines schönen Tags auseinanderfällt. Ein nordischer Schriftsteller sagt: Der stärkere Rüssel verdrängt den schwächeren vom Trog, und wenn Ordnung sein soll, muß ein Stoch hinter ihnen stehen. (Heiterkeit.) Genossen, es muß ein Stoch hinter ihnen stehen, und dieser Stoch kann nur das vereinigte sozialdemokratische Proletariat in dieser Republik sein. (Sehr gut, Beifall.)

Genossen und Genossinnen, uns liegt daran, uns tschechischen und slowakischen Sozialisten, daß wir diese Probleme, die nicht nur die Arbeiterklasse, sondern unser gesamtes Leben betreffen, zu einer positiven Lösung bringen, die für alle gleich annehmbar ist. Sehen Sie, Genossen, wir leben in einem Lande, das mit ungeheuern Reichtümern ausgestattet ist. In diesem Lande, Genossen und Genossinnen, gibt es unermeßliche Bodenschätze. Wir haben hier einen Boden, der sich an Fruchtbarkeit mit dem aller übrigen Staaten messen kann. Wir besitzen unermeßliche Reichtümer an Wäldern und haben große Möglichkeiten, die Wasserkräfte auszunützen. Es ist ein Land

hochstehender materieller Technik und geistiger Kultur. Dieses Land könnte ein Paradies sein. Aus diesem Land könnte ein Vaterland Aller werden. Alle könnten hier glücklich und zufrieden in Wohlstand und Freiheit leben. Aber vorläufig ist dieses Land und sein Regime in der Hand der Unternehmer-schichten, die sich in den Kopf gesetzt haben, daß sie über das Proletariat herrschen und ihre politische Macht zur Unterstützung der wirtschaftlichen Ausbeutung der arbeitenden Massen verwenden müssen. Werte Genossen! Wir erkennen die Situation, aber wir hängen nicht vor ihr. Ich schließe mich ganz dem an, was hier sowohl beide Vorsitzende als auch der Vertreter der Internationalen gesagt haben, daß unsere Probleme nicht einfach sind. Aber ich glaube, ich kann im Namen aller Kongreßteilnehmer sagen, mögen diese Probleme noch so schwierig sein, unser Wille, zusammenzugehen, unser Wille, diese Probleme gemeinsam zu lösen,

unser Wille, in diesem Staate eine unzerbrechbare proletarische Macht für gute und böse Zeiten aufzurichten, muß alle diese Hindernisse überwinden.

(Sehr gut. Stürmischer Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich möchte nicht sagen, daß alle bürgerlichen Parteien durch und durch und von Grund auf reaktionär sind. In allen diesen Parteien gibt es kleine oder größere Gruppen, welche ungern sehen, wie die Staatspolitik auf der reaktionären Fläche herabgleitet. Aber alle diese Parteien haben auch ihre radikalen arbeiterfeindlichen und antisozialistischen Flügel.

Da haben wir vor allem die herrschende Partei in der Republik, die agrarische Partei. Mit dieser Partei haben wir, die tschechoslowakische Sozialdemokratie, durch sieben Jahre gemeinsame Politik gemacht und wir können sagen, daß wir unter dem Druck der Situation und auch unter unserem parlamentarischen Einfluß von dieser Partei wiederholt die Zustimmung zu einem Zugeständnis an die Sache der Arbeiter erlangt haben. — Das hatte seine historische Ursache. Nach dem Umsturz war die agrarische Partei noch eine Partei des „mittleren bäuerlichen Eigentums“ und ihr Vor-kriegsprogramm sagt ganz offen, daß der bäuerliche Mittelstand den Kern der Nation bildet. Das war die „fernige“ Philosophie der agrarischen Partei. Nach dem Umsturz, als bei uns die Demokratie verfassungsmäßig festgelegt wurde, sah Anton Svehla auf einmal, daß er mit dieser fernigen Philosophie nicht auskommt, daß zu diesem Kern der Nation nur einige 10.000 Wahlstimmen gehören. Die Partei des agrarischen Kapitalismus bestrebte sich, zur Partei der agrarischen Arbeit zu werden. Durch ihren Kleinbauersflügel suchte die Partei ihre Plattform zu verbreitern, suchte sie die vielen Hunderttausende Kleinbäuerlichen Existenzen, die den Boden bearbeiten, in ihre Interessensphäre zu ziehen. Und dies geschah im Zeichen der Bodenreform. Die Kleinbauernschaft und das landwirtschaftliche Proletariat wurde in diesem Staate eine revolutionäre Klasse. Diese Leute verlangten Boden, diese Leute wollten die Beseitigung der Latifundien und die agrarische Partei bemächtigte sich dieser Lösung und dieser Politik.

Und diese revolutionierte Klasse kleiner Landwirte, die sich an ihrer Peripherie mit uns, den sozialdemokratischen Arbeitern, berührt, wurde von unserer Ideologie, unserer Argumentation und unserer Politik beeinflusst. Wir standen dieser Masse arbeitender Landwirte sehr nah und durch sie übten wir Einfluß auf die Führung und Politik der agrarischen Partei. Hier haben Sie die Erklärung, warum die agrarische Partei so lange bereit war, mit uns, mit den Vertretern der proletarischen Arbeit, gemeinsame Sache zu machen.

Aber es kam die Stunde, da die Bodenreform in den historischen Ländern abgeschlossen war. Der Landhunger war gestillt, soweit er zu stillen war, und nun sehen wir ein interessantes Bild. Der kleine Landwirt, der Gäusler, der Keuschler, der ein größeres oder kleineres Stück Boden erhalten hat und der

sich vordem nicht für Politik interessiert hatte, keine Zeitung las, kein öffentliches Leben mitmachte, dieser Mensch kehrt nun auf einmal aus der Politik in der agrarischen Partei wieder auf sein Feld, zu seinem gewonnenen kleinen Vermögen zurück, zu seinem Krümmelchen, wie es im Schauspiel der Brüder Capet heißt, und in der agrarischen Partei gelangt wieder ihr rechter, konservativer Grundbesitzer-Flügel zur Führung.

Werte Genossen, auf diesem Flügel stehen wieder ausgesprochen scharfmacherische Gruppen, Gruppen, die erfüllt sind von Haß gegen das Proletariat, Gruppen, welche schwer daran trugen, daß sie eine Reihe von Jahren mit uns, den Vertretern der Arbeiterschaft, jedes Gesetz, jede Bestimmung, die ganze Richtung der Innenpolitik vereinbaren mußten, denen der ganze politische und wirtschaftliche Einfluß der Arbeiterklasse sehr zur Last fiel.

Auf diese Weise gelangte an die Spitze der agrarischen Partei ein slowakischer Agrarier, der so oder so, der alles kann. Es gab Zeiten, da uns Herr Minister Hodža versicherte, daß das Prinzip des Privateigentums für ihn kein unantastbares Prinzip sei (Hört, hört!), und daß er in der Politik mit uns auf dem Felde der Enteignung weitreichende Konzeptionen machen kann. Und heute ist Herr Minister Hodža der Führer der konservativsten, arbeiterfeindlichsten Richtung in der agrarischen Partei und auf dieser Plattform vereinigt er die Bourgeoisie aller Nationen und aller politischen Schattierungen.

Liebe Freunde, ich muß auch einige Worte über die Volkspartei sagen. Diese Partei, die nicht als kapitalistische, als Besitzpartei gelten will und deren politische Macht zum großen Teil auf Arbeiterstimmen, auf den Stimmen der katholischen Arbeiter beruht, hatte immer eine merkwürdige Stellung in unserem Parlament und in unserem Staat. Sie mischte sich niemals in irgend etwas hinein. Wenn ein Kampf zwischen den Interessen der Arbeiter und den Interessen des Grundbesitzes geführt wurde, zog sich die Partei zurück und ihr Führer Monsignore Srámek sprach niemals ein Wort. Wenn auf dem Boden der Koalition die Sozialisten etwas durchsetzten, kam Srámek in seinen Klub und sagte: „Meine lieben katholischen Arbeiter, heute habe ich Euch eine neue Errungenschaft gemacht, Ihr bekommt den Achtstundentag, die Sozialversicherung, bezahlte Urlaube usw. usw.“ Kurz, Monsignore Srámek hatte gesiegt. Wenn einmal die Arbeitervertreter den Interessen des Agrarkapitals ein Zugeständnis machen mußten, kam Monsignore Srámek wieder in seinen Klub und sagte: „Freunde, katholische Bauern, Bruder Samalík, heute habe ich von den Sozialisten das und das erkämpft.“ Mit einem Wort, Srámek war immer der Sieger. Er hatte niemals einen Standpunkt, er exponierte sich niemals. Nur in einer Sache hatte die Volkspartei immer einen bestimmten Standpunkt, und zwar dann, wenn es um die materielle, politische und moralische Stellung der römisch-katholischen Kirche, das heißt, des Klerus ging. (Zustimmung.) Da, liebe Freunde, machte Monsignore Srámek eine ganz zielbewußte Politik und wir haben dieser Partei niemals unrecht getan, wenn wir sagten, daß sie die Partei der römischen Kirche ist, und daß ihr vor allem daran liegt, die Stellung dieser Kirche in unserem Staate und in unserem öffentlichen Leben zu festigen.

Als wir aus der Regierung austraten, demaskierte sich diese Partei. In den zwei Jahren der schwarz-grünen Koalition, in den eineinhalb Jahren der Regierung des Monsignore Srámek im Ministerium für soziale Fürsorge brachte weder er noch seine Partei einen einzigen sozialpolitischen Antrag. Srámek führte die Versicherung der mehr als Sechzigjährigen nicht durch, Srámek und seine Partei rührten keinen Finger in der Frage des Mieterschutzes und der Wohnungsfrage überhaupt, Srámek und seine Partei haben überhaupt kein Interesse daran, wie sich der Konsum der Arbeiter entwickelt, wie die Lebenshaltung des arbeitenden Menschen steht, wie hoch sein Lohn ist. Diese Partei zeigt eine völlige sozialpolitische Apathie und

wenn der Wind von rechts weht, wenn der Wind der Reaktion und des Abbaues weht, sehen wir Stránek und seine Partei an der Seite des Ministers Godža und des Herrn Dr. Karl Kramár, an der Seite der politischen, sozialen und kulturellen Reaktion. (Zustimmung.) Diese Feststellung ist wichtig und es ist unsere große Aufgabe — ich glaube, daß das in großem Maße auch von den deutschen Christlichsozialen gilt (so ist es!) —, die Menschen, die noch in diesem Lager stehen, über das wahre Wesen, über die wahren Ziele der katholischen Politik zu belehren! (Stürmischer Beifall.)

Ich könnte von der nationaldemokratischen Partei, ich könnte von den Gewerbetreibenden sprechen und immer würden wir zu dem Ergebnis kommen, daß es sich diesen Parteien darum handelt, allen politischen und moralischen Einfluß der Arbeiterchaft im Staate und im Produktionsprozeß zu brechen. Und wir vereinigen uns nun zur Abwehr. Wir sagen uns, daß es nun genug ist. Worauf wollen wir noch warten? Wollen wir warten, bis die Sozialversicherung völlig zerstört ist? Wollen wir warten, bis das Gesetz über die Arbeiterurlaube angetastet wird? Wollen wir warten, bis das Gesetz über die Betriebsausschüsse und Revierräte angegriffen wird? Wollen wir warten, bis man an den Achtschentag greift? Wollen wir warten, bis der Mieterschutz aufgehoben wird? Wollen wir warten, bis das Wahlrecht in die Nationalversammlung bedroht ist? (Zwischenrufe.) Wollen wir, Freunde, warten, bis sich in diesen Parteien nicht nur Widerstand gegen die Arbeiterchaft, sondern hundertprozentiger Haß gegen alle demokratischen Einrichtungen herausbildet? (Neuerliche Zwischenrufe.) Freunde, wir verstehen sehr gut die Seele unserer Bourgeoisie. Wenn Sie in die alten Staaten blicken, nach Amerika, nach England, nach Deutschland, ja sogar nach Österreich, ja schließlich auch bei uns, sehen Sie überall, daß die Bourgeoisie physiologisch, Genossen, sich in zwei große Gruppen einreihen läßt. Vielleicht verzeihen Sie mir, wenn ich etwas vulgär werde und sage, daß wir

eine satte und eine hungrige Bourgeoisie haben.

(Geisterkeit, Zwischenrufe.) Die satte Bourgeoisie liebt die Repräsentation. Sie gibt viel auf verschiedene Ehrenbezeugungen, sie liebt es, sich zu zeigen. In Amerika baut sie Universtitäten, spendet für verschiedene wohltätige Zwecke Millionen Dollar, sie liebt Auszeichnungen und wird gerne als kultivierte Klasse angesehen. Mit dieser Bourgeoisie redet es sich zwar nicht leicht, aber doch vernünftig. (Zustimmung.) Aber dann haben wir eine hungrige Bourgeoisie. Sie hat noch nicht den großen Besitz, aber sie hätte ihn gerne. Sie ist vom Geiste des Wettstreits befeuert, heudet die Arbeiter am härtesten aus, ist den sozialpolitischen Fortschritten feind und würde am liebsten sehen, daß alles, was die Arbeiter errungen haben, ihnen wieder genommen wird, damit sie rascher zu ihrem Ziel, der Bereicherung, gelangt. Wir haben es in diesem Staate mit einer hungrigen Bourgeoisie zu tun. (Zustimmung.) Die Arbeiterlöhne in diesem Staate stehen an vierzehnter Stelle. Aber ich gehe weiter: Wir verstehen unsere Bourgeoisie. Sie sieht immer wieder — und das ist es gerade, was unsere Kommunisten nicht begreifen können — sie sieht, daß die demokratische Regierungsform und die Demokratie in einem Industriestaat überhaupt für sie eine sehr gefährliche Regierungsform ist. Sie sieht, daß in der heutigen Gesellschaft eine neue Gesellschaftsklasse mit gleichen Bürgerrechten auf die politische Bühne tritt. Sie sieht die Klasse, sie sieht, daß sie die Mehrheit der Bevölkerung bildet, sie sieht, daß diese Klasse politisch geschult ist, ihre erfahrenen, fähigen Vertrauensmänner hat, und sie sieht, daß diese Klasse, sobald sie sich zu demokratischer, sozialistischer Arbeit einigt, mit Riesenschritten vorwärtschreiten muß. (So ist es, lebhafter Beifall.) Daher sucht sie die Grundlagen unserer Demokratie einrichtungen zu untergraben. Sie ist demokratisch, solange die Demokratie ihre Besitzprivilegien nicht bedroht, aber im Hinterhalt hat sie ihren Wachhund an der Kette und der heißt Faschismus. (Zustimmung.) Den füttert

sie, um ihn bei der Hand zu haben, wenn das Proletariat auf dem Boden der Demokratie siegen sollte. Manchmal hat sie mit ihm ein bißchen Pech, wie unlängst, als der faschistische Hund seinen nationaldemokratischen Papa ins Bein biß und nun ärgert sich der Papa über ihn. (Lebhafte Heiterkeit, Beifall.) Aber das, Genossen, darf uns nicht täuschen, die reaktionären Tendenzen sind vorhanden. Unsere Aufgabe ist, der geeinigten Front der Reaktion und der bourgeoisen Parteien gegenüberzustellen nicht die falsche Einheitsfront der kommunistischen „revolutionären“ Demonstration, sondern ihr entgegenzustellen

die demokratische, geeinigte Front der sozialdemokratischen Parteien in diesem Staate.

(Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Freunde, ich gehöre zu den Leuten, welche glauben. Ich glaube, daß dieser Schritt, den wir unternehmen, der erste, ich glaube, daß er nicht der letzte ist, ich glaube, daß wir uns im Kampfe und in der Arbeit für den Sieg unserer Grundsätze nicht mehr trennen werden. (Lebhafter Beifall.)

Gestatten Sie mir, Genossinnen und Genossen, daß ich schließe. Lassen Sie mich schließen mit der Erinnerung an eine Episode, welche die englische Presse einige Jahre nach dem Kriege erzählte. Durch die Straßen Londons tastete sich ein Kriegsblinder, der im Kriege das Augenlicht eingebüßt hatte. Er tastete mit seinem Stock den Weg ab, um vorwärts zu kommen. Und wie er eines Tages so geht, ereignet sich etwas, was wir ein Wunder nennen können: Der Mann sieht, aus irgend einer geheimnisvollen Ursache kehrt ihm das Augenlicht zurück und der Mann ruft aus: „Ich sehe, ich sehe!“

Genossinnen und Genossen, das ist unsere Situation. Wir sehen. Wir sehen, daß wir getrennt, im gegenseitigen Kampfe schwach sind und Dünge des Kapitalismus bleiben. Wir sehen, daß wir nur im brüderlichen Kampfe, in gemeinsamer Arbeit in diesem Staate eine unüberwindliche Macht werden können, gegen deren Politik und deren Entscheidung es keine Berufung gibt. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Kampf: Im Sinne der Tagesordnung tritt nun eine einstündige Pause ein. Wir werden punkt $1\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags weiter verhandeln und dann kommt die Reihe an den Genossen Dr. Czech.

Vorsitzender de Witte: Wir treten in die Mittagspause ein, die eine Stunde währt. Punkt $\frac{1}{2}$ Uhr werden die Verhandlungen nachmittags fortgesetzt. Erster Redner ist Dr. Czech.

Die Delegierten erhalten gegen Vorweisung der Legitimationskarte im Neuen Deutschen Theater und in der Kleinen Bühne Karten zum halben Preis.

Schluß: 12 Uhr 30 Min. nachmittags.

Nachmittags-sitzung.

Beginn: 1 Uhr 35 Min.

Vorsitzender de Witte: Wir nehmen die Verhandlungen wieder auf. Zum Worte gelangt Genosse Dr. Czech.

Dr. Ludwig Czech.

(Mit lebhaftem Beifall begrüßt.)

Die internationale Situation zeigt ein außerordentlich düsteres Bild. Fast in allen Ländern Europas sind die Mächte der Reaktion wieder am Ruder und überall ist die Auseinandersetzung zwischen ihnen und der Arbeiterklasse in vollem Gange. Immer heftiger geht die kapitalistische Bourgeoisie zum Angriff auf das Proletariat vor und holt mit gieriger Hand nach den von ihm erzielten revolutionären Errungenschaften aus. Doch ist auch die

Arbeiterklasse nicht müßig. Die kapitalistische Bourgeoisie, die ihre reaktionären Pläne bisher fast hemmungslos verwirklichen konnte, stößt nun endlich auf schärfsten Widerstand und kann ihre Raubzüge nur im erbittertsten Kampfe verwirklichen. Diese Auseinandersetzung nimmt in dem Maße, in dem sich die Klassengegensätze noch weiter zuspitzen, die Begehrlichkeit und Aggressivität der Unternehmerrklasse wächst, an Intensität zu und führt uns so förmlich ein klassisches Beispiel für die Richtigkeit des im kommunistischen Manifest geprägten Satzes vor,

„daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften die Geschichte von Klassenkämpfen ist“.

Der Kapitalismus, der durch den Krieg und die Kriegesfolgen völlig untermüht, ja beinahe zusammengebrochen schien und scheinbar dem Auflösungsprozesse zueilte, vermochte sich wieder aufzurichten, die schwere Krise, in die er durch die Kriegsergebnisse geriet, zu überwinden, sich zu kräftigen und zu stabilisieren, ja sogar zu neuer Blüte emporzuarbeiten. Heute hat er sich in einer ganzen Reihe von Ländern — mitten durch die schwerste Krise — zur Hochkonjunktur durchgerungen, wieder von den alten wirtschaftlichen Machtpositionen Besitz ergriffen und neue gewaltige Machtphären dazu erobert. So konnte er sehr bald die kapitalistische Bourgeoisie auch politisch wieder in den Sattel setzen, ihr zu den alten politischen Machtpositionen wieder verhelfen, sie wieder zu Macht und Einfluß bringen, ihr neuerlich den ganzen Staatsapparat dienstbar machen und schließlich das alte kapitalistische System wieder aufrichten, nachdem ihm die kommunistische Spaltungsarbeit durch Zerstückelung der proletarischen Reihen dies erleichtert und den Weg zur Macht völlig frei gemacht hatte. So geriet die europäische Politik neuerlich unter die Fuchtel der internationalen politischen und wirtschaftlichen Reaktion, in deren Zeichen sie in dieser Stunde steht. Das gilt nicht nur von den ausgesprochen faschistischen und diktatorisch regierten Ländern, sondern auch nahezu von allen west- und mitteleuropäischen Staaten, gleichermaßen von den Siegerstaaten, wie von den besiegten Ländern, in denen durchwegs nach einer kurzen revolutionären, von fortschrittlichem und sozialem Geiste getragenen Phase eine kontrerevolutionäre Entwicklung einsetzte und die alten kapitalistischen Mächte wieder ans Ruder brachte, die ihre Herrschaft nun zur Niederwerfung und Niederhaltung der Arbeiterklasse mißbrauchen. England, Deutschland, Frankreich, Belgien, Oesterreich, Polen, die Tschechoslowakei sind nun wieder fest in Händen der Bourgeoisie, die, gestützt auf ihre konsolidierte wirtschaftliche Macht, das kapitalistische Herrschaftssystem wieder aufgerichtet, die Arbeiterklasse jeden Einflusses auf die Führung der Staatsgeschäfte entkleidet hat und hemmungslos den Staat ihren Profitinteressen dienstbar macht.

Wohin man auch in Europa blicken mag, ist der Einfluß der Arbeiterklasse im Staate völlig ausgeschaltet. Der Völkerbund ist den kapitalistisch-imperialistischen Regierungen völlig ausgeliefert, die Gesetzgebung überall von kapitalistischem Geiste beseelt und in den Dienst der Besitzklassen gestellt. Dabei ist fast in allen Ländern der Angriff des an der Macht befindlichen Bürgerblocks auf die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung sowie auf die in der Revolutionsperiode geschaffene soziale und sozialpolitische Gesetzgebung in vollem Gange. Die Folge ist eine weitere Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse und vor allem eine weitere Herabdrückung des Lebensniveaus mit allen Begleiterscheinungen, die sich daraus für die arbeitenden Menschen und ihre Familien von selbst ergeben. Dieser Zustand wird für die Arbeiterschaft mit jedem Tage unerträglicher und macht sich um so fühlbarer, als das durch die neuerliche Festigung des Kapitalismus und die neuerliche Sicherung der bürgerlichen Machtpositionen herbeigeführte Nachlassen oder besser gesagt Schwinden der revolutionären Situation der Arbeiterschaft scheinbar jeden Ausblick auf eine baldige durch-

greifende und grundstürzende Änderung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht benimmt. Bucharin hat diesen Zustand auf der letzten Tagung der kommunistischen Internationale durch den Stoßfeuer charakterisiert:

„daß wir noch immer nicht unmittelbar vor einer revolutionären Situation stehen“.

Schon im Jahre 1921 rief Otto Bauer in einer Auseinandersetzung mit den Kommunisten, die bereits „jeden Pulsschlag des totkranken Kapitalismus, jedes Köcheln des auslöschenden Körpers“ hörten, den Kommunisten zu:

„Die Kommunisten mögen enttäuscht sein, sie haben sich vorgestellt, imstande zu sein, die kapitalistische Welt mit einem einzigen Ruck im Ansturm in Trümmer zu legen. Wir Sozialdemokraten sind dieser Illusion nicht erlegen. Uns hat die Geschichte gelehrt, daß jede soziale Revolution ein unvergleichlich langwierigerer, mannigfaltigerer Prozeß ist, als die kommunistische Kinderfibel annimmt. Mag sein, daß eine Phase der Revolution beendet ist, aber die Revolution geht weiter. Können wir im Augenblick nicht zu neuen Schlägen ausholen, so gilt es, die Errungenschaften der Revolution festzuhalten, allen Kämpfen, die Gefahr bringen, flug auszuweichen, die errungenen Machtpositionen zur Sammlung, Organisierung des Proletariats auszunützen. So nützen wir die Ruhepause der Revolution. Daß sie nicht zu lange währt, dafür sorgt der Kapitalismus selbst.“

Damals nannten die Kommunisten ihn einen „Wolf im Schafspelz“, einen Lakaien der Bourgeoisie und ziehen ihn der „Sabotage der Weltrevolution“. Und heute müssen sie die Richtigkeit dieser Auffassungen selbst offen einbekennen.

Wenn es nun auch richtig ist, daß die revolutionäre Welle wieder abgeebbt ist, die revolutionäre Phase wieder vorüber ist, so unterliegt es doch auch nicht dem leisesten Zweifel, daß die Wiederherstellung und Stabilisierung des Kapitalismus, das Schwinden der revolutionären Situation, kein endgültiges, sondern nur ein vorübergehendes ist, und daß wir — von der dem Sozialismus mit Riesenschritten zutreibenden ökonomischen Entwicklung abgesehen — ebenso wie es bei Kriegsausbruch geschehen ist, durch eine ähnliche Weltkatastrophe oder sonstige schwere Erschütterungen wieder in eine revolutionäre Phase mit allen sich daraus für das Proletariat ergebenden Möglichkeiten eintreten können. Denn noch immer ist die Welt voller Konflikte, voll gefährlicher Krisenherde. Noch immer ist Europa ein Pulverfaß, das über Nacht zur Explosion gebracht werden und die ganze Welt in Brand setzen kann. Der Balkan bleibt nach wie vor eine der größten Gefahrenquellen für den europäischen Frieden. Der Faschismus ist seine ständige Bedrohung. Der Konflikt zwischen England und Rußland, zwischen Rußland und Polen, zwischen Polen und Litauen, zwischen Italien und Jugoslawien, die Entwicklung der chinesischen Wirren, die englische Patronanz aller faschistischen Regierungen, die ungarische Abenteuerpolitik mit der Rothemere-Aktion im Mittelpunkt und den unaufgeklärten ungarischen Waffentransporten als charakteristischem Symptom, alles das vermag, wenn es an irgend einer Stelle zum offenen Konflikt, zum Kriegsfall kommt, den Frieden Europas aufs schwerste zu gefährden und einen neuen Weltbrand heraufzubeschwören, dessen Folgen sich heute auch nicht im Entferntesten voraussagen lassen.

Es ist also wohl die vom Weltkrieg ausgelöste Revolutionsperiode vorüber, doch kann eine neue in jedem Augenblick wiederkommen.

(Sehr richtig!)

Während sich nun der Kapitalismus in seinem Bestande zu festigen versucht und damit auch eine Festigung der Positionen der Besitzklassen herbeizuführen vermochte, ist das Proletariat unter dem schweren Druck, den das kapitalistische System ausgelöst hatte, nicht müßig geblieben. Es ist wohl eine Zeitlang diesem fürchterlichen wirtschaftlichen und politischen Drucke, der wie

ein Bleigewicht auf ihm lastete, erlegen und einer schweren Depression verfallen, die sich durch den selbstmörderischen Kampf der proletarischen Parteien gegeneinander nur noch verstärkte. Allein das blindwütige Umsichschlagen der neuen Machthaber, das Überstürzen der alten kapitalistischen Herrschaftsmethoden, die sich nach der Regel: daß mit dem Essen der Appetit kommt, immer mehr steigende Profitgier der Unternehmerklasse, als deren Exponenten die Bürgerblock-Regierungen fungieren, die zunehmende Verelendung und Entrechtung der Massen, alles das hat innerhalb des Proletariats einen starken seelischen Umschwung und vor allem das Schwinden der Mutlosigkeit und Depression herbeigeführt, den Kampf- und Widerstandsgedanken geweckt und förmlich aufgepeitscht und eine neuerliche Kalkülierung der Arbeiterschaft, ihre Revolutionierung und Mobilisierung gezeitigt und so die Bildung einer, wenn auch gegliederten und zersplitterten, so doch starken, selbstbewußten und zielklaren proletarischen Kampffront ermöglicht, die sich gegen die Herrenklassen erhoben hat und trotz aller Niederlagen die Kraft zur entschiedenen Abwehr sowie zum Gegenangriff aufzubringen vermag. Das haben die in letzter Zeit abgeführten wirtschaftlichen, politischen und ebenso die letzten Wahlkämpfe gezeigt, die fast überall, in England bei den Gemeinde- und Parlamentswahlen, in Deutschland bei den Landtags- und Gemeindevahlen, in Polen und der Tschechoslowakei bei den Kommunalwahlen, in Österreich, in den skandinavischen Ländern, überall einen Aufstieg der Arbeiterklasse, ihre Ermannung nach jahrelanger Mutlosigkeit, ihre Schlagkraft und Kampffähigkeit erwiesen.

Und ähnlich, wie in den anderen Ländern Europas, liegen auch die Verhältnisse in der Tschechoslowakei. Auch hier hat eine Stabilisierung des Kapitalismus platzgegriffen. Das tschechoslowakische Finanzkapital hat an Kraft gewonnen, was die in den letzten Jahren durchgeführten Kapitalvermehrungen und vor allem die Tatsache beweist, daß die Tschechoslowakei sich anschickt, zum internationalen Geldgeber zu werden. Die industrielle Produktion machte in Anlehnung an die Weltkonjunktur und vor allem an den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands eine Hochkonjunkturperiode mit, wie sie die tschechoslowakischen Länder seit dem Jahre 1913 nicht erlebt haben. Der Produktionsindex ist von 1922 auf 1927 in dem Verhältnis von 50 zu 106 gestiegen und hat die Vorkriegsproduktion beinahe erreicht, in manchen Branchen sogar überschritten. Die Handelsbilanz weist pro 1927 ein Aktivum von 2197 Millionen aus. Eine ganze Reihe von Aktiengesellschaften erzielten Kursgewinne, die an eine Verdoppelung des Aktienkapitals heranreichen, ja vielfach auch das Doppelte des Aktienkapitals übersteigen, so Kolben, Königshofer Zement, Rothau-Neudek, Solo, Skoda, Slowakische Bank usw., wobei 50%ige Kursgewinne und enorme Dividenden (Bivno, Nestomitzer, Auffiger Chemische, Nordböhmische Kohlen usw.) bei einer großen Zahl von Unternehmungen zu verzeichnen sind. Wohl ist das Bankamt der Meinung, daß die Hochkonjunktur den Höhepunkt überschritten habe, es muß aber andererseits selbst zugeben, „daß in der Mehrzahl der Branchen eine Neigung zur Verschlechterung nicht bemerkbar sei“.

Doch sind andererseits Volkswirtschaftler vom Range des Industriellenjunktors Dr. Hodač oder des Herrn Dr. Uhlig der Meinung, daß — politische Verwicklungen ausgenommen — ein Umschwung zum Schlechteren nicht zu erwarten sei, ja Dr. Uhlig meint sogar, daß nach einer Atempause Aussicht auf einen weiteren Aufstieg der Konjunktur bestehe.

Daß die Festigung des Kapitalismus in unserem Lande mitten in der größten Zersplitterung der Arbeiterbewegung nicht ohne Einfluß auf die politische Festigung der Besitzklassen bleiben konnte und sie wieder an die politische Oberfläche und schließlich ans Ruder bringen mußte, konnte niemanden wundern. So kam es zwangsläufig zur Bildung des

deutsch-tschechischen kapitalistischen Bürgerblocks

auch in diesem Lande und zu einer neuerlichen reaktionären Welle, die mit besonderer Erbarmungslosigkeit über die arbeitenden Schichten hinweggleitet und sie unter dauerndem und schwerem Drucke hält, was der Bourgeoisie umso leichter gelingen konnte, als sich die Lage der Arbeiterschaft immer mehr verschlechtert und ihr fürchterlicher Notstand ihre Widerstandskraft geradezu gelähmt hat. Denn die Arbeiterschaft nimmt an der Prosperitätsepoché des tschechoslowakischen Kapitalismus keinen Anteil. Die Hochkonjunktur ist eine Konjunktur der Exportindustrie, nicht aber, wie in Deutschland, Ungarn, Polen, gleichzeitig auch eine Konjunktur des Inlandsverbrauches. Die Arbeiter haben, wie der kapitalistische Prager Börsenkurier kürzlich aufzeigte, in der Konjunkturperiode ihre Lage nicht verbessern können, vielmehr ist die Konjunktur den Unternehmern allein zugute gekommen, die wie der Börsenkurier sagt, diesmal „keine Mitesser“ hatten. Denn die Arbeiterlöhne — 250 Kč wöchentlich für den nichtqualifizierten Arbeiter, wobei natürlich in gewissen Industriezweigen noch weit niedrigere Löhne bestehen — haben nicht die geringste Erhöhung erfahren, obwohl selbst das staatliche Statistische Amt errechnete, daß zur Bestreitung der Kosten einer Arbeiterfamilie ein Wochenlohn von 312 Kč erforderlich sei. Nach einer Statistik der Sozialversicherungsanstalt haben nur 9% der versicherten Arbeiter einen Verdienst, der den täglichen Lohnsatz von 34 Kč übersteigt, während 91% den zur Deckung des Lebensbedarfes notwendigen Lohn nicht erreichen und mit ihren Familien dem größten Notstand preisgegeben waren. Selbst die kapitalistische Zeitschrift „Hospodářská Politika“ gibt, wie es dort wörtlich heißt, das außerordentlich niedrige Niveau der Löhne zu und meint,

„daß die Industriellen bei der geöfferten Situation nur deshalb nicht zur linearen Erhöhung der Löhne, von deren außerordentlich geringem Niveau auch sie überzeugt seien, weil man die Konjunktur als etwas Unsicheres und Vorübergehendes betrachtet habe“.

So steht denn einer Blüteperiode des tschechoslowakischen Kapitalismus eine wirtschaftliche Niedergangsperiode der Arbeiterklasse aller Nationen gegenüber, die nicht nur durch das niedrige Lebensniveau der Arbeiterschaft, sondern vor allem auch durch die Unerfälllichkeit der kapitalistischen Bourgeoisie charakterisiert ist, die in ihrer Hochkonjunkturperiode nur an ihre Taschen denkt, dem Schicksal ihrer Arbeiter teilnahmslos gegenübersteht und deren Lage nicht nur nicht verbessert hat, sondern im Gegenteil noch daran geht, ihr die von ihr in der Revolution errungenen sozialen und sozialpolitischen Einrichtungen aus dem Titel der Lastenabburdung zu beschneiden.

Welch eine Wandlung innerhalb eines Jahrzehntes! In den Umsturztagen des Oktober 1918, in denen das tschechoslowakische Bürgertum die Schützenhilfe der Arbeiterschaft benötigte, in denen es darum ging, das tschechische Volk von der früheren nationalen Unterdrückung zu befreien, da versprach man den Arbeitern das Blaue vom Himmel und hatte für alle ihre Wünsche scheinbar eine offene Hand. Als aber das große Befreiungswerk vollbracht war, die Arbeiter nun die Einlösung der ihnen gemachten Versprechungen forderten, ihren Anteil an den Früchten der nationalen Revolution verlangten, nach Brot und Freiheit, nach der Besserung ihrer Lage riefen, als die Klassengegensätze immer offenkundiger wurden, und sich immer mehr zu verschärfen begannen, da kehrte sich das Bürgertum im Nu gegen den proletarischen Kampfgenossen und verband sich lieber mit den feindlichen Gewalten von anno dazumal.

So sehen wir also auch auf diesem Boden die Wiederholung der Geschichte aller bisherigen bürgerlichen und nationalen Revolutionen, die nicht auf eine einzige Klasse gestellt waren. Sie endeten immer mit der Konterrevolution, die in unserem Lande nicht mit Blaufugeln, Gewehrkolben und Guillotine arbeitete, sondern im harmlosen, demokratisch über-

tünchten legalen Gewande einherschritt, in ihren Auswirkungen für die Arbeiterklasse jedoch der blutigen Konterrevolution nicht nachsteht. Denn sie brachte die tschechischen und deutschen Besitzklassen des Landes wieder an die Macht, schloß die Arbeiter von jeder Mitbeteiligung aus, gab der altösterreichischen Bürokratie, dem Staatsanwalt und Polizisten wieder alle Gewalt in die Hand und richtete so eine Klassenherrschaft der Bourgeoisie im schlimmsten Sinne des Wortes auf. So ist es denn knapp vor dem zehnjährigen Jubiläum der Gründung dieses Staates im Zuge der von uns längst erkannten und längst vorausgesagten Entwicklung zur Aufrichtung eines deutsch-tschechischen kapitalistisch-agrarischen Regierungssystems gekommen, das an Stelle der bis dahin bestehenden nationalen Einheitsfront mit ausgesprochen antisozialer und antisozialistischer Prägung und mit verzerrter reaktionärer Frage setzte.

Die bis dahin verhüllt gewesenen Klassengegenätze sind nun bloßgelegt, die Klassenfronten deutlich und scharf umrissen und damit das wahre Gesicht und der wahre Charakter des Systems unverkennbar

und die wahren Absichten aller Welt offenkundig. Es war eine Demaskierung von erschütternder Tragik.

Und während die tschechischen Bürgerblockpartner trotz alledem den Klassencharakter des neuen Systems mit aller Entschiedenheit in Abrede stellen, die nackte Vertretung kapitalistischer und großagrarischer Interessen ableugnen und auch diesem Regime ein demokratisches und soziales Mäntelchen umzuhängen suchen, machen die deutschbürgerlichen Kompagnons aus ihren wahren Absichten und aus ihrer wirklichen Mission absolut kein Geßel, aus ihren Herzen keine Mördergrube. Während Dr. Kr a m á ř sich im Schweiß seines Angesichtes abmüht, das neue System als sozial und demokratisch gerecht zu verteidigen und so, um nur ein Beispiel zu nennen, die Forderung nach der Parität in der Verwaltung der Sozialversicherung damit zu rechtfertigen sucht, daß es ungerecht wäre, die Arbeitgeber von der Fürsorge für Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter auszuschließen, erklärt Herr Minister Sp i n a wenige Tage nach der Konstituierung der Zollmehrheit in einer Versammlung in Laubendorf,

„daß es Sache des Bürgertums sei, dazu beizutragen, daß die bürgerlichen und sozialen Gegenätze sich immer mehr auswirken, damit die nationale Geschlossenheit der Tschechen durch wirtschaftliche Gegenätze gesprengt werde“.

Und Herr Minister M a y r - H a r t i n g nannte es einen glücklichen Umstand, „daß sich in die politischen Komplikationen wirtschaftliche Schwierigkeiten einmengen, zu deren Beseitigung die national-tschechische Koalition nicht ausreichte“.

Während man nun auf tschechischer Seite nicht müde wird, jede, und sei es auch die reaktionärste, Maßnahme demokratisch zu deuten — wie sollte man auch anders das Jubiläum der Dreifönigserklärung oder gar den zehnten Geburtstag der Staatsgründung mitfeiern können —, hat man auf deutscher Seite alle Sentimentalitäten von Haus aus abgestreift und verweist, wie M a y r - H a r t i n g, mit Stolz auf den Bestand einer konservativen Regierung oder, wie Spina in seinen Neujahrsexhortationen, auf die Notwendigkeit, die sozialistischen Auswüchse zu beschneiden „und“ den weitgehenden sozialistischen Ansprüchen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Während sich in Deutschland bei Konstituierung des Bürgerblocks alle Parteien, also auch die Vertreter des kapitalistischen Scharfmachertums, um den sozialistischen Parteien den Wind aus den Segeln zu nehmen, auf Richtlinien, auf programmatische Bindungen festlegen mußten, in denen sie sich zur tatkräftigen Förderung der sozialen Reformen, zur Schaffung einer umfassenden Arbeiterschutzesgesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der

Bergarbeit, zur Verabschiedung von Vorlagen über die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, über den Ausbau der Sozialversicherung, über die Verbesserung der Lage der Invaliden usw. — wenn auch zugegebenermaßen mit allen möglichen Mental-Reservationen — verpflichtet mußten, geht man bei uns jaust in der Zeit der Hochkonjunktur daran, die Sozialversicherung zu verschlechtern, den Mieterschutz abzubauen, die Invalidentrenten zu kürzen, nachdem man schon vorher durch die Zoll- und Steuerpolitik die Lebenshaltung der Arbeiterschaft auf das niedrigste Niveau herabgedrückt hatte. Während man anderwärts den Bürgerkoalitionen den sozial-reaktionären Charakter zu benehmen, sie sozial zu drapieren, ihren Programmen einen sozialen Inhalt zu geben sucht, stellt der tschechisch-deutsche Bürgerblock eine offene Kriegserklärung an das arbeitende Volk dar, stempelt sich selbst geradezu zynisch zum Sachwalter der kapitalistischen Interessen, zum Besizbürgerblock, hinter dem sich die Unternehmerklasse verbirgt, die so gerne die Zeiten wiedersehen möchte, in denen die Arbeiter gedemütigt und erniedrigt in den Fabriksälen roboten und beim Erscheinen des Fabriksherrn mit gekrümmten Rücken und knieschlotternd den Notau machen.

In der großen Begeisterung, in die der Bund der Landwirte durch seine Aufnahme in den Regierungsolhmp versezt wurde, schrieb die „Deutsche Landpost“:

„Die neue Koalition sei eine wahre Treuga dei, ein wahrer Gottesfrieden.“

Das arme Blatt weiß scheinbar nicht, daß die im 11. Jahrhundert, also im Mittelalter, über Antrag der Geistlichkeit dekretierte, ins kanonische Recht aufgenommene, von einer ganzen Reihe von Päpsten als Kirchengesetz bestätigte Treuga dei kein Bürgerblock gewesen ist und mit diesem schon deshalb nicht in einem Atem genannt werden darf, weil die Treuga dei unter Androhung von Geldstrafen, Vermögenskonfiskation und kirchlichem Bann alle Fehde, alle Raubzüge auf die Zeit von Montag früh bis Mittwoch abends beschränkte, während für den Bürgerblock in diesen seinen Funktionen keinerlei wie immer geartete zeitliche Beschränkung bestehen.

Und nun ein Wort zur sogenannten sudetendeutschen Regierungspolitik.

Der Eintritt der deutschen Regierungsparteien in die Regierungsmehrheit erfolgte durchaus zwangsläufig, als die Klassengegensätze hiezu ausgezeit waren. Der Regierungseintritt entsprach auch durchaus der logischen Entwicklung und kam uns nur bezüglich des Tempos überraschend. Im übrigen lag er durchaus in der Linie unserer Vorstellungen von der voraussichtlichen Gestaltung der Politik in diesem Lande. Wir haben es immer so kommen gesehen und uns daher auch durch ein noch so lautes Einheitsfrontgeschrei der Herren Krepek, Spina, Mahr-Harting in unseren Vorstellungen über die weitere Entwicklung der politischen Verhältnisse in diesem Lande nicht beirren lassen. Mit nassen Fetzen wollte man gegen uns losgehen, weil wir die Einladung der Landbündler zur Bildung der nationalen Einheitsfront abgelehnt hatten. Es geschah dies zur selben Stunde, in der — wie dies Herr Senator Krepek in seiner bekannten Denkschrift und Herr Vizepräsident Bierhut jüngst in einer Versammlung verriet — die Landbündler hinterrücks mit dem Erbfeind Svehla pakelten und Einlaß in das Allerheiligste verlangten. Und heute sitzen sie in der Regierung hoch zu Ross und Blicken — jeder von ihnen ein kleiner Bismarck — auf die in der politischen Arena agierenden misera plebs verächtlich herab und machen die Tatsache, daß sie sich bedingungs- und rückhalt- und rückratlos, ja unter schwerster Kompromittierung des nationalen Verständigungsgedankens an die Ministerstühle herangebettelt haben, zu einer großen politischen Offenbarung.

Noch am 17. März 1926 wetterte Herr Minister Mahr-Harting in einer großen Parlamentsrede gegen den Nationalstaat, den er in den Grund

und Boden bohrte, dessen Verfassung, Geschäftsordnung, Sprachengesetz, Bodenreform er als weithin ragende Denkmäler einer zielbewußten nationalstiftischen Politik verdammt. Und heute prokt er förmlich — ebenso wie dies Herr Minister Spina in einer Neujahrsbetrachtung tat — mit der durch die Regierungsparteien

unter Abschwörung der bisherigen Stellungnahme

erfolgten ausdrücklichen Anerkennung des Staates, auf die sich die deutschen Regierungsparteien gar so viel zugute tun. Allerdings haben diese tatsächlich manches abzuschwören, denn noch im Jahre 1925 gab Minister Spina im Namen der heutigen Regierungsdeutschen im Parlament eine Erklärung ab, in welcher die im Jahre 1920 von sämtlichen deutschbürgerlichen Parteien abgegebene Staatsrechtserklärung erneuert wird, die die Tschechoslowakei als Ergebnis eines einseitigen Willensaktes bezeichnet, auf die widerrechtliche, mit Waffengewalt erfolgte Besetzung des deutschen Sprachgebietes verweist, die Staats- und Regierungsform für ein ungelöstes Problem erklärt und den von der konstituierenden Nationalversammlung beschlossenen Gesetzen jede Anerkennung versagt. Statt sich nun, wenn man schon einmal ein solches Salto mortale zu begehen bemüht war, darüber einfach auszuschweigen, wird mit der sogenannten Anerkennung des Staates in aufdringlichster Weise herumprokt und so getan, als hätte nie zuvor jemand die Erleuchtung über die Notwendigkeit eines solchen Schrittes gehabt und vor allem nicht den Mut zu dieser Tat aufgebracht. Wie lächerlich eine solche Behauptung ist, wollen wir gleich aufzeigen und vor allem dartun, daß man auch abseits aller Regierungspolitik und besonders nicht zu Kompensationszwecken und schon gar nicht als Kaufschilling sich mit gewissen realen Tatsachen abfinden und die sich daraus für die praktische Arbeit und reale Politik ergebenden Schlüsse ziehen kann. Schon am Teplitzer Parteitag des Jahres 1919 und bald darauf im Jahre 1920 — als über das Schicksal dieses Staates durch die Friedensverträge bereits entschieden war — hat unsere Partei bei Betreten des Parlaments durch Josef Seliger die Erklärung abgegeben, daß wir entschlossen sind, auf dem neuen Boden, auf den uns die Geschichte gestellt hat, unsere geschichtliche Aufgabe aufzunehmen. Am Auffiger Parteitag des Jahres 1923, also bereits vor vier Jahren, haben wir dann unter Berufung auf diese unsere Erklärung in unserem politischen Referat klar und deutlich ausgesprochen,

„daß wir eine Partei der arbeitenden Menschen sind und mit dem Schicksal der Arbeiter nicht hasardieren dürfen, weshalb wir uns durch Verlegung des Kampfplatzes auf den neuen Boden einseitig den geänderten, von unserem Willen unabhängigen Kampfbedingungen angepaßt, andererseits alle Phantastereien, alle Abenteuer- und Katastrophenpolitik mit aller Entschiedenheit abgewiesen haben, in der Erkenntnis, daß eine solche Politik nicht zum Siege des Sozialismus, sondern bestenfalls nur zum Siege der Gegenrevolution führen könne. Wie hätte es — heißt es in dieser Rede weiter — auch anders sein können. Hätten wir auch nur einen Augenblick eine Politik machen können, die den Staat, in dem Millionen deutscher Menschen leben, zugrunde richtet und alle diese mit ihm? Das wäre ein tolles Beginnen gewesen. Das hätte die Arbeiterschaft auch nicht mitgemacht. Darum haben wir, als unser Schicksal entschieden war, sofort erklärt, daß wir diesen Boden für alle arbeitenden Menschen wohnlich machen und so einrichten wollen, daß das Proletariat sich hier in vollster Freiheit politisch und sozial betätigen und alle seine Kräfte voll zur Entfaltung bringen kann. Es geschah dies im Sinne unseres freien und unauslösbaren Rechtes, unser Schicksal jeweils selbst zu bestimmen.“

Das haben wir bereits vor vier Jahren im vollen Lichte der Öffentlichkeit auf unserem Parteitage erklärt und dabei — in Vorahnung der kommenden

Dinge — noch weiter ausgesprochen, daß wir diese unjere Stellung zum Staate und zum nationalen Problem nicht wie andere auf den Markt tragen und sie auch nicht — je nach der Konjunktur — ausbieten und auch nicht jeden Tag — wie es dort wörtlich heißt — mit einem Eßlöffel aktivistischer Verfehrtnis aufwarten wollen. (Lebhafter Beifall.)

Noch am 15. Dezember 1925, also knapp vor zwei Jahren, erklärte der Vorsitzende der christlichsozialen Partei, Senator Hilgenreiner,

„daß die Deutschen nur so viel erhalten können, wie sie sich erkämpfen und daß nur eine Opposition, die mit angestrengtem Fleiß alle Chancen ausnützt, etwas erreichen könnte“.

Und heute macht sich derselbe Senator Hilgenreiner mit samt seiner Partei und Parteipresse über die halstarrigen unverbesserlichen doktrinären Oppositionellen lustig und erklärt, daß nur der regierungsfähige Aktivismus der deutschen Bevölkerung nützen könne. Das hindert die deutschen Christlichsozialen nicht — zur Zeit, da sie den tschechischen Regierungsparteien mit Haut und Haaren verschrieben sind, — auch noch mit den deutschbürgerlichen Oppositionsparteien in ernste Erörterungen über die Vereinheitlichung der sudetendeutschen Politik einzutreten, die sich die einen als eine nationale Einheitsfront alten Kalibers, die anderen — wie Jesser — als eine Politik der verteilten Funktionen oder — wie der „Depliz-Schönauer Anzeiger“ — „als Einigung über grundsätzliche Fragen der deutschen Politik“ mit verschiedener, aber verabredeter Taktik vorstellen, also als ein Spiel mit verteilten Rollen, wobei es Spielpartner am Regierungstische und Kiebitze im Oppositionslager zum Maulhalten geben soll. Die alles dieses planen, ahnen es scheint gar nicht, daß sie nur Phantomen nachjagen, denn wie es in Wirklichkeit um die Zusammenarbeit von deutschen Regierungs- und Oppositionsparteien steht, das kann man am besten an den letzten Vorgängen im parlamentarischen Schulausschuß demonstrieren, bei denen es sich herausstellte, daß ein bloßes Stirnrnzeln des Herrn Schulministers Šodža vollständig genügte, um den Vorsitzenden des deutschen parlamentarischen Schulausschusses, den Agrarier Šodina in der nächsten Sekunde in einem wahrhaften Knäuel zu verwandeln. Wie sollte es auch zu einer Einigung zwischen deutschen Regierungs- und Oppositionsparteien über den zur Herbeiführung eines Ausgleiches von Volk zu Volk oder zur Erringung der kulturellen Selbstverwaltung einzuschlagenden Weg kommen, wenn die deutschen Regierungsparteien, mit durch das Regierungsprogramm und die Koalitionsabmachungen gebundenen Händen, in die Beratungen eintreten und als Regierungsparteien nicht nur nicht zur Vereinbarung eines grundlegenden national-kulturellen Programmes, sondern nicht einmal zur selbständigen Einbringung auch nur des geringfügigsten parlamentarischen Initiativantrages berechtigt sind. Darum halten wir alle Hoffnungen, die auf den in der „Bohemia“ veröffentlichten Aufruf der 50 Gerechten (Heiterkeit), sowie auf die zustimmende Äußerung führender bürgerlicher Politiker und seriöser deutschbürgerlicher Blätter gesetzt sind, für durchaus illusionär und soweit solche Zustimmungen aus dem deutschen Regierungslager kommen, für eine ganz kommune Augenauswischerei. Denn die deutschen Regierungsparteien haben vorläufig alle Hände voll damit zu tun, von der reichen Tafel der tschechischen Bourgeoisie die paar Brotsamen aufzufangen, die für sie gnädiglich abfallen, und es fällt ihnen — genau so, wie beim Regierungseintritte oder während ihrer ganzen ein- halbjährigen Regiererei — auch nicht im Traume ein, das große Verständigungsproblem aufzurollen und dadurch ihre Regierungsteilhaberschaft zu gefährden. Es kommen daher für das Verständigungswerk die deutschen Regierungsparteien, die den Ausgleich von Volk zu Volk nicht in die Wege geleitet, sondern im Gegenteil aufs schwerste kompromittiert haben, absolut nicht in Betracht.

Immer mehr zeigt es sich, daß eine Verständigung von Volk zu Volk wohl kommen wird, weil kommen muß, daß sie aber nicht das Werk der deutschen und tschechischen Bourgeoisie sein wird, (Sehr richtig!) die sich schon im alten Osterreich als unfähig erwiesen hat, das nationale Problem zu lösen, ja die es sogar — da sie von nationalem Gader lebt — immer und immer wieder direkt sabotiert hat. Vielmehr wird es einzig und allein die Arbeiterklasse aller Nationen sein müssen, die die Verständigung von Volk zu Volk — unbeeinflusst von allen Besitz- und materiellen Interessen — im sozialen Geiste, entsprechend den nationalen und kulturellen Bedürfnissen jedes der Völker und der Völkergesamtheit herbeiführen wird.

Der nationallistische Teil des Bürgertums beider Nationen ist allerdings anderer Meinung. Nach wie vor hält er an dem Wahngebilde einer, alle Teile des Volkes vom Arbeiter bis zum Kapitalisten umfassenden nationalen Einheitsfront fest und erblickt in jeder Annäherung der Arbeiterschaft beider Nationen eine ernste Gefahr. Darum wurde die Sozialdemokratie beider Nationen sofort nach Verlautbarung des Kongresses nach dem alten Rezept wieder einmal des nationalen Verrats bezichtigt, und für die sich aus diesem Schritte ergebenden Konsequenzen verantwortlich gemacht. In diesem Fehler verfiel auch ein Teil der sogenannten fortschrittlichen Blätter, von denen eines sogar das sogenannte sozialistische Experiment

„als den Todesstoß für den Plan einer allgemeinen Front zur Herbeiführung nationalpolitischer Verhandlungen mit den Tschechen“

erklärte. Wohl gibt es auch im deutschbürgerlichen Lager vereinzelte Stimmen, die den von uns gesetzten Schritt auch anders zu deuten vermögen. So schrieb beispielsweise Herr Abg. Rosche in einer Neujahrsbetrachtung:

„Daß gerade die Vorbesprechungen aus Anlaß unseres Kongresses die Notwendigkeit der Lösung des nationalen Problems für eine Verständigung ergeben hätten und daß daher der Einigungskongreß ganz auf der Linie des Verständigungsgedankens liege.“

In ähnlicher Weise hat sich auch Herr Senator Ledebour in der Budgetdebatte geäußert. Doch das sind in diesem Falle nur weiße Raben. Ihre Partei und Presse und die der anderen bürgerlichen Gruppen setzen trotzdem die Verratsheße fort, um sie parteipolitisch für ihre Interessen fruktifizieren zu können. Doch wer schert sich noch um derlei antiquierte Manöver, die die Deutschbürgerlichen selbst durch ihr klägliches Einheitsfront-Fiasco für immerwährende Zeiten tödlich kompromittiert haben und die heute nur museale Bedeutung haben und von niemand mehr ernst genommen werden.

In dieses Verratsgeschrei der Nationalisten beider Lager mischt sich auch
das Verratsgeschrei der Kommunisten.

Seit der Einberufung des Kongresses sind sie ganz außer Rand und Band und schlagen, wie von der Tarantel gestochen, blindwütig um sich. Kein Tag vergeht, ohne daß gegen uns die tollsten Anklagen, die wütesten Schimpfartikel, die gehässigsten Injurien losgelassen werden. Der arme Kongreß! Er ist nach der Auffassung der Kommunisten natürlich nur ein Schwindelkongreß, ein großangelegter Betrug an der Arbeiterschaft, ein sozialpatriotisches Scheinmanöver, er bezweckt die Herstellung der Einheit der Reformisten — gegen das Proletariat, er ist nur eine Markierung der Einheitsfront, er will keine wahre Kampfesinheit, sondern ist nur blauer Dunst, ja er ist — um mit den Worten Dr. Sterns zu sprechen — im innersten Kern ein **kontrerevolutionärer** Schritt der deutschen und tschechischen Sozialdemokraten, um die tschechischen Sozialdemokraten durch die Bundesgenossenschaft der Deutschen für die Bourgeoisie bündnisfähig, die deutschen Sozialdemokraten regierungsfähig zu machen und eine Rückendeckung für die Bourgeoisie zu bilden, der die reformistischen Führer um keinen Preis wehretun wollen. Warum der Lärm? Nun, er kommt immer und immer gibt es kommunistische

Lobsuchtsanfalle, wenn sich irgendein Schritt in der Konsolidierung der Arbeiterbewegung vollzieht. (Stürmischer Beifall.) So war es bei der Vereinigung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei mit der sozialdemokratischen Partei in Deutschland, so beim Zusammenschluß der internationalen Arbeitsgemeinschaft mit der II. Internationale, genau so bei der organisatorischen Zusammenfassung der beiden sozialdemokratischen Gewerkschaftszentralen dieses Landes. Eine ähnliche Musik haben wir anlässlich der Beteiligung deutscher Arbeiter an der Prager Olympiade zu hören bekommen. Und nun geht jetzt, da sich die sozialdemokratischen Parteien dieses Landes zu inniger Zusammenarbeit zusammenfinden und dauernd verbinden wollen, der gleiche Tanz von neuem los. Die Kommunisten, die die Arbeiterbewegung nach dem alten Habsburger Rezept „Divide et impera“ (Teile und herrsche) zerschlagen und dann beherrschen und kommandieren wollen, sehen in jedem Schritt der Wiedervereinigung auseinander geratener proletarischer Parteien eine Gefährdung ihrer Position und da es sich um tschechische, deutsche, ungarische, polnische Arbeiter handelt, eine Gefährdung ihres vermeintlichen Monopols auf den Internationalismus, den sie für sich gepachtet zu haben meinen, um damit am wirksamsten die sozialdemokratische Bewegung zerschlagen zu können. Solange die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nicht vereinigt war, wurden die Kommunisten nicht müde, über ihre Uneinigkeit und Zerrissenheit zu spotten, sie, die sich mit den führenden Köpfen, mit den Schöpfern Sowjetrußlands, mit den ersten Mitarbeitern Lenins selbst über kardinale, programmatische Fragen, wie etwa die Weltrevolution und die Diktatur des Proletariats, nicht zu verständigen vermögen, sie, die mit ihren 10 reichsdeutschen kommunistischen Fraktionen, mit den Brandler und Pieck, Urbans und Korsch und wie sie alle heißen, nicht fertigwerden können, sie, die den Mitbegründer der tschechoslowakischen kommunistischen Partei Neurath nur durch brutalsten Terror unterwarfen, die anderen tschechoslowakischen kommunistischen Fraktionen wie Hula und Gorlich, Vanek und Pollak, Skala und Neumann nicht zum Schweigen zu bringen vermögen und die verdienstvollsten Männer der III. Internationale, Männer vom Rang Trotzky, Ramenew, Sinowjew auf die Gasse setzen, nach Sibirien verbannen, um sich ihrer Einwirkung auf die Arbeitermassen zu erwehren. (Sehr richtig! Lebhafter Beifall.) Nun aber, da die sozialistischen Reihen sich wieder schließen, die durch die kommunistische Spaltungsarbeit zerschlagene Arbeiterbewegung sich wieder zu konsolidieren beginnt, fühlen sie sich ins Herz getroffen und nennen dieses Beginnen: konterrevolutionär. Wir aber sind der Meinung, daß es viel mehr konterrevolutionär ist, die proletarische Arbeiterbewegung zu zerschlagen, die Gewerkschaftsbewegung zu zertrümmern, die Genossenschaftsbewegung zu unterminieren, jeden Konsolidierungsversuch in der Arbeiterbewegung zu begeißeln und zu sabotieren, das Vertrauen der Massen in die Führung der Arbeiterbewegung in ihre altbewährten Vertrauensmänner zu erschüttern, jede proletarische Kampffraktion für Zwecke der kommunistischen Partei und die ganze Arbeiterbewegung für die Zwecke der kommunistischen Internationale zu mißbrauchen. (Zustimmung.)

Die Kommunisten regen sich über ihre Ausschaltung auf diesem Kongreß auf. Aber als Seliger am Karlsbader Parteitag den Proletariatskongreß beantragte, in den die kommunistische Partei — wie wörtlich festgestellt wurde — einbezogen werden sollte, da stimmte die ganze Linke unter Kreibichs Führung geschlossen dagegen und ihr Wortführer rief dem Parteitag zu:

„Die Einigung des Proletariats wird auf dem ersten Rätekongreß dieser Republik zum Ausdruck kommen. So werden wir uns an die Massen des tschechischen Volkes wenden. Sie aber kommen heute unter dem Druck dieser Forderung wieder als die ewig Gestrigen mit ihrem Proleta-

rierkongreß. Das wäre ein Wort gewesen, wenn es früher gekommen wäre, aber heute ist das zu spät. Heute sind Sie die ewig Gefrigen. Denn das nächste Wort der Geschichte ist das System der Arbeiterräte, ist der erste Rätekongreß in der tschechoslowakischen Republik."

Und als wir die Kommunisten dann kurz darauf zur Konstituierung des Proletariatskongresses einluden, da hat die tschechische Sektion der kommunistischen Partei uns überhaupt keiner Antwort gewürdigt, während die deutsche Sektion am 5. Mai 1921 nicht nur die Teilnahme am Kongreß, sondern sogar die Beteiligung an der Vorbesprechung ablehnte. Wohl hat der Reichenberger „Vorwärts" dann einige Monate darauf, am 17. Dezember 1921 geschrieben:

„Bis heute ist der Kongreß nicht zustande gekommen. Der Gedanke, eine derartige Körperschaft zusammentreten zu lassen, ist unzweifelhaft gut."

Das hindert aber die deutschen Kommunisten absolut nicht, jetzt über den „Parteibürokraten-Kongreß" weidlich zu schimpfen und dem gegenüber die Einberufung eines Betriebsrätekongresses zu verlangen, obwohl man uns im Jahre 1920 den sagenhaften Kongreß der Arbeiterräte, den uns die Kommunisten bisher noch immer schuldig geblieben sind, präferierte und obwohl man darüber nur zu gut weiß, daß der in Aussicht genommene und so hartnäckig bekämpfte Proletariatskongreß, ebenso wie der Betriebsrätekongreß durch Urwahlen sämtlicher, also auch der kommunistischen Partei und Gewerkschaftsmitglieder gebildet werden sollte und daher weder ein Bürokratenkongreß, noch eine rein sozialdemokratische Veranstaltung gewesen wäre.

Wie ernst es übrigens die Kommunisten mit ihrem hysterischen Einheitsfrontgeschrei meinen, das haben wir jüngst erst anlässlich der Verhandlung der vier Gewerkschaftszentralen erlebt. Durch Wochen und Monate veranstaltete die kommunistische Partei unter der Einheitsfrontparole eine Kampagne gegen die von der Regierung in Aussicht genommene Novellierung der Sozialversicherung und benützte diese Kampagne nicht nur zum Kampfe gegen die Bürgerparteien, sondern vornehmlich gegen die Sozialdemokratie, die sie der Sabotierung der Kampffaktion durch Vereitlung der Einheitsfront zieh. Als aber die Gewerkschaftszentralen ernst machten und sich zur gemeinsamen Führung des Kampfes bereit erklärten, diese Gemeinsamkeit aber von der Einstellung der Heße abhängig machten, die die Kommunisten auch bei dieser Aktion gegen die Sozialdemokraten betrieben und sogar in die gemeinsamen Versammlungen verpflanzten, da erklärten die Kommunisten, auf diese Heße nicht verzichten zu können und brachten damit die so heiß ersehnte Einheitsfront zu Fall. Die Kommunisten regen sich über die von den Gewerkschaften gestellten Bedingungen fürchterlich auf und nehmen sie zum Anlaß einer neuerlichen und forcierten Aktion gegen die Sozialdemokraten. Nun, ich für meinen Teil nehme die kommunistische Heße nicht allzu tragisch und rege mich über das ewige Geschimpfe dieser Revolutionsprofessionals absolut nicht auf. Schließlich härtet man sich auch gegen derlei Dinge ab und gewöhnt sich an die ewigen Vorwürfe der Sabotage und des Lakaintums, der Bourgeoisiestaffage und der Ministerstreberei, des Arbeiterverrates, besonders wenn man derlei Gezeter in allen möglichen Varianten und Garnierungen von der deutschen und tschechischen kommunistischen Presse, besonders aber von der Reichenberger und Aufziger kommunistischen Fabrik serviert bekommt. (Heiterkeit. Weisfall.) Wird es einem zu dumm, so braucht man dieses Geschimpfe nicht zu lesen, und kommt so am besten über das Unlustgefühl herum, das derlei Ex esse zu erzeugen pflegen. Anders ist es bei gemeinsamen Aktionen, die eine tägliche und stündliche Arbeit erheischen und nach den Wünschen der Kommunisten auch weiter im Zeichen der Verratsheße stattfinden sollten. Das in Kauf zu nehmen, kann wohl niemanden zugemutet werden. Paul Lebh hat einmal in einer Auseinandersetzung mit den Kommunisten gesagt:

„Nachtigallenschlag ist eine wunderschöne Sache, aber Nachtigallenschlag von früh bis abends — das muß einem für die Dauer zum Hals herauswachsen.“ (Lebhafte Heiterkeit.)

Man kann diesen Ausschrei des Genossen Levy verstehen, besonders wenn man weiß, daß von den kommunistischen Nachtigallen das Wort des Dichters Bürger gilt:

„Ihr Lied ist zu vergleichen
Dem Unkenruf in Teichen.“ (Neuerliche Heiterkeit.)

Genossen! Unkenrufe von früh bis abends, von Montag bis Sonntag, von Jänner bis Dezember, vom Jahre 1920 bis 1928, das muß selbst den sanftmütigsten und geduldigsten Menschen zur Verzweiflung treiben.

Die Kommunisten müssen doch verstehen, daß sich Kämpfe nicht führen lassen ohne Kameradschaft, ohne Disziplin, ohne gegenseitiges Vertrauen, ohne gemeinsame Taktik, ohne gemeinsame Zielarbeit und daß wir unsere Kämpfe nicht nach kommunistischer Schablone, nach Zirkular Nr. 6848 der Moskauer Parolenfabrik führen können. (Beifall.)

Welches übrigens der wahre Zweck der letzten Einheitsfrontkampagne der Kommunisten ist, das ist in der „Internationale“ vom 30. Dezember 1927 in einem Artikel „Der Kampf um die Sozialversicherung und die Taktik der Einheitsfront“ nachzulesen, woselbst den kommunistischen Vertrauensmännern die bei dem letzten Kampfe begangenen Fehler ausgestellt werden. Es heißt dort:

„Endlich vergessen wir oft an die Notwendigkeit der ständigen Werbung der Arbeiter für unsere Partei, für die roten Gewerkschaften und unsere Presse, gerade im Verlaufe der Aktion, als einen wesentlichen Teil der organisatorischen Auswertung. Beseitigen wir diesen Mangel, so werden wir ein Höchstmaß von Aktivität der Betriebszellen und Fraktionen in den Massenorganisationen erreichen, wenn wir die politischen Erfolge unserer Partei auch organisatorisch verwerten.“

Mit einem Wort:

Die Kommunisten wollen sich an dem Feuer, das alle zur Einheitsfront geworbenen Parteien entfachen, ihr separates Süppchen wärmen.

Sie wollen den schweren Kampf, den das Proletariat dieses Landes jetzt mit der Reaktion zu bestehen hat, parteimäßig fruktifizieren. Nun, dazu werden wir uns und unsere Arbeiter absolut nicht mißbrauchen lassen. Wir werden unbekümmert um die Angriffe von links und rechts unsere Kämpfe weiterführen und uns um die konzentrische Heße unsere Gegner nicht weiter scheren. Genossen! Lassen wir die Schakale heulen. — die Karawane geht doch ihren Weg weiter. (Stürmischer Beifall.)

Und nun möchte ich mich zum Schluß den

Aufgaben

zumenden, die unserer Bewegung, die dem Proletariat für die nächste Zeit gestellt sind. Genosse Bichnung hat darüber ausführlicher gesprochen. Ich möchte dazu Einiges vom Standpunkte der deutschen Arbeiterschaft sagen: Für die nächste Zeit heißt es, das alte Lassalle'sche Wort wahr machen: Alle Kraft auf den entscheidenden Punkt zu konzentrieren. Genau so, wie für die Arbeiter aller anderen Nationen dieses Landes, gilt auch für die deutsche Arbeiterschaft unser nächster Kampf dem deutsch-tschechischen Bürgerblock und vor allem natürlich seinen deutschen Koalitionspartnern, die wir nicht bloß wegen ihres vollständigen Versagens bei der Lösung des nationalen Problems, sondern vor allem aus sozialen Gründen bekämpfen und denen wir von dieser Stelle aus schärfste Fehde ansagen. Auch für uns ist der Sturz dieses reaktionären und verderblichen, dieses unglückseligen Systems eine unserer nächsten und schwierigsten Aufgaben, die wir gern auf uns nehmen und die wir mit einem Feuereifer und mit

einer Restlosigkeit besorgen wollen, die eine Wiederholung einer solchen Schande ein für allemal ausschließt. Diesen schwierigen Kampf, der die höchste Anspannung unserer Kräfte erheischt, an unsere Bewegungs- und Leistungsfähigkeit die höchsten Anforderungen stellt, können wir nur bei innigster Zusammenarbeit des Proletariates aller Nationen führen und nur so zu einem glücklichen Ende bringen. Denn der Kampf gegen die Ausbeutung muß, wie es in unserem alten Programme heißt, ebenso international sein, wie die Ausbeutung selbst. Darum müssen wir alles daran setzen, um unsere Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Parteien zu vertiefen und vor allem zu einer unzertrennlichen Waffenbrüderschaft auszugestalten. Das kann uns allen nur gelingen, wenn wir die Arbeitermassen noch mehr als bisher durch systematische Erziehungsarbeit für den internationalen Gedanken gewinnen, immer und immerfort und unermüdet an ihre proletarische Solidarität appellieren, ihr Klassenbewußtsein wecken und für die Verbreitung und Vertiefung der sozialistischen Erkenntnis restlos wirken, die Arbeiter mit revolutionärer Begeisterung und proletarischem Kampfgeist erfüllen und uns so nicht nur als deutsche Sozialdemokraten, sondern auch als internationaler sozialistischer Block dieses Landes in eherner Geschlossenheit in die sozialistische Arbeiterinternationale eingliedern. Nur so können wir jene Schlagkraft und Alarmbereitschaft des gesamten Proletariats erzielen, die wir zur Lösung unserer großen Aufgaben, zur Durchführung unserer schwierigen und schicksalsschweren Kämpfe benötigen. Das Einigungsmerk, das wir mit diesem Kongreß einleiten und zu einem baldigen, glücklichen Abschluß zu bringen hoffen, ist nicht leicht. Es wäre kindisch, alle die Schwierigkeiten verkennen zu wollen, die auf dem Wege bis dahin liegen. Es wäre naiv und verantwortungslos, gerade bei diesem Kongreß über diese Schwierigkeiten hinwegzusehen, über sie hinweggehen oder uns selbst und die Arbeiter darüber hinwegtäuschen zu wollen. Aber es ist unsere volle Überzeugung, daß diese Schwierigkeiten überwunden werden können und daß wir vielleicht eher, als dies allen unseren Feinden von rechts und links lieb ist, ihrer Herr werden. Der Wille ist da und der eherner Zwang der Verhältnisse, also wird auch der Weg gefunden werden. (Beifall.) Für die unmittelbar bevorstehenden Kämpfe aber ist der Zusammenschluß zu einer starken proletarischen Sturmtruppe schon durch die Willenskundgebung dieses Kongresses gegeben. Das ist seine große historische Tat!

Genossen! Die Früchte unserer Arbeit beginnen zu reifen. Unsere Hoffnungen nähern sich der Erfüllung. Jedes Jahr bringt uns ein Stückchen vorwärts, besonders das letzte, das uns eine ganze Reihe politischer Erfolge und vor allem eine wesentliche Stärkung unserer Reihen, eine Festigung der Partei und der gesamten Bewegung brachte; und auch das neue Jahr wird uns, da es im Zeichen dieses Kongresses steht, zu neuem Aufstieg führen und so unserem endgültigen Siege näherbringen. Doch, Genossen, vor jedem Erfolg, vor jedem Aufstieg, vor jedem Siege steht der Kampf. Wohl sorgt für uns die ökonomische Entwicklung, doch es bedarf auch unseres Zutuns. Nicht mit verchränkten Armen und nicht müßig dürfen wir herumstehen und zuwarten, sondern wir müssen ordentlich zugreifen. Sie, Genossen, und auch wir! (Zustimmung.) Wir alle, die wir hier versammelt sind, zusammen, wir alle, aber auch die Tausende unserer Vertrauensmänner. Und mit Ihnen die Hunderttausenden unserer gewerkschaftlich und politisch organisierten Mitkämpfer und Freunde. Schließlich aber auch vor allem die große Masse der arbeitenden Menschen aller Nationen dieses Landes, die große Armee der darbenenden und elenden Menschheit, die sich Tag für Tag um das Stückchen Brot in schwerster Robot abmüht und doch ein Recht hat auf ein menschenwürdiges Dasein. Sie alle rufen wir in dieser Stunde und von

dieser Stelle auf, damit sie sich um das alte Banner der Sozialdemokratie scharen, das dem Proletariat dieses Landes mehr als ein halbes Jahrhundert Führerin und Wegbahnerin gewesen ist, es in keinem Augenblick verlassen hat und nach wie vor in Liebe und Treue unerschütterter und unerschütterlich zu ihm steht, seine Positionen verteidigt und ihm den Weg zum Siege freilegen wird. (Stürmischer Beifall.) Wir sind hier in einer Schicksalsstunde des Proletariats versammelt, dessen Herzen uns entgegenschlagen und das erwartungsvoll unseren Entscheidungen entgegensteht, von denen es sich eine neue Epoche der Arbeiterbewegung dieses Landes, eine wahre Schicksalswendung verspricht. Zeigen wir, daß wir die Bedeutung des Augenblickes voll erfaßt haben und den großen Aufgaben gewachsen sind, vor die uns die heiße Sehnsucht des Proletariats nach endlicher Erlösung aus dem Joch der kapitalistischen Gesellschaft und sein fester Wille zur Eroberung der politischen Macht gestellt hat. (Stürmische Zustimmung.)

Genossen! Zu diesem Kampfe laßt uns die Waffen schmieden! Ihm gilt das Wort des proletarischen Dichters Heinrich Verjch:

So reiß Dich auf! Sei stark und groß, Prolet,
Und schau: In Brücken, Häusern und Maschinen,
Da kreißt dein Blut, der Welt zu dienen,
Du hältst in deinen harten Händen
Das Weltgeschenk: Dich selbst zu spenden.
Wenn einst die Welt dich und dein Tun versteht,
Bist du erlöst: Es kommt dein Tag, Prolet!
(Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Dr. Czech schloß seine Rede in tschechischer Sprache mit einem Zitat aus dem bekannten Gedicht Mosts, an dessen letzten Vers „Dann siegt Ihr, Arbeitsmänner des Proletariats“ sich der tosende, langandauernde Beifall des ganzen Kongresses knüpfte.

Vorsitzender Hampf verliest die Begrüßungsschreiben und die anwesenden Gäste und teilt die Debatteredner mit.

De Witte: Ich habe folgende Mitteilungen zu machen: Von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist ein Telegramm eingelaufen, in welchem unseren Beratungen der beste Erfolg gewünscht wird. (Beifall.)

Ferner ist folgendes Telegramm eingelaufen: „Die Delegierten des tschechoslowakischen siebenten ordentlichen Kongresses der Kleinhändler und Kleinlandwirte in Prag, Volkshaus, entbieten die herzlichsten Grüße dem Kongreß der sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakischen Republik und begrüßen es, daß die sozialdemokratischen Parteien die Verständigung zu gemeinsamen Wegen für die Forderungen der arbeitenden Klassen suchen. Für den Vorstand: Anton Cerny, Vorsitzender. (Lebhafter Beifall.)

Unter uns sind noch eine Reihe lieber Gäste, die ich begrüße: B. Gurevic (sozialistische Liga des Balkans), Afinian und Melis-Dadajan für die armenisch-sozialistische Partei, ferner die Genossen Grub für die weißrussischen Sozialrevolutionäre, Zarcharko für die weißrussische sozialistische Föderation, Ajola und Lomtadze für die sozialdemokratische Partei Georgiens. Wir danken den Genossen dafür, daß sie unserem Kongreß so reges Interesse entgegenbringen und heißen sie auf das herzlichste willkommen. (Die Namen der Delegierten werden mit Beifall begrüßt.)

Die Antragskommission hat sich im Büro während der Debatte zu versammeln, um einen Beratungsraum zu suchen. Außerdem findet eine Beratung der sozialdemokratischen Lehrer, u. zw. drei deutsche und drei tschechische Lehrer statt, die ich bitte, sich in das Büro zu begeben.

Zu Worte sind gemeldet: Steffek (polnische sozialdemokratische Partei), Ball (magyarische Sozialdemokratie) und Nintschuk (karpathorussische Sozialdemokratie, ferner Schulz (Bratislava) und die Genossinnen Karpisková und Schaffer.

Vorsitzender: Das Wort hat für die polnische sozialdemokratische Partei in der tschechoslowakischen Republik Genosse Steffek:

Steffek (mit Beifall begrüßt, polnisch): Werte Genossinnen und Genossen! Ich überbringe die Grüße der polnischen Arbeiter, die in der polnischen sozialistischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei organisiert sind. Ich kann ebenso wie die Vertreter der tschechischen und deutschen Sozialdemokratie für die polnische Partei die Erklärung abgeben, daß auch die in der P. S. P. R. organisierte Arbeiterschaft der Arbeiterschaft aller Nationen in dieser Republik die Hand zum gemeinsamen Vorgehen reicht, zum gemeinsamen Kampfe zur Abwehr des Angriffs der Reaktion. (Bravo!) Wir sind von dem Ernste der schweren Aufgaben durchdrungen, die ihrer Erledigung harren. Wir wissen auch, daß nicht auf einmal überwunden werden kann, was in den letzten 10 Jahren vorgefallen ist, wir haben aber den festen Glauben, daß der gemeinsame gute Wille und die gemeinsame Arbeit Schritt für Schritt die Schwierigkeiten überwinden wird. Denn das diktieren uns die harten Tatsachen des Lebens. Die Redner vor mir haben bereits angeführt, daß die Schwierigkeiten, welche sich zwischen die sozialdemokratischen Parteien stellen, nicht durch Befehle und Diktat irgend einer Partei beseitigt werden konnten. Aber die Tatsachen des Lebens haben es getan. Wir konnten das Anwachsen der reaktionären Strömungen nicht verhindern. Denn der Sozialismus, dessen Vertreter in verschiedenen Staaten Europas die Regierung in ihre Hand genommen oder Anteil an ihr haben, um der durch den Krieg zerstörten Wirtschaft aufzuhelfen, sollte andererseits die programmatische Sendung gegenüber der Arbeiterklasse erfüllen. Manches haben wir besonders auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung erreicht. In der Tschechoslowakei ist es so weit gekommen, daß die Bourgeoisie der Sozialdemokratie vorwarf, sie untergrabe durch ihre Sozialpolitik die Wirtschaft der Republik.

Wir kamen in den Jahren 1921 und 1922 in eine schwere Krise. Wir sind durch die Schuld der Kommunisten zersplittert worden. Die Situation, die aus der Wirtschaftskrise hervorging, hat uns noch mehr gezeigt: daß die Massen, die in den Revolutionsjahren in unsere Reihen gelangten, geistig noch nicht reif sind, um die einigermaßen geänderte Situation zu verstehen. Nach den Wahlen des Jahres 1925 kam die schwarz-grüne reaktionäre Regierung, welche sich auf alle Errungenschaften der Arbeiterklasse stürzte, ohne Rücksicht auf die Folgen für den Staat, in dem die Arbeiterschaft in der Mehrheit ist. Aber die Reaktion befindet sich im Irrtum. Sie vergißt, daß der Sozialismus, der durchaus nicht besiegt ist, sich auf dem Wege der Konsolidierung befindet. (Beifall.) Auf diesem Wege gehen wir alle. Der gemeinsame Kongreß, diese Vorbereitung zum gemeinsamen Vorgehen, dem sich auch die polnische Arbeiterschaft kämpfend anschließt, bedeutet, daß wir in den gemeinsamen Kampf gehen zur Abwehr des reaktionären Angriffs und zum Kampfe für den Sieg des Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Ing. Nečas: Ich erteile das Wort dem Genossen Ballo für die magyarische Sozialdemokratie in Karpathorußland.

Ballo (mit Beifall begrüßt, magyarisch): Geehrter Kongreß! Ich bin als Vertreter der magyarisch sprechenden Sozialdemokraten Karpathorußlands zu diesem bedeutungsvollen Kongreß gekommen, dessen Zweck die Verständigung der Bruderparteien ist. So ist es! Ich komme aus dem entferntesten Winkel der Republik, wo der Pulsschlag des Herzens des Reiches nur noch sehr schwach zu fühlen ist. Vielleicht gerade

deshalb ist Karpathorußland der am meisten vernachlässigte Teil der Republik. In Karpathorußland zeigen keine hohen Schornsteine die Anwesenheit von Fabriken an, hier befaßt sich die Bevölkerung noch mit der allerersten Urproduktion: der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht. Aber wenn das Volk seine Rolle als Urproduzent erfüllt hat, kommen die hungrigen Ghänen des Kapitalismus, nehmen ihm das Brot, das Vieh, ja auch den Wald. Durch das Entgegenkommen der Regierung hat irgend eine französische kapitalistische Finanzgruppe die Konzession zur Ausbeutung ausgedehnter Grundstücke und von 100.000 Hektar Wald erhalten, ohne Wissen und ohne Befragung des Volkes. Durch die reaktionären Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung ist die arbeitende Bevölkerung dieses Gebietes am Härtesten betroffen. Durch ein Erkenntnis des Obersten Verwaltungsgerichtes aus dem Jahre 1923 wurden mit einem Schlage mehr als 10.000 Familien um das Heimatrecht gebracht. Auf diesem Gebiete führen die Verwaltungsbehörden das Erkenntnis des Obersten Verwaltungsgerichtes durch, wonach nur derjenige Staatsbürger ist, der beweisen kann, daß er schon im Jahre 1871 (??) als erwachsener Bürger in diesem Gebiete wohnte und der weiter beweisen kann, daß er seit dieser Zeit ständig hierwohnt. Gegen den Verlust des Heimatrechtes bietet nicht einmal die *lex Derer* einen genügenden Schutz, weil ihre Durchführung in der Hand der öffentlichen Verwaltung sich so schwerfällig gestaltet, daß ein Angehöriger der Arbeiterklasse weder Lust, noch Geld, noch Kenntnisse hat, um auf diesem Wege die Staatsangehörigkeit zu erlangen. (Ausrufe des Stauens.) Die Bodenreform ist in der Slowakei bis heute noch nicht durchgeführt. Auch wenn die Exposituren des Bodenamtes, um das Volk zu täuschen, da und dort einen Teil der beschlagnahmten Güter parzellieren, so geschieht auch das nicht im Sinne des Gesetzes über die Bodenreform. Die Dorfbevölkerung erhielt durch Vermittlung der Genossenschaften der Agrarpartei einige Morgen Land in Pacht, der übrige Grund wurde den alten Eigentümern belassen oder den politischen Exponenten der Agrarier zur Belohnung gegeben. Die landwirtschaftlichen Arbeiter, die ihr ganzes Leben auf dem beschlagnahmten Grundstück gearbeitet haben, wurden nun nach der Bodenreform aus dem Dienste entlassen und obwohl seither schon zwei oder drei Jahre vergangen sind, erhielten sie bis heute nicht die ihnen vom Gesetz zuerkannten Versorgungsgegenstände. Diese armen, ausgedienten Varias leben im größten Elend, weil niemand 60—70jährige, aus der Arbeit entlassene Knechte beschäftigen will. Sie bitten um Hilfe, aber das Bodenamt erbarmt sich ihrer nicht. Das Heimatrecht genügt ihm nicht, sondern im Sinne des berühmten Erkenntnisses des Obersten Verwaltungsgerichtes verlangt es den Nachweis der Staatsbürgerschaft. Ich frage, wie soll ein Landarbeiter imstande sein, auf diese Weise sein Heimatrecht nachzuweisen? Ein Landarbeiter wechselt häufig Jahr für Jahr seinen Dienstplatz, sodaß er einen ganzen Haufen Akten brauchte, um sein Heimatrecht nachzuweisen. Wer aber nicht einmal für einen Tag Brot hat, wer nicht einen Heller besitzt und nicht über menschenwürdige Kleidung verfügt, der kann sich in ein so kostspieliges und verwickeltes Verfahren nicht einlassen.

Notgedrungen beschäftigte ich mich mit dieser mehr gewerkschaftlichen Frage, weil die landwirtschaftliche Bevölkerung in Karpathorußland keine Fachorganisationen hat, die sie vor den traditionellen feudalen Übergriffen und der staatlichen Bürokratie schützen könnten. Ich tue es, um die landwirtschaftlichen Organisationen darauf aufmerksam zu machen, daß Karpathorußland ein Agrarland ist. Dort können nur die Landarbeiter organisiert werden, Industriearbeiter gibt es dort nicht.

Ich müßte noch auf viele Ungerechtigkeiten hinweisen, welche, wenn wir sie vom sozialistischen Standpunkt betrachten, dieses Land in einem sehr son-

derbaren Licht zeigen, ich will aber die Geduld des Kongresses nicht mißbrauchen und dies um so weniger, als ich in einer Sprache spreche, die hier nur von Wenigen verstanden wird.

In Karpathorußland verfehlt die reaktionäre Regierung und die bürokratische Härte ihre Wirkung nicht. üppig wächst auf diesem Gebiete der Kommunismus und die aus Horthy-Ungarn übertragene und mit dem Geld der magharischen Oligarchie aufgebaute Irredenta. Es wäre aber ein Irrtum, zu glauben, daß diese schädlichen Erscheinungen solchen Umfang annehmen könnten, wenn nicht die agrarische Regierung das größte Gewicht darauf legte, den Feudalismus in anderer Form auf diesem Gebiete zu erneuern, welches Bestreben der rückständigen magharischen Gentry freilich sehr gefällt. Wenn nur die Regierung nicht immer für Zündstoff sorgte, wenn sie nicht immer den Teufel des Heimatrechtsverlustes an die Wand malte, wenn sie die Bodenreform gerecht im Sinne des Gesetzes durchführte!

Auch die mit großem Lärm geführte MOTHERMERE-Aktion würde die Bevölkerung nicht verwirren und fanatisieren können, wenn die sozialen Gesetze durchgeführt würden, wenn der arbeitende Mensch sagen könnte, daß in Karpathorußland wirkliche Demokratie besteht, welche Herrschaft des Volkes bedeutet. Die haben wir in Karpathorußland nicht, denn der Graf Franz Schönborn-Buchheim, der ungekrönte König Karpathorußlands, hat in allen Ämtern des Landes mehr Autorität und Einfluß, als die ganze Bevölkerung Karpathorußlands zusammen.

Werter Kongreß! Meine Behauptungen schöpfe ich aus den Tatsachen und so konstatiere ich, daß die Verwaltungsbehörden der demokratischen Republik in Karpathorußland die Demokratie nach einem vorgefaßten Plan untergraben und systematisch den Weg ebnen für eine solche Bürgerregierung, die auch die letzten Reste der Demokratie auslöscht. Es liegt an uns, ob wir zulassen, daß es so weit kommt!

Wir sind Anhänger eines großen Gedankens, jener internationalen Wahrheit, die keine Unterschiede der Nationen und Konfessionen kennt. Im Sinne unserer Grundsätze ist es unsere Pflicht, durch Verständigung und Verbrüderung alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Wir Sozialdemokraten müssen zeigen, daß wir uns im Interesse unserer gemeinsamen Ziele verbrüdern und dann werden wir die berechtigte Hoffnung haben, daß die Bäume der Reaktion nicht in den Himmel wachsen! (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Jng. Nečas: Ich erteile das Wort dem Genossen Nimčuk für die sozialdemokratische Partei in Karpathorußland.

Nimčuk (mit Beifall begrüßt, ruthenisch): Im Namen der Sozialdemokratie Karpathorußlands begrüße ich den Kongreß auf das herzlichste. Ich freue mich, daß ich aus dem Osten der Republik die Genossen aller Nationen begrüßen kann. Wir vereinigen in Karpathorußland in der Partei ruthenische, magharische, tschechische, deutsche und rumänische Sozialdemokraten und arbeiten seit dem Bestehen der Republik in voller Einigkeit. Jeder von uns liebt sein Volk und seine Sprache und achtet dabei Nationalität und Sprache des andern. (Zustimmung.) Wir haben in Karpathorußland so viele Sorgen, wie vielleicht kein anderes Gebiet der Republik. Wir haben unsere wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Sorgen. Freilich, in sozialer Beziehung ist es am schlimmsten, denn Karpathorußland ist ein Land der ländlichen und städtischen Proletarier. Obwohl die Bourgeoisie in Karpathorußland, Bauer und Kapitalisten in Eurem Sinne, nur ein kleines Häufchen ausmacht, hat Karpathorußland doch zur vollen Hälfte Abgeordnete der bürgerlichen Parteien ins Parlament entsendet. Es klingt wie Hohn, daß die ärmsten Teufel der Republik bürgerliche Abgeordnete wählen. Wir sehen es daher als unsere große Aufgabe an, die Proletarier unserer Erchobina und aus dem Theißthal mit

Klassenbewußtsein zu erfüllen, denn ein politisch aufgeklärtes Volk Karpathorußlands wird in Zukunft Sozialisten ins Parlament entsenden. Das entspricht der sozialen Struktur des Landes. In sozialpolitischer Beziehung gehen wir mit den übrigen sozialdemokratischen Parteien in der Republik solidarisch vor und werden es auch in Zukunft so halten. Alle großen sozialpolitischen Fragen interessieren auch uns und wir bemühen uns, das karpathorussische Volk mit den wichtigsten Fragen auf diesem Gebiete bekannt zu machen. (Zustimmung.)

In kultureller Beziehung können wir mit Stolz sagen, daß wir von der Gründung der Republik an bei allen Nationen, die Karpathorußland bewohnen, an dem Prinzip der Muttersprache festhalten und daß wir in dieser Richtung auch wirkliche Vorkämpfer und Schützer der Muttersprache gewesen sind. Es betrifft dies vor allem die zahlreichste unter den Nationen Karpathorußlands, die Ukrainer oder Ruthenen, gegen die sich durch einige Jahre die Bemühungen unserer Gegner konzentrierten. Die kommunistische Partei griff uns bis zum Jahre 1925 ununterbrochen deshalb an, weil wir in der Schule und im öffentlichen Leben den Grundsatz der Muttersprache des Volkes vertraten und erst im Jahre 1925 kamen sie zu derselben Richtung, die wir schon seit dem Jahre 1918 vertreten. Auch die Ugarpartei, die uns wegen unseres gerechten Standpunktes in der kulturellen Frage ununterbrochen angriff, kam erst Anfang 1928, also nach vollen zehn Jahren, zu dem Standpunkt, dem wir zum Durchbruch verholfen haben.

Wir betrachten es als unsere Pflicht, Toleranz und Liebe unter den Proletariern aller Nationen, die Karpathorußland bewohnen, zu verbreiten und mit allen Mitteln an der wirtschaftlichen und kulturellen Hebung des Landes zu arbeiten. Wir betrachten das als unsere sozialdemokratische, aber auch als unsere menschliche Pflicht, denn hier handelt es sich um Menschen, die durch Jahrhunderte sozial auf das Härteste unterdrückt wurden. Wir wollen in erster Linie an der Beseitigung des Analphabetentums bei uns arbeiten, denn wir sind uns sehr wohl dessen bewußt, daß die kulturelle Rückständigkeit der größte Feind des Volkes, und auch der beste Helfer der Reaktion ist. Wir wollen weiter dafür arbeiten, daß die Landwirtschaft Karpathorußlands gehoben wird und wir protestieren entschieden gegen jene, die die Fragen der Hebung der Landwirtschaft nur als Hilfsmittel der agrarischen Parteipolitik mißbrauchen wollen. Sie begehen damit ein Verbrechen am Volk Karpathorußlands, denn die Hebung der Landwirtschaft und der Industrie, hauptsächlich der Holzindustrie, ist das wirtschaftliche Hauptproblem des Landes. Uns interessiert die Frage der Meliorationen, der Kommassation, die Entwicklung der Fortswirtschaft und alle die land- und forstwirtschaftlichen Fragen, mit denen sich auch die Sozialdemokratie der übrigen Länder beschäftigt. Karpathorußland kann in einigen Jahren antark sein und kann auch in wirtschaftlicher Beziehung in mancher Richtung unsere Stütze sein. (Sehr gut!)

Einstweilen wollen wir noch lernen, und zwar viel lernen von den Sozialdemokraten der übrigen Staaten, die ihre Massen aus dem Dunkel ins Licht gehoben haben und aus ihnen Menschen gemacht haben, die ihrer Würde bewußt sind. Dem gemeinsamen Kongreß der sozialdemokratischen Parteien wünschen wir viel Erfolg und wiederholen noch einmal unseren aufrichtigen Gruß aus dem Osten der Republik. (Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat Genosse Ignaz Schulz.

Schulz (magharisch): Im Namen der Arbeiter magharischer Zunge, die in der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei vereinigt sind, begrüße ich den ersten gemeinsamen Kongreß der sozialdemokratischen Parteien in der Republik. Den Weg, auf den dieser Kongreß das Proletariat der Tschechoslowakei führen soll, haben wir Arbeiter magharischer Zunge schon vor zwei

Jahren betreten, als wir uns mit der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei vereinigten und die organisatorische Einheit der sozialdemokratischen Partei in der Slowakei schufen. (Sehr gut.) Es waren uns auch die Schwierigkeiten dieser Einigung bekannt. Wir rechneten mit den durch die Situation gegebenen Umständen und wußten, daß, wenn sich auch nicht über Nacht alles Vergangene überwinden läßt, wir uns dennoch mit starkem Willen und sozialistischer Überzeugung in unserem gemeinsamen Bestreben finden müssen: im Schutze der Arbeiterklasse, der arbeitenden Menschen. Und ich kann erklären, ich kann Ihnen, Genossen, mit Freude sagen, daß wir uns auch nicht getäuscht haben. Es gibt auch heute noch Schwierigkeiten, es treten verschiedene Ansichten auf, die wir aber am grünen Tische auszugleichen trachten und nach außen stellen wir eine starke, kampffähige, national nicht getrennte sozialdemokratische Partei vor. (So ist es.)

Und das brauchen wir dringend, denn die Massen, meine Genossen, wollen sich nicht mit einer Arbeiterpartei abfinden, welche die Internationalität proklamiert, in Wirklichkeit aber in nationale Teile zerfällt. Dieses Problem, die Bildung einer einheitlichen sozialdemokratischen Partei wird mit Liebe und starkem Willen auch unter den übrigen Parteien zu lösen sein, die bisher noch nicht vereinigt sind. (Sehr gut!) Mit dem ganzen Gewicht der Massen, die sich nach Einheit sehnen, stellen wir uns hinter die Einigungsbestrebungen, weil es unser Glaube und unsere Überzeugung ist, daß nur die Granitmauer der proletarischen Einheit den Angriffen der Reaktion widerstehen kann.

Von den Genossen Referenten haben wir bereits gehört, zu welchen Anschlägen sich die Bourgeoisie in der Republik ansetzt. Wir hörten von ihren Plänen zur Verschlechterung der Sozialversicherung. Wenn die Delegierten der historischen Länder von Reaktionen sprechen können, so kann ich, der ich von der Slowakei spreche, über direkt mittelalterliche Zustände berichten. Ich verweise nur auf die Durchführung der Bodenreform in der Slowakei. Genossen! Die Bodenaufteilung in der Slowakei ist zum Monopol einer Partei geworden. Boden kann in der Slowakei nur derjenige erlangen, der Mitglied oder gar ein Einpeitscher der allmächtigen Agrarpartei ist, wer auf den allein seligmachenden *Hodža* schwört, und vergeblich sind alle unsere Bemühungen, Eingaben, Interventionen, daß die Bodenaufteilung im demokratischen Sinne erfolgen soll. Latifundien gibt es freilich genug. Jeder Besitzlose könnte Boden bekommen, wenn er nur so gerecht verteilt würde, wie er verteilt werden soll. Wir müssen betonen, daß auch der magyarisch sprechende Landwirt ein ehrlicher Arbeiter in der Republik sein will, man muß ihm nur die Möglichkeit geben, zu arbeiten und sich zu ernähren. (Sehr gut!)

Wir stehen aber auch vor den Fragen der Staatsbürgerschaft und des Heimatrechts. Das ist ein Damoklesschwert über den Häuptern vieler Arbeiter in der Slowakei. Das ist die Frage, die ihnen keine Ruhe läßt, die sie ständig mit Angst und schrecklicher Unsicherheit bedrängt. Menschen, Arbeiter, welche schon 30 bis 40 Jahre auf dem Gebiete der Slowakei wohnen, sind heute noch gezwungen, um die Aufenthaltserlaubnis zu bitten. Von ihrem kargen Lohn sollen sie Eingaben und Stempel bezahlen, um dann nicht einmal die Erledigung ihrer Angelegenheiten zu erleben. Diese Last trifft zu 90 Prozent die arbeitenden Massen, weil die Bourgeoisie sich schon auf irgend eine Weise die notwendigen Belege verschafft.

Wenn die Verschlechterung der Sozialversicherung eine Katastrophe für die Arbeiterklasse bedeutet, dann gilt das insbesondere für die Slowakei, wo ein Großteil der Arbeiter in Saisonarbeit beschäftigt ist und nach den reaktionären Plänen der Bourgeoisie überhaupt aus der Sozialversicherung herausfallen würde, und wo die jugendlichen Arbeiter, die häufig

schon vom neunten Lebensjahr an arbeiten müssen, infolge ungenügender Einrichtung der Werkstätten in viel größerem Maße von Unfällen und Arbeitsunfähigkeit bedroht sind.

Die ständige große Arbeitslosigkeit, die Rückständigkeit und Gesundheitsgefährlichkeit der Werkstätten würden der Regierung die Pflicht auferlegen, den Arbeiterversicherungsanstalten ihre Tätigkeit zu erleichtern, wir sehen aber im Gegenteil, daß sie ihnen Tag für Tag neue Schwierigkeiten macht und den Einfluß der Arbeiter auf sie völlig beseitigen will.

Diese besonderen Ungerechtigkeiten in der Slowakei rufen nach Abhilfe. Und wenn wir noch hinzufügen, daß wir unter diesen ungünstigen Verhältnissen auch noch gegen die zerstörende Demagogie der Bolschewiki kämpfen müssen, gegen die betrügerischen Autonomielösungen der Hlinkaleute, gegen die Irredentabeke der Christlichsozialen und gegen die schwärzeste slowakische Reaktion, dann haben wir Ihnen gesagt, warum die Einheit der Arbeiterklasse, die Vereinigung der gesamten sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu gemeinsamem Kampfe für uns eine Notwendigkeit ist. (Beifall und Zustimmung.)

Darum haben wir uns so auf den heutigen Kongreß gefreut. Wir schöpfen aus ihm neuen Glauben und neue Hoffnung und glauben, daß das Bewußtsein unserer Parteipflicht und die Liebe zum Proletariat uns den Weg zur Einheit zeigen, jedes Hindernis überwinden und uns um einen großen Schritt der einheitlichen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei näher bringen werden. Mit diesem Schritt stehen wir am Markstein einer besseren Zukunft, an der Schwelle erfolgreicher und wirkungsvollerer Arbeit im Interesse unserer ganzen Klasse. Wir wünschen das aus vollem Herzen und rufen dem Proletariat der Tschechoslowakei unseren Gruß zu. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat Genossin Karpisťová.

Karpisťová: Werter Kongreß, Genossen und Genossinnen! Die tschechoslowakischen sozialdemokratischen Frauen sprechen als erstes Wort zu dieser schönen proletarischen Tagung ihre große Freude darüber aus, daß wir uns so froh und ernst zu weiterer Arbeit für das Wohlergehen des Proletariats aller Nationen in diesem Staate zusammengefunden haben. Ich darf vielleicht sagen, daß unsere Freude darüber, daß unsere Wege heute zusammentreffen und in Zukunft gemeinsam sein sollen, noch größer ist, als die Freude der Genossen, weil wir Frauen sehr gut und ich möchte sagen, tiefer fühlen, welche Folgen die Zerrissenheit des Proletariats in der Tschechoslowakischen Republik hat. Unsere Uneinigkeit hat die bürgerliche Klassenregierung eingesetzt, die Regierung der Unternehmer, welche die Lebensbedürfnisse verteuert, die Steuern nach ihren Bedürfnissen eingerichtet, indirekte Steuern nach Belieben eingeführt hat und die Sozialversicherung so einrichten will, wie es ihr paßt, und die auch auf kulturellem Gebiet gegen uns und unsere Kinder in den Schulen vorgehen wird. (So ist es!)

Das alles trifft uns Frauen noch tiefer, als die Männer. Warum? Weil die Not in unserem Haushalte durch die unzureichenden Löhne verschuldet ist. Es wurde schon zur Genüge hervorgehoben, daß die Löhne in der Tschechoslowakei auf sehr tiefem Niveau stehen. Dann diese Unternehmerpolitik, welche noch eine Verteuerung der Lebensmittel herbeiführt, diese niedrigen Löhne, alles das lastet härter auf der Mutter und auf den Kindern. Darum sprechen wir, werter Kongreß, bei unserer Begrüßung sehr ernst, aber natürlich in aller Freundschaft, die Meinung aus, daß wir nach diesem Feiertag auch eine Reihe von Wochentagen erleben müssen, in denen wir uns sehr ernst an die Arbeit machen, damit wir in diesem Staate jenen Platz erringen, der uns gebührt. (Sehr gut, Beifall.)

Uns liegt dieses ständige Beiseiteschieben nicht, wir wollen nicht ständig vor der Bourgeoisie zurückweichen. Wir wollen, daß in uns jener große Machtwille erwächst, Machtwille, nicht wie die verschiedenen Büttel ihn kannten,

sondern Wille zur Macht, wie die Arbeiterklasse aller Nationen in diesem Staate ihn kennen muß, ein Wille zur Macht, der gestützt ist auf das Bewußtsein, daß wir notwendig, nützlich, unentbehrlich in jeder menschlichen Gesellschaft sind und daß daher unser Platz dort ist, wo über das Schicksal entschieden wird, wo die Gesetze geschaffen und unser ganzes öffentliche Leben beeinflusst wird.

Herzlich und aus ganzer Seele bieten wir unseren deutschen Genossinnen und soweit es möglich ist, den polnischen und magyarischen Genossinnen zur Zusammenarbeit die Hand. Wir wünschen, daß der gemeinsame Einfluß aller Schichten der arbeitenden Menschen in diesem Staate zur Geltung gelangt, gerade in der Zeit, da sich noch immer die Zukunft und kommende Entwicklung dieses Staates formt. Wir wünschen herzlich, daß überall, wo Frauen arbeiten und leiden, ob sie welcher Nation immer angehören, sie stark sind in dem Bewußtsein, daß wir in unserer Verbindung und in unserer engsten Gemeinschaft eine große Kraft besitzen, die imstande ist, unseren Feinden zu widerstehen.

Und wenn wir vom heutigen Festtag in den Arbeitstag übergehen, dann sind wir uns dessen bewußt, daß wir uns nicht wie die tschechische und deutsche Bourgeoisie bloß zufällig gefunden haben, um Ständesinteressen zu vertreten oder Subventionen zu verteilen, sondern daß unsere Gemeinschaft tiefere Grundlagen hat und auf einer tieferen nationalen Verständigung beruhen muß, wozu wir mit allen Kräften beitragen wollen. Wir wollen, daß die heutige Tagung uns feste, erreichbare Ziele setzt und wir wollen diese Ziele freudig und willig so verfolgen, daß der tschechoslowakische Staat so bald als möglich die Spuren jener segensreichen Tätigkeit der arbeitenden Klasse aller Nationen in diesem Staate aufweist.

Zu dieser Arbeit und zu diesen Bestrebungen, Genossinnen und Genossen, sei uns viel Kraft, viel Umsicht und große Bereitschaft vergönnt. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzende Kirpal: Das Wort hat Genossin Gusti Schaffer.

Gusti Schaffer (Karlsbad): Genossen und Genossinnen! Wir deutsche Sozialdemokratinnen sind aus derselben Schule hervorgegangen, aus der auch die tschechische Sozialdemokratie gelernt hat, aus der Schule der österreichischen Sozialdemokratie. Darum sind wir immer dem internationalen Gedanken treu gewesen. Wenn uns auch die geschichtliche Notwendigkeit in diesem Staate gezwungen hat, eine Reihe von Jahren diese Kämpfe allein oder, sagen wir, nebeneinander zu führen, so hat doch in uns, besonders in uns Frauen, immer der Gedanke lebendig gewirkt, daß der Tag, den wir heute erleben, einmal kommen wird und kommen muß. Darum sage ich, daß mich die Worte der Genossin Karpizková tief ergriffen haben, die ebenso wie

wir den Anfang der gemeinsamen Arbeit des Proletariats in diesem Staate freudig begrüßt hat.

(Beifall.) Wenn der Druck der kapitalistischen Ausbeutung, wie heute schon zu verschiedenen Malen betont wurde, auf der Arbeiterschaft schwer lastet, so lastet er doppelt und dreifach auf der Frau und auf der Mutter. Es ist nicht zu verwundern, wenn sich diese proletarischen Frauen immer mehr um die rote Fahne der Sozialdemokratie scharen, wenn sie sich immer mehr den Gedanken des Klassenkampfes zu eigen machen und in den Reihen unserer Partei zu kämpfen gewillt sind.

In diesem Staate haben wir schon viel Trauriges erlebt. Die wirtschaftliche Konjunktur der Nachkriegszeit dauerte nicht sehr lange. Durch die schlechte Wirtschaftspolitik ist eine fast permanente Krise eingetreten, die zur Folge hatte Verelendung der Arbeiterklasse, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Tausende von Proletariern samt ihren Familien waren gezwungen, von der kar-

gen Arbeitslosenunterstützung ihr Leben zu fristen. Wenn die paar Wochen der Unterstützungsdauer zu Ende waren, dann brach die graue Not in ungeheurer Größe über den Arbeiterhaushalt herein und drückte die proletarische Frau zu Boden, wenn sie nicht eine Hoffnung gehabt hätte: ihre Partei,

die Hoffnung auf den Sozialismus.

Die Krise wurde von den Kapitalisten dieses Staates reichlich dazu ausgenützt, die Errungenschaften der Revolution der Arbeiterschaft wieder streitig zu machen, die Löhne abzubauen und damit der Arbeiterschaft wieder den Brotkorb hoch hinaufzusetzen. Was allgemein für die Arbeiterschaft gilt, gilt für die arbeitende Frau in doppeltem Maße. Denn die Löhne der Arbeiterinnen sind hinter jenen des männlichen Arbeiters weit zurückgeblieben. Ich komme aus einem Gebiete, wo ziemlich viel Frauenarbeit herrscht, aus dem Karlsbader Gebiete, wo die Porzellanindustrie heimisch ist. Es ist keine Seltenheit, daß eine Arbeiterin für acht- und mehrstündige Arbeitszeit Samstag einen Lohn von dreißig, vierzig oder fünfzig Kronen nachhause bringt. Wenn Sie sich die Teuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel vor Augen halten, so können Sie sich einen Begriff von der Lebenshaltung dieser arbeitenden Frauen machen. Zu all dem kam der verhängnisvolle 15. November 1925, der uns die bekannte deutsch-tschechische Bürgerkoalition gebracht hat, deren erste Arbeit, wie bekannt, gewesen ist, die Agrarzölle einzuführen, damit die Lebenshaltung zu verteuern und die Lage der arbeitenden Menschen noch mehr zu verschlechtern. Dann ist gekommen die Zuckersteuer, die Erhöhung der Kongrua, die Erhöhung anderer indirekter Steuern, während man auf der anderen Seite alles fürs Kapital bereit hat. Es sind neue Militärlasten gekommen, bewilligt auch von den deutsch-bürgerlichen Parteien, die immer früher behauptet haben, daß sie gegen den Militarismus seien, wobei sie natürlich den tschechischen Militarismus meinten, wobei sich ihr Kampf immer wesentlich von dem unterschied, den wir Sozialdemokraten und insbesondere wir Frauen gegen den gesamten Militarismus führen.

Wenn wir über die Ausgaben für den Militarismus sprechen, so muß ich darauf verweisen, mit welchem Zittern und Bangen gerade wir Arbeiterfrauen und insbesondere die Elitetruppe dieser Frauen, die organisierten Sozialdemokratinnen, die Küstungen in unserem Staat und in allen anderen Staaten verfolgen. Es steigen da vor unseren Augen die unglückseligen Jahre des Weltkrieges auf, wir sehen Millionen gemordeter Männer, die die Söhne und Männer unserer Mütter und Frauen gewesen sind. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die Mordinstrumente täglich und wöchentlich verbessert werden, wenn wir daran denken, was ein künftiger Krieg bedeuten würde — der letzte wird ein Kinderspiel dagegen sein — ein Krieg in Zukunft, der mit allen möglichen technischen Mitteln geführt wird, so müssen wir Frauen zum Kampfe gegen den Militarismus und seine Auswirkungen aufrufen. Für diese Parole werden wir in diesem Staate nicht mehr allein kämpfen, wir hoffen, die proletarischen Mütter und Frauen auch der anderen Nationen hiefür zu gewinnen.

Denn uns Frauen, die wir das Leben schaffen, muß auch der einheitliche Gedanke befeelen, dieses Leben zu erhalten.

Darum verstehen wir es auch, wenn im vergangenen Jahre auf unserem Frauentag, der eine internationale Rundgebung ist, die Parole ausgegeben wurde: Kampf dem Kriege! Aber — wir hatten uns ein sehr schönes Plakat verschafft, das eine Frau vorstellt, die ein Gewehr zerbricht. Dieses Plakat wurde von den tschechischen Bezirkshauptleuten, von der Staatspolizei, konfisziert. Man hatte Angst, daß diese Frau, die da symbolisch die Waffe vernichtet, revolutionierend auf die Hirne und Herzen der arbeitenden Frauen wirken könne und daß das eine Gefahr für den Milita-

riasmus im allgemeinen und im besonderen für den Staat bedeuten würde. Man hat dabei nicht daran gedacht, daß die Darstellung nur symbolisch gemeint war und daß die Frauen immer die Möglichkeit haben, gegen den Militarismus loszugehen, indem wir unsere Kinder einfach so erziehen, daß sie verstehen, was der Militarismus zu bedeuten hat. Denn wenn wir unsere Kinder so erziehen, so muß bei der Jugend das eintreten: wenn die Köpfe denken, so schießen die Flinten nicht!

Wie schaut es in diesem Staate unter der Bürgerregierung aus und was steht uns noch bevor? Man will dem Proletariat auch noch das Dach über dem Kopf wegnehmen, indem man den Mieter schuß beseitigt. Man ist daran gegangen, das Wahlrecht zu verschlechtern. Wahlen in Körperschaften, die neu eingeführt wurden, sind jetzt fällig. Wie man immerfort Gesetze verschlechtert, müssen wir Frauen immer damit rechnen, daß uns die Rechte, die uns die Revolution gebracht hat, wieder streitig gemacht werden. Darum begrüßen wir es, daß endlich die gemeinsame Kampffront kommen soll, wenn ein Angriff auf die kargen Frauenrechte käme. Alle diese Dinge und nicht in letzter Linie die geplante Verschlechterung der Sozialversicherung, bei welcher die Ärmsten der Armen ausgeschaltet werden sollen, sind von dem Arbeiterhaß der Bürgerregierung diktiert. Sie geben uns nicht die Schulreform, wie sie uns vorschwebt, nach dem österreichischen Muster des Genossen Glöckel, sondern sie wollen die Schule verkerikalisieren. Denn wir wissen, daß der Kapitalist ein allzugescheites Proletariat nicht brauchen kann, er will dem Arbeiter nur soviel Bildung geben, um ihn ausbeuten zu können und als der Kapitalist braucht, damit der Arbeiter die nötige Intelligenz hat, seine Produkte richtig herzustellen. Mehr soll der Arbeiter nicht haben! Die Arbeiterfrauen in diesem Staate, soweit sie von uns vertreten werden — es ist bei den anderen Nationen nicht anders — sind sich dessen bewußt, daß sie ihr Heil und ihren Rückhalt nur in den Reihen der Sozialdemokratie finden können. Sie wissen, daß sie das bei den christlichen und nationalen Parteien der verschiedensten Schattierungen nicht finden können, auch nicht bei den Kommunisten, die von Dr. Tschek so treffend geschildert wurden.

Die Arbeiterfrauen wissen, daß die sozialdemokratischen Parteien allein immer für ihre Rechte eingetreten sind

und es auch künftig tun werden. Ich stimme dem Genossen Bechyně zu, daß die Sozialdemokraten die Infanterie des Klassenkampfes sind. So antimilitaristisch ich sonst eingestellt bin, aber in dieses Heer möchte ich sehr gerne eintreten und gemeinsam mit den übrigen kämpfen. Auf unseren heutigen Kongreß blickt das gesamte Proletariat dieses Staates, uns verbindet gleiches Leid, gleiches Interesse, aber auch das gleiche Kampfziel. Die arbeitenden Frauen, soweit sie in unserer Partei vereinigt sind, blicken heute auf diesen Kongreß und erwarten hoffenden Herzens den Zusammenschluß des Proletariats aller Nationen dieses Staates. Ich spreche hier im Namen der deutschen Arbeiterinnen in diesem Staate, wenn ich sage: Möge dieser Kongreß der Auftakt zum gemeinsamen Kampfe und damit zum gemeinsamen Siege sein! Unsere deutschen Arbeiterfrauen finden Sie, Genossinnen der übrigen Nationen, hiezu bereit! (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Hampl: Das Wort hat Genosse Alois Tordý (Wissen).

Tordý: Wertes Parteitag! Werte Genossen und Genossinnen! Als Arbeiter einer der größten Betriebe der Metallindustrie in der Republik, der Skoda-Werke, will ich mit einigen einfachen Worten meine Freude darüber ausdrücken, daß die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien sich zu diesem Manifestationskongreß zusammengefunden haben, auf dem die Frage des einheitlichen Vorgehens der Arbeiterklasse der Tschechoslowakei gegen das heu-

tige Regime der internationalen Reaktion gelöst werden soll, der Reaktion, die dem arbeitenden Volk schon so viel Schaden getan hat. Ich kann hier, werter Kongreß, die Gefühle aller Arbeitskollegen zum Ausdruck bringen, der zielbewußten Arbeitskollegen, welche, wie ich, vom Gedanken des gemeinsamen Kongresses erfreut waren und von der Tatsache, daß sich eine wirkliche und aufrichtig gemeinte Einheitsfront des Proletariats gegen die vereinigte bürgerliche Reaktion bildet. Die Arbeiter fühlen an ihrer Existenz am meisten den Druck der gegenwärtigen Verhältnisse und sie verstehen, daß nur die gewaltige und einheitliche Kraft der Reihen des arbeitenden Volkes in der Republik imstande ist, weitere Angriffe abzuwehren und neue Erfolge für die Arbeiterklasse zu erlangen. Die Arbeiterklasse ist unzufrieden damit, daß die politischen und sozialen Errungenschaften der revolutionären Periode ihr von der reaktionären Bourgeoisie genommen werden und daß durch weitere vorbereitete Pläne die Lebenshaltung der Arbeiterfamilie noch weiter verschlechtert werden soll.

Daher begrüßen wir den Gedanken des vereinigten und gemeinsamen Kampfes und mit Freude treten wir in die erste Reihe, um mit erneuten Kräften unseren Zielen nachzustreben und bessere Verhältnisse für die Arbeiterschaft zu erreichen. Wir tschechoslowakischen Sozialdemokraten im Pilsner Kreis haben für die Errichtung unserer Republik in der festen Überzeugung gekämpft, daß die demokratisch-republikanischen Grundlagen bessere Bedingungen für den Kampf um die Arbeiterrechte schaffen. Auch heute sind wir überzeugt, daß die Arbeiterschaft mit Blut und Gewalt die Erfüllung ihrer Forderungen nicht erreichen kann, sondern daß das nur geschehen kann durch die Vereinigung in einer festen Organisation und die Eroberung der politischen Macht in der Republik. Wir glauben, daß der heutige Kongreß ein Weg zur Erhöhung der politischen Macht der Arbeiterklasse sein wird. Treu dem Prinzip der Demokratie und des republikanischen Staates, freuen wir uns auf den großen Augenblick, da die vereinigte Sozialdemokratie in der Republik im Interesse der Arbeiterklasse solche Kraft und Stärke erlangt, daß sie der Entwicklung der demokratischen Republik neue Wege weisen und neue Richtlinien geben kann, wie sie das Interesse der Arbeiterklasse und das Interesse des Sozialismus erfordert. In diesem Bewußtsein, werter Kongreß und werter Genossen und Genossinnen, habe ich keinen andern Wunsch, als daß der heutige Manifestationskongreß dahin ausklingt, daß wir im Zeichen der gemeinsamen Arbeit, des gemeinsamen Vorgehens der gesamten Arbeiterklasse ohne Unterschied der Nationalität in unserer Republik uns einig werden und dazu wünsche ich viel Glück. (Sehr gut, Beifall.)

Vorsitzender **de Witte**: Das Wort hat Genosse **Jungbauer** (Teplitz).

Jungbauer: Werte Genossen und Genossinnen! In vielen tugenden Betrieben, in Hunderten von Fabriken und Werkstätten, in Schächten und Hütten arbeiten tausende Arbeiter deutscher und tschechischer Zunge zusammen. Wir Glasarbeiter und Bergarbeiter, Metallarbeiter und Textilarbeiter, die mit den tschechischen Berufsgenossen in den gleichen Betrieben in Arbeit stehen, haben uns alle die Jahre hindurch immer wieder verständigen müssen, weil wir sonst nicht hätten leben können. Es ist nicht immer ohne Reibungen und Schwierigkeiten gegangen, aber es ist doch immer wieder gelungen, sich zu verständigen. Wir haben uns verständigt, aber nur über die Fragen unserer Arbeit im Betriebe, über unsere Taktik gegenüber dem Unternehmer, über Zeit und Ort der Kämpfe, um Lohn und Arbeitsbedingungen nicht von der Gnade der Arbeitgeber abhängig zu machen.

So haben wir deutschen und tschechischen Arbeiter uns in den Betrieben gefunden und dadurch verhindert, daß das Proletariat wieder zum Sklaven der Fabriks- und Grubenherrn werde.

Aber wie wir den Betrieb verlassen haben, führten unsere Wege auseinander, denn wir hatten noch nicht gelernt, uns auch außerhalb des Betriebes und der Fabriken zu verstehen. Das mag das Schwierigere sein. Aber wir haben die Sehnsucht darnach aus der Fabrik mit uns nachhause genommen und wir glauben, daß die Arbeiter guten Willens sind, auch das Schwere zu versuchen. Dieser Internationalismus ist das große Erbe, das die sudetendeutschen Arbeiter aus dem ehemaligen Osterreich mitgebracht haben. Er ist die Erkenntnis dessen, daß die Arbeiter einer Nation allein nicht siegen können und diese Erkenntnis ist ebenso wichtig für die Arbeiter aller Nationen in der Tschechoslowakei, wie im alten Osterreich. Sie ist unerschütterlich richtig, wie in der Zeit vor dem Kriege als auch nach dem Kriege.

Wir haben diesen Glauben gehegt, seit wir Sozialisten geworden sind und hängen an ihm mit aller Fähigkeit und unerschütterlicher Treue. Nicht der Umstand allein, daß uns das Schicksal als Arbeiter in den Betrieben trifft, zwingt unser Denken in die internationale Bahn. Man wird leicht verstehen, daß sich die Arbeiter, die sich auf dem Arbeitsplatz, in der Werkstätte verständigen mußten und deren Lebenssicherung von dieser Verständigung abhängt, darnach sehnen, diese Verständigung auch aus der Fabrik hinauszutragen, überall dorthin, wo Arbeiter wohnen und um ihr Leben kämpfen müssen. Also auch in der Politik! Ist denn die Politik etwas so ganz anderes als ein Betrieb? Auch dort sind die gleichen Feinde, die Kapitalisten die Herren der Banken, der Fabriken und des großen Grundbesitzes, sie und ihre Beauftragten treten uns auch in der Politik gegenüber. Es ist also genau so wie im Betrieb. Nur wenn sich die Arbeiter selbst zu verständigen wissen und sich zum gemeinsamen Kampfe gegen den gemeinsamen Feind verstehen, nur dann werden sie stark genug sein zu verhindern, daß die anderen ihr politisches Schicksal bestimmen.

Der Vergleich zwischen der Stellung des Arbeiters im Betrieb und in der Politik ist primitiv, aber er entspricht sicher dem Denken und den Anschauungen der Arbeiter und es ist sicher, daß alle Arbeiter, die es mit dem Sozialismus ernst meinen, nichts heißer ersehnen, als daß jener Verständigung in den Betrieben endlich die Versöhnung auf allen Gebieten des politischen Lebens folge, also auch die Versöhnung zwischen den sozialdemokratischen Arbeiterparteien. Darum ist die Kunde, daß ein gemeinsamer Kongreß aller sozialdemokratischen Arbeiterparteien der Republik stattfinden solle, von den deutschen Arbeitern in den Betrieben

wie eine Heilsbotschaft

aufgenommen worden. Endlich!, haben die Arbeiter in den Betrieben gerufen, mit den Proletariern aller anderen Nationen wollen wir eine feste internationale Kampffront bilden und zwar für immer und alle Zeiten! Das ist die Hoffnung der vielen tausenden deutscher Arbeiter, die sie auf diesen Kongreß setzen.

Sie erwarten, daß er der Anfang eines Weges sei, den wir jetzt gemeinsam gehen werden.

Auf unserem Teplitzer Parteitag hat Genosse Dr. Soukup, ergriffen durch den heißen Eifer, mit dem alle Debatteredner sich mühten, den Weg zur Zusammenarbeit mit den tschechischen Genossen zu finden, gesagt, er glaube vor sich die alte österreichische Garde der Sozialdemokratie zu sehen. Diese Bezeichnung voller Ehre gilt aber nicht nur für die Vertrauensleute, sie gilt nicht minder für die Masse der sozialdemokratischen Arbeiter. Sie alle, wie wir hier beisammen sind, gehören zu der alten Garde der österreichischen Sozialdemokratie, wenn man damit die feste internationale Gesinnung, das Klassenbewußtsein, den Haß gegen die Kapitalistenherrschaft und die Opferbereitschaft für den Sozialismus bezeichnen will. Diese Garde wollen wir bleiben! Schafft der Kongreß die Möglichkeit dazu, dann wird in allen Fa-

briken und Bergwerken heller Jubel sein, dann wissen die deutschen Arbeiter in diesem Staate, daß endlich das Morgenrot anbricht. Dann wissen alle Proletarier, daß die junge Garde des Sozialismus in der Tschechoslowakei gebildet wurde, die dem Arbeiter durch die Wirren der Gegenwart den Weg zur glücklichen Zukunft erkämpfen wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender de Witte: Zum Worte gelangt Genosse Dr. Karl Heller (Teplitz).

Dr. Heller (beifällig begrüßt): Parteigenossen und Parteigenossinnen! Vor noch nicht anderthalb Jahren wurde die neue Bürgerregierung in diesem Staate gebildet. Von den bürgerlichen Parteien wie die Erlösung aus langer Not begrüßt, trat diese Regierung als die Regierung der großen Männer in diesem Staate in Erscheinung. Namen wie Svehla, Srámek, Spina, Mahr-Harting — ich will die anderen nicht nennen — schienen die Beförderung des Geistes, des hohen Verstandes unserer bürgerlichen Parteien zu sein und in den ersten Monaten nach der Bildung dieser Regierung waren wir keinen Montag sicher, in den Zeitungen eine Rede lesen zu müssen, die die deutschen Minister am Tage vorher gehalten hatten. Herr Minister Spina prägte damals das Wort, er flammerte sich an dieses Wort, das er dann in jeder Rede wiederholte: „Wir sind nicht antisozial, sondern nur antisozialistisch“, und er glaubte damit den Stein der Weisen gefunden zu haben. Minister Mahr-Harting zog von Versammlung zu Versammlung, um das Heil der bürgerlichen Regierung zu predigen. Es schien über unseren Staat eine neue, glorreiche Zeit hereingebrochen zu sein, es schien, als ob jetzt alles gut und herrlich werden würde. Denn eine starke, eine große Regierung war am Ruder. Noch nicht anderhalb Jahre und wie sieht diese große, starke Regierung heute aus!

Ein Jammerbild, ein mitleiderweckendes Schauspiel bietet sich uns dar, wenn wir diese Regierung der großen Männer, die Regierung der starken Männer, der gescheiterten Männer, der überragenden Männer in diesem Staate betrachten.

Ein Beispiel: Vor kurzem fanden die Gemeindevahlen statt. Es begann ein Schauspiel für Götter. Vorher, einige Zeit vor den Wahlen, tauchten in der Presse der bürgerlichen Parteien Ankündigungen über den Termin der Gemeindevahlen auf, bis eines Tages überraschend oder angeblich überraschend für die ganze Öffentlichkeit die Wahlen für einen möglichst kurzen Termin ausgeschrieben wurden. Warum? Weil man glaubte, damit die oppositionellen Parteien überraschen zu können, ihre Wahlvorbereitungen beeinträchtigen zu können und so den eigenen Sieg ein wenig zu beschleunigen. Jetzt, bei den Wahlen, die uns neu bevorstehen, dasselbe erhebende Schauspiel! Regierungsblätter verkünden, daß die Wahlen in die Bezirks- und Landesvertretungen erst im nächsten Jahre stattfinden sollen. Regierungsblätter scheuen sich nicht, einen offenen, klaren Geheßbruch als möglich hinzustellen, gegen den wir heute von dieser Stelle aus mit aller Entschiedenheit protestieren. (Lebhafter Beifall.) Andere Regierungsblätter erzählen wieder, daß die Wahlen im Oktober stattfinden werden! Eine blanke Unmöglichkeit, ein paar Tage vor dem Jubiläum Wahlen durchzuführen! Wem wollen sie das weiß machen? Wieder andere erzählen, die Wahlen würden hewer im Frühjahr stattfinden. Warum das? Um uns im Unklaren zu lassen,

um uns dazu zu bringen, unsere Wahlvorbereitungen nicht zu treffen, um uns zu überraschen.

Die Wahlen im nächsten Jahr, das kommt mir vor, wie wenn ein Mensch aus Angst vor dem Tode Selbstmord begeht. Weil sie sich hewer vor den Wahlen fürchten, wollen sie im nächsten Jahre damit kommen, damit sie dann im nächsten Jahre, wenn sich ihre segensreiche Tätigkeit noch weiter ausgewirkt hat, eine noch größere Niederlage erleiden. Eine große, eine starke Regierung,

die sich solch elender Mittel und Mittelchen bedienen muß! Wie ich noch einmal sage: mitleiderweckend ist der Zustand dieser Regierung und wahrhaftig diese Regierung hätte Grund und Anlaß genug, sich mit wichtigen Fragen zu befassen.

In wenigen Tagen droht in diesem Staate

30.000 Bergarbeitern des nordwestböhmischen Reviers Arbeitslosigkeit.

Elend und Not für 30.000 Bergarbeiter mit ihren Familien! In jedem anderen Staate hätte ein Minister, ohne daß er der Welt verkündet, er sei nicht antisozial, alles versucht, um hier zwischen den Arbeitern und den Unternehmern zu einer Einigung zu kommen. Nur unser Minister für öffentliche Arbeiten, der soziale Minister für öffentliche Arbeiten, Herr Professor Spina rührt keine Hand, kalten Herzens und ruhigen Blutes schaut er zu, wie unser Land dieses tragische Schauspiel erlebt, von dem er vielleicht nicht einmal weiß, wieviel Entbehrung und Not, Elend und Leid mit ihm verbunden ist. Das nennt sich eine starke Regierung! In meinen Augen ist es eine schmachvolle Regierung, eine Regierung, deren Vorhandensein man manchmal überhaupt vergessen hat.

Wir werden in die Wahlen für die Bezirks- und Landesvertretungen eintreten, wir fordern es. Und wenn sie kein Gesetz offen brechen wollen, wie sie es hinterücks täglich machen, werden sie sie durchführen müssen. Wir freuen uns auf diese Wahlen, um ihnen zu dieser Niederlage, die sie im Oktober vorigen Jahres erlitten haben, eine neue, größere Niederlage zu bereiten und unserer Sache, der Sache des Sozialismus, zu dem Erfolge bei den Gemeindevahlen einen Sieg bei den Wahlen in die Bezirks- und Landesvertretungen anreihen zu können. (Lebhafter Beifall). Große Probleme stehen in der nächsten Zeit auf der Tagesordnung dieses Staates. Sozialversicherung, Mieterschutz, in allen diesen Fragen gibt es zwischen uns keine Differenzen und in allen diesen Fragen werden wir gemeinsam kämpfen und wie ich denke, gemeinsam siegen.

Was ist nun unsere Aufgabe? Morgen geht dieser Kongreß zu Ende und übermorgen müssen wir unter die Arbeiter hinausgehen, um ihnen die Bedeutung dieses Kongresses zu erklären, müssen ihnen sagen, was nun nottut. Übermorgen müssen wir hinausgehen und sagen — ich kann das von unseren deutschen Arbeitern, wie Genosse Jungbauer gesagt hat, behaupten — daß

das, was sie mit ganzem Herzen und Sinnen seit Jahren ersehnt haben, zur Tatsache wird.

Jawohl, wir sind auf dem Wege der Einigung mit unseren tschejischen und den übrigen Genossen in diesem Staate einen beträchtlichen Schritt weiter gekommen und können jetzt der begründeten Hoffnung Ausdruck geben, daß es in diesem Staate zu einem Zwist der sozialistischen Parteien nicht mehr kommen wird. Wir müssen ihnen Mittel an die Hand geben zur Bekämpfung des jetzigen Regimes, die nicht bestehen in revolutionären Phrasen, in bewußter Irreführung über die Stärke und Kraft der Arbeiterbewegung, sondern die darin bestehen, wie wir immer gewohnt sind, daß wir

auch jetzt den Arbeitern die Wahrheit sagen und nichts anderes als die blanke, nackte Wahrheit,

ob sie nun angenehm klingt oder nicht. Wir müssen ihnen immer wieder sagen, daß das Heil der Arbeiterschaft in diesem Staate nur in der Einigkeit des Proletariats zum gemeinsamen Kampfe besteht, aber auch in der Einigkeit des Proletariats zu der gemeinsamen täglichen Arbeit. (Beifall.) Die Gemerkschaften sind uns mit gutem Beispiel vorausgegangen, heute folgen wir ihnen. Die Saat, die wir durch Jahre gehegt haben, ist reif, pflücken wir die Ernte!

Finden wir uns in der täglichen Arbeit, nicht nur im Parlament, nicht nur in den Vorständen der Parteien, sondern hinunter bis in die letzten Betriebe, in die letzte Lokalorganisation, dieser wichtigsten Reim-

zelle unserer Parteien, ohne die unsere Parteien nichts und einflußlos wären. Überall dort muß der Gedanke der Einigung zu gemeinsamer täglicher Arbeit, zum gemeinsamen Kampfe fruchtbar werden, überall dort muß er zum Evangelium werden.

Das letzte Jahr hat den sozialistischen Parteien anderer Länder große Erfolge gebracht. Das laufende Jahr wird den sozialistischen Parteien vieler Länder neue große Erfolge bringen. Auch wir werden Gelegenheit haben, gemeinsam von jetzt an, nicht mehr Sie und wir, sondern von jetzt an: wir beide gemeinsam (Beifall) in diesem Staate zu kämpfen und neue Siege zu erringen. Kämpfen wir dafür, vor allem aber arbeiten wir dafür, daß die Wahlen in die Landes- und Bezirksvertretungen, die uns bevorstehen, mit einem Siege unserer großen, herrlichen, schönen Sache enden und dann werden wir am 5. August dieses Jahres vor die sozialistische Internationale erhobenen Hauptes hintreten können und ihr sagen können: Wie ihr Deutschen, wie ihr Engländer und Franzosen, wie ihr Belgier und Norweger und wie ihr immer heißt, euere Bourgeoisie besiegt habt, so haben auch wir unsere Bourgeoisie besiegt,

so sind auch wir Sieger geblieben, weil wir einig und geschlossen in Zukunft unsere Feinde bekämpfen wollen.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Kampf: Das Wort hat Genosse Dr. Meißner.

Dr. Meißner (Stürmisch begrüßt): Werte Genossen und Genossinnen! Wir bedingten den ersten Teil des Programms unseres denkwürdigen historischen Kongresses und stehen am Schlusse des ersten Tages unserer Beratungen. Wir können über den Eindruck unserer Beratungen sagen, daß wir nicht nur zufrieden sind, sondern erfüllt mit den Gefühlen besonderer Freude, aber nicht vielleicht nur deshalb, weil es uns gelungen ist, zusammenzukommen und uns bewußt zu werden, daß wir gemeinsame Wege suchen müssen im Kampfe gegen die Reaktion in der tschechoslowakischen Republik, sondern noch aus einem tieferen Grunde.

Indem wir, alle sozialdemokratischen Parteien in der tschechoslowakischen Republik, uns zusammengefunden haben, ist unsere Kraft nicht nur arithmetisch gewachsen, nicht nur dadurch, daß die bisher einzeln stehenden Einheiten zusammengezählt wurden, die zusammen eine so große Ziffer ergeben würden, als Einheiten gezählt wurden, sondern wir sind geometrisch gewachsen. Wir wachsen viel stärker deshalb, weil durch unser Zusammenfinden und durch unseren festen Willen, nicht mehr auseinanderzugehen, die moralische Stärke der Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei gewachsen ist. (Stürmischer Beifall.) Und nicht nur ihre moralische Kraft, sondern, wie ich zuversichtlich hoffe, auch ihr Glaube an den Sozialismus, ihr Glaube, daß diese Lehre nicht leerer Schall ist, sondern daß sie durchschlagende Kraft hat, schöpferische Kraft und daß sie fähig ist, wirklich eine neue Welt zu schaffen. (Beifall.) Denn täuschen wir uns nicht. Die Tatsache, daß die Sozialdemokratie oder der Sozialismus in der ganzen Welt nach dem Kriege ratlos dastand, daß er nur schwer seine Kräfte zusammenfassen konnte, daß die Schwierigkeiten des Neuaufbaues der Internationale ungemain groß waren und daß insbesondere die Verworrenen, unerfreulichen Verhältnisse in der tschechoslowakischen Republik, welche die tschechoslowakische Sozialdemokratie auf anderem Wege und in anderer Richtung gehen ließen und in anderer Richtung die deutsche Sozialdemokratie, und schließlich die Tatsache, daß diese so zielbewußten Parteien nicht imstande waren, zusammenzukommen und sich zu verständigen über die schweren, führenden Pro-

bleme, daß sie aber auch nicht einig und gemeinsam vorgehen konnten in den Fragen, die aus den Bedürfnissen des tschechischen und deutschen Arbeiters hervorgingen, alles das hat auf die Gesinnung der Arbeiterschaft eingewirkt.

Diese Tatsachen haben den Glauben manches bisher treuen tschechischen oder deutschen Arbeiters an die Fähigkeit des Sozialismus erschüttert und bewirkt, daß viele Arbeiter im Zweifel waren, ob der Sozialismus imstande ist, eine neue Gesellschaft aufzubauen und schwierigere Probleme zu lösen, als die Probleme sind, mit denen wir uns bisher in der tschechoslowakischen Republik beschäftigt haben.

Uns, werte Genossen und Genossinnen, verbindet dieselbe Idee, dasselbe Endziel, dieselbe wissenschaftliche Auffassung und von ihr ausgehend sind wir von dem Willen getragen, die Arbeiterschaft zu jenem Instrument zu machen, zu dem sie nach unserer wissenschaftlichen Überzeugung durch die natürliche Entwicklung bestimmt ist, nämlich Träger zu sein der Bildung einer neuen Gesellschaft und der Überwindung der gegenwärtigen.

Diese wissenschaftliche Erkenntnis — mögen wir die Frage der vernunftmäßigen Erwägung und das Gefühl wie immer betrachten — diese Vernunftgründe, diese Überzeugung müssen in jedem Sozialisten und in jedem Arbeiter im Glauben gipfeln. Jeder Mensch braucht einen Glauben. Es gibt Leute, die in ihrer Einfalt ihren Glauben überirdischen Wesen zuwenden und es gibt Leute, die zu ihrer Überzeugung kommen, der sich in Glauben verwandelt, nach wissenschaftlicher Forschung und reiflicher Überlegung. (Beifall.) Und dieser Glaube ist ein starkes, schöpferisches Element. Diesen Glauben dürfen wir niemandem, besonders dem Arbeiter nicht nehmen, ja wir müssen ihn sogar befestigen.

Genossen und Genossinnen! Nun kommen wir zur Erkenntnis, daß wir keinem Problem ausweichen dürfen. Es wäre nicht richtig, wenn wir erklären wollten, daß nach diesem Einleitungskongreß alles glatt gehen wird, daß keine Schwierigkeiten bestehen werden, daß es nicht mehr vorkommen wird, daß wir im Parlament in dieser oder jener Frage taktisch verschieden vorgehen. Die Probleme, vor die wir gestellt sein werden, sind viel zu ernst und weittragend, als daß sie von uns einfach über Nacht gelöst werden könnten. Das möge niemand erwarten. Im Gegenteil, es wird unsere Aufgabe für die Zukunft sein, weil wir zur Einigung kommen wollen, den Problemen nicht auszuweichen, die zwischen uns stehen, keine Vogel-Strauß-Politik zu machen und auch

wenn es sich um die schwierigsten und unangenehmsten Probleme handelt, an ihre Lösung heranzutreten.

(Zustimmung.) Denn wenn wir eine Partei sein wollen, die die alte Gesellschaftsordnung überwinden und eine neue, weltweite Gesellschafts- und Wirtschaftsorganisation aufbauen will, dann müssen wir nicht nur den Willen, sondern auch die Fähigkeit haben, daß für uns kein unlösbares Problem existiert, namentlich kein solches, das zwischen den einzelnen sozialistischen Parteien steht und zwischen der Arbeiterschaft verschiedener Nationen, die denselben Staat bewohnen. (Zustimmung.)

Werte Genossen und Genossinnen! Die heutige Stellung des Sozialismus — und ich möchte sagen, auch die heutige Stellung der Arbeiterschaft — nach dem Kriege ist eine ganz andere, als vor dem Kriege. Der Krieg selbst war ein so schreckliches Ereignis, eine so anschauliche Lehre für die Arbeiterschaft, daß er nicht wirkungslos an denen vorübergehen konnte, welche die schwersten Lasten dieses Verbrechens und dieses Unglücks trugen, das in den Kriegsjahren über die Menschheit hinweggegangen ist, ohne ihnen irgend einen Nutzen zu bringen.

Und wenn die Arbeiterschaft, der Sozialismus seine Aufgaben prüft, dann muß er zur Erkenntnis kommen, daß seine Aufgaben ganz andere sind, als vor dem Kriege. Wenn wir vor dem Kriege erklärt haben, daß wir das Unglück und das Übel, das im Kriege und in den Konflikten zwischen den Völkern gelegen ist, verhindern müssen, dann genügen nach dem Kriege nicht bloße Proteste, dann müssen wir andere Methoden anwenden, dann dürfen wir uns nicht mit bloßer Kritik begnügen. Der Sozialismus und die Arbeiterschaft muß weitergehen und die Hand anlegen, um den Krieg zu verhindern. (Sehr gut! Beifall.) Dann aber darf der Sozialismus nicht nur kritisieren, sondern er muß eine schöpferische Kraft sein, dann darf sich der Sozialismus nicht damit begnügen, die Leitung der Außenpolitik den alten Diplomaten zu überlassen und sie nur zu kontrollieren und kritisieren, sondern er muß sagen, wenn wir die Leitung der Außenpolitik selbst in die Hand nehmen. (Sehr gut! Beifall.) Und wenn wir auf die Außenpolitik Einfluß haben wollen, dann erkennen wir, daß die Arbeiterschaft schwer die auswärtigen Angelegenheiten von den innerpolitischen Verhältnissen trennen kann. Wie können wir, insbesondere wir in der tschechoslowakischen Republik, mit ruhigem Gewissen erklären, daß die Sozialdemokraten aller Staaten verpflichtet sind, Kriege zwischen Staaten, das ist Kriege zwischen Völkern zu verhindern, die durch Staaten repräsentiert sind, wenn wir nicht imstande sind, den Krieg zwischen den Nationen innerhalb des eigenen Staates zu verhindern, wenn es auch kein bewaffneter Krieg ist? Können wir den Kampf gegen den Krieg zwischen den Staaten proklamieren, ohne an das Problem heranzutreten, das häufig Ursache zu internationalen bewaffneten Konflikten ist, an das Nationalitätenproblem innerhalb des eigenen Staates? Wollen wir uns auf diesem Kongreß, der nicht nur ein Paradekongreß sein soll, sondern der ein ernster Arbeitskongreß sein und auch unsere künftige Taktik bestimmen will, wollen wir uns verheimlichen, daß die Differenzen zwischen uns und den deutschen Genossen gerade auf dem Nationalitätenproblem in der tschechoslowakischen Republik beruhen? Darum können wir uns nicht darauf beschränken, die Regelung der nationalen Verhältnisse in den einzelnen Staaten und insbesondere in der tschechoslowakischen Republik, jemand anderen zu überlassen und selbst nur zu kritisieren, und wir können uns nicht damit begnügen, diese Regelung der internationalen tschechisch-deutschen Bourgeoisie zu überlassen und dann bloß Kritik vorzubringen, sondern

unsere Pflicht ist es, das Nationalitätenproblem in der tschechoslowakischen Republik selbst zu lösen.

(Beifall.)

Wenn wir ironisch sein wollten, könnten wir der tschechisch-deutschen Bourgeoisie von diesem Kongreß aus geradezu ein Dankschreiben oder ein Telegramm senden. (Weiterkeit.) War ihre Vereinigung nicht notwendig, damit wir uns vereinigen? Nein! Unsere Vereinigung wäre auch dann zustande gekommen, wenn die tschechisch-deutsche Reaktion in der tschechoslowakischen Republik nicht bestünde. Aber die tschechisch-deutsche Bürgerkoalition hat diesen Prozeß beschleunigt, sie hat die letzten Hindernisse durchbrochen und uns genötigt, uns früher zu finden, als wir vielleicht, wenn nicht dieser scharfe Wind geweht hätte, für notwendig gefunden hätten.

Und da, Genossen und Genossinnen, liegt ein Moment, das in der Politik vielleicht keine angenehme Rolle spielen wird und von dem vielleicht nicht einmal gesprochen werden sollte, das ich aber doch, und sei es von meinem persönlichen Standpunkt aus, besprechen will. Wenn nämlich die tschechisch-deutsche Bourgeoisie zu behaupten wagt und durch ihre Taktik beweisen will, daß sie fähiger ist, als die internationalen Sozialisten, daß sie sich früher geeinigt hat und eine wenn auch unzureichende Regelung gewisser nationaler

Verhältnisse früher vorbereitet, als die Sozialisten fähig waren, auch nur die Diskussion darüber zu eröffnen, auch wenn wir davon absehen, daß dieses ganze Vorgehen der Bourgeoisie keine ernste Grundlage hat, daß es sich in ganz kleinlichen materiellen Konzessionen äußert, so sage ich dennoch: Dieses Rühmen der internationalen Bourgeoisie in der tschechoslowakischen Republik muß in den Sozialisten aller Nationen einen gewissen Troß, einen gesunden Wettstreit hervorrufen.

Wir dürfen uns von der tschechisch-deutschen Bourgeoisie nicht beschämen oder überholen lassen. Die nationalen Verhältnisse in der tschechoslowakischen Republik zu regeln, sind in erster Linie die Sozialisten aller Nationen berufen. (Beifall.) Es bedarf nicht erst der Regierung der internationalen Bourgeoisie, ich glaube, daß in uns der Ehrgeiz lebt, zu beweisen, daß die Sozialisten, welche eine neue Welt aufbauen wollen, auch fähig sind, die tschechoslowakische Republik zur Zufriedenheit Aller, vor allem zur Zufriedenheit des tschechischen und deutschen Arbeiters auszubauen. (Beifall.)

Es gab Augenblicke, da es den Anschein hatte, daß die Stellung der Arbeiterschaft so traurig war, daß sie als hoffnungslos gelten konnte. Es gibt Länder, in denen die sozialistische Bewegung und damit auch alle Freiheit der Arbeiterschaft unterdrückt und ausgelöscht ist, wo das freie Wort unmöglich ist und wo die Arbeiterschaft vor sich eine wahre Wüste sieht. Und es ist sicher, daß diese traurigen Verhältnisse und das zeitweilige Anwachsen der internationalen Reaktion sich auch in den Anschauungen der Arbeiterschaft äußern. Aber gestatten Sie mir, daß ich die Stellung der Arbeiterschaft — vielleicht etwas unwissenschaftlich, ich bin mir dessen bewußt — mit der Stellung einer andern Klasse oder eines anderen Standes vergleiche, der gerade in der tschechoslowakischen Republik der siegreiche Stand ist. Denken wir an die wirtschaftliche, politische und kulturelle Stellung des Landwirts noch vor 100 Jahren. Er lebte in der größten Not. Politisch war er rechtlos, unterworfen, Sklave seines Arbeitgebers, des Adligen, jede freie Äußerung wurde von kaiserlichen Dragonern unterdrückt und jene bekannte Schlacht zwischen Bauern und kaiserlichen Dragonern bei Chlumec ist im tschechischen Volk sprichwörtlich geworden. Und heute sehen wir, daß der Landwirt, dessen Stellung vor 100 Jahren wirtschaftlich, politisch und kulturell hoffnungslos erschien, zum entscheidenden Faktor geworden ist.

Wird das in der Geschichte nicht auch vom Arbeiter gelten? Bedeutet wirklich die heutige Stellung des Arbeiters, die Tatsache, daß er vorübergehend nicht genügend politische Rechte hat, bedeutet das etwas für die Zukunft? Ist nicht alles, was sich heute in der Republik abspielt, was sich in Italien oder Ungarn abspielt, ist das nicht alles eine bloße Episode? Lebt die Arbeiterklasse von einem Tag auf den andern? Hat die Arbeiterklasse nicht das Recht auf die sichere Hoffnung für die Zukunft? Und da komme ich wieder zu jenem Glauben, von dem ich schon gesprochen habe. Ich weiß nicht, ob der bloße Gedanke dieses Kongresses und der Kongreß selbst in Ihnen allen die Gefühle hervorgerufen hat, welche den Glauben bestärken, aber ich habe das Gefühl, daß wir von hier nicht nur weggehen mit jenem gefestigten Glauben, sondern daß unser Bericht von diesem Kongreß von den tschechischen, deutschen, magharischen, polnischen und karpathorussischen Arbeitern nicht nur mit großer Freude aufgenommen wird, sondern auch damit,

daß ihr Vertrauen zum Sozialismus und zur internationalen Sozialdemokratie wächst.

(Sehr gut!)

Aber uns darf der Glaube nicht genügen. Wir brauchen mehr. Wir müssen zeigen, daß dieser Glaube an den internationalen Sozialismus begründet ist.

Wir wollen eine neue Welt aufbauen. Wir wollen nicht niederreißen, wir wollen nicht bloß reden, wir sind keine Partei der Negation. Wir sind eine Partei des schöpferischen Sozialismus. Wir wollen aufbauen und zwar Schritt für Schritt, wenn auch unter schwierigen Verhältnissen, wenn wir der Arbeiterklasse jeden Tag auch nur wenig bringen, aber diese unsere konstruktive Arbeit soll der Beschleunigung unseres Endzieles dienen, dem Sieg der Arbeiterklasse und der Umwandlung der Gesellschaft in eine sozialistische.

Darum darf von diesem Kongreß nicht nur jene Flamme ausgehen, nicht nur jene Stärkung des Glaubens, sondern es muß auch in allen Führern und allen Vertrauensmännern, auch in jedem organisierten Arbeiter und jeder Arbeiterin der feste, unerschütterliche Wille entstehen, diesen Kongreß als bloßen Anfang anzusehen, in der Verständigungsarbeit weiterzuschreiten, alle Hindernisse zu beseitigen, keine Schwierigkeiten zu scheuen und jedes Problem anzuschneiden (Zustimmung), mit einem Wort, der Sozialismus in der tschechoslowakischen Republik muß ein aktiver, schöpferischer Faktor sein, der nicht nur einen bestimmten Standpunkt zum Staat hat, sondern auch einen Begriff, wie dieser Staat aussehau soll und dieser unerschütterliche Wille, verbunden mit dem Vertrauen der Arbeiterschaft in die Gleichwertigkeit und Fähigkeit des Sozialismus wird ein so starker Faktor in der tschechoslowakischen Republik sein, daß wir uns der Überzeugung hingeben dürfen, daß es dem internationalen Sozialismus gelingen wird, der übrigen Welt seinen Willen aufzuzwingen und für die Arbeiterklasse in der tschechoslowakischen Republik und in der ganzen Welt jene Stellung zu erlangen, die ihr nach ihrem Ziel und ihrem Wert gebührt und sie zum Endziel und zum Sieg zu führen. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender **Sampl**: Genossen und Genossinnen, die Debatte zum 4. Punkt der Tagesordnung ist geschlossen. Es kommen nun die von der Antragskommission ausgearbeiteten Anträge. Einmal liegt uns ein **Manifest** vor, mit dem sich der Kongreß an die Arbeiterklasse in der Tschechoslowakei wendet und dann das Substrat der Referate und der Debatte, das in einer politischen Resolution verförpert ist. Berichterstatter der Antragskommission sind die Genossen **Nießner** und **Pik**. Ich erteile das Wort dem Genossen **Pik**.

Berichterstatter **Pik** verliest das Manifest in tschechischer Sprache.

Vorsitzender: Das Wort hat Genosse **Nießner**.

Berichterstatter **Nießner**: Im Namen der Antragsprüfungskommission beantrage ich nachfolgendes **Manifest** zur Annahme:

An das arbeitende Volk aller Nationen! Männer und Frauen!

Der erste internationale Kongreß der sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakischen Republik, die Vertretung der überwältigenden Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung dieses Staates, ruft das Proletariat aller Nationen

zum **gemeinsamen Kampfe gegen die tschechisch-deutsche Bürgerkoalition** auf, zum entschlossensten Kampfe gegen das Regime der politischen, sozialen und kulturellen Reaktion.

Eine neue Atmosphäre zu schaffen, eine Atmosphäre der Annäherung zwischen den Völkern der Republik, eine Atmosphäre friedlicher Zusammenarbeit der Nationen zum gemeinsamen Wohle aller — das war der vorgedachte Zweck des Bündnisses der tschechischen und deutschen Bourgeoisie — geworden aber ist eine Atmosphäre, in der die kapitalistische Profitgier üppig wuchert, der Staat zum Herrschaftsinstrumente der Besitzenden wird und in der die politischen und sozialen Rechte der Arbeiter ersticken.

Ohne auch nur den bescheidensten Versuch zur Herbeiführung einer wirklichen Verständigung zwischen den Völkern des Landes zu machen, hat

sich die Koalition der tschechischen und deutschen Besitzparteien als Bürgerblock zur Knechtung und Ausbeutung der Arbeiter aller Nationen etabliert.

Bürgerblock: Das ist, wie in allen anderen Staaten auch in der Tschechoslowakei, gleichbedeutend mit hemmungsloser politischer, sozialer und kultureller Reaktion.

Die politische Reaktion

wird gekennzeichnet durch den systematischen Abbau der demokratischen Einrichtungen, durch die unheimlich wachsende Zahl der Konfiskationen, die aller Pressfreiheit ein Ende zu machen drohen, durch den Raub des Soldatenwahlrechtes, durch Einführung von militärischen Dienstprivilegien für die Besitzenden, vor allem aber durch die Verwaltungsreform, die ein Faustschlag gegen die Demokratie ist, da die Verschlechterung der Wahlrechtsbedingungen, die Ernennung eines Drittels der Mitglieder der Bezirks- und Landesvertretungen, welche den Einfluß der Arbeiter auf die Verwaltung brechen soll, mit dem unbergänglichen demokratischen Grundrechte der politischen Gleichberechtigung aller Staatsbürger völlig unvereinbar ist. Dazu kommt ein Gemeindefinanzgesetz, das mit seiner Aufhebung des selbständigen Budgetrechtes und der unerträglichen Drosselung aller sozialen und kulturellen Leistungen der Selbstverwaltung geradezu das Ende der Gemeindeautonomie bedeutet.

Die soziale Reaktion

wird offenkundig im gemeinsamen wütenden Ansturm aller Parteien der Besitzenden gegen die Sozialversicherung, für welche die Arbeiterschaft jahrzehntelang schwere und heftige Kämpfe geführt und große Opfer gebracht hat, und die, ohne alle berechtigten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, doch die für sie wertvollste Frucht der sozialpolitischen Gesetzgebung ist. Parallel mit dem Bestreben, die Sozialversicherung zu demolieren, läuft der Versuch, die Bergarbeiterversicherung zu verschlechtern. Zur Gefahr, daß die Sozialversicherung durch die vom Bürgertum geplanten Verschlechterungen fast wertlos gemacht wird, gesellt sich für die Arbeiter die Sorge, wie sie in Zukunft noch die Mieten erschwingen oder überhaupt noch Wohnung finden sollen, wenn das Bürgertum auch noch Ernst macht mit der Verwirklichung seines Wunsches, den Mieterzuschuß aufzuheben. Zerbrechen nicht diese Pläne der Bourgeoisie am organisierten Widerstand der Arbeiterklasse, dann ist zweifellos auch zu erwarten, daß sie vor dem Angriff auf den **Achttundentag** nicht zurückschrecken wird.

Die kulturelle Reaktion

tritt wohl vorsichtiger, sogar in der Verkleidung von „Reformen“ auf, aber sie droht, der arbeitenden Bevölkerung nicht minder verhängnisvoll zu werden. Die Nachrichten über die Pläne des Unterrichtsministers Dr. Godza zur Reform der Schulverwaltung, die bisher durchgesiebert sind, zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Schule noch mehr als im ehemaligen Österreich, der Bürokratie und dem Merkantilismus ausgeliefert werden soll, daß die völlige Ausschaltung des Mitbestimmungsrechtes der Eltern und der Lehrerschaft beabsichtigt wird, und daß, anstatt endlich auch in der Tschechoslowakei ernst zu machen mit dem Bedürfnisse des Volkes nach **Kulturautonomie** und einer dem heutigen Stande der Pädagogik entsprechenden Schulreform, die **Schule**, das wichtigste, weil fast einzige Bildungsmittel der Volksmassen, auf das Niveau der Zeiten der Autoritätsschule herabgedrückt werden soll. Wie in der Schule, soll im gesamten öffentlichen Leben dem Merkantilismus neuerlich überragender Einfluß gesichert werden. Das ist die **Kulturpolitik des Bürgerblocks!**

Die Herrschaft des Bürgerblocks, die für die Arbeiterklasse die Gewißheit ständiger Verschärfung der Reaktion bedeutet, weil sie das Ergebnis der Steigerung der Klassengegensätze und des Erstarkens und damit der wachsenden

Begehrlichkeit des Kapitalismus ist, weckt aber auch den Abwehrwillen des Proletariats, zwingt die Arbeiterklasse, der internationalen Bürgerfront die einheitliche Abwehrfront des Proletariats gegenüberzustellen.

Zur Schaffung dieser gemeinsamen Abwehrfront, zum organisierten einheitlichen Kampf gegen das reaktionäre Bürgerregime ruft der internationale Kongreß der sozialdemokratischen Parteien die Arbeiter aller Nationen auf!

Über die Meinungsverschiedenheiten hinweg, die in der verschiedenen Einstellung zu gewissen Problemen liegen, und an deren Klärung alle Teile bereitwilligst arbeiten wollen, müssen sich tschechoslowakische, deutsche, magharische, polnische und karpatorussische Proletarier die Hände reichen zur Abwehr aller Pläne der Reaktion und für die Sicherung der Demokratie, als des für den proletarischen Klassenkampf geeigneten Kampfbodens siegen.

Genossen und Genossinnen aller Nationen!

Sammelt die Kräfte zum gemeinsamen Ansturm wider die internationale reaktionäre Bürgerregierung! In der Zusammenballung aller Kräfte des sozialdemokratischen Proletariats allein liegt die Gewähr Eures Sieges — sie wird Euren Kampf unwiderstehlich machen, sie wird alle Arbeiter des Geistes und der Hand, alle Werktätigen in Stadt und Land um unsere Fahne jähren, um die alte, siegreiche Fahne der Sozialdemokratie!

Rüstet zu diesem Kampfe! Schließt Euch der Forderung des Kongresses nach sofortiger Ausschreibung der Wahlen in die Bezirks- und Landesvertretungen an, führt gemeinsam den Kampf für die Sozialversicherung! Führt gemeinsam den Kampf gegen den gemeinsamen Feind, gegen die Ausbeutung aller Nationen!

Genossen und Genossinnen! In enger internationaler Zusammenarbeit, erfüllt vom Geiste sozialistischer Gerechtigkeit, werdet Ihr gemeinsam für die Verständigung der Nationen wirken!

Genossen und Genossinnen! Ihr seid längst schon eine Internationale des Leides, eine Internationale des Schicksals! Ihr seid eine Internationale der Hoffnung und der Sehnsucht, denn Euch allen gemeinsam ist die Sehnsucht nach Überwindung der Produktionsordnung des Kapitalismus, Euch allen gemeinsam ist die Hoffnung, daß proletarische Kraft Euer Schicksal wandle! So macht Eure Hoffnung zur Wirklichkeit, rückt Eure Sehnsucht der Erfüllung näher, indem Ihr

die sozialdemokratische Internationale dieses Landes zur Tat macht, indem Ihr, Proletarier aller Nationen, in unverbrüchlicher Treue gemeinsam kämpft um die Umwandlung dieses Staates, auf dessen Kampfboden Ihr auf Gedeihen und Verderben verbunden seid, in eine sozialistische Republik, in ein Instrument der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung!

Es lebe der internationale proletarische Klassenkampf!

Es lebe die Weltinternationale des Proletariats!

Es lebe die sozialdemokratische Internationale in der Tschechoslowakei!

Vorsitzender Kampf: Genossen und Genossinnen, das Präsidium gedenkt so vorzugehen, daß wir nun den Entwurf der politischen Resolution vorlesen lassen. Dann folgt die Abstimmung über die politische Resolution und dann über das Manifest. Ich erteile das Wort dem Genossen P i k zum Vortrag der Resolution.

Berichterstatter P i k: Genossen und Genossinnen! Als Substrat der Reserate und der nachfolgenden Debatte schlägt Ihnen die Kommission folgende Resolution vor (liest in tschechischer Sprache):

Berichterstatter Niehner: Die Antragsprüfungskommission und das Verhandlungskomitee haben eine politische Resolution ausgearbeitet, die dem Kongress zur Annahme empfohlen wird. Sie hat folgenden Wortlaut:

Kundgebung und Entschließung.

I.

Unter der internationalen Regierung der schwarzgrünen Koalition wurde ein ausgesprochen reaktionärer Kurs begonnen, der gegen die demokratischen Grundlagen der öffentlichen Ordnung, gegen die freie initiative Tätigkeit der kommunalen Selbstverwaltung, gegen die fortschrittliche Schule, gegen die sozialpolitischen Interessen der Arbeitererschaft und gegen das Lebensniveau der gesamten Konsumentenerschaft gerichtet ist. Eine Reihe legislatorischer Maßnahmen bezeugt den reaktionären Charakter des herrschenden Regimes. Dieses Regime hat das Wahlrecht der Soldaten, Militärgagisten und Gendarmen beseitigt, die Bedingungen des Wahlrechts der Bürger für die Bezirks- und Landesvertretungen verschlechtert, das Gausgesetz aufgehoben, auf dem Gebiete der öffentlichen Verwaltung die Rechte der Bürger beschnitten und die Macht der staatlichen Bürokratie erhöht. Unter diesem Regime wird die Freiheit der Lehrer beeinträchtigt und an der Vermehrung des kirchlichen Einflusses auf Verwaltung und Geist der Schule gearbeitet.

Dabei wurden die grundlegenden nationalen und kulturellen Probleme, deren Lösung eine Annäherung und Verständigung der das Land bewohnenden Völker und damit eine Konsolidierung der Verhältnisse herbeizuführen geeignet gewesen wäre, nicht nur nicht der Lösung zugeführt, sondern nicht einmal der Erörterung unterzogen. Es hat also die internationale Bürgerkoalition auch auf diesem Gebiete, auf dem ihre Wortführer nach dem Regierungsantritt mit so reichen Verheißungen aufwarteten und ihre Täuschungsmanöver aufführten, völlig versagt.

Durch das Gesetz über die Finanzverwaltung der Gemeinden wurde die Wirtschaft dieser Selbstverwaltungskörper unterbunden, vor allem aber ihre soziale gesundheitsliche und kulturelle Tätigkeit. Das herrschende Regime hat drückende Agrarzölle eingeführt und damit das ohnehin elende Lebensniveau der armen arbeitenden Schichten verschlechtert. Dieses Regime hat durch die Steuerreform die Steuerpflichten der kapitalstkräftigen Schichten herabgesetzt, während es nicht eine einzige Verbrauchssteuer milderte, im Gegenteil, einige von ihnen steigerte, um die erhöhten staatlichen Leistungen für den Alerus zu decken. Unter der Regierung der schwarzgrünen Koalition wurde nicht eine einzige sozialpolitische Forderung der Arbeiterklasse verwirklicht. Die Sozialdemokratie ruft vergeblich nach den unumgänglichen Maßnahmen zugunsten der Arbeiter und Arbeiterinnen, auf die sich das Gesetz über die Sozialversicherung nicht bezieht. Vergeltens bemüht sie sich um ein wirksames Eingreifen des Staates in die Wohnungskrise und um die Linderung der Not der Kriegsinvaliden. Die Regierung der schwarzgrünen Koalition ist im Gegenteil entschlossen, trotz aller Proteste der Arbeiterklasse das Sozialversicherungsgesetz wesentlich zu verschlechtern, ein Gesetz, das bei weitem nicht die berechtigten Ansprüche der Arbeitererschaft befriedigte.

Der Grundgedanke der schwarzgrünen Regierung ist die Klassenfeindschaft des gesamten Unternehmertums ohne Unterschied der Nation und Konfession gegen alle arbeitenden Menschen in der Tschechoslowakischen Republik. Das Regime der heutigen Regierung ist ein nacktes Klassenregime gegen die Arbeiter.

II.

Dieser Situation im politischen Leben entspricht die Situation in der Produktion und im gesamten Wirtschaftsleben. Die Selbstherrlichkeit des industriellen, agrarischen, kommerziellen und finanziellen Unternehmertums wurde auf Kosten des Einflusses der Arbeiter und Angestellten auf den Produktionsprozeß erhöht. Gestützt auf seinen Einfluß in der Regierung, weigert sich das Unternehmertum, die Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter zu erhöhen, obwohl wir uns inmitten einer Produktionskonjunktur befinden, wie sie in der Republik und in Europa noch kaum zu verzeichnen war. Das Agrarkapital hat mit Hilfe der landwirtschaftlichen Bölle seine Einkünfte um hunderte Millionen jährlich vermehrt, aber die Landarbeiter im größten Notstande gelassen, bei Löhnen und Einkünften, die zu einem menschenwürdigen Leben bei weitem nicht hinreichen. Das Industrie- und Finanzkapital beutet die Arbeit seiner Angestellten rücksichtslos aus und rühmt sich noch öffentlich, daß es ihm gelungen ist, den gesamten erhöhten Gewinn zusammenzuscharren, ohne auch den Arbeitern und Angestellten einen Anteil an der Produktionskonjunktur zu gönnen. Unter der schwarzgrünen Regierung machen sich die Kartelle breit, deren Preis- und Lohnpolitik das Leben der arbeitenden Menschen bedroht. Unter der Regierung der schwarzgrünen Koalition wuchs das Selbstbewußtsein der Bourgeoisie, stiegen die Preise der Lebensbedürfnisse, die Arbeiterlöhne und Beamtengehälter blieben dabei unverändert, die Staatsangestellten wurden durch die sogenannte Gehaltsregulierung und Systemisierung getäuscht.

Das schwarzgrüne Regime ist ein Regime der gesteigerten Ausbeutung der arbeitenden Massen und der gesamten Konsumentschaft.

III.

Der Kongreß der sozialdemokratischen Parteien hat diesen Stand der Dinge geprüft und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der beste Helfershelfer der Reaktion im Staate, wie auch der erhöhten Ausbeutung der Arbeit und des Konsums die bisherige, von den Kommunisten herbeigeführte Uneinigkeit der Arbeiterbewegung in der tschechoslowakischen Republik ist. In der Zerrissenheit der Arbeiterbewegung liegt die Schwäche des Proletariats und die Stärke der Bourgeoisie.

Soll die Reaktion im Staate zum Stillstand gebracht, soll der politische und wirtschaftliche Einfluß der Arbeiterklasse gesteigert werden, so muß die Einheit des gesamten Proletariats auf Grundlage der Gedanken der Demokratie und des Sozialismus aufgebaut werden. Es hat sich gezeigt, daß das denkende Proletariat die kommunistische Einheitsfront abgelehnt hat, weil es in ihr, wie dies von den führenden kommunistischen Persönlichkeiten wiederholt zugegeben wurde, nichts als ein auf die Vernichtung der anderen sozialistischen Parteien und vor allem auf Mitgliederfang gerichtetes Parteimanöver erblickt. Den Kommunisten ist es gelungen, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen, es gelang ihnen aber nicht und es wird ihnen auch nicht gelingen, sie wieder zu vereinigen, weil sie hiefür weder die moralische Befähigung noch den ehrlichen Willen haben.

Diese große Aufgabe harret der sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakischen Republik.

Sie werden sich auf dem Boden dieses Staates, auf den sie die Geschichte gestellt hat und auf dem das Proletariat aller Nationen zu gemeinsamem Schicksal auf Gedeih und Verderb verbunden ist, da dessen Ausgestaltung in einem sozialistischen Staat ihr Ziel ist, in brüderlicher Zusammenarbeit und engster Verbundenheit freudig unterziehen und so einer glücklichen Lösung zuführen.

Die auf dem Kongreß vertretenen Parteien verpflichten sich, für dieses Ziel mit allen ihren Kräften zu wirken. Der Kongreß ist der erste Schritt dazu. Der zweite Schritt muß die engste Zusammenarbeit der Parteien der sozialistischen Arbeiterinternationale in der Tschechoslowakischen Republik sein. Wir sind uns aller Schwierigkeiten dieser Aufgabe bewußt, wir kennen alle Hindernisse, die überwunden werden müssen, wir sind uns aber auch der Notwendigkeit der Vereinigung bewußt, von der der Erfolg des sozialistischen Kampfes und der sozialistischen Arbeit in diesem Staate abhängt. Der Kongreß beschließt

einen vorbereitenden Ausschuß aller sozialdemokratischen Parteien zu wählen, dem er aufträgt, alle die wirtschaftlichen, kulturellen und nationalen probleme betreffenden programmatischen und organisatorischen Arbeiten zu leisten, die zum erfolgreichen Ausgang der Einigungsbestrebungen nötig sind.

IV.

Als dringliche aus der Situation fließende Aufgabe erklärt der Kongreß den unerbittlichen Kampf gegen die jetzige Regierung, wobei er sich gegen die nationalistische Unterstellung, daß dieser Kampf in Wirklichkeit gegen die Republik gerichtet sei, mit Entschiedenheit verwahrt. Die internationale kapitalistische Regierung zu beseitigen, ist eine Lebensnotwendigkeit des Proletariats, aber auch des Staates selbst, dessen Bevölkerungsmehrheit der Arbeiterklasse angehört und der daher, wenn er in seinen Grundlagen nicht auf das schwerste erschüttert werden soll, ein antisoziales reaktionär-kapitalistisches System auf die Dauer nicht ertragen kann. Auf den Sturz dieses volks- und kulturfeindlichen Regimes müssen daher alle im Proletariat wirkenden Kräfte konzentriert werden.

Schon heute ist der internationale Bürgerblock in seinem Bestande geschwächt. Das haben die letzten Gemeindewahlen erwiesen, bei denen der Regierungsblock schwere Einbußen erlitten hat. Die Wahlen in die Bezirks- und Landesvertretungen, deren sofortige Ausschreibung wir mit aller Entschiedenheit fordern, werden dafür weitere Beweise liefern.

Die sozialdemokratischen Parteien werden alles daran setzen, um den Einfluß und die Macht der Arbeiterklasse in diesem Staate zu stärken und ausschlaggebend zu gestalten, eine wirkliche Verständigung zwischen den Nationen dieses Staates herbeizuführen und diesen seiner Mehrheit nach proletarischen Staat zu einer nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch national und kulturell gerechten Republik zu gestalten.

Sie werden jene Arbeitermassen, die noch unter dem Einflusse des Bürgertums stehen, die noch immer von bolschewistischen Gedankengängen und Schlagworten verwirrt oder dem Indifferentismus verfallen sind, wieder in die Reihen des sozialdemokratisch organisierten Proletariats eingliedern, mit der Erkenntnis ihrer Lage, mit Klassenbewußtsein und dem Geiste des Internationalismus zu erfüllen bestrebt sein, und so ausgerüstet, den Entscheidungskampf um die Macht im Staate aufnehmen.

(Die Verlesung der Resolution wurde mit lebhaftem, langanhaltendem Beifall begleitet.)

Vorsitzender Hampl: Genossen, Sie haben das Manifest im Wortlaut gehört und ebenso die Resolution. Da die Einmütigkeit in der Debatte so markant zum Ausdruck gekommen ist und da diese beiden Anträge das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit der gemeinsamen Kommission sind, können wir voraussetzen, daß keine Einwendungen bestehen und keine Abänderungsanträge vorliegen. Wir schreiten also zur Abstimmung und zwar zuerst über die Resolution und dann über das Manifest.

Vorsitzender Czech (deutsch): Wer stimmt der Resolution zu? Danke. Ist jemand dagegen? Niemand. Nun kommt das Manifest zur Abstimmung.

(Unter stürmischem Beifall des gesamten Kongresses wurde die Resolution und das Manifest einstimmig angenommen. Der Kongreß gab der Größe des Augenblicks, die in der Annahme dieser ersten gewaltigen, gemeinsamen politischen Willenskundgebung liegt, spontan Ausdruck durch Erheben von den Sitzen.)

Vorsitzender Dr. Czech ließ dann der allgemeinen Freude über das Gelingen dieser wichtigsten Arbeit des Kongresses in ein paar Worten Ausdruck. Er sprach die Hoffnung aus,

daß diese Willenskundgebungen im Proletariat aller Nationen dieses Staates lauten und begeisterten Widerhall finden werden. Wir sind überzeugt, daß die gefaßten Beschlüsse ein herrlicher Auftakt sein werden zu den großen Kämpfen, die uns bevorstehen, und daß sie eine neue Epoche der Arbeiterbewegung auf diesem Boden eröffnen werden.

(Neuerlicher, stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Hampl: Morgen werden wir den ganzen Inhalt der angenommenen Kundgebungen würdigen können. Genosse Dr. Czech hat es schon getan, indem er erklärte, daß es sich um eine Sache von weittragender Bedeutung handelt und daß sie uns einerseits den Anstoß zu neuer Arbeit in den Massen gibt, daß andererseits die Massen mit diesen nationalen Konsequenzen sicher rechnen werden. (Beifall.)

Dann wurden die Teilnehmer des Kongresses gefilmt, worauf der erste Tag des Kongresses — um 6 Uhr abends — geschlossen wurde.



Zweiter Verhandlungstag.

Beginn 9 Uhr vormittags.

Vorsitzender Sampl erledigt die Formalien in tschechischer Sprache.

Vorsitzende Kirpal: Wir schreiten in den Verhandlungen fort und kommen zu Punkt 5:

Der Kampf um die Sozialversicherung.

Referent ist Genosse Dr. Leo Winter.

Abgeordneter Dr. Leo Winter.

Schon als sich das Ende des Krieges näherte, und es ersichtlich war, daß die Arbeiterschaft in der neuen Regelung der Verhältnisse eine größere Bedeutung haben werde, als sie vor dem Kriege hatte, wurden zwei Hauptforderungen der Arbeiterklasse formuliert, die von der neuen Gesellschaft erfüllt werden sollten: die achtstündige Arbeitszeit und die Sozialversicherung.

So geschah es auch in der Tschechoslowakischen Republik, in welcher die Stellung der Arbeiterschaft einen anderen Charakter annahm, als in manchen anderen Ländern.

Die tschechische und slowakische Arbeiterschaft beteiligte sich an dem Aufbau dieses Staates mit ihrem ganzen Gewicht, mit der ganzen Begeisterung der wachsenden Klasse und mit allem Glanz unverbrauchter Kraft. Die tschechische und slowakische Arbeiterschaft erhielt in der Republik eine außerordentliche Bedeutung, obwohl die hiesige Bourgeoisie, die nicht beschuldigt werden konnte, daß sie den Krieg angefacht hat, nicht so passiv sein mußte, wie die in Österreich und Deutschland.

Außerdem wurde bei uns der neue Staat nicht nur aus eigener Kraft des Volkes geschaffen, sondern auch aus internationalem europäischem Bedürfnis. Es wurde ein neuer Staat geschaffen, der bereits vor 300 Jahren existiert hat. Er wurde unter dem Eindruck geschaffen, den der Marsch der tschechoslowakischen Legionen nach Sibirien in der Welt hervorgerufen hat. Diese gewisse Dosis Romantismus lenkte die Aufmerksamkeit der Welt auf die Republik. Es war daher kein Wunder, daß wir alle uns das zukünftige Leben in der Republik rosiger vorstellten, als dies die Sozialisten in andern Ländern tun konnten, und daß wir die Hindernisse des praktischen Lebens leichter übersehen.

Das waren die Momente, welche bewirkten, daß in der Republik zu Beginn nicht einmal der Schatten eines Zweifels darüber auftauchte, daß beiden grundlegenden internationalen Forderungen der Arbeiterklasse entsprochen werden müsse.

In der optimistischen Stimmung, die ich eben erwähnte, zweifelten wir nicht daran, daß ebenso wie wir die anderen Staaten vorgehen werden, und daß unser Fortschritt uns keinerlei Beschwerden verursachen werde.

Diese zwei Hauptforderungen der Arbeiter unterscheiden sich grundsätzlich durch ihren ganzen Charakter von selbst.

Die achtstündige Arbeitszeit läßt sich einfach dekretieren. Es ist sicher nötig, ihre Folgen für das Wirtschaftsleben zu erwägen, aber sobald erkannt wurde, daß es möglich ist, sie durchzuführen, läßt sie sich sehr leicht

gesetzlich durchführen. Es ist höchstens nötig, den Betrieben eine kurze Übergangszeit zu gewähren, um sich vorbereiten zu können, um die Erzeugung anpassen zu können und besonders, um eine andere Regelung der Schichtwechsel u. ä. einzuführen. Sie kann dekretiert werden, da sich ebenso leicht jede technische Änderung, ob nach oben oder nach unten, durchführen läßt.

Ganz anders verhält es sich jedoch bei der Sozialversicherung. Die Arbeiterschaft der mitteleuropäischen Staaten hat bei den Verhandlungen über ihre Versorgung im Falle der Krankheit, des Unfalles, der Invalidität und des Alters eine Versicherung und nicht eine staatliche Versorgung im Sinne gehabt. Einerseits deshalb, weil sie nicht darauf vertraute, daß der Staat die mit der Versorgung des ganzen Volkes verbundenen Kosten tragen könnte. Andererseits deshalb, weil sie nur bei einer Versicherung sich den Einfluß auf die Durchführung der Versicherung wahren und damit eine zweckmäßige Regelung sichern und der Bürokratisierung dieser Institution vorbeugen konnte.

Die Arbeiterschaft Mitteleuropas rechnete, indem sie die Versicherung anstrebte, bei einer langfristigen Versicherung mit einer Kapitalsdeckung, da nur dieses System die unabhängige Existenz einer Versicherung für die Zukunft und ihre ungestörte Entwicklung sichert.

Daher hat die Gesetzgebung der Sozialversicherung gewisser Vorbereitungen bedurft. Es war eine Volkszählung nötig, auf deren Verlauf der notwendige Einfluß genommen werden mußte. Es mußte die Entwicklung des Lohnniveaus geprüft werden, das sich in dieser Zeit häufig änderte, da die Währung nicht stabilisiert war. Es mußten durch genaue Berechnungen dieser Versicherung feste Grundlagen gegeben werden. Die Sozialversicherung ließ sich nicht einfach dekretieren, da sie leichte Änderungen nicht zuläßt.

Die Sozialversicherung konnte erst nach sorgfältiger Vorbereitung Gesetz werden.

Diese Wesensverschiedenheit der beiden Gesetze bewirkte auch, daß jedes von ihnen zu einer ganz andern Zeit gemacht wurde.

Das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit wurde in einer Zeit des größten Aufschwunges der Arbeiterklasse, unmittelbar nach dem Kriege herausgegeben, in der Zeit des allgemeinen Umsturzes, in einer Zeit, da den Forderungen der Arbeiterschaft entsprochen werden mußte, damit diese den Umsturz nicht noch vergrößern, sondern im Gegenteil die öffentlichen Verhältnisse beruhigen helfe. In dieser Zeit war es verhältnismäßig leicht, das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit kompromißlos und sozusagen integral durchzusetzen.

Ganz anders jedoch sahen die Verhältnisse der Arbeiter in jener Zeit aus, in welcher wir die Vorbereitungen für das Gesetz über die Sozialversicherung beendeten und in der wir sie verhandeln konnten. Das war schon in einer Zeit, da die Arbeiterbewegung durch die kommunistische Agitation bis auf den Grund zerrüttet war. Das war in der Zeit, da die Arbeiterschaft sich nicht mehr mit ganzer Kraft hinter diese ihre Grundforderung stellen konnte, da sie ihre ganzen Kräfte im brudermordenden Kampfe erschöpft hat. Das war in der Zeit, da ein großer Teil der Arbeiterschaft von Theorien verleitet war, deren Falschheit sich seit dieser Zeit in ihrer vollen Nacktheit gezeigt hat, und jedwede Reform ablehnte, da sie in chiliastischem Glauben das Kommen des Messias in den nächsten Tagen erwartete. Das war in der Zeit, da ein großer Teil der Arbeiterschaft die Geltendmachung sozialer Reformen direkt als Verrat an den Arbeiterinteressen erklärte.

Der Bourgeoisie war sehr gut bekannt, wie es in den Reihen der Arbeiter aussah. Es ist daher natürlich, daß sie nicht gewillt war, den Forderungen der Arbeiterklasse so zu entsprechen, wie sie es unmittelbar nach dem Kriege getan hat. Wenn sie sich dessen bewußt gewesen

wäre, daß es möglich ist, die Regierung ohne Hilfe der sozialistischen Parteien zu konstruieren, wenn sie nicht durch die Verpflichtungen der allnationalen Koalition gebunden gewesen wäre, hätte sie schon gar nicht die Realisierung der Sozialversicherung zugelassen. Aber die Verhältnisse in der deutschen Bourgeoisie waren zu dieser Zeit noch nicht ganz reif. Daher hat die tschechoslowakische Bourgeoisie den Gedanken der Sozialversicherung angenommen.

Aber die Arbeiterklasse war schon nicht so stark, um mit allen ihren Forderungen auf diesem Gebiete durchzubringen,

um das Gesetz integral und kompromißlos durchzuführen. In dieser Zeit waren wir bereits zu zahlreichen und weitreichenden Kompromissen gezwungen, wenn wir die Gesetzgebung der Sozialversicherung erreichen wollten.

Aber dieses Gesetz konnte nicht kurze Zeit nach seiner Rundmachung Wirksamkeit erlangen, wie es bei dem Gesetze über die achtstündige Arbeitszeit möglich war. Hier waren denn doch weitere Vorbereitungen notwendig.

Bevor dies aber geschah, wurden Neuwahlen in die gesetzgebenden Körperschaften durchgeführt, welche die Zerspaltung der Arbeiterklasse ziffernmäßig aufzeigten. Die kommunistische Partei schaltete sich durch ihre Politik vollständig von jeder Rechnung und durch den Verlust ihres Revolutionsgeistes von jedem Einfluß aus. Die übrigen Arbeiterparteien reichten dann nicht hin, um die Konzentrierung der tschechoslowakischen und deutschen Bourgeoisie zu verhindern. Zu Beginn der Wirksamkeit des neuen Gesetzes warf daher die neue bürgerliche Koalition ihre Schatten, welche sich schon vorher bei der Verhandlung der Agrarzölle und der Kongrua sehr gut bewährt hat.

Die Bourgeoisie hat es zwar nicht gewagt, auf das Gesetz direkt einen Angriff zu unternehmen und seine Verwirklichung hinauszuschieben, aber in zielbewußter, raffinierter Agitation konzentrierte sie sich auf die Parole, daß die Sozialversicherung teuer, daß sie unerträglich ist, und daß sie geändert werden muß, und gleichzeitig war sie bestrebt,

die Zerspaltung der Arbeiterschaft und die frühere kommunistische Agitation gegen das Gesetz zu dem Zwecke auszunützen, um in der Arbeiterschaft Anlust zur Versicherung und völlige Gleichgültigkeit zu verbreitern.

Die Presse der bürgerlichen Parteien konzentrierte direkt ein Trommelfeuer gegen die Sozialversicherung, die von der Regierung nicht in Schutz genommen wurde, wie es in jedem geordneten Staate und durch jede andere Regierung geschehen wäre, die sich ihrer Pflichten bewußt ist. Nach diesem Geschützfeuer konnte die Bourgeoisie zum Angriff übergehen. Durch ihre Regierung ließ sie einen Novellierungsentwurf vorlegen.

Es ist sicherlich überflüssig, vor den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft noch heute detailliert über seinen Inhalt zu sprechen. Ihnen ist bekannt, daß er drei Ziele verfolgt:

1. Die Verbilligung der Versicherung dadurch, daß sie eine Million Versicherten aus der Versicherung ausscheidet, einige Hunderttausende von Versicherten in neu geschaffene niedrigste Versicherungsklassen einreicht, die Zentralsozialversicherungsanstalt um die der Heilfürsorge gewidmeten Ersparungen bringt und die Wirtshaft der Versicherungsanstalt auf eine Verzinsung von $4\frac{1}{2}\%$ stellt, welche die Versicherungsanstalt in Zukunft nicht erzielen kann, also bewußt den Boden der Arbeiterversicherung untergräbt.

2. Die Bürokratisierung der Versicherung durch Erweiterung des Einflusses des Ministeriums für soziale Fürsorge auf die Zentralsozialversicherungsanstalt, obwohl das Ministerium nicht darauf vorbereitet ist.

3. Die Verwaltung der Versicherung völlig der Macht der Bourgeoisie zu überantworten.

Das ist der Inhalt des Entwurfes.

Erst jetzt erkannte die Arbeiterschaft, welche Bedeutung die Versicherung hat. Leider wird in den Volksmassen eine Sache oft nicht nach ihrem inneren Wert geschätzt, sondern nach den Opfern, welche nötig waren, damit sie die Arbeiterschaft erreichte, und nach dem Widerstande, den die Sache auf der andern Seite hervorrief.

Die Sozialversicherung wurde nach dem Kriege ohne besondere sichtbare Kämpfe erreicht. Die Kämpfe wurden damals innerhalb der Regierung geführt. Die Bourgeoisie durfte sich damals gegen die Idee der Sozialversicherung nicht wehren, wenn sie die Arbeiterparteien in der Regierung erhalten wollte. Die Arbeiterschaft sah daher weder Opfer von ihrer Seite, noch Widerstand auf der andern Seite, und war daher geneigt, der kommunistischen Agitation zu glauben, welche behauptete, daß die Versicherung für nichts stehe. Nun bemerkte die Arbeiterschaft plötzlich die ungeheure Anstrengung der bürgerlichen Regierung, die Versicherung zu ändern. Nun begriff sie plötzlich, welche Bedeutung die Versicherung für die Arbeiterklasse hat. Die Vermutung der Regierung, daß die Arbeiterschaft die Novellierung der Versicherung leicht ertragen werde, wenn ihr eingeredet wird, daß die Versicherung verbilligt wird, und daß sie die Nachteile der Novelle nicht bemerken werde, erwies sich als trügerisch. Unsere Voraussage erwies sich als richtig, daß jedwede Novellierung auf den Widerstand der Arbeiterschaft stoßen wird, ohne Rücksicht darauf, zu welcher politischen Richtung sich die Arbeiterschaft bekennt.

Heute kann gesagt werden, daß unsere Bemühungen, die Sozialversicherung zu popularisieren, bei weitem nicht den Erfolg hatten, den die Regierungsnovelle hatte.

Nun gelang es, den Widerstand gegen die Novelle bis in das letzte Dorf hinauszutragen.

Nun erst gelang es, die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft auf den Inhalt des Gesetzes zu lenken und die Arbeiterklasse für seine Durchführung zu interessieren, ihre Vorteile und Motive sowie ihre Unzulänglichkeiten auseinanderzusetzen. Nach agitatorischer Richtung hin hatte die Regierungsnovelle eine sehr segensreiche Wirkung, allerdings die ganz gegenteilige von der, die die Regierung erwartet hatte. Diese Bewegung beschränkte sich nicht nur auf die Arbeiterparteien, welche an dem Gesetze gearbeitet oder dafür gestimmt haben. Für die Verteidigung der Sozialversicherung setzte sich auch die kommunistische Arbeiterschaft ein und zwang auch die Führung ihrer Partei, sie zu schützen. Die kommunistische Führung konnte es sich allerdings nicht versagen, bei dieser Gelegenheit auch ihr Agitationsjüppchen zu wärmen und bewirkte eine Verstimmung unter der Arbeiterschaft. Dies änderte jedoch nicht viel an der Tatsache, daß die kommunistische Arbeiterschaft die Vorteile der Versicherung erkannte, und daß sie sich gegen die geplante Novellierung stellt.

Aber nicht nur das: auch die christlich soziale Arbeiterschaft, also ein Bestandteil der jetzigen Regierungsmehrheit, aus deren Reihen auch der jetzige Minister für soziale Fürsorge sowie auch der Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses des Abgeordnetenhauses hervorgeht, brachte ganz unverhüllt zum Ausdruck, daß sie mit der Novellierung nicht einverstanden ist und mit dem Regierungsprojekt nicht übereinstimmt.

Unsere weitverzweigte Agitation erreichte auch die Selbstverwaltung, die sich überzeugte, wie namentlich die Gemeinden durch die Armenunterstützung belastet würden, wenn der Regierungsentwurf verwirklicht werden würde.

Wie zersetzend die vorgelegte Novelle in den Regierungsparteien wirkte, bewiesen die Wahlen in die Gemeindevertretung.

Die Regierung konnte daraus folgern, daß sie nicht nur niemanden aus der Arbeiterklasse, sondern nicht einmal die Mehrheit des Volkes

hinter sich hat. Trotzdem glaubte die Regierung, daß sie die Novellierung bis Ende des Jahres 1927 Gesetz werden lassen kann. Diese Absicht ist allerdings nicht gelungen. Der Regierungsmehrheit ist es nicht einmal gelungen, daß vor Ende des Jahres 1927 im sozialpolitischen Ausschuß des Abgeordnetenhauses die Debatte über den Sozialentwurf eröffnet worden wäre.

Und so treten wir in das Jahr, in welchem der zehnte Jahrestag der Existenz der Republik gefeiert werden soll,

in Zeichen des leidenschaftlichsten Konfliktes zwischen der Bourgeoisie auf der einen und der Arbeiterschaft auf der anderen Seite.

Die Situation ist für uns günstiger, sowohl sachlich, als auch politisch.

In unserer ganzen Öffentlichkeit fand sich nicht ein Mensch von angesehenem Namen, der sich zur Verteidigung der Regierungsentwurfes bereitgefunden hätte. Weder die Regierung, noch ihre Mehrheit hatte den Mut, es zu tun. Wer immer das Wort in der Diskussion, die wir eröffneten, ergriff, sprach sich sehr scharf sowohl gegen den Inhalt des Regierungsentwurfes, als auch gegen die Form und gegen die Art und Weise aus, in welcher er der Öffentlichkeit vorgelegt wurde.

Kein vernünftiger Mensch konnte begreifen, wie die Regierung und ihre Mehrheit die Novellierung der Sozialversicherung mit der Behauptung begründen kann, daß unsere Wirtschaft die sich aus ihr ergebende Belastung nicht erträgt, wenn wir von der Zeit an, da die Versicherung in Wirkfamkeit ist, eine so günstige wirtschaftliche Konjunktur haben, wie wir sie noch nicht hatten. Unsere Öffentlichkeit wird von Berichten über das Wirtschaftsleben überschwemmt, aber in keinem derselben ist auch nur eine Erwähnung davon, daß die Sozialversicherung die Entwicklung unserer Wirtschaft bedrohen würde.

Es ist allerdings wahr, daß die jetzige günstige Wirtschaftskonjunktur durch das Lebensniveau der Arbeiterklasse teuer erkauft ist.

Kein vernünftiger Mensch kann begreifen, wie die Regierung den Mut zu dem Antrag finden kann, daß bei der Arbeiterversicherung mit einer ständigen Verzinsung zu $4\frac{1}{2}\%$ gerechnet werde, wenn die private Versicherung laut Anordnung derselben Regierung bei einer Verzinsung von 4% angelegt werden muß, und wenn dieselbe Regierung eben jetzt durch den Mund ihres Finanzministers erklärt, daß der $4\frac{1}{2}\%$ ige Zinsfuß ein Standardmaß ist, dem sich die Republik in kürzester Zeit nähern müsse, und wenn sowohl bei uns, als auch im Auslande der Zinsfuß überhaupt rapid fällt.

Kein vernünftiger Mensch kann begreifen, wie die Regierung den Versuch wagen kann,

die Verwaltung der Versicherung zu bürokratisieren

in einer Zeit, da sie von der Notwendigkeit der Vereinfachung der Verwaltung spricht.

Kein vernünftiger Mensch kann begreifen, wie die Regierung die Arbeiterschaft ihrer Machtstellung in der Arbeiterversicherung entkleiden kann, wenn gleichzeitig die Bourgeoisie alle ihre Positionen in den übrigen Wirtschaftsinstitutionen eifersüchtig bewacht und wenn in ganz Europa beobachtet werden kann, daß die Entwicklungslinie wieder in entgegengesetzter Richtung geht.

In diese Situation geriet die Novellierung der Sozialversicherung in diesen wenigen Monaten, in welchen die Novellierungsabsichten der Bourgeoisie die Form des Regierungsentwurfes annahmen.

Es ist daher begreiflich, daß sich immer deutlicher und eindringlicher Stimmen melden,

daß der Regierungsantrag auf Änderung der Sozialversicherung so kompromittiert ist,

und daß er nicht Gesetz werden kann, und daß immer öfter Ballons der verschiedensten Farben losgelassen werden zum Versuche, ob wir uns zu Verhandlungen über den Regierungsentwurf hinter den Kulissen verleiten lassen.

Von dem Augenblick an, in welchem im Parlamente mit der Verhandlung über das jetzige Gesetz über die Sozialversicherung begonnen wurde, haben wir erklärt, daß dieses Gesetz bald einer Novellierung bedürfen wird. Nicht nur wegen seiner Unzulänglichkeiten, die durch den Kompromißcharakter des Werkes hineingedrängt wurden, sondern auch deshalb, weil wir erwarten mußten, daß die praktische Durchführung des Gesetzes verschiedene Unvollkommenheiten und Fehler aufzeigen wird, welche beseitigt werden müssen. Wir sind der Verhandlung über eine derartige Novellierung nicht ausgewichen, auch wenn jemand anderer als wir selbst diese Mängel entdeckt hätte. Aber eine solche Verhandlung war nur möglich bis zu der Zeit, bevor der jetzige Regierungsentwurf das Licht der Welt erblickte.

Wir hatten im Parlamente noch keine Regierungsvorlage, die so augenscheinlich von Klassenparteilichkeit und parteiischer Befangenheit diktiert worden wäre, wie der Regierungsantrag auf Novellierung der Sozialversicherung. Aus ihm weht direkt der Haß gegen die Arbeiterschaft und die Mißgunst gegen die sozialistischen Parteien.

Deshalb können wir uns an der Arbeit, an der Verbesserung eines so angelegten Gesetzentwurfes nicht beteiligen, wir dürfen nicht einmal von weitem einen Schatten des Verdachtes erwecken, daß wir die Verantwortung für eine Tat auf uns nehmen, welche wir als die schädlichste ansehen, die je in der Republik geschehen ist.

Es ging nicht aus der augenblicklichen Stimmung hervor, sondern war das Ergebnis sehr ernsther Erwägungen, als der Kongreß der Krankenversicherungsanstalten die Lösung aussprach:

Dieser Entwurf muß widerrufen werden.

Wir schließen uns dieser Lösung im vollen Bewußtsein ihrer Bedeutung an. Nur so kann der Weg einer neuen Situation freigemacht werden.

Wir wissen sehr gut, welche Strömungen in der heutigen Koalition herrschen. Wir wissen sehr gut, daß, je schwächer die Position einiger Parteien ist und je mehr diese Parteien irgend welche Änderungen in der politischen Konstellation befürchten müssen, sie um so schärfer darauf dringen werden, daß der Entwurf nicht widerrufen, daß er verhandelt werde, und zwar ehestens. Das ist auf tschechischer Seite namentlich die Nationaldemokratie, mit Herrn Dr. Kramář an ihrer Spitze. Wir wissen auch, daß trotz aller Versicherungen über die vollkommene Einigkeit in der Koalition starke Strömungen in ihr herrschen, welche nunmehr bereits über den Charakter und die Tragweite des Regierungsentwurfes über die Sozialversicherung unterrichtet sind und sich bemühen, einen Weg zu finden, auf dem es möglich wäre, aus dem derzeitigen Stande herauszukommen.

Welche Strömungen in der Koalition obenauf bleiben werden, läßt sich heute nicht sagen.

Wir müssen darauf vorbereitet sein, daß die Bourgeoisie in den letzten Augenblicken ihres Selbstbewußtseins sich bemühen wird, ihren Willen durchzusetzen. Heute kann sie jedoch nicht sagen, daß sie nicht gewußt hat, was sie tut. Sie ist sehr eindringlich gewarnt worden. Sie wurde darauf aufmerksam gemacht, daß sie eine schlechte Sache durchführen will, sie wurde darauf aufmerksam gemacht, daß sie eine sehr gefährliche Sache durchführen will. Sie muß daher die Folgen dieser krampfhaften Eigen Sinnigkeit allein tragen.

Die sozialistischen Parteien gaben in Initiativanträgen, welche sie dem Abgeordnetenhaus vorlegten, als der Regierungsantrag veröffentlicht wurde, kund, wie sie sich die weitere Entwicklung der Sozialversicherung vorstellen.

Aufgabe dieses Kongresses ist es jedoch nicht, sich über den Inhalt dieser Anträge auszusprechen, sondern um noch einmal, im letzten Augenblick, in dem Augenblick, in welchem der parlamentarische Ausschuß über den Regierungsentwurf zu verhandeln beginnt, im Namen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft aller Nationen in der Tschechoslowakischen Republik zu erklären, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft mit allen Kräften dazu beitragen wird, daß die arbeitende Klasse in der Republik und alle die, welche es mit der Republik gut meinen, Kenntnis davon erlangen, daß die von der tschechischen und deutschen Bürgerkoalition durchgeführte Novellierung der Sozialversicherung ein nicht nur an der Arbeiterklasse dieses Staates, sondern auch am Staate selbst begangenes Verbrechen ist.

(Der vorstehende Teil des Referates lag dem Kongreß schriftlich vor. Genosse Winter ergänzte es mündlich durch folgende Ausführungen:)

Ich habe in meinem Referat vor allem dargestellt, in welcher Situation das Sozialversicherungsgesetz zustande kam und habe darauf aufmerksam gemacht, daß das in der Zeit geschah, als die Organisation der Arbeiterklasse in der C. S. R. bereits durch den kommunistischen Ansturm zerstört war. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß es in einer Zeit geschah, als die formale parlamentarische Vertretung der Sozialdemokratie in Wirklichkeit nicht mehr der Stärke der Sozialdemokratie in den Arbeitermassen entsprach. Wir haben dennoch in der Sozialversicherung eine für uns annehmbares Kompromiß erzielt, weil die Bourgeoisie damals noch nicht zur Zusammenarbeit reif war.

Seit der Zeit aber, seitdem das Gesetz in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen veröffentlicht wurde, sind zwei Ereignisse eingetreten, die für die Sozialversicherung sehr bedeutungsvoll sind. Einerseits wurden im November 1925 Wahlen in die Nationalversammlung durchgeführt. Diese Wahlen beschränkten die Vertretung der Sozialdemokratie in den gesetzgebenden Körperschaften auf jene Zahl, die der Zahl unserer Anhänger in den Arbeitermassen entsprach.

Der zweite Umstand, der dabei ins Gewicht fällt, war der, daß die deutsche Bourgeoisie zur Zusammenarbeit mit der tschechoslowakischen Bourgeoisie reif wurde, daß die deutsche Bourgeoisie zu einer aktivistischen Politik fähig wurde und die Bildung einer bürgerlichen tschechisch-deutschen Regierung ermöglichte. So geschah es, daß die Bourgeoisie dieses Staates zum erstenmal ganz ungestört zur Macht gelangte, daß sie das Ruder des Staatsschiffes ergreifen konnte, ohne sich mit den Vertretern der Arbeiterschaft beraten und einigen zu müssen, ohne sich fürchten zu müssen, daß die Arbeiterschaft ihre Pläne stören könnte.

Das war eine Änderung der Verhältnisse, die niemand erwartet hatte. Wir haben sie nicht erwartet, denn wir haben auch nach den Wahlen weiter die allnationale Koalition gebildet, aber auch die Bourgeoisie hat sie nicht erwartet, denn auch sie nahm nach den Wahlen sowohl auf tschechischer als auf deutscher Seite dieselbe Stellung ein wie vor den Wahlen.

(In diesem Augenblick tritt der Führer der belgischen Sozialdemokratie, Professor Genosse de Brouckere den Saal und wird mit lebhaftem Beifall begrüßt.)

Vorsitzender **Hampf**: Auf unserem Kongreß ist, wie schon gestern vom Präsidium angekündigt wurde, Genosse de Brouckere als Vertreter der Internationale erschienen. Wir alle begrüßen ihn herzlich in dieser Versammlung und wir werden noch Gelegenheit haben, seine Begrüßung, bzw. seine Bemerkungen zu unserem Kongreß zu hören. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende Kirpal: Ich gebe Ihnen bekannt, daß jeben Genosse de Bruckere, der gestern abends in Prag eingetroffen ist, sich auf dem Kongreß eingefunden hat. Wir begrüßen ihn auf das herzlichste. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Winter (fortfahrend): Diese unerwartete Position, in welche die Bourgeoisie gelangte, rief bei ihr eine Stimmung hervor, wie wir sie seit dem Umsturz noch nicht erlebt haben. Die Bourgeoisie berauschte sich förmlich an der Macht, zu der sie so leicht und so unerwartet gekommen ist.

Die Bourgeoisie wurde geradezu unersättlich in ihren Gelüsten und wenn man so sagen darf, aufgeblasen in der Form ihres Auftretens. Die Bourgeoisie bildete sich ein, daß sie nun alles tun darf, was sie will.

Die Tatsache, daß der Entwurf eines Gesetzes über die Novellierung der Sozialversicherung vorgelegt wurde, daß der Antrag vorgelegt wurde, der schon seit einigen Monaten Gegenstand unserer schärfsten Angriffe ist, läßt sich wirklich nicht anders erklären, als eben durch die Unzurechnungsfähigkeit dieser vereinigten tschechisch-deutschen Bourgeoisie. Denn wir hatten und werden, wie ich hoffe, auf den Bänken der Abgeordneten keine solche Gesetzesvorlage haben, die sachlich und politisch so dumm ist, wie dieser Antrag auf Änderung der Sozialversicherung. (Sehr gut!)

Aus Deutschland haben wir gehört, daß sich Kaiser Wilhelm bei den Manövern eine glänzende Reiterattacke arrangieren ließ, die er dann nicht nur seinem Generalstab, sondern auch allen ausländischen Militärbevollmächtigten zeigte, die sich um ihn versammelten. Und unmittelbar vor dem Weltkrieg, vor der Ermordung Franz Ferdinands waren wir Zeugen der Manöver bei Tabor, wo Franz Ferdinand, um seinen unmündigen Kindern Freude zu machen, auch so eine großartige Kavallerieattacke organisierte. Diese Attacken wurden in Zeiten organisiert, als es noch möglich war, mit der Reiterei die Infanterie und die übrigen Teile der Armee einfach zu überrennen.

So ungefähr hat sich unsere Bourgeoisie vorgestellt, daß sie durch den Angriff, den sie auf die Positionen der Arbeiterschaft unternahm, nicht nur diese Positionen überrennen kann, sondern auch die Bedeutung und Kraft der Arbeiterklasse in der Republik überhaupt. (Zustimmung.)

Aber diese Methoden wurden in der modernen Kriegsstrategie überwunden und wurden auch überwunden in der modernen politischen Strategie. Eine Kavallerieattacke wird heute leicht von der Infanterie zerstreut und auch dieses Husarenstückchen unserer tschechoslowakischen und deutschen Bourgeoisie hat die Infanterie der Arbeiterklasse abgewehrt. (Lebhafte Zustimmung.)

Ganz anders werden die Pläne am grünen Tisch des Generalstabes gemacht, als es dann in Wirklichkeit ausfällt und anders werden politische Pläne an den grünen Tischen der Dsmička und Šestnáctka gemacht, als es dann in Wirklichkeit kommt, wenn sich die Massen in Bewegung setzen, mit denen die Führung des Angriffsplanes nicht gerechnet hat. Als es sich um den wirklichen Kampf um die Sozialversicherung handelte, vermochten wir auch die Massen in Bewegung zu setzen, mit denen die Angreifer einfach nicht gerechnet hatten.

Daß wir gegen die Regierungsvorlage sachliche Argumente vorbringen können, daß wir die Regierungsvorlage mit Argumenten in Stücke reißen können, das hat die Bourgeoisie und die Regierung erwartet. Aber daraus hätte sie sich nichts gemacht. Gegen Argumente, gegen Gründe gibt es Stimmen und es ist nicht nötig, Gründe gegen Gründe zu stellen. „Wir haben eine Mehrheit von 5 Stimmen, der Teufel hole alle eure Argumente und Gründe, die Mehrheit genügt uns, um trotz eurer Gründe unsere Vorlage durchzusetzen.“ (Beifall.)

Aber was die Bourgeoisie nicht erwartete, das war der Umstand, daß sich die Massen in Bewegung setzen werden. Seit dem Jahre 1920, da es den Kommunisten gelang, die sozialdemokratischen Organisationen zu zerschlagen, als es ihnen gelang, die Arbeiterschaft zur völligen Untätigkeit, zur fast völligen Apathie und Gleichgültigkeit gegenüber allen Erscheinungen des öffentlichen Lebens zu führen, seit dieser Zeit hat sich die Bourgeoisie eingebildet, daß der Arbeiterschaft in diesem Staate wirklich alles gleichgültig sein wird, daß zwar die Repräsentanten der Arbeiterklasse, die Journalisten in der Presse und die Abgeordneten im Parlament sich gegen diese oder jene Forderung der Bourgeoisie wenden und gegen sie losgehen werden, daß es ihnen aber nicht gelingen wird, die schlummernden Massen zu wecken. Das erwartete sie auch bei dieser Gelegenheit. Und das ist die größte Enttäuschung, die sie erlebt hat und es ist der größte Erfolg der Arbeiterschaft, daß sie der Bourgeoisie diese Enttäuschung bereitet hat. (Sehr gut!)

Uns gelang es tatsächlich, diese Müdigkeit zu überwinden, uns gelang es durch die Agitation, die wir durch vier bis fünf Monate gegen die Vorlage wirkungsvoll führten, die ganze Oberfläche der Arbeiterklasse in Bewegung zu setzen. Und wie schon gestern von einigen Genossen gesagt wurde, daß wir unserer Bourgeoisie dankbar sein sollten, daß sie uns diesen gemeinsamen Kongreß der sozialdemokratischen Parteien in der tschechoslowakischen Republik ermöglicht hat, so kann auch ich sagen,

daß wir unserer Bourgeoisie dankbar sein sollten, daß sie uns geholfen

hat, die Arbeiterschaft wieder aus jenem Schlummer zu erwecken,

in dem sie durch fünf Jahre lag, sie aus dem Schlaf zu reißen und die ganze Arbeiterklasse in Bewegung zu bringen. (Bravo!)

Heute ist auch in der Politik die öffentliche Meinung ein bedeutender Faktor, die Meinung der Menschen, die an dieser oder jener strittigen Frage nicht unmittelbar interessiert sind. Wir waren Zeugen der Tatsache, daß die Bourgeoisie und ihre Regierung in der ganzen Tschechoslowakischen Republik und in keiner der Nationen, die diesen Staat bewohnen, einen Menschen fand, der sich hinter die Regierungsvorlage gestellt hätte. Sie fand keinen Menschen, der gewagt hätte, unseren Argumenten, die gegen die Regierungsvorlage sprechen, Argumente gegenüberzustellen, welche zugunsten der Vorlage sprechen. So erlangte die ganze öffentliche Meinung der Tschechoslowakei die Überzeugung, daß gegen die Gründe, welche wir gegen die Vorlage angeführt haben und mit denen wir die sachliche und politische Unrichtigkeit, Mangelhaftigkeit und Schädlichkeit dieser Vorlage aufgezeigt haben, die Klasse, welche heute die tschechoslowakische Republik beherrscht, nichts zur Verteidigung dieser Vorlage anführen kann.

Heute müssen wir uns allerdings dessen bewußt sein, daß die Koalition eine gewisse Unterstützung erhalten hat. Sofort, als der Entwurf vorgelegt wurde, waren wir uns dessen bewußt, daß es notwendig sein

die gesamte Arbeiterklasse zum Widerstand gegen diese Vorlage aufzurufen,
wird,

daß es nicht genügt, daß bloß die sozialdemokratischen Parteien gegen die Vorlage auftreten, daß es auch nicht genügt, daß sie mit Unterstützung der tschechisch-sozialistischen Partei gegen die Vorlage auftreten, sondern daß es notwendig sein wird, daß die gesamte Arbeiterklasse ohne Unterschied der politischen Überzeugung ihrer einzelnen Mitglieder sich dieser Vorlage entgegenstellt. Wir waren aber sehr skeptisch, soweit es sich um die Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei handelte. Wir konnten nicht vergessen, daß das die einzige Gruppe war, die in den gesetzgebenden Körperschaften gegen das Gesetz über die Sozialversicherung stimmte, daß das die Gruppe war, die in der Arbeiterschaft die Meinung verbreitete, daß die Sozialver-

sicherung ein abgenagter Knochen ist, den die Bourgeoisie der Arbeiterschaft hinwegwirft, daß die Sozialversicherung nichts wert ist und zu dem Zwecke gemacht wird, um den sozialpatriotischen Bestrebungen ein neues Prestige unter den Arbeitern zu verschaffen. Wir wußten, daß die kommunistische Arbeiterschaft mit der Zeit zu besserer Einsicht kommen wird, wir erwarteten, daß diese Erkenntnis in der Mitte des nächsten Jahres eintreten wird, bis die Zeit kommt, da die Invaliden- und Altersrenten zu laufen beginnen, bis in jedem Dorfe wenigstens ein Rentner sein wird und zu sehen sein wird, welche Bedeutung die Alters- und Invaliditätsversicherung für die Arbeiterschaft hat. Wir haben damit gerechnet, daß bis zu dieser Zeit die Arbeiterschaft, soweit sie unter kommunistischem Einfluß steht, nicht zu besserer Erkenntnis gebracht werden wird, wir haben damit gerechnet, daß wir den Kreuzweg von eineinhalb Jahren gehen müssen, wir sahen, daß wir ruhig die Änderung in den Anschauungen der kommunistischen Arbeiterschaft erwarten können. Daher haben wir uns, obwohl wir damit rechneten, daß sich die ganze Arbeiterschaft gegen die Novellierung der Sozialversicherung stellen muß, nicht an die kommunistische Partei mit dem Ersuchen um Mitarbeit gewendet. Dort, wo sozialdemokratische Parteien verschiedener Nationen wirken, haben wir unsere Kundgebungen gemeinsam veranstaltet. Dort, wo die Partei der tschechischen Sozialisten wirkt, haben wir sie gemeinsam mit dieser Partei gemacht. Wir bedienten in sehr wirksamer Weise die Presse aller sozialistischen Parteien und auch die Presse der tschechischen Sozialisten durch eine gemeinsame Kanglei. Es zeigte sich, daß die gemeinsame Aktion, wenn sich auch die kommunistische Partei nicht offiziell beteiligte, großen Einfluß auf die Arbeiter wie auf die Bourgeoisie erlangte. Nun erst begannen die kommunistischen Arbeiter die Sache zu durchschauen, sie sahen, daß die Sozialversicherung wirklich etwas wert ist, wenn die Bourgeoisie alle ihre Kraft einsetzt, um dieses Werk zu vernichten oder doch zu schädigen. Nun erst begannen sie zu begreifen, daß alles das, was ihnen von ihrer Führung seit Jahren eingeredet worden ist, nicht richtig ist. Wir beobachteten, daß an den Versammlungen, die wir ohne Mitwirkung der kommunistischen Partei veranstalteten, die kommunistische Arbeiterschaft aller Nationen in Scharen teilnahmen, wir beobachteten, wie diese Arbeiter unter dem Einfluß unserer Redner die Bedeutung der Kampfes für die Sozialversicherung anerkannten und wie sie wenigstens in dieser Richtung die politische Linie der kommunistischen Partei verließen. Aber nicht wir allein sehen das, das selbe sah auch die Führung der kommunistischen Partei und um ihre Anhänger und Mitläufer dem Einfluß der Sozialdemokratie oder der tschechischen sozialistischen Partei zu entziehen, meldete sich die Führung der kommunistischen Partei zur Mitarbeit. Wir waren in einer gewissen Verlegenheit — ich sage das gerade heraus — wie wir auf dieses Angebot der kommunistischen Partei antworten sollen, denn auf der einen Seite hatten wir außerordentlich schlechte traurige Erfahrungen über die Zusammenarbeit mit den Kommunisten gemacht, auf der anderen Seite konnten wir die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß die Situation, in der wir uns heute befinden, ein wenig anders ist, als die bisherigen Situationen gewesen sind, daß das Gut, für das wir zu kämpfen haben, doch viel wichtiger ist als alles übrige, für das die früheren Kämpfe geführt wurden, daß die kommunistische Arbeiterschaft durch unsere Organisationen bis zu einem gewissen Grade bearbeitet ist, wie es früher niemals der Fall war, und daß wir außerdem der Bourgeoisie nicht zeigen dürfen, daß im Arbeiterlager große Gegensätze sind, daß im Arbeiterlager weiterhin verschiedene Arbeiterparteien miteinander kämpfen werden. Darum haben wir nach reiflicher Überlegung beschlossen,

das Angebot der kommunistischen Partei zur Mitarbeit anzunehmen, unsere Kundgebungen zusammen mit der kommunistischen Partei zu veran-

stalten, zu den Kundgebungen nicht nur ihre Mitglieder, sondern auch ihre Redner zu laden, auch ihre Presse zu benutzen, damit der Kampf gegen die Novellierung der Sozialversicherung verbreitert wird. Aber es dauerte nicht einmal einen ganzen Monat, als schon aus allen Enden der Republik, aus den tschechischen, slowakischen und deutschen Bergenden Berichte kamen, daß dieser Vorgang der Sache nicht dienlich war, daß die Kommunisten sich nicht geändert haben, daß sie ohne Rücksicht auf die Situation, die sich geändert hat, dieselben geblieben sind wie früher, daß sie genau so, wie sie es früher getan haben, die Gelegenheit, zu unseren Anhängern zu sprechen, mißbrauchen, kurz, daß die Aktion, welche die gesamte Arbeiterschaft ohne Unterschied der politischen Ueberzeugung zusammenfassen sollte, sich in ein Werkzeug der kommunistischen Agitation verkehrt. Die Gewerkschaftszentralen, welche den Kampf offiziell führten, vereinbarten mit der kommunistischen Zentrale die Bedingungen, unter denen eine weitere Zusammenarbeit auf diesem Gebiete möglich gewesen wäre. Es war selbstverständlich, daß die erste Bedingung war, daß wenigstens während des Kampfes zum Schutze der Sozialversicherung die gegenseitigen Kämpfe unter den Arbeiterparteien, die sich an diesem Kampfe beteiligten, eingestellt werden. Es war nach unserer Ueberzeugung nichts natürlicher als diese Forderung. Wenn die Arbeiter als Ganzes der geeinigten Bourgeoisie gegenüberzutreten sollen, dann ist es natürlich notwendig, daß sie alle ihre Kräfte gegen den Angriff der Bourgeoisie wenden und nicht untereinander streiten. Zu diesen Verhandlungen der Gewerkschaftszentralen entsendete die kommunistische Zentrale nicht nur ihren Sekretär, sondern auch den Zentralsekretär der kommunistischen politischen Partei und auf die Forderung, daß die Kämpfe unter den Arbeiterparteien wenigstens für die Dauer des Kampfes um die Sozialversicherung eingestellt werden, erwiderte dieser: „Das können wir nicht einmal für fünf Minuten tun.“ Damit war freilich die Demarkationslinie zwischen den Parteien, welche wirklich zum Schutze der Sozialversicherung kämpfen wollen, und der kommunistischen Partei ungewöhnlich klar und deutlich gezogen. Es ist traurig, daß es nicht möglich war, die Arbeiterklasse in ihren offiziellen Repräsentanten zu diesem Kampfe zusammenzufassen, aber wir mußten damit als einer Tatsache rechnen, an der sich leider wenigstens vorläufig nichts ändern läßt. Wir können mit der Führung der kommunistischen Partei nichts gemeinsam unternehmen. Das bedeutet nicht, daß sich nicht auch die kommunistische Arbeiterschaft an unseren Aktionen beteiligt, wir geben bloß die Aufforderung hinaus, daß die Aktion nicht gemeinsam mit der Leitung der kommunistischen Partei geführt wird, aber wir sahen schon wieder bei unseren Kundgebungen, die wir veranstalteten, daß sich die kommunistische Arbeiterschaft trotz der Nichtteilnahme der kommunistischen Partei an diesen Aktionen weiter beteiligt.

Es ist ganz natürlich, daß diese offenkundige Schwächung des Arbeiterlagers zur Folge hatte, daß den bürgerlichen Kreisen der Mut wieder wuchs. Aber die Ereignisse der letzten Wochen zeigen doch, daß die Bourgeoisie, deren Stellung in einer ganzen Reihe von Fällen durch unsere Angriffe, die auf einem anderen Felde unserer Opposition geführt wurden, erschüttert wurde, schon nicht mehr so blind ist, sich einzubilden, daß sie aus dieser formalen Uneinlichkeit der Arbeiterklasse und ihrer Parteien allzuviel Gewinn ziehen wird. Die Bourgeoisie hat sich bereits überzeugt, daß die Verteidigung der Sozialversicherung für die Arbeiterschaft nicht nur die Frage einer politischen Partei oder einer politischen Gruppe ist,

sondern daß sie heute eine Frage der ganzen Arbeiterklasse geworden ist. Wir haben die Flamme dieses Kampfes in die ganze Arbeiterklasse getragen und können heute konstatieren, daß sie in der ganzen Arbeiterklasse gezündet hat. Über die Sozialversicherungsvorlage herrscht heute unter der Arbeiter-

schaft eine Meinung. Hier muß nicht mehr die Verschiedenheit der Auffassungen zu den einzelnen nationalen Teilen bekämpft werden. Unter den einzelnen radikalern oder weniger radikalern Teilen der Arbeiterschaft gilt heute für die Sozialversicherung eine einheitliche Lösung.

Es ist in dieser Versammlung nicht mehr notwendig, irgendwelche neue Beschlüsse gegen die Novellierung zu fassen. Wir sind alle von dem Bewußtsein und der Überzeugung durchdrungen, daß diese Vorlage so schlecht ist, daß sie einen so frechen Angriff auf die gesamte politische Position der Arbeiterklasse in diesem Staate bedeutet, daß unser Standpunkt gegen sie durchaus einheitlich sein kann und ist. (Zustimmung.)

Ich glaube, daß wir auf diesem Kongreß nichts anderes sagen können, als daß wir mit allen Kräften dahin wirken werden, daß die Arbeiterklasse in der tschechoslowakischen Republik und alle, die es mit der Republik gut meinen, die Überzeugung erlangen, daß die Novellierung der Sozialversicherung, wie sie von der Koalition der tschechischen und deutschen Bourgeoisie durchgeführt wird, ein Verbrechen an der Arbeiterklasse dieses Staates und am Staate selbst ist. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender **Hampfl**: Ich erteile nun das Wort unserem lieben Gast, dem Genossen **de Brouckere**. (Lebhafter Beifall.)

Genosse **Louis de Brouckere** (spricht französisch und seine Worte, die mit langanhaltendem Beifall belohnt wurden, werden von Genossen **Dr. Soukup** ins Tschechische und dann ins Deutsche übersetzt):

Genossen und Genossinnen, Genosse **de Brouckere** ist auf unserem Kongreß wie Genosse **Dr. Adler** Vertreter der Internationale. Wir können den Genossen **de Brouckere** auch als General der belgischen Roten Armee gegen den Faschismus in unserer Mitte begrüßen. (Bravo!) Genosse **de Brouckere** ist auch Vertreter Belgiens im Völkerbunde als Mitglied des belgischen Senats. Genosse **de Brouckere** hat ausgeführt:

Ich brauche auf Ihrem Kongreß nicht zu sagen, wie tief ich ergriffen bin, daß ich hier im Namen der Internationale sprechen kann. Ich bin nicht zum erstenmal in Prag. Ich war schon öfter hier, aber gerade heute bin ich glücklich, daß ich kommen konnte, um mit Euch gemeinsam den Erfolg unserer gemeinsamen Arbeiterschaft zu feiern.

Sooft ich bisher zu Euch kam, habe ich immer mit großem Interesse Eure Kämpfe verfolgt, weil jeder von Eurem Lande viel lernen kann. Und ich habe diese Kämpfe nicht nur mit Interesse, sondern auch mit Bewunderung verfolgt, weil ich weiß, wie schwer, ja wie tragisch es war, alle diese schwierigen Probleme zu bewältigen, die soziale Formation des neuen Staates vorzubereiten, die Republik der Arbeit vorzubereiten und nicht nur sozial, sondern auch administrativ, moralisch und ökonomisch. Der Sozialismus wird und muß auch die nationalen Schwierigkeiten überwinden. Ich bin tief ergriffen, wenn ich sehen kann, daß Ihr auf diesem Wege seid, und Euch heute zum ersten Mal zu diesem Zwecke zusammensindet. Wir in Belgien verstehen diese Kämpfe und diese Schwierigkeiten. Auch in Belgien haben wir unsere internationalen Probleme und wir glauben, daß Euer Vorgehen auch uns eine Stütze sein wird.

Ihr seid verpflichtet, das nationale Problem in Angriff zu nehmen und auch zu lösen,

denn auch das ist Bedingung und Voraussetzung des weiteren Kampfes für die Befreiung des Proletariats. Bei uns in Belgien wächst die Arbeiterbewegung enorm und ich hoffe, daß die Zeit nicht mehr weit ist, da die Arbeiterbewegung die Mehrheit in der Wählerschaft erlangt. Gegen uns wie gegen Euch schließt sich die Koalition zusammen, die Koalition der Reaktion, der Diktatur und des Faschismus. Unsere Taktik und unser Vor-

gehen ist nicht nur eine Frage der Kraft, sondern auch eine Frage der Einheit der Arbeiterklasse. Es war ein großer Irrtum der Führer in Rußland, daß die Einheit der Arbeiterklasse in der ganzen Welt so zerrissen wurde. Wir sehen anschaulich, was jeder Fehler, jeder Fehler, jeder falsche Schritt in der Geschichte der Arbeiterklasse bedeuten kann und daß ein kleiner Fehler schwere, weittragende Folgen nach sich ziehen kann.

Genosse de Brouckere bemerkt, daß er mit Adler gemeinsam als Vertreter der Internationale gekommen ist und uns zurnft, daß es nicht nur darum geht die Internationale in der ganzen Welt zu verwirklichen, sondern daß es eine ebenso erhabene und große Aufgabe ist, die Internationale in jedem einzelnen Staate zu begründen und zu verwirklichen. (Zustimmung und Beifall.) In diesem Sinne rief er uns die große Forderung der Internationale zu: „Proletarier der ganzen Welt und Proletarier aller Länder, organisiert Euch, verständigt Euch und einigt Euch.“ (Bravo, lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Sampl: Wir fahren in den Verhandlungen fort. Wir kommen zum 6. Punkt der Tagesordnung,

Die sozialpolitische Gesetzgebung.

Das Wort hat Genosse Anton Schäfer.

Abgeordneter Anton Schäfer.

Genossinnen und Genossen! Unter dem Einflusse der von starkem Selbstbewußtsein erfüllten Massen der arbeitenden Bevölkerung mußten die bürgerlichen Klassen nach dem Ende des Weltkrieges in den großen Fragen der sozialen Gesetzgebung gegen früher weitgehendere Zugeständnisse machen. Der hemmungslosen Ausbeutung wurden mit Hilfe der erstarkten gewerkschaftlichen Organisationen Schranken gesetzt. Der Schutz der Gesundheit des arbeitenden Menschen erhielt eine andere Wertung als vordem. Sozialpolitische Forderungen der Arbeiter und Angestellten, über die vor dem Kriege das Untertunertum kühl hinwegging, fanden zum Teil Anerkennung in der Gesetzgebung der einzelnen Staaten. Zu dieser Umstellung in der Sozialpolitik hat der 13. Abschnitt der sogenannten Friedensverträge viel mit beigetragen. Wenn dort gesagt wird, „daß die Staaten und Völker, um den Frieden der Welt dauernd zu erhalten, dafür sorgen müssen, daß die Erbitterung, die Not und die Entbehrungen in den breiten Massen der Bevölkerung gemildert oder beseitigt werden, weil nur auf diese Weise ein richtiges Zusammenleben der Völker gewährleistet werden könne“, so mußten solche Worte insbesondere für jene Staaten eine Richtlinie bilden, deren Entstehen auf diesen Verträgen beruhte. So fielen in den ersten Jahren nach dem Umsturz auch in der Tschechoslowakei manche Hemmungen, die vordem überall die Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung aufgehalten haben. Es kam der Achtstundentag und damit die Erfüllung einer leidenschaftlichen Forderung der Arbeiterklasse. Man mußte aufräumen mit den Arbeitsbüchern und führte einige in Oesterreich erst in Angriff genommene sozialpolitische Maßnahmen ihrer Vollendung zu.

In diesem ersten Entwicklungsabschnitt der sozialpolitischen Gesetzgebung in der Tschechoslowakei, die Jahre 1919, 1920 und noch einen Teil des Jahres 1921 umfassend, ist manches nachgeholt worden, was früher die Arbeiterklasse nicht durchzusetzen vermochte hatte. Es sei erinnert daran, daß die im Jahre 1919 vorgenommene Reform der Krankenversicherung einen wesentlichen Fortschritt bildete und Forderungen verwirklichte, die in Oesterreich vergeblich von den Arbeitern vertreten worden sind. Raum aber trat in der Arbeiterbewegung eine rückläufige Entwicklung ein, so wuchsen auch

schon die Widerstände in der staatlichen Verwaltung, vor allem aber in den Unternehmerkreisen, gegen sozialpolitische Maßnahmen. Sehr deutlich trat diese Tatsache in Erscheinung in der Frage der Betriebsdemokratie. Das Gesetz über die Betriebsräte im Bergbau, das im Feber 1920 bereits in Kraft trat, geht wesentlich weiter als das ein Jahr später vom Parlament verabschiedete Gesetz über die Errichtung von Betriebsausschüssen in industriellen und gewerblichen Unternehmungen. Bereits in den Vorbereitungen zum Betriebsausschüßgesetz nahmen die Unternehmer gegen die Bezeichnung Betriebsräte eine Gegenstellung ein. Auch sonst versuchten sie alles mögliche, um zu verhindern, daß die im Gesetze vorgesehenen Betriebsausschüsse jene Bedeutung erhalten, die ihnen die sozialistischen Arbeiterparteien einräumen wollten. Die Arbeiterklasse stand jetzt nicht mehr so geschlossen da, als das Ende 1918 und im Jahre 1919 der Fall war. Über Vertreiben der dritten, der bolschewistischen Internationale, war es auch in der Tschechoslowakei zur Spaltung der politischen Arbeiterbewegung gekommen. Unter den Auswirkungen des Bruderkampfes litten aber nicht nur die politischen Organisationen des Proletariates, auch die Kraft der Gewerkschaften wurde erschüttert. Ungewidert von den Streitigkeiten, von den Verunglimpfungen und Verleumdungen, mit denen man von kommunistischer Seite Sozialdemokraten und Gewerkschaften bedachte, verließen Zehntausende von Arbeitern und Angestellten ihre Gewerkschaften, verfielen der Gleichgültigkeit oder gingen ins gegnerische Lager hinüber. Nicht mehr mit solchen Nachdruck wie vordem konnte die Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei ihre sozialpolitischen Forderungen verfechten. Daraus zogen die bürgerlichen Klassen sogleich ihre Vorteile. Sie wendeten sich gegen jede arbeiterpolitische Anregung, die von da an vom Ministerium für soziale Fürsorge ausging, stellten sich in der kleinlichsten Weise gegen die Ausgestaltung der Sozialpolitik und es bedurfte außergewöhnlicher Anstrengungen, um es nicht zum völligen Stillstand in der Arbeiterschutzesgebung kommen zu lassen. Trotzdem aber ist es in dem zweiten Abschnitte der Entwicklung der tschechoslowakischen sozialen Gesetzgebung, der die Jahre von 1921 bis zum Zerfall der allnationalen Koalition im Frühjahr 1926 umfaßt, möglich gewesen, das Erreungene aufrecht zu erhalten und einige neue Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter und Angestellten in Angriff zu nehmen und auszuführen. Das Tempo aber verlangsamte sich immer mehr. Die Klagen in Unternehmerkreisen über die unerträglichen sozialen Lasten wurden immer lauter. Es verging keine Unternehmerzusammenkunft, in der nicht betont worden wäre, daß die Entwicklung der tschechoslowakischen Industrie und die Sicherstellung ihrer Konkurrenzfähigkeit einen Stillstand in der sozialpolitischen Gesetzgebung erfordere.

Je mehr die Zersplitterung in den Organisationen der Arbeiterklasse fortschritt, umso machtbewußter und anmaßender traten die Unternehmer auf.

Jedes sozialpolitische Gesetz, das in diesem zweiten Abschnitte der Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung in der Tschechoslowakei zustande kam, trägt die Merkmale eines Ausgleichs zwischen Unternehmer- und Arbeiterinteressen, bei welchem die letzteren zu kurz gekommen sind. Am stärksten merkt man das in dem Gesetze über die Sozialversicherung, über dessen Bedeutung der Kongreß bereits sein Urteil abgegeben hat und zu dessen Schutze die Arbeiterorganisationen seit vielen Wochen einen erbitterten Kampf führen.

Zimmer noch aber haben damals amtliche Organe der Tschechoslowakei gerne auf internationalen Tagungen die sozialpolitische Gesetzgebung der Republik als zeitgemäß und fortschrittlich bezeichnet. Sie war es hingegen schon längst nicht mehr in dem Umfange, als daß im Auslande gerne erzählt

wurde. In der „Reforme Economique“ hieß es noch am 30. Juli 1925 in einem Aufsatz über die tschechoslowakische Sozialpolitik nach einem Hinweis auf das Gesetz über den Achtstundentag ganz unzutreffend: „In der Industrie der Tschechoslowakei wird das Gesetz über den Achtstundentag im allgemeinen streng eingehalten.“ Wie es aber mit der strengen Einhaltung des Achtstundentages in den industriellen Unternehmungen der Tschechoslowakei gerade im Jahre 1925 ausgesehen hat, das sehen wir an der Zahl der in dem gleichen Jahre bewilligten Überstunden. (14,505.292). Dabei ist nicht zu vergessen, daß in der Tschechoslowakei für Überstunden kein besonderer Lohnzuschlag gewährt wird, wie das im Washingtoner Abkommen über die Achtstundvierzigstundentwoche vorgeesehen ist.

Über diesen Mangel im tschechoslowakischen Gesetz, durch das der Achtstundentag eingeführt wird, ist auf der zehnten internationalen Arbeitskonferenz in Genf Klage geführt worden. Als im Dezember 1918 der Achtstundentag gesetzlich festgelegt wurde, hat man damit gerechnet, daß er streng eingehalten und nicht durch Einlegung von Überstunden in so erschreckender Weise umgangen wird, als das wenige Jahre später der Fall war. Wie es mit der Einhaltung des Achtstundentages in einigen Industrien ausschaut, darüber können die Gewerkschaften genügend Aufschluß geben. Insbesondere im Baugewerbe ist die Überschreitung der achtstündigen Arbeitszeit an der Tagesordnung. Vergeblich haben sich in den Zeiten mangelnder Bautätigkeit die Verbände bemüht, dem Überstundenunfug, wenigstens soweit er ohne behördliche Bewilligung betrieben wird, durch zahllose Anzeigen bei den Behörden ein Ende zu machen. Erfolg wurde keiner erzielt, denn wenn einmal die Behörde mit Strafen vorging, waren diese so niedrig, daß sich der Unternehmer davon weiter nicht betroffen fühlte.

Es ist die Tschechoslowakei gegenüber anderen wirtschaftlich ähnlich gearbeteten Staaten in der Sozialpolitik immer mehr ins Hintertreffen gekommen. Ihre Vertreter können längst nicht mehr in Genf von einer vorbildlichen Sozialpolitik in der Tschechoslowakei sprechen. Sie hat nicht gleichen Schritt gehalten in der Anerkennung und Durchführung der internationalen Übereinkommen in Sachen des Arbeiterschutzes. Es bestehen zur Zeit außer dem im vorigen Jahre beschlossenen Übereinkommen in Sachen der Krankenversicherung 24 solcher Konventionen. Davon sind in der Tschechoslowakei bisher im ganzen acht ratifiziert worden und zwar:

- Das Übereinkommen betreffend die achtstündige Arbeitszeit;
- das Übereinkommen über das Verbot der Nachtarbeit für Frauen;
- die beiden Übereinkommen über das Mindestalter für die Zulassung zur gewerblichen Arbeit und für die Arbeiten in der Landwirtschaft;
- die Konvention über das Vereins- und Koalitionsrecht der Landarbeiter;
- über das Verbot der Verwendung von Weisweiß;
- über den wöchentlichen Ruhetag in gewerblichen Betrieben und endlich über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer bei Entschädigung von Betriebsunfällen.

Das Verbot der Verwendung von weißem Phosphor hat in Österreich bereits bestanden. Dagegen ist die tschechoslowakische Republik unter anderem noch nicht beigetreten dem Übereinkommen betreffend Vorkehrungen gegen die Arbeitslosigkeit und betreffend die Fürsorge für die Arbeitslosen.

Die Frage der Arbeitslosenfürsorge ist im allgemeinen ein Kapitel in der tschechoslowakischen Sozialpolitik, das kein gutes Urteiler möglichst. Anstatt die im Dezember 1918 unter dem Druck des Zusammenbruchs und der damit verbundenen gewaltigen Arbeitslosigkeit geschaffenen vorübergehenden Arbeitslosenfürsorge zu einem Gesetze über die Arbeitslosenversicherung auszugestalten, wurde das veraltete, heute nicht mehr

zeitgemäße System des Staatsbeitrages zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Der ewigen und abscheulichen Geze gewisser bürgerlicher politischer Gruppen gegen die Verwendung von Staatsgeldern zur Unterstützung arbeitsloser Menschen ist die damalige Regierung erlegen. Der Finanzverwaltung der Republik handelte es sich bald nur darum, der Staatskasse Ausgaben für Arbeitslose zu ersparen. Dieses Ziel ist mit dem Genter System erreicht worden. Vier Jahre lang hat das Gesetz über den Staatszuschuß zur Arbeitslosenunterstützung als ein Prachtstück sozialpolitischer Leistungen in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen gestanden, ohne daß es möglich gewesen wäre, es zu verwirklichen. Und nun es verwirklicht ist, findet man alle Befürchtungen bestätigt, die bei seiner Schaffung in den Kreisen der Gewerkschaften geäußert wurden. Zufrieden mit dem Genter System kann allein nur die tschechoslowakische Finanzverwaltung sein. Sie hat in den Jahren 1925 und 1926 an Staatsbeiträgen zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung die lächerlich geringe Summe von 25,049.277 Kč aufzuwenden gehabt. Dabei war in den beiden Jahren die wirtschaftliche Lage höchst betrüblich, die Zahl der Arbeitslosen in einzelnen Monaten ungewöhnlich hoch.

Es hat also in Wirklichkeit nur ein unverhältnismäßig kleiner Bruchteil der Arbeitslosen eine Unterstützung erhalten.

Dafür aber sind die Gewerkschaften stark in Anspruch genommen worden, sodaß diese sich gezwungen sahen, an die Regierung mit entsprechenden Forderungen im Rahmen des Genter Systems heranzutreten. Der jetzige Minister für soziale Fürsorge, Pater Srámek, aber hat die von ihm selbst Vorsprachen gegenüber als berechtigt anerkannten Forderungen einfach aufs Eis gelegt und erst im vorigen Jahre bei Wiederzusammentritt des Parlaments eine Ergänzungsvorlage zu dem Gesetze über den Staatsbeitrag zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung im Parlament eingebracht. Doch bedeutet dieser Gesetzesentwurf eine neue folgenschwere Belastung der Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten, er ist für sie unannehmbar, weil er alle aus den Erfahrungen heraus entstandenen Wünsche der Arbeitnehmererschaft leichtfertig übergeht. Andere wirtschaftlich viel härter mitgenommene Staaten haben in der Frage der Arbeitslosenfürsorge unterdessen vorbildliche Einrichtungen geschaffen. Es sei nur verwiesen auf das von einer dauernden Wirtschaftskrise heimgesuchte Österreich und vor allem auf Deutschland, wo erst vor wenigen Monaten unter der Regierung eines ausgesprochenen Bürgerblocks ein Gesetz über die Arbeitslosenversicherung und über die Arbeitsvermittlung zustande gekommen ist, das das Elend und die Not der Beschäftigungslosen wesentlich mildert. Was aber kummert unseren Bürger- und Großbauernblock in der Tschechoslowakei das Elend der Menschen, die arbeiten wollen, für die aber keine freien Arbeitsplätze da sind. Da kommen die Landbündler und behaupten, es gebe auf dem Lande Beschäftigung genug, nur erhalte man keine Arbeitskräfte. In Wahrheit ist das Gegenteil richtig, ein anderer Politiker der jetzigen Koalitionsregierung, Dr. Viskovský, wieder wagt frech zu erklären, daß, wer arbeiten und fortkommen wolle, das in der Tschechoslowakei ohne Schwierigkeiten auch könne. Selbst beim Genter System benimmt sich die Staatsverwaltung gegenüber den Gewerkschaften rückständig und knauserig. Wochenlang müssen die Verbände auf die Rückerstattung des ausbezahlten Staatsbeitrages warten. Große Summen von Gewerkschaftsgeldern, bestimmt für Zwecke des gewerkschaftlichen Kampfes und für andere gewerkschaftliche Aufgaben, müssen fortlaufend der Staatskasse zur Verfügung gehalten werden.

Das ist ein Zustand, der nicht ertragen werden kann und dem ein Ende gemacht werden muß.

Notwendig und dringlich ist die Einführung eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

In der internationalen Sozialpolitik steht die Tschechoslowakei längst nicht mehr in den vordersten Reihen. So hat z. B. Polen von den 24 internationalen Abkommen 13 ratifiziert, das rückständige Rumänien 10, Estland 14 und Bulgarien 16. Die Regierung Belgiens ist mit Zustimmung des Parlaments 12 derartigen Übereinkommen beigetreten, Großbritannien hat 12 und Lettland 10 dieser Übereinkommen unterfertigt. Ebenso ist Jugoslawien 12 der internationalen Abmachungen über den Arbeiterschutz beigetreten. Die Tschechoslowakei ist demnach mit am weitesten zurück. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß in der Tschechoslowakei noch nicht einmal die Registrierung der jugendlichen Personen unter 16 Jahren durchgeführt wurde, wie das nach dem Übereinkommen über das Mindestalter für die Beschäftigung in gewerblichen Betrieben notwendig ist. Dann enthält das Gesetz über die Verwendung des Bleiweiß bei Maler- und Anstreicherarbeiten Ausnahmen, die dem Inhalt der internationalen Konvention widersprechen. Wir halten also nicht einmal die Bestimmungen und Vorschriften jener internationalen Konventionen ein, die von der Tschechoslowakei ratifiziert worden sind. So schaut es gegenwärtig mit der Handhabung wichtiger Arbeiterschutzbestimmungen aus.

Zwar sind in dem zweiten Abschnitt der Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung in der Tschechoslowakei einzelne gesetzgeberische Maßnahmen vorbereitet worden. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat sich mit der Schaffung eines Gesetzes über die Arbeitsinspektion beschäftigt und darüber auch das Internationale Arbeitsamt unterrichtet. In den Presseberichten des Genfer Arbeitsamtes wurde lobend darauf hingewiesen, daß in der Tschechoslowakei bereits Vorbereitungen für eine weitgehende Arbeitsinspektion getroffen werden. Es ist aber seitdem von davon nichts mehr zu hören gewesen. In Vorbereitung befand sich ferner im Ministerium für soziale Fürsorge ein Schutzgesetz für die Kollektivverträge. Die wirtschaftlichen Organisationen wurden seinerzeit aufgefordert, sich dazu zu äußern. Auch darüber herrscht nunmehr endgültig Schweigen. Einmalige mußte sich das tschechoslowakische Parlament mit der Ausdehnung der Bestimmungen der Gewerbeordnung auf die Slowakei und Karpathorußland beschäftigen. Es wären das Anlässe gewesen, jenen Teil der Gewerbeordnung zeitgemäß auszugestalten, der die Rechte und Pflichten der industriellen und gewerblichen Arbeiter regelt. Erhebungen darüber, in welcher Richtung eine Reform der Gewerbeordnung gewünscht wird, wurden zwar durch Umfragen bei den wirtschaftlichen Körperschaften vorgenommen, aber geschehen ist nicht das Geringste. Die Novellierung des Betriebsausschüßfegesetzes ist vom Ministerium für soziale Fürsorge als notwendig bald nach Inkrafttreten dieser Einrichtung erkannt worden. Auch da haben die Gewerkschaften der Arbeiter ihre Anträge dem Ministerium vorgelegt, ohne daß auch nur bis heute darauf Rücksicht genommen worden wäre. Man weiß,

daß den Unternehmern die Errichtung der Betriebsausschüsse von Anfang an nicht gepaßt hat, daß sie am liebsten diese Einrichtung wieder beseitigen möchten und daher fanatische Gegner jeder Verbesserung des Betriebsausschüßfegesetzes sind.

Was scheeren sich die tschechoslowakischen und deutschen Unternehmer in ihrer kleinlichen Auffassung von Arbeiterfragen darum, daß selbst nichtsozialistische Sozialpolitiker in diesem Stück Betriebsdemokratie einen aner kennenswerten volkswirtschaftlichen Fortschritt erblicken.

Die Ausgestaltung des Handlungsgehilfengesetzes und die Schaffung eines einheitlichen Angestelltenrechtes läßt noch immer auf sich warten. Auch da hat man vor Jahren bereits mit den Vorarbeiten

begonnen. Die bürgerlichen politischen Parteien jedoch sind gar nicht veressen darauf, rasch ein neues Angestelltenrecht zu schaffen. Um so eifriger sind sie darauf bedacht, in den handels-gewerblichen Unternehmungen im allgemeinen ohne Ausnahme die Sonntagsarbeit wieder zu ermöglichen und zu verhindern, daß ein Ladenschlußgesetz geschaffen wird.

Vergeblich verlangen noch immer die Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter ihre Einbeziehung in die Unfallversicherung. Völlig gleichgültig und untätig verhalten sich die tschechoslowakischen Gesetzgeber gegenüber der Bekämpfung der Berufskrankheiten.

Beispiellos aber ist ihr Verhalten in der Frage der Regelung der öffentlichen Arbeitsvermittlung.

Da wurde vor Jahren ein solches Gesetz im sozialpolitischen Ausschuss erledigt, im Budgetausschuss dann aber von den bürgerlichen Parteien der allnationalen Koalition bekämpft, so daß nun jahrelang nichts mehr von ihm zu hören war. Anstatt dessen legt das jetzige Ministerium für soziale Fürsorge ein Gesetz zum Schutze des inländischen Arbeitsmarktes dem Abgeordnetenhaus vor, durch das die Bewilligung zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter den politischen Behörden, also der staatlichen Bürokratie, übertragen wird. Bei einer gut eingerichteten öffentlichen Arbeitsvermittlung, wie sie Österreich und Deutschland haben, wäre es völlig unnötig, die Bewilligung zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter mit dem Abbau des reaktionären Visumzwanges in irgend eine Verbindung zu bringen.

So ist es der Unternehmerklasse und der agrarischen Bourgeoisie schon innerhalb der allnationalen Koalition möglich gewesen, in der sozialpolitischen Gesetzgebung einen förmlichen Stillstand zu erzwingen. Die tschechischen bürgerlichen Parteien in der früheren Koalition konnten damit rechnen, daß ihr feindseliges Vorgehen gegen die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterklasse volles Verständnis bei den deutschen bürgerlichen politischen Parteien findet. Bei vereinzelt Anlässen haben deutsche agrarische Politiker schon früher im Parlament gegen die Begehrlichkeit der Arbeiter auf dem Gebiete der Sozialpolitik gewettert.

In der Hitze gegen eine durchgreifende Arbeitslosenfürsorge bildeten zeitweise deutsche Agrarier geradezu die Wortführer.

Außerhalb des Parlamentes wirkten deutsche und tschechische Industrielle einträchtig in der Bekämpfung der Arbeiterschutzesetze zusammen. In dem Gutachten der Verbände der Industriellen zu den einzelnen sozialpolitischen Gesetzesentwürfen war die prächtigste Übereinstimmung zu finden. Immer offener wurden die bestehenden Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter und Angestellten bekämpft und als drückende Fessel für die industrielle Entwicklung hingestellt. Als dann im November 1925 die bürgerlichen Parteien bei den Wahlen in das Parlament einen starken Machtzuwachs erlangten, legten sie die Maske der sozialpolitischen Einsicht ab und traten als offene, eingeschworene Feinde der sozialen Gesetzgebung auf. Das tschechische Bürger- und Großbauerntum fühlte sich national so weit saturiert, daß es auf die Mitwirkung von Arbeiterparteien in der Regierung keinen Wert mehr legte. Es stellte voran seine wirtschaftlichen Bedürfnisse, ihr Machtbewußtsein steigerte sich maßlos, ihr antisozialer Geist äußerte sich gleich bei den ersten Regierungshandlungen, als die Verbindung mit den deutschen bürgerlichen Parteien im Parlament hergestellt war. Das Lockmittel, durch welches das tschechoslowakische Bürgertum die deutschen bürgerlichen Parteien zum Eintritt in eine neue Parlamentsmehrheit brachte, bildete die Verheißung, daß man nunmehr entschlossen sei, die Arbeiterschutzesetzgebung abzubauen, den sozialistischen Einfluß innerhalb der Staatsverwaltung, der ohnehin recht bescheiden war, vollständig zu be-

seitigen und die Vorteile der selbständig Erwerbstätigen, vor allem der großen Bauern, wahrzunehmen. Das war für die deutschen Landbündler, für die politisch allerdings bedeutungslose Gewerkepartei und für die Christlich-sozialen ein wahrer Sirenenfang. Sie stellten sich mit einem Eifer außergewöhnlicher Art den tschechoslowakischen bürgerlichen Parteien zur Verfügung, bewährten sich bei der Beschlußfassung über die Agrarzölle als verlässliche Bundesgenossen und suchten durch Gehässigkeit gegen die Arbeiterklasse ihre neuen Koalitionsgenossen zu überbieten.

Vor allem haben die deutschen Landbündler in der deutsch-tschechoslowakischen Regierungskoalition von Anfang an nichts anderes erblickt, als eine Sammlung der reaktionärsten bürgerlichen Kräfte gegen die Arbeiterklasse.

Einer ihrer Wortführer, der schon zur Zeit der deutschen Opposition es kaum zustande brachte, seine Arbeiterfeindschaft zu verbergen, der Landbündler Windirsch, hat das erst vor einigen Wochen in einer Versammlung der Landwirte in Maffersdorf offen einbekannt. Er sagte dort: „Die Landwirtschaft und alle übrigen Schichten der Bevölkerung, die Realbesitz zu verwalten hatten, seufzten schon lange unter den übermäßigen Lasten, die ihnen das einseitige sozialistische Regime der verfloßenen Jahre aufgebürdet hatte und es drohte ein Zusammenbruch, wenn nicht Erleichterungen herbeigeführt werden konnten.“ Das ist eine Redensart, die wir jetzt in den Versammlungen der deutschen Regierungsparteien immer wieder zu hören bekommen. Dagegen beweisen die bestehenden Tatsachen, daß innerhalb der allnationalen Koalition die Sozialisten nicht mehr durchzusetzen vermocht haben, als die Arbeiter in anderen Staaten mit Hilfe ihrer Gewerkschaften zu erkämpfen imstande gewesen sind. In Deutschland ist ebenfalls ein Bürgerblock an der Macht. Und diesem Bürgerblock gehört die Partei der ärgsten Arbeiterfeinde an, das sind die Deutschnationalen. Aber selbst unter diesem deutschen Bürgerblock ist die sozialpolitische Gesetzgebung nicht ins Stocken gekommen, ja es sind, seitdem der Bürgerblock in Deutschland am Ruder ist, mehrere einschneidende wirtschaftspolitische und sozialpolitische Gesetze zustande gekommen. Gesetze, die selbst in den Reihen der freien Gewerkschaften Deutschlands Anerkennung gefunden haben. Weitere Gesetzesmaßnahmen in der Frage des Arbeiterschutzes sind in Deutschland in Vorbereitung und werden bereits im Reichswirtschaftsrat eingehend beraten. Gleich bei ihrem Antritt hat die Regierung des reichsdeutschen Bürgerblocks sich ausdrücklich zu den Notwendigkeiten in Sachen der Sozialgesetzgebung bekannt. Daß man es auch bei einer Bürgerregierung in einem Staate ernst nehmen kann mit den Verpflichtungen der internationalen Sozialpolitik gegenüber, das ersieht man daraus, daß Deutschland bereits das internationale Abkommen über die Krankenversicherung vom Juli 1927 ratifiziert hat. Dabei hat in Deutschland, so wie in der Tschechoslowakei, ein Klerikaler, der Zentrumsmann Dr. Brauns, die Sozialpolitik zu betreuen. Sein Programm deckt sich durchaus nicht mit den Forderungen der freien Gewerkschaften Deutschlands, aber es trägt den zeitgemäßen Anforderungen nach Möglichkeit Rechnung. Unser jetziger Fürsorgeminister, ein katholischer Mann, ein Vertrauensmann der Kirche, hat es bis jetzt nicht für notwendig gefunden, dem Parlamente sein Programm mitzuteilen. Sramek mag ein

für die Betreuung der Sozialpolitik, für die Leitung der sozialen Verwaltung geht ihm nach allem, was bisher wahrzunehmen ist, entweder jede Eignung ab, oder er fühlt sich ausschließlich nur als Werkzeug der jetzigen parlamentarischen Mehrheitsparteien.

Erst vor einigen Tagen hat der reichsdeutsche Arbeitsminister Brauns, dem

die Aufgaben zutreffen, die unser Fürsorgeminister zu erfüllen hat, im Kreise von Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes der gewerkschaftlichen Arbeit seine Anerkennung ausgedrückt. Brauns hat offen zugestanden, daß die Förderung der Sozialpolitik und die Entwicklung der Arbeiterschutzesetzgebung vornehmlich ein Werk der Gewerkschaftsbewegung sei.

Unser Fürsorgeminister, Pater Srá meš, wird sich zu einer solchen Anerkennung gewerkschaftlicher Arbeit niemals aufschwingen. Einmal deshalb nicht, weil er der kapitalistischen Denkweise ganz unterliegt, und dann, weil er bei der Unternehmungsklasse nicht anstoßen will. Das Ministerium für soziale Fürsorge, unter Leitung des Ministers Srá meš, steht heute an der Spitze der sozialpolitischen Reaktion, es erblickt seinen Beruf darin, den Wünschen der kapitalistischen Parteien ohne Widerstand zu entsprechen. Gegen die Forderungen der Arbeiterklasse, die deren Besserstellung und die Förderung ihres kulturellen Aufstieges bezwecken, die augenblickliche Macht im Parlament rücksichtslos auszunützen, das ist das Programm der deutsch-tschechoslowakischen Kapitalistenregierung.

Und was droht der Arbeiterklasse alles von dieser Regierung? Sie schiebt sich jetzt an, den Mieterschutz zu beseitigen. Seine bloße Verlängerung wird als ein schweres Unrecht an den Hausbesitzern bezeichnet. Die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes ändere angeblich den Begriff des Eigentums seinem Inhalte nach; nach Windisch seien „zu wirklichen Eigentümern des Hausbesitzes unter der Mitwirkung des Mieterschutzes die Mietsparteien gemorden, während der eigentliche Hauseigentümer zum ohnmächtigen Sklaven des Hausbesitzes herabgewürdigt worden ist“. Kein Wort aber wissen die Feinde des Mieterschutzes gegen das Wohnungsseind zu verlieren, das in der Tschechoslowakei stellenweise fürchterlich ist. Warum setzen sich die deutschen bürgerlichen Parteien und die tschechischen Regierungsleute nicht dafür ein, daß für die fehlenden Wohnungen Ersatz geschaffen wird? Es fehlt an einem großen Wohnungsbauprogramm, an einer entsprechenden Förderung der Wohnungsbautätigkeit. Anstatt aber da zu entscheidenden Schritten überzugehen, schimpfen die bürgerlichen Parteien auf den Mieterschutz, rufen nach der freien Wirtschaft und jubeln zugleich den Industriellen zu, wenn diese den bescheidensten Forderungen der Arbeiterklasse ihr eigensinniges und schroffes Nein entgegensetzen, trotz der Riesengewinne, die sie bei der wieder auflebenden Wirtschaft im vorigen Jahre gemacht haben. Eine Aufhebung des Mieterschutzes ist für die Arbeiterklasse bei den gegenwärtigen Löhnen einfach unerträglich. Darüber ist nichts zu reden. Es ist außerdem falsch, von einer Steigerung der Mietpreise die Belebung der Bautätigkeit zu erwarten.

Der Mieterschutz muß in vollem Umfange beibehalten werden, gegen jede Lockerung müssen die Arbeiter entschlossen auftreten.

In der jetzigen deutsch-tschechischen Regierungskoalition verkörpert sich die schlimmste sozialpolitische Reaktion. Diese Regierung ist ein Feind der Arbeiterklasse, ihr Sturz muß das nächste politische Ziel der arbeitenden Menschen in der Tschechoslowakei sein. Zu Unrecht macht sich die gegenwärtige Regierungskoalition an, im Namen der Mehrheit der Bevölkerung in der Tschechoslowakei zu handeln. Erst im vorigen Oktober haben die Wahlen in die Gemeinden gezeigt, daß die Parteien, die sich anmaßen, über die einschneidendsten Fragen der Sozialpolitik und des Arbeiterschutzes einseitig zu entscheiden, nicht mehr dazu berechtigt sind. Nach demokratischen Grundsätzen müssen sie abtreten und den Wählermassen die Möglichkeit geben, sich eine parlamentarische Vertretung zu schaffen, die bereit ist, so zu handeln, wie es die kulturelle Entwicklung und die Wohlfahrt der Arbeiterbevölkerung erfordert. Gegen die jetzige Bürger- und Großbauernregierung

anzufämpfen, ihren Sturz herbeizuführen, bedeutet die Bekämpfung der sozialen und sozialpolitischen Reaktion. Das Ansehen, das die Tschechoslowakische Republik in den ersten Jahren nach dem Umsturz innerhalb der internationalen Sozialpolitik immerhin gehabt hat, ist von der tschechisch-deutschen Koalitionsregierung verwirrschaftet worden. Es wieder zu gewinnen, ist eine Aufgabe, zu der die jetzige Parlamentsmehrheit nicht fähig ist und auch nicht den Willen hat.

Da muß sich die Arbeiterschaft der Tschechoslowakei unter dem Banner der Sozialdemokratie in starken Organisationen sammeln, um die bestehenden sozialpolitischen Einrichtungen gegen ihre Feinde zu schützen und um die Bahn frei zu machen für die Ausgestaltung des Arbeiter- und Angestellten schutzes im Geiste einer gesunden und modernen Sozialpolitik.

(Die vorliegenden Ausführungen lagen dem Kongreß im Druck vor. Gen. Schäfer ergänzte sie in einem wirkungsvollen mündlichen Referate, das wir nachstehend anfügen.)

Genossen und Genossinnen! Es freut uns alle aufrichtig die Arbeit, die in diesen beiden Tagen für das gesamte Proletariat der Tschechoslowakei geleistet wird. Es ist der erste und entscheidende Schritt vielleicht dazu, daß wir nicht nur auf politischem Boden, sondern ebenso in den Fragen der sozialen Gesetzgebung inmiger und einiger zusammen wirken, als das mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse im Laufe der letzten Jahre der Fall gewesen ist. Die Tschechoslowakei hat in den ersten Jahren nach ihrer Entstehung großen Wert darauf gelegt,

in der Welt als ein Staat angesehen zu werden, der es mit seinen sozialpolitischen Aufgaben ernst nimmt.

Die Sozialpolitik ist heute in der Staatsverwaltung etwas ganz anderes, als sie vor dem Kriege gewesen ist. Kein Staat darf sich verschließen, wenn er in der Welt Geltung haben und nicht als reaktionär betrachtet werden will, vor den Aufgaben der sozialen Verwaltung, vor dem Gedanken, daß die Staatsverwaltung verpflichtet ist, darauf zu sehen, daß der schrankenlosen Ausbeutung der arbeitenden Menschen entgegengewirkt wird, daß die Gesundheit der arbeitenden Klassen geschützt wird, und daß alle jene Gesetze zum Schutze der Angestellten und Arbeiter, um die früher oft vergeblich gekämpft wurde, nun in die Wirklichkeit umgesetzt werden müssen.

Es ist nicht zu leugnen, daß in der Tschechoslowakei in den ersten Jahren eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen nachgeholt, und zwar gut nachgeholt, wurde, die im alten Österreich nicht durchzusetzen waren. Ich möchte da nur an ein Gesetz erinnern, an das erste Krankenkassengesetz im Jahre 1919, das einen ganz gewaltigen Fortschritt gegenüber dem früheren Zustand bedeutet. Damals konnten die Arbeiter in diesem Staate noch auf geschlossene Organisationen blicken und es war dem Bürgertum nicht möglich, sich über die dringendsten Erfordernisse der Arbeiterschutzesetzgebung hinwegzusetzen, es mußte ihnen entsprechen. Aber kaum begannen sich in der Arbeiterbewegung die zersetzenden Folgen der bolschewistischen Agitation auszuwirken, so änderte sich in diesem Lande ebenso rasch der Kurs in der Sozialpolitik. Alles, was nachher durchgesetzt werden konnte, erforderte viel größere Anstrengungen, alles, was nachher geschehen ist, mußte in harten und zähen Verhandlungen den bürgerlichen Parteien abgerungen werden, und wenn es dem tschechischen Bürgertum in der allnationalen Koalition gelungen war, einzelne Arbeiterschutzesetze so zu gestalten, daß darin nicht allen Anforderungen der Gewerkschaften und der Arbeiterklasse entsprochen war, so freuten sich die Deutschbürgerlichen darüber, waren entzückt davon, denn sie sahen, daß sie ihre Doppelrolle weiter spielen

konnten, auf der einen Seite oppositionell gegen die allnationale Koalition aufzutreten und auf der andern Seite sich doch ihrem Klasseninteresse unterzuordnen, und so waren sie damit einverstanden, daß der Entwicklung der sozialen Gesetzgebung für die Arbeiter bedenkliche Schranken gesetzt wurden. Wenn es in der sozialen Gesetzgebung in der Tschechoslowakei ein langsameres Tempo nachher gegeben hat, so haben wir das nicht allein dem erstarkenden Machtbewußtsein der Unternehmerklasse und der bürgerlichen Parteien zuzuschreiben, sondern vor allem dem Umstand, daß

die Organisationen der Arbeiter, politische wie gewerkschaftliche, in frivoler Weise zerschlagen wurden.

(Sehr richtig!) Jeder Angriff, jeder Schlag gegen die Einheit der gewerkschaftlichen Bewegung, jeder Schlag gegen die politischen sozialdemokratischen Parteien war zugleich ein Dienst für die bürgerlichen Parteien dieses Staates. Sie haben daraus ihren Nutzen gezogen, sie haben daraus die Möglichkeit geschöpft, gegen den Fortschritt der sozialen Gesetzgebung zu wirken, und zwar mit Erfolg zu wirken. Nun sehen wir, wohin wir gekommen sind. Das deutsche Bürgertum, das schon zur Zeit der allnationalen Koalition niemals verschwiegen hat, wie es zu den Aufgaben der sozialen Gesetzgebung steht, hat nun den Weg in eine Koalition gefunden, in der das deutsche Bürgertum, die Großbauern und Industriellen, nichts anderes erblicken als eine Sammlung der gesamten reaktionären Kräfte der Tschechoslowakischen Republik gegen die Arbeiterklasse. Es ist pure Heuchelei, wenn im heurigen Jahre die eine oder andere bürgerliche Zeitung, bei Ihnen und bei uns in den deutschen Gebieten, scheinheilig verlauten läßt, man wolle in diesem Jahre auf dem Gebiete der sozialen Verwaltung nichts tun, was die Arbeiter in Erregung versetzen könnte. Es ist pure Heuchelei, weil wir aus dem Programm der Koalition, das sich die Deutschbürgerlichen zurecht gelegt haben, sehr genau wissen, daß es auf der ganzen Linie gegen die Interessen der Arbeiter, vor allem gegen die Sozialpolitik, gehen soll.

Begründet wird diese Einstellung gegen die soziale Gesetzgebung damit, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse ein rascheres Vorgehen in sozialpolitischen Fragen nicht ermöglichen. Die Konkurrenzfähigkeit der tschechoslowakischen Industrie käme angeblich in Gefahr, es werde ihre weitere Entwicklung gestört durch die übergroßen Lasten, die aus der sozialen Gesetzgebung auf der Industrie ruhen. Die Unternehmer und die Bürgerlichen, Regierung und Industrielle, weisen in ihren Darstellungen darauf hin, daß in den ersten Jahren der allnationalen Koalition, insbesondere unter dem Einfluß der sozialistischen Parteien, viel zu weit gegangen worden sei. Wir denken darüber anders, auch die Tatsachen zeigen uns ein anderes Bild.

Während aber in Deutschland unter dem Bürgerbloß der Reichstag der neuen Konvention über die Krankenversicherung bereits beigetreten ist, rüftet man bei uns auf der ganzen Linie gegen die Sozialversicherung und bereitet sich auf eine Verschlechterung der Krankenversicherung vor. Darüber hat ja vorhin unser Gen. Dr. Winter gesprochen und ich brauche mich mit dem Gegenstand nicht zu beschäftigen. Ich kann nur sagen, daß wir

in dem Abwehrkampf gegen das Attentat auf die Sozialversicherung von Anfang an eine geschlossene Kampffront aller sozialdemokratisch gerichteten Arbeiter gesehen haben,

daß wir aber auch da wieder erkennen mußten, daß den bürgerlichen Arbeiterfeinden im entscheidenden Augenblick immer Unterstützung aus den Reihen jener Partei kommt, die vorgibt, auch proletarische Interessen zu vertreten! (Sehr richtig!) Wenn aus dem Verhalten der kommunistischen Partei in der Frage

der Sozialversicherung die bürgerlichen Klassen in ihrem Treiben gegen die Interessen der Arbeiter eine Stärkung erfahren, so stellen wir fest, daß die Verantwortung dafür, vor allem und ausschließlich, jene zu tragen haben, die den einheitlichen Kampf unmöglich gemacht haben, den einheitlichen Kampf zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter auf dem Gebiete der Sozialpolitik.

Nur in ein paar Worten möchte ich auf die Aufgaben verweisen, die wir in der sozialpolitischen Gesetzgebung in allernächster Zeit in Angriff zu nehmen haben. Eine Menge sozialpolitischer Notwendigkeiten steht längst auf der Tagesordnung. Man hat vor Jahren den Schutz der Kollektivverträge angestrebt. Ein Gesetz über die Arbeitsvermittlung ist im sozialpolitischen Ausschuß bereits zu Ende beraten worden, aber den bürgerlichen Klassen ist es möglich gewesen, seine Durchführung zu verhindern. Noch immer stehen auf der Tagesordnung die Arbeitsgerichte, ferner die Arbeitsinspektion, die Ausdehnung der Fabriksinspektion und der Betriebsfürsorge. Das sind alles Fragen, die längst verwirklicht werden konnten, die durchaus nicht an den wirtschaftlichen Verhältnissen scheitern mußten. Auf diesem Kongreß wurde schon darauf verwiesen, daß unsere Wirtschaft im vergangenen Jahre durchaus nicht krisenhaft gewesen ist. In den industriellen Kreisen glaubt man, daß

der bessere Geschäftsgang, die Konjunktur auch weiterhin anhalten wird.

Gerade in einer Zeit, in der sich die Kapitalisten überaus bereichern können, in einer Zeit, da die Industriellen mit einer guten Beschäftigung in ihren Betrieben rechnen können, gerade in einer solchen Zeit soll die soziale Gesetzgebung zum Stillstand gebracht, ja abgebaut werden! Man will die Arbeiter, sagt man, zwar nicht im heurigen Jahr empfindlich treffen, durch schlechte Gesetze, durch den Abbau der Sozialpolitik, aber das sagt uns nur, daß, wenn die Feierlichkeiten anlässlich des zehnjährigen Bestandes der Tschechoslowakischen Republik vorüber sein werden, die jetzige Regierungskoalition entschlossen ist, das auszuführen, was sie sich als Programm gesetzt hat. Wir müssen damit rechnen, daß mit dem nächsten Jahre, wenn es dem Proletariat nicht schon in diesem Jahre gelingt, aufzuzeigen, daß diese Regierung keine Lebensberechtigung hat, wir noch härter um unsere sozialpolitischen Gesetze werden kämpfen müssen, und noch schwerer gegen jede Gefährdung und Bedrohung der sozialpolitischen Gesetze uns zur Wehr setzen müssen. Dazu haben wir uns zu rüsten.

Auf einzelne Gesetzesmaßnahmen und ihre Auswirkungen einzugehen unterlasse ich, weil Sie das in dem gedruckten Referat haben. Nur auf einen Umstand will ich noch verweisen. Wir haben auf dem Gebiete der Sozialpolitik in der Tschechoslowakei eine Reihe guter und gutgemeinter Gesetze, deren Ausführung aber viel zu wünschen übrig läßt. So ist der Achtstundentag in der Tschechoslowakei seit Jahren eine Frage, die uns in den Organisationen stark beschäftigen muß. Das Gesetz ist bis auf die Bestimmung bezüglich der Bezahlung der Überstunden gewiß vorzüglich. Aber wenn man daneben Millionen von Überstunden mit behördlicher Bewilligung einlegen kann, so verliert der Achtstundentag für die Arbeiterklasse an Wert und Bedeutung. Dazu kommen noch jene Überstunden, die ohne behördliche Bewilligung gemacht werden und die man immer und immer wieder macht, weil die politischen Behörden, je weniger Einfluß die Arbeiter im Staate haben, über solche Klagen um so geringschätziger hinweggehen. Es ist ferner für die Angestellten eine Reform der Pensionsversicherung in Vorbereitung. Da sehen wir gleichfalls, daß in den Vorbereitungsarbeiten sich die Unternehmer mit ihren Forderungen schon weitgehend durchgesetzt haben. Was erleben wir nicht bei der Krankenversicherung für die staatlichen Angestellten, beim sogenannten *Seifonds*?

Das ist ebenfalls ein Gesetz, das sicherlich als sozialpolitische Einrichtung sehr wertvoll sein sollte, wenn nicht seine Ausführung die öffentlichen Angelegenheiten geradezu verbittern müßte. Das alles hängt aber damit zusammen, daß unser politischer Einfluß, der Einfluß der sozialistisch denkenden Arbeiter seit dem Jahre 1920 in der Tschechoslowakischen Republik schwächer geworden ist, daß wir die Spaltung durchmachen mußten, daß große Massen, die früher in unseren Reihen standen, nunmehr indifferent und gleichgültig sind oder sich auf Irrwege verleiten lassen. Wir sind überzeugt und hoffen, daß von diesem Kongreß aus der

Wahnruf zum Zusammenschluß aller sozialdemokratischen Kräfte der Tschechoslowakischen Republik nicht nur ausgehen wird, sondern auch gehört werden wird. Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte, die schon früher häufig mit ihren tschechischen Genossen und Genossinnen, mit ihren tschechischen Kampfbrüdern bei der Verteidigung sozialpolitischer Forderungen zusammenwirken mußten, die schon früher gezwungen waren, zur Wahrnehmung ihrer sozialpolitischen und wirtschaftlichen Interessen zusammenzugehen, begrüßen insbesondere den Schritt, den die sozialdemokratischen Parteien auf diesem Kongreß tun. Wir werden in geeinter Arbeit imstande sein, die Anschläge der Reaktion auf die sozialpolitische Gesetzgebung zurückzuweisen. Wir werden imstande sein, zu verhindern, daß die Pläne der reaktionären Parteien verwirklicht werden.

Wir müssen imstande sein, zu durchkreuzen, was man alles vorhat. Wir müssen imstande sein, die sozialpolitische Gesetzgebung wieder in Fluß zu bringen und dafür zu sorgen, daß eine moderne Sozialpolitik der Grundsatz der Staatsverwaltung wird. In der Sozialpolitik darf es nie einen Stillstand geben. Sie vorwärts zu bringen ist unsere Aufgabe und die Arbeit dieses Kongresses wird dem Proletariat in der Tschechoslowakei einen großen Dienst leisten. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Kirpal (deutsch und tschechisch): Wir kommen zur Debatte über beide Referate. Als erster gemeldet ist Gen. **Gabrman**.

Gabrman (mit Beifall begrüßt): Durch die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus zieht sich wie ein roter Faden eine Erscheinung, die auf den Gegensätzen in der Auffassung über die Taktik beruht. So wie jetzt gab es auch in der Vergangenheit Gegensätze in der Arbeiterbewegung. Es gibt eine radikale und eine schöpferische, positive Bewegung. Die einen glauben, daß es besser ist, zu den Waffen zu greifen, zur gewaltsamen Revolution, wenn, wie wir sagen hörten, überall mit dem Knüppel dreingeschlagen wird, aber auf der anderen Seite sehen wir, daß das eine künstlich in die Reihen der Arbeiterschaft getragene Erscheinung ist, und als Folge sehen wir den Aufschwung der gelben, bzw. clerikalen und faschistischen Arbeiterbewegung.

Wenn wir zurückblicken, so erkennen wir, daß sich in der Vergangenheit mehrmals wiederholte, was wir heute erleben. Die Reihen der Arbeiter und Sozialisten wurden gespalten, es entstand ein Kampf und ein sinnloses Umsichschlagen, so daß allen Arbeitern und Genossen angst und bange wurde und sie sich fragten: „Das ist der Weg des Sozialismus?“ Aber wenn die Perzektion den höchsten Grad erreicht hatte, wenn sich alles von der Arbeiterbewegung abkehrte, trat immer die Ernüchterung ein, immer siegte der Gedanke der Besonnenheit und Vernunft, immer neigte sich die Arbeiterklasse dem wissenschaftlichen Sozialismus zu, niemals siegte der Ansturm von rechts oder links, und, Freunde, ich bin fest überzeugt, daß es auch diesmal so sein wird, daß auch diesmal die gesunde Vernunft siegen wird, daß die gesunde Linie des internationalen schöpferischen Sozialismus siegen wird. (Sehr gut, Beifall.)

Heute sind wir, wenn ich so sagen darf, gerade in feiertägiger Stimmung, da wir der Zeit entgegengehen, da wir eine gewisse Entfremdung gegenüber den deutschen Genossen, und zwar wegen der Auffassung vom Staate als Überrest unserer Stellung in Österreich, überwunden haben. Heute, liebe Freunde, sind wir uns näher gekommen und ich glaube, Genossen und Genossinnen, sagen zu dürfen, daß niemandem der Kopf darüber schmerzen muß, daß wir uns wiedergefunden und angenähert haben. (Sehr gut, Beifall.) Die deutschen Genossen wissen, daß wir gute Angehörige unserer Nation bleiben, so wie wir wissen und wünschen, daß auch sie aufrichtige und gute Angehörige ihrer Nation bleiben. (Beifall.) Die Fragen der nationalen Kultur können und dürfen nicht durch gegenseitigen Streit, sondern durch Entgegenkommen gelöst werden. Ich bin überzeugt, daß wir auf diesem Wege zur Befriedigung unserer nationalen und kulturellen Ziele und auch der sozialistischen und Arbeiterforderungen recht weit kommen werden. Ich bin auch fest überzeugt, daß es vielleicht nicht mehr lange dauern wird, so wie in der Vergangenheit, bis die Arbeiterschaft die Dinge durchschaut und zur Erkenntnis kommen wird, daß es nicht die richtigen Kampfmittel sind, wenn ein Arbeiter den anderen beschimpft, wenn ein Sozialist den anderen schmäht, sondern daß es für unsere Arbeiterbewegung nur einen richtigen Weg gibt, und zwar den Weg des gemeinsamen Vorgehens, eines solchen Vorgehens,

welches den größten Erfolg der Arbeiterklasse im Geiste des Sozialismus gewährleistet bei den geringsten Opfern der sozialistischen Arbeiterklasse.

(Beifall.)

Wir beschäftigen uns heute mit dem Gedanken der Sozialpolitik und der auftretenden Reaktion und dazu will ich einige Worte sagen. Wenn wir uns fragten, was die gegenwärtige Regierung für ein Programm hat, welches ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Richtlinien sind, wie ihr staatliches und politisches Programm aussieht, so würden wir einfach das Programm der heutigen schwarz-grünen Koalition nicht erfragen. Aber wir kennen doch ihre Richtung, ihren Kompaß. Es war der Herr Minister Srámek, der jetzige Stellvertreter des Vorsitzenden der Regierung, welcher der ganzen Welt sagte, wohin die Reaktion heute bei uns zielt. Auf dem Kongreß der Volkspartei in Brünn sagte er unter anderem — das war jener programmatische Satz der jetzigen Reaktion —, daß es „notwendig ist, den sozialen und kulturellen Radikalismus abzubauen“. Und er erklärte, daß es schwer, daß es langsam gehen wird, daß es aber gehen wird. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß der jetzige Minister für soziale Fürsorge das Programm des Abbaus des Radikalismus im sozialen und kulturellen Sinn aufgestellt hat.

Der Abbau des sozialen Radikalismus hat den Sinn, daß für fast eine Million proletarischer Männer und Frauen die Aussicht auf ein Stückchen Brot im Alter und bei vorzeitiger Arbeitsunfähigkeit abgebaut wird. In dieser und in anderen Richtungen soll auf Kosten der Arbeiterklasse, auf Kosten der Interessen und Bedürfnisse des Proletariats abgebaut werden. Es soll auch der Mieterschutz abgebaut werden, die Bezüge der Kriegsbeschädigten, kurz es soll überall dort abgebaut werden, wo es die Arbeiterklasse schmerzt, und auf der anderen Seite will diese Regierung die Bezüge großer Herren, der österreichischen Generale, vermehren, ihre Pensionen erhöhen. (Pfui!)

Wir sehen also, in welcher Richtung sich unsere Staats- und Regierungs-politik bewegen soll. Gestatten Sie aber, daß ich auch auf den Abbau in kultureller Richtung hinweise. Es ist der Entwurf eines Gesetzes über die Reform der Schulverwaltung aufgetaucht, der die Aufgabe hat, die Schule zu

klerikalisieren, unsere Volks- und Bürgerjulen dem Klerikalismus und der Bürokratie auszuliefern. Das bedeutet, daß in der Schulverwaltung nicht mehr wie bisher zu zwei Dritteln Vertreter der Bevölkerung und zu einem Drittel Lehrer sitzen sollen, das sind also die Schichten, die an der Erziehung unserer Kinder das größte Interesse haben, sondern daß statt dessen die Schulverwaltung in den Ortsschulräten, Bezirksschulräten und Landesschulräten klerikalen und bürokratischen Virilisten ausgeliefert werden soll, wie es in Österreich war. Die Vertreter der Kirche sollen auf Grund ihrer kirchlichen Würde in der Schulverwaltung sitzen, die katholische Kirche soll sogar durch zwei Mitglieder vertreten sein. Freunde, sagen wir uns ganz offen: Ist es möglich, ist es würdig, daß im 20. Jahrhundert in der Schulverwaltung Institutionen und Personen sitzen, deren grundsätzlicher Standpunkt es ist, daß sie sich nicht zur Bürgerchaft ihrer Nation und ihres Staates bekennen, wie es die katholischen Kirchenmänner machen? Die katholischen Kirchenmänner haben freiwillig auf die bürgerlichen Rechte und Pflichten verzichtet, sie haben sich sogar ihrer väterlichen, ihrer Familienrechte begeben, und diesen Elementen soll die Verwaltung unseres Schulwesens ausgeliefert werden? So wie wir uns gegen die soziale Reaktion wenden, so müssen wir uns auch zur Wehr setzen gegen die kulturelle Reaktion. (Bravo, Beifall.)

Wie die Reaktion in sozialer Beziehung uns nimmt, was wir verdient und erkämpft haben, so soll durch die Klerikalisierung und Bürokratisierung unseres Schulwesens wieder die Rückständigkeit in unsere Lehrmittel hineingetragen werden, es soll der Versuch gemacht werden, daß die Arbeiterklasse weniger gebildet, rückständiger gemacht wird, damit sie nicht imstande ist, ihre Interessen zu vertreten und für ihre Zwecke zu arbeiten und zu wirken. Und deshalb glaube ich, mögen auch die Herrschaften die Reaktion in dieser oder jener Richtung vorbereiten, unsere Antwort muß sein: Meine Herren, baut nur Euer Kartenhaus auf, die tschechoslowakische sozialistische Arbeiterschaft wird sich darum kümmern, daß das Gebäude Eurer Reaktion wie ein Kartenhaus zusammenstürzt, daß es niedergeworfen wird, daß der Fortschritt, die Demokratie und der Sozialismus siegt! (Bravo, lebhafter Beifall und Zustimmung.)

Vorsitzender **Saml**: Weiter kommt zum Wort Genosse **J. Hruška** aus **Baňská Bystrice**.

Hruška: Wertes Kongreß! Als die ungarische Regierung die Mängel ihres Gesetzesartikels XII vom Jahre 1891 über die Krankenversicherung erkannte, verbesserte sie diesen mit dem Gesetzesartikel XIX vom Jahre 1907 und zentralisierte die Sozialversicherung des ganzen Landes in einer Anstalt. Dieses Gesetz kennt keine Betriebs-, Genossenschafts-, Gremial-, Beamtenklassen, sondern wirkt dahin, daß die Versicherungsprägenel dem Bedürfnis der Arbeiterschaft entsprechen und daß die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Anstalten der Morbidität und Mortalität unter den Versicherten entspricht. Ja diese Regierung, welche die Arbeiterbewegung mit Husarenstiefeln niedertrat, kümmerte sich doch darum, daß die nichtversicherten Gattinnen der Versicherten Wöchnerinnenunterstützung erhalten, sie anerkannte die Verpflichtung zur Heilfürsorge in Sanatorien und Bädern, sie erweiterte die Heilfürsorge, sie kümmerte sich sogar durch den Ausbau von Krankenhäusern und Sanatorien um die systematische und zweckmäßige Heilfürsorge. Und wenn wir die Verhältnisse vergleichen, so müssen wir uns darüber aufhalten, daß es in der Tschechoslowakei möglich ist, das Sozialversicherungsgesetz in so unerhörter und laienhafter Weise auf Kosten der sozial Schwächsten zu verschlechtern, nur um den Wählern der Koalition ein Geschenk zu bringen.

Diese Regierung verächtelt das ungarische Krankenversicherungsgesetz und die slowakische Arbeiterschaft wird niemals die „demokratische“ Handlungsweise der heutigen Koalition vergessen, namentlich nicht das Vorgehen der Volkspartei.

Die Regierung geht so weit, daß sie die Öffentlichkeit mit falschen Ziffern täuscht und behauptet, daß das Gesetz zugunsten der Versicherten und Angefallenen verbessert wird. Bei nur ein wenig Verständnis würde sie bei uns noch ein weites Feld der praktischen Tätigkeit auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge finden. Der Mangel an entsprechenden Krankenhäusern, ordentlich ausgestatteten Fachkliniken, Fachärzten, der Mangel an Prävention bei ansteckenden Krankheiten, der Mangel an ordentlichen Volkswohnungen, all das verlangt Abhilfe; da wäre ein Wirkungsfeld für die Regierung und die öffentlichen Organe. Wir haben keine Armenhäuser, wir haben unzureichende Waisenhäuser, die Gemeinden haben keine Mittel, sich um die alten, abgearbeiteten Menschen zu kümmern und es ist eine schreckliche Anklage gegen das Regime, wenn wir täglich lesen müssen, daß da oder dort ein alter Arbeiter Hungers gestorben ist. Wo ist da die Menschlichkeit, die Gerechtigkeit und das Recht? Die heutige Regierung anerkennt das Recht auf Leben, aber nicht das Recht auf ein Stück Brot. Noch niemals hatten wir ein so niedriges Existenzminimum von 8 bis 10 Kč täglich wie jetzt.

Die kirchlichen Latifundien bleiben erhalten, die großen Restgüter auch, aber an einige wenige Restgüter für die Sozialversicherungsinstitutionen zur Unterbringung von Rekonvaleszenten, Tuberkulösen, für die präventive Unterbringung der gesunden Mitglieder aus Familien von Tuberkulösen hat niemand gedacht, denn soviel Sinn für soziale Bedürfnisse kann man bei der heutigen Koalition nicht voraussetzen.

Die beantragte Novelle schließt die Saison- und Heimarbeiter aus der Versicherung aus. Es gibt nirgends größere Not als unter den Saisonarbeitern. Die Grundherren und christlichen Großgrundbesitzer wissen, wie das Volk lebt, kennen seine Leiden und Nöte, aber sie scheuen sich nicht, ihm die einzige Lebensmöglichkeit im Falle des Alters und der Invalidität zu nehmen. Das ist das soziale Empfinden bei uns. Die Devise der Koalitionsparteien ist, die Bastionen der Sozialdemokratie zu zerstören, die Krankenversicherungsanstalten zu zerbrechen und sie vergessen, daß die sogenannten sozialistischen Domänen zugunsten des armen Volkes und seiner Gesundheit soviel Gutes geleistet haben, wie der ganze Klerus seit seinem Bestehen nicht gegeben hat. Die Demagogie, welche in dieser Richtung getrieben wird, trägt ihre Früchte, auf dem Felde der tschechoslowakischen Demokratie wuchert das Unkraut.

Ich behaupte, daß die Regierung den Industriemagnaten hilft, den Frieden der Arbeiterfamilien zu zerstören, daß sie ihre Machtstellung zur Provokation des armen Volkes mißbraucht. Die Geschichte lehrt auf jeder Seite, wohin eine solche Politik führt und was ihr Ende ist, aber in der Regel wissen es die Machthaber nicht, hören nicht auf Warnungen und zerbrechen die letzten Brücken, die zum Rückweg führen. Die beantragte Novelle zum Sozialversicherungsgesetz bedeutet das Zerreißen des letzten Bandes zwischen ihnen und uns.

Die Regierung will die Sozialversicherung durch die Novelle aus dem Milieu herausreißen, in dem sie entstanden und gewachsen ist, das ihm die Form gegeben hat und will sie der verknöcherten, unpraktischen staatlichen Bürokratie ausliefern. Sie verliert dadurch ihre bisherige Elastizität zum Schaden der Arbeiter, aber auch zum Schaden der Gemeinden und des Staates selbst. Die slowakische Arbeiterschaft ist sich der Folge einer solchen Novel-

lierung wohl bewußt, deshalb hat sie sich entschlossen, gegen sie entschieden zu protestieren und stellt sich solidarisch an die einheitliche Front des Kampfes um ihre Verbesserung.

Ich weiß gut, daß keiner der Herren unserer Koalition die Verhältnisse des armen Volkes in der Slowakei kennt und wenn er sie kennt, so fühlt seine Menschlichkeit keine Scham. Wer von ihnen kennt das Lebensmarthrium der armen slowakischen Mütter, die täglich in Sorge sind, daß man ihnen den Ernährer als Leiche heimbringt? Keiner! Leben in ihrer Seele nicht die Worte Bezruč: „Maričko mrzne a není co jísti — na horách plno je dřeva“ („Marie, es friert und wir haben kein Brot, die Berge stehen voll Holz“). Sehen sie die Tragik des Arbeiterlebens nicht, diese Tragik Maria Magdalenas Tag für Tag? Sie sehen sie, aber sie wollen nicht sehen! Sie verfinstern die Sonne, die für eine halbe Million arbeitender Menschen aufgegangen ist. Sie zielen dorthin, wo es am meisten schmerzt. Sie vergessen, daß sich der Arbeiter täglich die Frage vorlegt: „Was wird aus mir, wenn ich nicht mehr arbeiten kann?“ und verweisen ihn an den Bettelstab.

Diese Regierung, die ihrem Programm und ihren politischen Verpflichtungen untreu geworden ist, die unbekümmert um die Folgen den Rechtszustand im Staate zerstört, die Gemeinden vernichtet, die Schulen klerikalisiert, sich auf die Führer der magyarischen Irredenta stützt und die rechtmäßig erworbenen Ansprüche der Arbeiter antastet, ist dazu vorausbestimmt, das Urteil an sich selbst zu vollziehen. Wir fühlen täglich die Folgen der Macht dieser Koalition und deshalb sagen wir der Regierung im Bunde mit allen Gliedern der Sozialdemokratie in der Tschechoslowakischen Republik den Kampf an, rückwärts losen Kampf, Kampf bis zum Sieg. (Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat weiter Genossin Marie Brabliková aus Troppau.

Brabliková: Werte Versammlung, Genossen und Genossinnen! Als Arbeiterin auf sozialem Gebiete begrüße ich diesen Kongreß, der namentlich für uns Frauen so wichtig ist. Das Gebiet der Humanität verlangt in der Tat, daß sich die Frauen aller Nationen vereinigen, um über diese humanitären Probleme zu beraten. Es wurde schon viel über die Sozialversicherung gesprochen, die uns Frauen am meisten berührt. Wohin wir blicken, überall laitet Not auf den Haushalten und sie trifft am meisten unsere Mütter. In der Sozialversicherung fehlt uns auch die Mutterchaftsfürsorge, was wir Arbeiterinnen auf diesem Gebiete schwer empfinden. Auch auf dem Gebiete der Bezirksjugendfürsorge spüren wir, wie wenig an Subventionen für die Ärmsten gewidmet wird. Dagegen wissen wir genau, wie anders die Agrarier sich Subventionen für das Vieh zuschanzen. Es ist traurig, daß wir auf dem Kongreß darüber reden müssen. Aber es ist unsere Pflicht. Wenn eine Bezirksjugendfürsorge eine Subvention für Einrichtungen im Interesse der Jugend verlangt, die einen Aufwand von 40.000 bis 50.000 Kronen erfordern, erhält sie kaum 3000 Kronen. Bedenken Sie, wie schmerzlich es für uns ist, wenn wir mit so unbeträchtlichen Summen den Armen helfen sollen. Dabei muß ich bemerken, daß auch unsere Gemeinden mit diesen Aufwendungen sehr belastet sind. Wir Frauen müssen in den gesetzgebenden Körperschaften uns dafür bemühen, daß hier Abhilfe geschaffen wird. Wir werden Hand in Hand mit den Genossinnen aller Nationen in der Republik arbeiten, damit auf diesem Gebiete Wandel geschaffen wird.

Was die Kommunalpolitik anbelangt, auf welchem Gebiete ich gleichfalls Gelegenheit hatte zu arbeiten, so muß ich sagen, daß ich dort am besten gesehen habe, wie notwendig es ist, daß die Frauen an dieser Tätigkeit Anteil nehmen. Ich komme aus Troppau und muß sagen, daß wir bei uns mit den deutschen Genossinnen sowohl auf wirtschaftlichem, als auch auf kultu-

rellem Gebiete in gutem Einvernehmen zusammenarbeiten. Ich kann unseren herzlichsten Dank an jene aussprechen, die sich darum bemüht haben, daß es zu dieser Einigung kam, dazu, daß wir uns gegenseitig die Hände reichen, um weiter zu kämpfen für die Forderungen der Arbeiterschaft.

Neben der wirtschaftlichen verdient auch die kulturelle Politik große Aufmerksamkeit. Sie sehen, wie man mit unseren Kindern umgeht, wie sie dem Klerikalismus ausgeliefert werden sollen, wie alles klerikalisiert werden soll. Da ist es notwendig, daß wir alle das abwehren. Es ist richtig, daß unsere Männer in dieser Richtung tätig sind, aber sicher obliegt es in erster Linie auch der Frau, mit aller Energie diesen Verhältnissen entgegen zu arbeiten. Ich glaube, daß es uns gelingen wird, und ich kann versprechen, daß wir mit allen Kräften dahin wirken werden, daß in den Dingen, die ich hier kurz gestreift habe, eine Besserung eintritt. Zur weiteren Entwicklung wünsche ich viel Glück. (Bravo, lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat Genossin Abg. Fanny Blatny aus Karlsbad.

Blatny (mit Beifall begrüßt): Genossen und Genossinnen! Der Umsturz hat uns Frauen gleiche politische Rechte gebracht, aber diese Rechte haben sich nicht in die Tat umgesetzt, weder in der Gesetzgebung, noch auch im Wirtschaftsleben. Ich will hier im Zusammenhang mit dem Referat nicht eingehend darüber reden, wie unser ganz veraltetes Familienrecht und Eherecht die Frau als ein Wesen zweiter Güte deklariert, wie auf Grund unseres Eherechtes die Frau durchaus nicht die Rolle einnimmt, die ihr in einer demokratischen Gemeinschaft zugewiesen sein sollte. Ich will auch nicht davon reden, welch schmerzliches Unrecht den unehelichen Kindern zugefügt wird, die des natürlichen Schützers entbehren müssen und im Gesetz keinen Schutz finden. Ich will nicht von den Fragen der Bevölkerungspolitik reden, die durchaus keine Frauenfragen sind, ja nicht einmal eine Arbeiterfrage. Ihre Bedeutung geht weit darüber hinaus, denn die Bevölkerungspolitik ist für das Leben der Massen heute einschneidender als manche politische Revolution. Ich will hier nur ein Wort von den schweren Nöten der Frau im Wirtschaftsleben reden. Das Referat, das wir heute gehört haben, hat uns gezeigt, wie wir es ja auch erleben, daß eine machtthungrige Majorität des tschechischen, des deutschen und slowakischen Bürgertums sich zusammen gefunden hat, um darüber zu beraten, wie sie es anstellen könnten, um den tschechischen, deutschen, slowakischen, ungarischen und polnischen Arbeitern das Brot wieder ein wenig kleiner zuzumessen.

Aber nicht nur das Brot haben sie uns genommen, nicht nur die Freiheit haben sie uns genommen, jetzt gehen sie an die sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit heran. Der Achtstundentag gefällt ihnen nicht, vor allem aber nicht die Sozialversicherung. Die Sozialversicherung ist sicherlich nicht die Erfüllung der Sehnsucht der Arbeiterschaft, aber sie ist ein erster Schritt und als solcher ist sie uns heilig. Nun gehen die Bürgerlichen daran, die Sozialversicherung in ihrem Aufbau zu demolieren, sie wollen nahezu eine Million Menschen, und zwar

gerade die Hilflosesten und Ärmsten der Menschen aus der Sozialversicherung hinauszwerfen,

namentlich aus der Altersversicherung. Der deutsch-agrarische Abgeordnete Heller hat auf einem Kreisparteitag in Grulich in bezug auf die Altersversicherung gesagt:

„Wozu brauchen denn die Arbeiter eine Altersversicherung, sie werden ja ohnedies nicht 60 Jahre alt.“

(Pfei-Mufe.) Die Verschlechterung trifft nahezu eine Million Arbeiter und damit auch deren Frauen, dann Tausende von Heimarbeiterinnen und Land-

arbeiterinnen und Frauen mit vorübergehender Beschäftigung. Dagegen erheben wir von dieser Stelle aus den leidenschaftlichsten Protest!

Ich will Ihnen, Genossen, hier ein Wort des Dankes sagen. Wir wissen es zu schätzen, daß es der sozialdemokratische Arbeiter gewesen ist, der die neben ihm arbeitende Frau nicht als Lohnrückerin und nicht als Konkurrentin empfunden hat, sondern nur als die gleich ihm ausgebeutete Klassengefährtin. Ihnen dies hier einmal zu sagen, gebietet uns unsere Erkenntnis der geschichtlichen Vorgänge, gebietet uns unsere Dankspflicht. Der Kapitalismus hat die Frauen aus anderen Motiven in den Betrieb gerufen. Das Weib war ihm ein noch willfähriges Ausbeutungsobjekt.

Lassen Sie mich ein Wort darüber sagen, wie diese Arbeit des Weibes in den Betrieben aussieht, wie heute

die proletarische Frau unter dieser ungeheueren Ausbeutung in ihren verschiedenen Formen nahezu zusammenbricht.

Das Weib in Betrieben, und mag sie bis zum Weißbluten ausgebeutet werden und mag sie die gleiche Leistung wie der Mann hervorbringen, hat doch den niedrigeren Lohn, sie wird schlechter bezahlt als der Mann, trotzdem auch sie einen Magen hat und trotzdem auch sie sich kleiden muß. Wenn auf den Mann nach überlanger Arbeitszeit endlich der Feierabend wartet, auf das Weib wartet kein Feierabend, denn wenn das proletarische Weib nach der Berufsarbeit nachhause kommt, dann wartet ihrer neuerliche Arbeit, die wiederum ihre Kraft erfordert, die Arbeit im Haushalte. Lassen Sie mich auch ein Wort darüber sagen, wie die Arbeit im Hause heute aussieht. An dem proletarischen Haushalte sind die Entdeckungen der Techniker vorüber gegangen. Nirgends herrscht eine solche Verschwendung von Kraft und Zeit wie im proletarischen Haushalt. Und wenn nun diese Arbeit verlaufen ist, wenn das Weib Kinder hat und sich mit ihnen abgeben muß, dann kommt vielleicht noch eine zermürbende, unruhige Nacht. Aber dann kommen auch wir und müssen der proletarischen, ausgebeuteten Frau sagen: Du Weib, auch wir brauchen Deine Zeit, auch wir brauchen Deine Kraft, die Zeit für die organisatorische Arbeit, Deine Kraft endlich einmal für Deine eigene Angelegenheit. Kiesenkräfte werden heute von denen verlangt, die man zum schwachen Geschlecht rechnet.

Wenn ich Sie nun hier sehe, die tschechischen, die deutschen, die polnischen, die slowakischen Genossen, und wenn ich Sie jetzt bitte, sich mit Ihrer ganzen Geltung hinter unsere Forderungen zu stellen, so seien Sie überzeugt: Der Dank der Frauen wird nicht ausbleiben!

Wenn es auch heute noch da und dort so ist, daß infolge der Zurückgebliebenheit der Frauen ihre Stimmen, die uns gehören sollen, anderen Parteien, den bürgerlichen Parteien zugute kommen, wenn es uns aber einmal gelungen sein wird, durch Ihre Unterstützung die Frauen aus ihrer Dumpfheit und Stumpfheit zu erwecken, so seien Sie überzeugt, dann werden die Frauen in der internationalen Arbeiterbewegung den revolutionärsten Teil bilden. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender: Für die tschechoslowakische sozialdemokratische Jugend hat das Wort Genosse W. Kasal aus Prag.

Kasal: Unter denjenigen, die mit den Gefühlen wahrer Freude und voller Bereitwilligkeit für die Zukunft den Gedanken eines proletarischen Kongresses aller Nationen in der Republik begrüßt haben, die diesem Kongreß mit großer Hoffnung entgegen sahen, steht in erster Reihe die sozialdemokratische Jugend. Die tschechoslowakische sozialdemokratische Jugend hat schon im Jahre 1920 in ihre allgemeinen Programmgrundsätze eine Forderung eingereiht, in der die Einberufung eines proletarischen Kongresses aller

sozialdemokratischen Arbeiter in der Republik ohne Unterschied der Nationalität verlangt wird, als erste Etappe zur Konzentration der zerstreuten Kräfte der Arbeiterschaft in diesem Staate. Durch die Verwirklichung dieses Kongresses wurde auch eine der allgemeinen programmatischen Forderungen der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Jugend erfüllt. Die sozialdemokratische Jugend unterließ auch in der Zeit der Offensive des Sozialismus in der Republik nicht, auf die große Bedeutung der Konzentration der zerstreuten Kräfte als einer bedeutsamen Voraussetzung für die Eroberung der politischen Macht hinzuweisen. Heute, da die Arbeiterklasse die Zusammenfassung aller ihrer Kräfte als die grundsätzliche Bedingung jedes weiteren Erfolges des Sozialismus und der Arbeiterschaft überhaupt ansieht, begrüßen wir diesen Kongreß mit doppelter Freude. Es ist begreiflich, daß die tschechische und deutsche Jugend, die ihre politische Aktivität und ihren Lebenslauf unter geänderten sozialen, wirtschaftlichen, politischen, psychologischen Voraussetzungen beginnt, bald den Weg zu gemeinsamen Kämpfen findet. Zwischen uns standen niemals trennende Tatsachen, die ein Hindernis fruchtbarer Arbeit gewesen wären. Schon in der Zeit, als die gegenseitige Kritik der politischen Methoden unserer Mutterparteien oft zu sehr scharfen Worten führte, schon damals zeichnete uns Sprache ein starkes Bestreben nach Schaffung fester und bestimmter Formen der Zusammenarbeit aus. Die Aufrichtung einer gemeinsamen Front der sozialdemokratischen Jugend beider Nationen, der Jugend, die für eine gerechte Lebensordnung, für ein höheres Lebensniveau der arbeitenden Menschen kämpft, hat für uns aufgehört, ein Problem zu sein und wurde eine Selbstverständlichkeit, wurde Tatsache. Unsere Eltern finden sich heute zu gemeinsamer Arbeit und zu gemeinsamem Kampfe.

Die Kinder haben sich schon vor einigen Jahren gefunden.

Der ständige gemeinsame Ausschuß der tschechischen und deutschen sozialdemokratischen Jugend vollendet in diesem Jahre schon das zweite Jahr seines Bestandes, seiner Arbeit und seines Kampfes zugunsten des arbeitenden Nachwuchses. Es ist sicher am Platze, diese Tatsache heute entsprechend zu betonen. Wir fanden uns mit den deutschen Genossen in gemeinsamer Front in der Frage des Kampfes gegen die militaristischen Vorlagen, die gegen die Jugend gerichtet waren, und wir finden uns heute mit dieser Jugend in der Frage des gemeinsamen Kampfes gegen die Novellierung des Gesetzes über die Sozialversicherung, wir finden uns auch noch bei anderen freudigen und feierlichen Gelegenheiten zusammen, denn nicht nur der gemeinsame Kampf und die gemeinsame Arbeit, sondern auch gemeinsame Freude bringt uns einander näher. (Zustimmung.)

Wir sind uns der großen erzieherischen Bedeutung bewußt, die dieser gemeinsamen Arbeit und diesem gemeinsamen Kampfe für die junge Generation der Sozialdemokratie in diesem Staate innewohnt. Der heutige Kongreß ist ein Anfang, er ist das Signal einer neuen Etappe. Die Fortsetzung der Bestrebungen, die von ihm zum Ausdruck gebracht wurden, werden die Arbeit der nächsten Jahre ausfüllen, sie bedeuten die Übereinstimmung in den Kampfmethoden gegen die Reaktion, sie bedeuten also den Kampf für die Erweiterung der politischen Macht und des Einflusses des Proletariats in der Republik. Die Jugend der sozialdemokratischen Parteien in der Republik versteht sehr gut den Ruf des heutigen Kongresses als einen Appell an ihre Bereitschaft und Opferwilligkeit. Die Aufgaben, welche der erste gemeinsame sozialdemokratische Kongreß aufstellt, weisen in die Zukunft. Die heutige Jugend ist berufen, durch ihre fruchtbare Arbeit ihr Morgen auszufüllen. Es wurden hier schon Worte über den Glauben und die moralische Kraft gesprochen.

Nirgends ist soviel Glaube und moralische Kraft zu finden, als in unseren Reihen, bei der sozialdemokratischen Jugend.

(Bravo!) Die gegenwärtige Situation der Arbeiterklasse bedeutet die Verteidigung der wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterschaft. Die Reaktion benützt die gegenwärtige Periode zum Generalangriff auf die Nachkriegszerrungen der Arbeiterschaft. Die Jugend ist der wirtschaftlich schwächste Teil der Arbeiterklasse und deshalb hofft die Reaktion gerade hier auf Erfolg. Von den militaristischen Vorlagen bis zum heutigen brutalen Angriff auf die Armee der Lehrlinge in der Frage ihrer Ausschaltung aus der Sozialversicherung stoßen wir überall auf das Bestreben, auch die letzten, unbedeutenden Freiheiten des arbeitenden Nachwuchses abzubauen.

Die Situation der Arbeiterklasse erfordert auch bei der Jugend Sinn für die Tatsachen. Trotz unserer Jugend wollen wir uns nicht in eine fata morgana vergaffen und darüber unsere Pflichten und Arbeiten in der Gegenwart vergessen. Wir haben in der Vergangenheit alles für die Vereinigung des tschechischen und deutschen Arbeiters getan, wir werden es auch in der Zukunft tun. (Zustimmung.)

Die Vergeudung der Arbeiterkräfte in der Tschechoslowakischen Republik, diese Unökonomie darf sich nicht wiederholen. Dieser Kongreß ist für die sozialdemokratische Jugend in erster Linie ein Gelöbniß, ein verbindliches Gelöbniß, daß wir freudig dem Gedanken des Sieges des internationalen Sozialismus in der O.S.R. unseren Anteil darbringen, unsere Opferbereitschaft, unsere unermüdlische schöpferische Arbeit. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat für die deutsche sozialistische Jugend Genosse Karl Kern aus Teplitz-Schönau.

Kern (Deutscher sozialistischer Jugendverband): Werte Genossen! Die Vertreter der sozialdemokratischen Jugend haben die Ausführungen der Genossen Schäfer und Dr. Winter mit ganz besonderem Interesse gehört. Denn sie wissen, daß die Jugendschutzgesetzgebung in diesem Lande sowie die andere soziale Gesetzgebung an einem großen Mangel leidet, daß sie in diesem Lande am rückständigsten in Mitteleuropa ist. Die Jugend kennt den Achtfundentag noch viel weniger als die erwachsenen Arbeiter. Die Jugend wartet seit Jahren auf eine moderne Reform des Fortbildungsschulunterrichtes, sie leidet unter einer Entlohnung, die jeder Beschreibung spottet. Die Jugend hofft, daß durch das geeinte Vorgehen der sozialdemokratischen Parteien, durch die Einigung aller sozialistischen Kräfte in diesem Lande auch sie aus dieser unerträglichen Sklaverei erlöst werden kann. Aber darüber hinaus nimmt die sozialdemokratische Jugend an den Geschehnissen dieses Kongresses den lebhaftesten Anteil. Nicht nur die Gedanken der erwachsenen Arbeiter, sondern auch die der sozialistischen Jugend weilen in freudiger Erwartung auf diesem Kongreß. Denn die Jugend weiß, daß hier über ihr Schicksal mit entschieden wird, das gebunden ist an das Schicksal des gesamten Proletariats.

Die Sehnsucht der Jugend fliegt der Stunde weit voraus, sie kennt in ihren Wünschen und Hoffen keine Schranken.

Aber sie erkennt auch, daß die geschichtliche Stunde an ihre Ausdauer und Opferbereitschaft hohe Ansprüche stellt, denen sie genügen muß. Denn sie hat nicht nur in der Wunschwelt zu leben, sondern im Kampfe des Tages zu stehen. Und der Sieg in diesem Kampfe ist nur verbürgt durch die Einigkeit des Proletariats. Diesen Kongreß hat die sozialdemokratische Jugend aller Nationen dieses Landes mit der ganzen ihr innewohnenden Begeisterung begrüßt. Die Gewinnung der arbeitenden Jugend für die sozialistische Idee bedeutet die Sicherung des bisher Er kämpften, ist die sicherste Bürgschaft für den endgültigen Sieg.

Nur mit tiefem Schmerz, mit Scham und Bitterkeit gedenken wir der Stunde, da es den Agenten der Bolschewiki gelang, die entflamnte Arbeiterjugend ihren Interessen dienstbar zu machen, die Kampfbereitschaft und den reinen Glauben der Jugend an den Sozialismus, ihre Begeisterung und ihr Sehnen als Sprengmittel der proletarischen Einheit zu verwenden. Es war vor allem die Jugend, und nicht ihr schlechtester Teil, der den kommunistischen Parolen folgte, der ihr, der ungeschulten und leichtgläubigen, deren Sozialismus vornehmlich in den Regionen der Gefühlswelt schwingt, die Erfüllung ihrer revolutionären Wünsche in nächster Nähe erscheinen ließ. Die revolutionären Teile der Jugend aller Nationen brachen mit übervollem Herzen ins Land ihrer Träume auf, das sie mit kühnem Schlag erobern zu können wähten, und landeten — Sie wissen es, Genossen — zum großen Teil beim Nationalismus, zum größeren Teil in politischer Gleichgültigkeit und soweit sie dem dem ersten Menschen lächerlich erscheinenden tollen Wechsel der kommunistischen Parolen treu blieb, wirkt sie als eifrige Förderin der geeinigten Reaktion. Die Jugend, der das absolut Erscheinende heilig ist, strömte in ihrer Mehrheit in den linken und den rechten Flügel der Politik. Je unfertiger die Schlagworte waren, die man ihr als Köder hinwarf, um so lieber folgte sie ihnen.

In jenen bewegten Tagen machte die sozialdemokratische Jugend dieses Landes ihr Golgatha durch. Sie wurde durch ihren eigenen Schwung, der von den gewissen- und verantwortungslosen Emiffären des Bolschewismus mißbraucht wurde, in einen Trümmerhaufen verwandelt und soweit heute noch der Faschismus und der Bolschewismus eine Macht bedeuten, stützen sie sich auf die junge Generation und diese für uns bedenkliche Tatsache gilt es zu beachten. Unter den unsäglichsten Mühen wurde der Wiederaufbau der sozialdemokratischen Jugendbewegung in die Wege geleitet. Die Verantwortungslosigkeit, die Jugend mit klingenden, aber unbrauchbaren Schlagworten zu erfüllen, wurde von vornherein abgelehnt.

Heute steht eine stattliche, immer sich mehrende Zahl ernster und mit sich ringender junger Menschen wieder in unseren Reihen.

Einigkeit bedeutet verbiefältigte Kraft, da ist die sozialdemokratische Jugendbewegung dieses Landes ein Schulbeispiel. Sie hat schon lange ein enges Bündnis geschlossen und sich über alle Hindernisse hinweg, die einer vollkommenen Verständigung der Erwachsenen noch im Wege standen, die Hände gereicht. Die Verbundenen führten gemeinsame Kämpfe, demonstrierten gegen die militärischen Vorlagen und für die Verbesserung der Jugendschutzgesetzgebung in voller Einmütigkeit. Seither erfreut sich die Jugendbewegung einer ununterbrochenen Kräftigung und eines gewaltigen Wachstums. Die internationale Gesinnung, die in der arbeitenden Jugend lebt, findet ihr Ziel in der internationalen Tat der sozialdemokratischen Jugendverbände.

Aber bis jetzt stieß sich der Wille der Jugend noch allzusehr an der nationalen Zerrissenheit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, mit der sich die sozialdemokratische Jugend verbunden fühlt, auf Gebeiß und Verderb! Es sind alle Voraussetzungen für eine feste Verankerung des internationalen Gedankens innerhalb der arbeitenden Jugend gegeben. Aber die Parole ist: Proletarier dieses Landes, vereinigt Euch, damit die Jugend das höhere Gebot erkennt, das uns das Kämpferpaar Marx und Engels gab. Die Erweckung des internationalen Bewußtseins, des Klassenbewußtseins in den Massen der proletarischen Jugend in diesem Lande, ihre Erfüllung mit sozialistischer Gesinnung führt über die Einigung des tschechoslowakischen Proletariats. Gewiß, die vollständige Einigung der Jugend ist ungleich leichter als jene der Parteien, denn die Jungen sind weder mit den geschichtlichen Traditionen, noch mit der Ver-

antwortung für die sozialistische Arbeiterpolitik belastet. Aber gerade dieser Umstand gibt ihr nicht nur Gelegenheit, sondern auch die Verpflichtung, dem allgemeinen Einigungswerk voran zu schreiten. Die Jugend, die in der Spaltung eine so tragische und entscheidende Rolle spielte, will bei dem Werk der Einigung in der vordersten Reihe stehen. Sie überschätzt die Bedeutung ihrer Mitarbeit nicht, denn ihre Verbände sind schwach und ihre Arbeit wird darum kaum sichtbar. Aber sie will redlich ihre Pflicht tun. Das ist das Entscheidende, daß dieser Kongreß der größte Ansporn zum Aufstieg ist. Tragen Sie die rote Fahne der geeinigten Sozialdemokratie voran und die Jugend folgt ihr in hellen Scharen. Dadurch wird die Macht der Parteien fest verankert und gestärkt. Die arbeitende Jugend hat mit Sehnsucht diese geschichtliche Stunde erwartet, sie nimmt das hier Geschaffene freudig und dankbar hin als das größte Geschenk, das ihr zuteil werden kann. Geben Sie ihr das Zeichen Ihres Wohlwollens — und diese Tagung ist mehr als nur dieses Zeichen — und sie schenkt sich Ihnen ganz. Das ist der zweite Sieg, den Sie über die geeinigten Feinde des internationalen Proletariats erkämpfen. Wir benützen diese weishevolle Stunde, der arbeitenden Jugend aller Nationen dieses Landes unsern Gruß zu entbieten, wir rufen sie aber auch auf zur Sammlung unter den alten sieggewohnten Fahnen der Sozialdemokratie, deren Kampf alle Not und Elend bannen will.

Was kann die proletarische Jugend mehr begeistern als ein Kampf um eine Welt des Friedens, des Glücks und der Schönheit. Was kann sie mehr zur Tatbereitschaft entflammen, als dieser denkwürdige Tag, da sich die im Kampf Ergrauten die Hand zur Gemeinschaft geben.

Der Platz der proletarischen Jugend ist an der Seite der sozialdemokratischen Parteien,

es darf für uns kein Zaudern geben. Den jungen Proletariern in Stadt und Land gilt unser Ruf: Die Zukunft gehört der proletarischen Jugend, gehört dem Sozialismus, wenn sie sich der großen Aufgabe widmet, die ihr und dem gesamten Proletariat gestellt ist. Und dieser herrliche, in seiner Wucht überwältigende Kongreß zeigt diese Aufgabe klar: Unermüdllich und mit eigener Kraft zu kämpfen für die Befreiung des Proletariats, für die Weltgemeinschaft der sozialistischen Internationale. Die Stunde ruft: Die Jugend muß ihr folgen! Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Für die tschechischen sozialdemokratischen Studenten wird Genosse Josef Smutek aus Prag eine Erklärung abgeben.

Smutek: Wertvoller Kongreß! Heute feiert die ganze sozialdemokratische Arbeiterklasse einen großen Feiertag. Gestatten Sie mir, daß ich im Namen der jungen Generation der sozialdemokratischen Intelligenz, im Namen der sozialdemokratischen Studenten meine größte Freude darüber ausspreche. In einer Zeit, in der die große Mehrheit unserer Intelligenz sich von den Lehren nationalistischer und chauvinistischer Phrasen gewinnen ließ, in einer Zeit, da unsere Intelligenz ihre soviel gerühmte Fortschrittlichkeit für ein verlockendes Lächeln aus den goldenen Augen der Bourgeoisie verkauft hat, in dieser Zeit haben wir, die wir unserer Mehrheit nach aus proletarischen Schichten hervorgegangen sind und die wir in unserer stark empfänglichen Jugend alle Schrecken des Weltkrieges erlebt haben, unseren Platz an der Seite der Arbeiterklasse gefunden und unsere Reihen wachsen. Wir wollen nicht die Führer der Nation sein, wie unsere Bourgeoisie sich das vorstellt. Wir wollen nicht Führer der kapitalistischen Gedanken sein, die fallen müssen, wir wollen einfache Soldaten des sozialistischen Gedankens sein, des sozialdemokratischen Programms, das einmal siegen muß. Wir wollen einfache Soldaten, wir wollen die Avantgarde sein, wir wollen für uns keine Privilegien, wir wollen als Gleiche unter Gleichen an

der Seite unserer Brüder und Väter aus den Fabriken, Werkstätten, Gruben, Betrieben, an der Seite unserer Genossen kämpfen für den Sieg unserer großen Idee (Beifall), wir wollen jung sein in der alternden Welt und wir sind überzeugt, daß Ihr, Genossen und Genossinnen, uns Gurerseits helfst und mit uns für unsere Forderungen kämpfen werdet, damit das Studium, die Bildung nicht ein Privileg der Bourgeoisie wird,

damit die Demokratie der Bildung verwirklicht wird,

damit die Bildung nicht ein Privilegium der Geburt und des Geldbeutels sei.

Wir glauben an unseren Sieg und im heutigen Kongreß sehen wir den ersten Schritt dazu. Der heutige Kongreß ist eine Manifestation. Die Bourgeoisie hat uns praktisch gezeigt, daß die marxistische Auffassung des historischen Materialismus und des Klassenkampfes richtig ist, denn die Bourgeoisie hat alle nationalitätlichen Unterschiede beiseite geworfen und sich zu einigen verstanden. Um so mehr muß das die Arbeiterklasse imstande sein. Wir sind fest überzeugt, daß der nächste Kongreß keine bloße Manifestation sein wird, sondern daß er konkrete Verhältnisse schaffen wird, daß er ein gemeinsames Nationalitätenprogramm, frei von allen chauvinistischen Skrupeln, erarbeiten, daß er ein gemeinsames Programm der sozialdemokratischen Parteien in unserer Republik schaffen wird. Ich bin überzeugt, daß die Zeit nicht fern ist, in der es keine deutschen und tschechischen, magharischen und polnischen Sozialdemokraten geben wird, sondern Sozialdemokraten in der Tschechoslowakischen Republik, die tschechisch, deutsch, magharisch usw. sprechen werden.

Wir müssen imstande sein, die Differenzen zu überwinden, die uns trennen, und herauszuarbeiten, was uns bereinigt, und dazu wollen wir, die sozialdemokratischen Studenten, alle unsere Kraft leihen. In der Einheit ist Kraft, ist die Gewähr des Sieges. Wir wissen, daß wir siegen werden, denn für uns kämpft die Zeit und wir helfen ihr nur nach. (Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat Genosse Schimmel für die deutschen sozialistischen Studenten.

Schimmel: Genossen und Genossinnen! Gestatten Sie mir, daß ich im Namen der deutschen sozialdemokratischen Hochschüler unserer aufrichtigsten Freude über die Tatsache des heutigen Kongresses Ausdruck gebe (Beifall), der Freude darüber, daß sich hier die deutsche und tschechische sozialdemokratische Arbeiterschaft zur gemeinsamen Vorbereitung des gemeinsamen Kampfes zusammengefunden hat. Das gibt uns die Überzeugung, daß eine Stärkung des sozialdemokratischen Gedankens und des sozialdemokratischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens die Folge sein wird. Das gibt uns die Überzeugung, daß es auch auf schulpolitischen und insbesondere auf hochschulpolitischen Gebieten, also auf dem Arbeitsgebiete unserer Organisation, Folgen zeitigen wird.

Die Hochschulen sind heute nach wie vor eine Domäne der besitzenden, der bürgerlichen Klassen.

Sie wenden alle Mittel an, um dieses Privilegium, das sie seit Jahrhunderten innehaben, zu erhalten und zu festigen. Hunderte junger fähiger Proletarier müssen in die Fabrik wandern, weil sie nicht die Mittel dazu haben, ihre Fähigkeiten weiter zu bilden und weil eine kapitalistische Gesellschaftsordnung auch gar nicht die Lust hat, ihnen die Mittel zu geben und ihnen den Weg zum Studium auf den Hochschulen freizumachen. Durch die Tatsache, daß die Zahl der proletarischen Studenten an den Hochschulen eine äußerst geringe ist, ergibt sich das Arbeitsfeld unserer Organisation.

Wir müssen dafür sorgen, daß diese Zustände geändert werden und es war immer schon eine unserer ersten Forderungen an Staat und Gesellschaft, daß der Staat auch für die mittellosen Studenten, die fähig sind, Fürsorge-

einrichtungen zu schaffen hat. Das würde eine vollständige Umorganisation des Hochschulwesens mit sich bringen. Aber da der Staat viel lieber Millionen von Kronen für Kanonen und Militär ausgibt, als daß er Hunderte von Kronen auf die Schulen verwendet, so ist dieser Kampf bei weitem nicht beendet. Da müssen wir, weil wir uns auf eine solche Gesellschaft nicht verlassen können, die von den Besitzenden beherrscht wird, einen Mittelweg suchen und eigene Einrichtungen schaffen, um den sozialistischen, den proletarischen Studenten den Weg zum Studium freizumachen. Das haben wir immer als unsere erste Aufgabe betrachtet. Aber selbst diese geringe Zahl proletarischer Studenten an den Hochschulen führt einen schweren Kampf nicht nur um ihre Existenz, sondern auch um ihre Verbundenheit mit der Arbeiterklasse. Tausenderlei Einflüsse von der Hochschule, von den bürgerlichen Studentenorganisationen wirken Tag für Tag dahin, daß diese Proletarierjugend, die an die Hochschule kommt, sobald als möglich ihrer Klasse und Herkunft entfremdet wird. Leute, die vom Sozialismus nichts verstehen, aber ihn erklären und glossieren wollen, sorgen dafür. Starke bürgerliche Studentenorganisationen suchen diese jungen Leute dem Indifferentismus zuzuführen, sie gleichgültig zu machen allem politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehen gegenüber.

Das Arbeitsfeld, das wir uns gesteckt haben, ist groß. Der Kampf wird schwer sein. Auch in einer Zeit, wo die bis zum Fanatismus arbeiterfeindliche Bürgerregierung mit allen Mitteln versucht, die Einrichtungen der Arbeiterzünfte zu machen, kann uns nichts den Mut und die Überzeugung nehmen, daß wir unsere Forderungen durchsetzen werden. Gerade so wie draußen die Funktionäre der Jugendorganisationen sich einsetzen, daß es den Lehrlingen und Lehramtsmännchen besser geht, gerade so müssen wir als sozialistische Studentenorganisation trachten, den proletarischen Studenten das Dasein an den Hochschulen zu erleichtern und darüber hinaus den sozialistischen Einfluß an den hohen Schulen wirksamer zu machen als bisher. Wir müssen gestehen, daß die beiden sozialdemokratischen Studentengruppen in Prag im Laufe der vergangenen Jahre sehr oft nebeneinander gearbeitet haben. Es standen einfach Wände zwischen den beiden. Aber heute schon können wir die Versicherung geben, daß

diese Mauern, die zwischen uns standen, im Umfallen begriffen sind.

Wir geben auf diesem Kongreß der Hoffnung Ausdruck, daß eine Folge des innigen Zusammenarbeitens der beiden sozialdemokratischen Parteien auch die sein wird, daß die sozialistischen Studenten aller Nationen, die hier in Prag vertreten sind, sich recht bald zu gemeinsamer Arbeit, zu gemeinsamem Kampfe und zu gemeinsamem Erfolge zusammen finden. Wir sind überzeugt davon, wenn der gute Wille auf allen Seiten vorhanden ist, daß so, international vereint, die Studenten auf dem für uns so schwierigen Boden von Prag Einrichtungen schaffen werden, die es ermöglichen, die Zahl der proletarischen Studenten an den Hochschulen zu erhöhen und kraft ihrer Stärke und Einrichtungen und vermöge ihrer festen Organisation hervorragende Mitglieder der Arbeiterbewegung heranzubilden. Ich betone, daß die sozialdemokratische Studentenbewegung sich nie als separate Gruppe oder Organisation betrachtet hat. Im Gegenteil, es war immer ihre heiligste und höchste Aufgabe, innerhalb der großen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu stehen, es war immer ihre größte Aufgabe, alle Kräfte aufzuwenden, um dort, wo sie gebraucht wird, sich freiwillig, freudig und gern in den Dienst der sozialistischen Arbeiterbewegung und in den Dienst des Sozialismus zu stellen. (Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat Genossin Berta Klíer aus Komotau.

Klíer: Werte Genossen und Genossinnen! Das gesamte Proletariat dieses

Staates leidet schwer unter der Last und Bedrückung durch das Finanz- und Agrarkapital. Aber wir müssen wohl sagen, daß

am schwersten das Landproletariat leidet,

welches bis zum Umsturz vollständig unter dem Einfluß des Bürgertums stand und von allen sozialpolitischen und kulturellen Rechten vollständig ausgeschlossen war. Erst die Revolution brachte hier eine Änderung und hat auch dem Landproletariat ganz bescheidene Sicherungen, zum Beispiel in der Krankenversicherung, gegeben. Aber von der Unfallversicherung sind diese Arbeiter heute noch vollständig ausgeschlossen. Auch die Krankenversicherung hat dem Landproletariat nicht viel geboten, denn die Löhne sind allzu niedrig, damals und heute noch, und die Unterversicherung besonders infolge der Einsetzung landwirtschaftlicher Krankenkassen steht auf der Tagesordnung, so daß diese Arbeiter auch heute noch am meisten in ihren Rechten verkürzt sind. Von der Unfallversicherung sind die Landarbeiter vollständig ausgeschlossen, so daß sie, wenn sie zum Krüppel werden, ganz schutz- und rechtlos dastehen und dem Elend preisgegeben sind und verkommen müssen.

Aber das Agrarkapital will noch mehr Entrechtung, es will die Landarbeiter vollständig unterjochen. Das haben wir ja von den beiden Hauptrednern über die Sozialversicherung gehört. Trotz der Agrarzölle, trotz der Millionengewinne, die die Agrarier einstecken, kennt das profitklüsterne Agrarkapital in seinem Hass gegen das Landproletariat keine Grenze, um es ganz in den Abgrund zu stürzen. Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß es viele Landarbeiter gibt, die mit einem Wochenlohn von 30, 40 oder 50 Kronen nach Hause kommen. Daraus ersehen Sie, wie tief die Lebenshaltung dieser Arbeiter gedrückt ist.

Diese Arbeiter haben das Recht dazu, daß ihre Lage gebessert werde, und sie haben dagegen protestiert, daß man sie von der Sozialversicherung vollständig ausschließen will. Gerade auf dem Lande nimmt die Tuberkulose sehr zu, was auf die ungemein schlechten Lebensverhältnisse zurückzuführen ist. Wie macht man es denn, um das Landproletariat von der Sozialversicherung auszuschließen? Man setzt den Arbeiter auf 90 Tage Beschäftigung, dann wird er als Saisonarbeiter betrachtet und ist von der Sozialversicherung ausgeschlossen! Der Unternehmer hat also die Handhabe, es so einzurichten, daß er für diesen Arbeiter keinen Versicherungsbeitrag bezahlt. Wir Landarbeiter protestieren dagegen, daß wir aus der Versicherung ausgeschlossen werden. Es ist das das größte Unrecht, das man an dem Landproletariat begehen kann. Wenn die Agrarier sagen, daß die Landarbeiter ja doch nicht 60 Jahre alt werden, so ist es beschämend für sie, daß gerade dieser Arbeiterklasse, die so schwer arbeiten muß und so wenig Rechte besitzt, noch dieses Recht genommen werden soll. Wir sehen es heute bei der Bodenreform, daß die Arbeiter obdachlos werden und elend zugrunde gehen, weil man sie einfach von allem ausgeschlossen hat und weil die Abfertigungen und Pensionen jahrelang auf sich warten lassen, so daß diese Arbeiter in der Zwischenzeit vollständig dem Elend preisgegeben sind. Aber wir wissen auch sehr gut, daß gerade das Landproletariat in diesem Staate allein nichts machen kann, daß wir auf die Hilfe der anderen Arbeiter angewiesen sind und deshalb ergeht heute an Sie der Ruf, daß Sie uns helfen sollen, daß Sie das Landproletariat in einer bedrängten Lage verstehen und mit uns den Kampf führen. Denn schließlich trägt ja das tschechische und das deutsche Landproletariat die gemeinsame Last. Vergessen Sie nicht, daß zur Befreiung des Proletariats auch die Befreiung des Landproletariats gehört. Deshalb appelliere ich an Sie, mitzuhelfen und mitzuschaffen und uns in diesem schweren Kampfe zu unterstützen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Hampf**: Das Wort hat weiter Genosse Jng. Dr. Ernst Winter aus Pilsen.

Jng. Dr. Winter: Genossen und Genossinnen! Die schwarz-grüne Koalition führt als Hauptargument gegen die Sozialversicherung an, daß sie sehr teuer und eine unerträgliche Last für unser wirtschaftliches Leben ist. Sie behauptet, daß ihr Antrag eine beträchtliche Verbilligung der Sozialversicherung bringt. Das wäre freilich ein sehr triftiger Grund, wenn die Ansprüche der Versicherten nicht gefährdet wären. Wir können aber nicht zustimmen, wenn die Verbilligung dadurch erreicht werden soll, daß hunderttausende Versicherte aus der Versicherung ausgeschlossen werden. Wenn nach dieser Logik alle Versicherten ausgeschlossen würden, würde die Sozialversicherung überhaupt nichts kosten. Wichtig ist freilich die Verzinsung der Kapitalsreserven. Wenn es möglich wäre, dauernd mit einer Verzinsung von 4½% zu rechnen, wie die Koalition beantragt, dann könnte die Versicherung tatsächlich verbilligt werden. Aber hier stehen wir gerade vor dem „Wenn“.

Vor einigen Tagen erklärte der Finanzminister Dr. Engliš, daß die Dollaranleihe von 7½% auf 5% konvertiert wird. Diese Operation ermöglichten ihm die Milliarden, die gerade in den beiden letzten Jahren in den Geldinstituten angehäuft wurden, in der Zeit, als die Sozialversicherung eingeführt wurde. Ebenso wie im wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterschaft die Armee der Arbeitslosen die Löhne der Arbeiter drückt, ebenso drücken die unbeschäftigten Milliarden in den Geldanstalten den Zinsfuß.

Wo haben wir die Gewißheit, daß der Zinsfuß von 5% für längere Zeit der maßgebende Satz sein wird? Wo haben wir die Sicherheit, daß Dr. Engliš oder ein anderer Finanzminister nicht in der nächsten Zeit von 5% auf 4% konvertieren wird? Es ist in der Finanzwelt durchaus nichts gewöhnliches, daß solche Konversionen durchgeführt werden. Betrachten sie die Ausweise der Spar- und Vorschußkassen für die beiden letzten Jahre. Die Sozialversicherung ist erst 1½ Jahre in Geltung und schon wird über sie als eine überaus schwere, unerträgliche Last geklagt. Wir sehen aber, daß gerade während dieser 1½ Jahre die Einlagen in den Geldinstituten um eine ganze Milliarde gewachsen sind und diese Milliarde, dieses beschäftigungslose Kapital, das heute noch 4½%, und wenn dafür Staatsanleihe gekauft wird, fast noch 1½% mehr trägt, drückt den Zinsfuß.

Wenn der Staat mit den 5%, welche der Finanzminister als Standard erklärt hat, auskommt, und dann in der Sozialversicherung nicht ehestens zu 4% übergegangen wird, ist die ganze finanzielle Grundlage der Sozialversicherung in die Luft gesprengt und zwar durch die Regierung der tschechoslowakischen Republik, welche dafür sorgen sollte, daß die Grundlage dieser Versicherung als eine der wichtigsten in der Republik auch zu den solidesten zählt.

Wie „schwer“ diese Last ist, will ich durch Vergleich der Kurse zeigen. So hatten zum Beispiel die Škodawerke einen Aktienkurs von 600 Kč, nun 1280 Kč, Řízič stieg von 340 auf 620 Kč und so können Sie eine Aktive nach der anderen verfolgen und sehen, daß in der Zeit, in der die Sozialversicherung eingeführt wurde, in der Zeit der „schweren sozialen Lasten“ fast alle Aktien von Industrieunternehmungen um 100%, einige um 300% gestiegen sind. Es ist also mit dieser Belastung nicht so schlimm.

Die gestrigen „Národní listy“ bringen einen Leitartikel: „Die tschechischen Sozialdemokraten unter dem Kommando der deutschen Genossen.“ Also Genossen, es geht schon los, die Komödie beginnt vom neuen, aber interessant und amüsant ist es, daß dieser Artikel in einem Unternehmen erschien, dessen Prinzipal den Kuppler Kecal bei der Werbung des

deutschen Wicbels um die tschechische Marenka macht. (Beifall.) Ich glaube, daß weder Kramar, noch Viktor Dyt oder Antonin Hajn das geringste Recht haben, der tschechischen oder deutschen Arbeiterschaft zu verbieten, daß sie sich vereinigt, wenn sie schon lange mit Dr. Spina, Mahrtarting usw. in liebender Umarmung liegen. Die tschechisch-deutsche Koalition wurde zuerst von ihnen gebildet und dann erst folgte auch die Arbeiterschaft. Aber wozu hat sie die Koalition gebildet? Sie sagen ausdrücklich, daß ihnen die tschechisch-deutsche Koalition nicht lieb ist, daß sie aber nicht auseinandergehen darf, bevor sie ihre Hauptaufgabe erfüllt hat: Die Änderung der Sozialversicherung.

Von der anderen Seite hören wir wieder häufig den Vorwurf des Verrats. Genosse Dr. Tzsch hat schon nachdrücklich auseinandergesetzt, wer die Leute sind, die so eifrig vom Verrat am Sozialismus und Marxismus sprechen. Hinter dem Präsidium überragt unsere Versammlung das weiße Haupt von Karl Marx, sein Geist ist es, der diesen Kongreß einberief, sein Geist, der ihn leitet, sein Geist, der aus allen bisher erstatteten Referaten sprach. So wie sich diejenigen auf Marx berufen, die, wie Genosse Dr. Tzsch richtig gesagt hat, auf ihn ein Patent genommen haben, so erheben wir mit gleichem, ja besserem Rechte den Anspruch, als Schüler Margens zu sprechen und zu handeln und über unseren Köpfen haben wir die große Losung: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“.

In diesem Zeichen werden wir weiter arbeiten, wie es unsere Pflicht ist.

Unsere Freunde aus dem kommunistischen Lager werfen uns Verrat am Marxismus vor. So wie Christus ist auch Marx ein Opferlamm seiner Anhänger geworden. Die meisten Verbrechen wurden im Namen Christi begangen, unter der Losung der Nächstenliebe, und die größten Verbrechen an Marx haben die begangen, die sich auf Marx ein Patent nehmen. (Zustimmung und Beifall.)

Genossen, wir behaupten nicht, daß die Proletarier nichts zu verlieren haben als ihre Ketten. Seit dem Jahre 1848, seit dem kommunistischen Manifest, haben sich die Verhältnisse geändert. Engels antwortete auf die Frage, welche Staatsform am geeignetsten ist, um zur Plattform für die Gründung des sozialistischen Staates zu gelangen: die demokratische Republik. Wir haben die demokratische Republik und daher die Möglichkeit, alle notwendigen Voraussetzungen für die Arbeiterklasse durch diese Republik zu schaffen, das erfordert aber eisernen Willen und völlige Einigkeit. Aber Genossen, was haben wir erlebt? Im Jahre 1920 waren wir nicht mehr weit von der Machtergreifung durch die Arbeiterschaft dieses Staates entfernt. Und wer ist uns in den schon erhobenen Arm gefallen, wer ist es, der uns nun des Verrats an der Arbeiterschaft bezichtigt? Dieselben, die der Arbeiterschaft in den Arm fielen, als sie schon die Hand ausstreckte, um die Macht zu ergreifen. Die Arbeiter in der Tschechoslowakischen Republik haben heute schon mehr zu verlieren als ihre Ketten.

Es ist die Sozialversicherung, um die wir jetzt einen schweren Kampf führen und für die gegen ihren Willen auch die kommunistische Partei kämpfen muß, die erklärt hat, daß die Sozialversicherung nichts anderes ist als ein abgenagter Knochen, den die Bourgeoisie der Arbeiterschaft hingeworfen hat. Nun ist uns eine neue Waffe in die Hand gegeben, wir haben noch ein großes Feld, auf dem wir wirken können, das ist die Arbeiterschaft, die bisher im Schlepptau der tschechoslowakischen kommunistischen Partei war. Auf diesem Felde müssen wir unsere Fahne vorantragen, auf diesem Felde müssen wir kämpfen, und zwar „offensiv“. Bisher haben wir einen Verteidigungskampf geführt, es ist Zeit, daß wir zum Angriff übergehen, um möglichst große Arbeitermassen in die sozialdemokratischen Reihen zu führen. Wenn die tschechische und deutsche Sozialdemokratie vereinigt ist, gibt es keine Macht,

die ihren Vormarsch aufhalten könnte. Blicken wir weder nach rechts, noch nach links, kümmern wir uns nicht darum, was uns von dieser oder jener Seite vorgetorfen wird. Wir wissen, daß wir allein marschieren müssen, daß wir auf der ganzen weiten Welt keinen Freund haben, daß wir durch eigene Arbeit und Kraft unter der Parole: „Proletarier der Tschechoslowakischen Republik, vereint Euch!“ sicher siegen werden. (Bravo.)

Vorsitzender Hampf: Die Debatte zu den Punkten 5 und 6 der Tagesordnung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über die Resolutionen zu diesen Referaten. Das Wort hat der Berichterstatter der Antragskommission Genosse Lubět P i k.

Vorsitzender Dr. Czech: Die Debatte zu Punkt 5 und 6 ist beendet. Die Antragskommission hat ihre Anträge unterbreitet, die Sie in der Mappe vorfinden. Die Korrektur, die Genosse Hampf beantragt hat, betrifft nur den tschechischen Text. Das Wort hat Genosse P i k.

P i k: Werte Genossen und Genossinnen! Ebenso wie das gestern beschlossene Manifest und die politische Resolution, wurden die beiden heutigen Resolutionen über die Sozialversicherung, die sozialpolitische Gesetzgebung und die Angriffe gegen sie bereits in der gestrigen Sitzung der Antragskommission einstimmig beschlossen. Die rasche Erledigung so wichtiger programmatischer Akte bedeutet jedoch nicht, daß der Inhalt nicht reiflich erwogen wurde. Im Gegenteil, die Raschheit der Verhandlung und Beschlußfassung über diese Anträge in der Kommission beweist, daß alle diese Kundgebungen Produkte gleich fühlender Herzen, gemeinsamer Ideologie und gleicher Sehnsucht sind. Die selbstverständliche ideelle Einheit ermöglicht uns, dem Kongreß das Werk gemeinsamen Fühlens und Denkens mit Beschleunigung zur Erledigung vorzulegen. Auf diesem gemeinsamen Kongreß konstatiere ich namens der Antragskommission diesen erfreulichen Umstand, der bestätigt, daß das Fühlen der Arbeiterschaft, wenn es um die gemeinsame Sache geht, nicht verschieden ist und nicht sein kann, und daß unter uns allen der eine eiserne Wille herrscht, den heißen, gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse für ihre Rechte und gegen unsere Feinde zu führen.

Die Antragskommission stellt mit Freude fest, daß sie ein so schönes, programmatisches Werk vollbracht hat und hat nur den einen Wunsch, daß die Beschlüsse des gemeinsamen Kongresses zur festen Grundlage für das gemeinsame Vorgehen werden und auch für den Sieg der Ideale der Arbeiterklasse. Wie die Arbeiterklasse die Abhaltung dieses gemeinsamen Kongresses der sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakischen Republik begrüßt hat, so begrüßt sie sicher auch seine einmütigen Beschlüsse und übernimmt die Verpflichtung, dahin zu arbeiten, daß diese Beschlüsse in den Massen des arbeitenden Volkes ein Evangelium werden und eine Kampffarole in den bevorstehenden gemeinsamen Kämpfen. (Beifall.)

Die Resolutionen haben folgenden Wortlaut:

Resolution zu Punkt 5: „Gegen die Verschlechterung der Sozialversicherung“.

Von dieser Tagung des gemeinsamen Kongresses der sozialdemokratischen Parteien der Tschechoslowakischen Republik, dem heute die volle Aufmerksamkeit des In- und Auslandes zugewendet ist, verkünden wir der gesamten Öffentlichkeit, daß in der Tschechoslowakischen Republik, in deren Hauptstadt im Jahre 1924 der erste internationale sozialpolitische Kongreß einberufen wurde, weil die Republik verhältnismäßig rasch soziale Reformen durchgeführt hatte, insbesondere weil sie die Sozialversicherung verwirklicht hatte, — die Bourgeoisie aller Nationen sich verbunden hat, um dieses größte sozialpolitische Werk zu vernichten. Wir verkünden der gesamten Öffentlichkeit, daß diese Bourgeoisie

der gesetzgebenden Körperschaft den Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Sozialversicherung vorgelegt hat, daß sie beabsichtigt, zwei Fünftel der Versicherten aus der Versicherung auszuschließen, und zwar jene Arbeiterschichten, die am meisten der Versicherung bedürfen, daß sie die finanziellen Grundlagen der Versicherung vernichten, und daß sie sich des Einflusses der Arbeiter auf die Versicherungsanstalten entledigen und diese Arbeiterinstitutionen vollkommen der Bourgeoisie ausliefern will.

Dieser Angriff der Bourgeoisie auf die Sozialversicherung war so frech, daß er die gesamte Arbeiterschaft der Republik zum verschärften Widerstande vereinigte. Wir haben auch die gesamte unbefangene Öffentlichkeit, die der Arbeiterklasse angehört, überzeugt, daß die Verwirklichung der reaktionären Pläne der Bourgeoisie unabsehbare soziale und politische Folgen haben müßte.

Die Sozialdemokratie, die wie immer die Interessen der Arbeiterklasse sorglich betreut, hat sich an die Spitze dieses Kampfes gestellt. Unter den Schlägen, die sie dem jetzigen Regime in den letzten Wochen vorgekehrt hat, beginnen ihre kühnen Pläne bereits zu wanken.

Wir erklären, von dieser Stelle, daß wir den Kampf zum Schutz der Sozialversicherung mit unermüdlicher Begeisterung weiterführen, und daß wir alle Kräfte des arbeitenden Volkes in der Tschechoslowakischen Republik in Bewegung setzen werden, um den verbrecherischen Angriff auf die Sozialversicherung abzuschlagen.

Gleichzeitig geben wir der Arbeiteröffentlichkeit bekannt, daß die sozialdemokratischen Abgeordnetenklubs in der Nationalversammlung Anträge nach Verbesserung der Sozialversicherung eingebracht haben. So wie wir die Arbeiterschaft für den Kampf gegen die Verschlechterung des Gesetzes aufrufen, so rufen wir sie auch zum Kampfe für diese auf Verbesserung des Gesetzes abzielenden Anträge.

Resolution zu Punkt 6: „Die soziale und politische Reaktion“.

Die im letzten Jahre eingetretene wirtschaftliche Besserung ist den arbeitenden Schichten der Bevölkerung in keiner Weise zugute gekommen. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der herrschenden Parlaments-Mehrheit dient ausschließlich den Interessen der besitzenden Klassen, dem Finanz- und Industriekapital und vor allem der Agrarbourgeoisie. Sie ist lediglich auf die Steigerung der Profitrate und auf die Hebung der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmungen, aber nicht auf die Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen bedacht. Auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung geht die herrschende Reaktion zum offenen Kampfe gegen bestehende Einrichtungen über und bedroht die Arbeiterklasse in den wichtigsten Errungenschaften der früheren Jahre. Der gemeinsame Kongreß der sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakei kann in der einseitigen Steigerung der Gewinne der Kapitalisten keine Gesundung der Wirtschaft erblicken, sondern nur in der Förderung der Lebenshaltung, der Gesundheit und der kulturellen Hebung der breiten Massen des arbeitenden Volkes. Deshalb setzt der Kongreß dem reaktionären Programm des Bürger- und Großbauernbunds die Forderung nach dem Schutze der Arbeitskraft und der Hebung der Lage der arbeitenden Klassen entgegen.

Die durch die internationale wirtschaftliche Entwicklung erzwungene Rationalisierung der Produktion darf nicht auf Kosten der Arbeiter erfolgen. Deshalb werden die sozialdemokratischen politischen

Parteien der Arbeiterklasse alle Bestrebungen der freigewerkschaftlichen Organisationen tatkräftig unterstützen, die auf eine Erhöhung der unerträglich niedrigen Löhne gerichtet sind. Als gesetzgeberische Maßnahmen in dieser Richtung fordert der Kongress die Verbesserung des Gesetzes über die Betriebsausschüsse (Betriebsräte im Bergbau) zwecks wirksamer Einflussnahme der Arbeiterschaft auf die Produktion und die Preisbildung. Er fordert den gesetzlichen Schutz der Kollektivverträge, die verschärfte Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit und aller Arbeiterschutzbestimmungen überhaupt. Dazu ist die Gewerbe-(Gruben-)inspektion entsprechend auszubauen und durch die Mitwirkung der Arbeiter aus den Betrieben sowie durch Verleihung einer angemessenen Exekutivgewalt an die Inspektionsämter wirksam zu gestalten.

Trotz dem besseren Geschäftsgange weist die überaus unvollständige Statistik des Arbeitsmarktes ein krasses Mißverhältnis zwischen Stellensuchenden und besetzten Stellen auf. Daher fordert der Kongress die Einführung einer obligatorischen, ausschließlichen, auf die Mitwirkung der Gewerkschaften aufgebauten Arbeitsvermittlung. Weiters fordert er die Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung.

Der Kongress fordert ausreichenden Schutz der arbeitenden Jugend entsprechend dem Jugendschutzprogramm, das von dem internationalen Gewerkschaftsbunde und von der sozialistischen Jugendinternationale aufgestellt worden ist.

Er fordert die Vereinheitlichung des gesamten Arbeitnehmerrechtes, die Schaffung von Arbeitsämtern mit gleichmäßiger Vertretung der Arbeiter und Unternehmer unter Leitung eines Sachverständigen des Arbeiterrechtes, Ausschaltung des Einflusses der staatlichen Bürokratie in den sozialen und arbeitspolitischen Einrichtungen. Er fordert ferner die zeitgemäße Ausgestaltung der Angestelltengesetze und die endliche Erledigung des Gesetzentwurfes über die Arbeitsgerichte.

Die öffentlichen Angestellten aller Kategorien sind durch das Gehaltsgesetz vom Jahre 1926 schwer enttäuscht worden. Infolge der ungerechten Systemisierung wirkt sich dieses Gesetz zum schwersten Nachteile der öffentlichen Angestellten aus.

Der Kongress fordert daher die Neuregelung der Systemisierung auf dem Wege der Gesetzgebung und die Wiederherstellung der schon im alten Österreich erkämpften automatischen Vorrückung.

Der Kongress unterstützt die berechtigte Forderung der Pensionisten auf restlose Gleichstellung aller Kategorien ohne Ausnahme auf Grund der Durchrechnung der Dienstjahre und stellt fest, daß der im Parlament in Verhandlung stehende Gesetzentwurf diesen Forderungen auch nicht im entferntesten entspricht.

Die Hebung der Kaufkraft der arbeitenden Massen erfordert dringend, daß endlich die ungeheuren Lasten der indirekten Steuern sowie der Zölle auf Lebensmittel und Bedarfsgegenstände beseitigt wird. Die letzte Steuerreform hat den besitzenden Klassen gewaltige Vorteile, dagegen der Arbeiterschaft den Steuerabzug vom Lohn gebracht. Hingegen steigern sich die auf dem Massenverbrauch lastenden Steuern und drücken die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten immer tiefer herab. Auch in Zukunft sollen die indirekten Steuern in der alten Höhe erhalten bleiben, was nur zu deutlich aus der geplanten Unifizierung der Spiritussteuer hervorgeht. Der Kongress der sozialdemokratischen Parteien fordert rasche und gründliche Umkehr in der Steuerpolitik des Staates.

Die beabsichtigte Erhöhung, bzw. die Neueinführung von Kommunalabgaben, die ausschließlich oder überwiegend die Besitzlosen belasten, fordert den schärfsten Widerstand heraus. Deshalb verlangt der Kongress die Wieder-

herstellung der finanziellen Selbständigkeit der autonomen Körperschaften, damit diese die Möglichkeit haben, ihre Bedürfnisse durch Besteuerung der wirtschaftlich Stärkeren zu decken und ihre sozialen und kulturellen Aufgaben in vollem Umfange zu erfüllen.

Zum Schutze der konsumierenden Bevölkerung fordert der Kongreß die Erlassung eines dementsprechenden Kartellgesetzes, durch das eine strenge Kontrolle der Tätigkeit der Kartelle unter Mitwirkung der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen eingeführt wird.

Vorsitzender **Hampf**: Wünscht jemand das Wort zu den Resolutionen (es ist nicht der Fall), wir schreiten zur Abstimmung. Wer ist für die Resolution, die zu Punkt 5, der Kampf um die Sozialversicherung, vorgelegt wurde? (Abstimmung.) Ist jemand dagegen? (Niemand.) Ich erkläre die Resolution als *e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n*.

Nun kommt die Resolution zu Punkt 6: „Die sozialpolitische Gesetzgebung und die Angriffe der Reaktion“. Wünscht jemand das Wort? (Es ist nicht der Fall.) Wer stimmt der Resolution zu? (Abstimmung.) Ist jemand dagegen? (Niemand.) Auch diese Resolution ist *e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n*.

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Vorsitzender **Hampf**: Es folgt der Bericht der Mandatsprüfungskommission, den Genosse **Al e š** tschechisch und Genosse **R ö g l e r** deutsch erstattet.

Al e š berichtet in tschechischer Sprache.

R ö g l e r: Werte Parteigenossen! Die Mandatsprüfungskommission hat konstatiert, daß sich 447 ordentliche Delegierte hier befinden. Davon gehören an: 240 Delegierte der tschechischen sozialdemokratischen Partei, 194 Delegierte der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 8 der polnischen Sozialdemokratie, 5 der sozialdemokratischen Partei in Karpathorußland. In die Summe der tschechischen Delegierten sind 4 Delegierte der ungarischen sozialdemokratischen Arbeiter in der Slowakei eingerechnet. Mit beratender Stimme nehmen an dem Kongreß die Abgeordneten und Senatoren teil, soweit sie nicht mit besonderen Mandaten ausgestattet sind und delegationsberechtigte Körperschaften vertreten. Von den Institutionen und Körperschaften, die den Parteien nahestehe, sind 59 Delegierte auf dem Kongreß anwesend. Die sozialistische Arbeiterinternationale ist durch zwei Delegierte vertreten. Unter den 310 Delegierten der Parteien befinden sich auch russische, ruthenische und ukrainische Genossen. Die Kommission stellt fest, daß alle Mandate in Ordnung sind. Sie beantragt dem Kongreß die Anerkennung aller Mandate.

Vorsitzender **Hampf**: Sie haben den Bericht gehört. Hat jemand eine Anfrage? Es ist nicht der Fall. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Wir kommen nun zum letzten Punkt der Tagesordnung: „**Verschiedenes**“. Zum Wort gemeldet hat sich der Genosse **D r. S o u k u p**. Ich erteile es ihm.

D r. Soukup: Genossen und Genossinnen! Gestatten Sie mir, daß ich als Mitglied der Exekutive der Internationale einige Worte sage. Es ist jetzt 22 Jahre her, seitdem wir, tschechische und deutsche Sozialdemokraten aus Böhmen, auf dem denkwürdigen Kongreß in der Produktenbörse in Prag zusammengekommen sind. Es sind viele auf dem heutigen Kongreß, die vor 22 Jahren an dem Kongreß in der Produktenbörse teilgenommen haben. Wie hat sich seither die Welt geändert! Damals standen wir im Kampfe um das allgemeine gleiche Wahlrecht in Osterreich, um die politische Demokratie, — heute stehen wir im Kampfe um die wirtschaftliche Demokratie, um den Sozialismus.

Genosse **Czech** hat unseres teuren Seff, hat **J o s e f S e l i g e r s** gedacht. Am 4. November 1918 war Seliger bei uns in Prag. Damals fielen die Worte: „Mit Rebellen wird nicht verhandelt“. Seit der Zeit hat die Geschichte gesprochen und entschieden. Aber die Geschichte steht nicht still, die Geschichte geht weiter. Die Sozialdemokratie, bisher getrennt, findet sich heute zusammen

und reicht sich die Hand. Ich erinnere an den vorjährigen Prager und Teplitzer Parteitag. Ich erinnere mich, wie tief bewegt ich war, als ich voriges Jahr während des Teplitzer Parteitages wieder neben den Genossen auf dem Marktplatz in Teplitz stand, auf demselben Platz, auf dem ich einst in Oesterreich so oft neben Josef Seliger gesprochen habe.

Es sind heuer 30 Jahre, seitdem in Prag auf der Schützeninsel der gemeinsame Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie stattfand. Es war im Jahre 1897, in der Zeit des Wahlkampfes für den österreichischen Reichsrat. Damals hörten wir zum erstenmal in Prag Viktor Adler sprechen. Es waren unvergeßliche Augenblicke. Heute kann ich sagen, daß es in meinem Leben zwei Männer gab, welche am tiefsten in meine Seele griffen und die ganze Richtung meines Lebens bestimmten: Einer sprach auf dem Katheder der Univerſität, der andere auf dem Katheder des Proletariats. Beide waren Revolutionäre. Es waren Thomas Masaryk und Viktor Adler. Zwei Namen und zwei Symbole. Thomas Masaryk, das Symbol der Republik, und Viktor Adler, das Symbol des internationalen Sozialismus. Zehn Jahre ist Viktor Adler tot, zehn Jahre ist Th. Masaryk Präsident der Republik. Hoch die Republik und der Sozialismus! (Die Versammlung erhebt sich. Stürmischer Beifall.)

Genossen und Genossinnen! Ich war vor zwei Jahren Gast des Parteitages der Sozialdemokratie in der deutschen Republik in Heidelberg. Ich war ergriffen von der großen, unvergeßlichen Rede, die der Parteivorſitzende Otto Wels dort für die Republik gehalten hat. Wir waren als Delegierte der Internationale in Wien und dort Zeugen der gewaltigen Kundgebung, einer der größten in der Geschichte der Arbeiterschaft der ganzen Welt. Vier Stunden marschierte an uns die österreichische Sozialdemokratie vorbei, ihre Arbeiterwehr, vier Stunden sahen wir diese ungeheure und alles überbietende Kundgebung gegen die habsburgische Reaktion und für die Republik. Die Genossen in Deutschland lieben ihre deutsche Republik, die Genossen in Oesterreich lieben ihre Republik Oesterreich und sind bereit, alles für sie zu opfern und sie auch mit den Waffen in der Hand zu schützen. Sie alle begreifen und verstehen, daß auch wir die tschechoslowakische Republik lieben und gleichfalls bereit sind, für sie alles zu opfern. Nicht nur deshalb, weil es eine Republik ist, sondern auch deshalb, weil die Republik für uns die Voraussetzung der Freiheit aller Unterdrückten, die Voraussetzung des Sozialismus. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Genossen und Genossinnen! Es sind 10 Jahre her, seitdem ich den Aprilschwur der Nation niedergeschrieben habe. Es war ein Schwur für die Freiheit der Nation und ihre republikanische Demokratie. Wir mußten aber, daß unsere Aufgabe damit noch lange nicht erfüllt ist. Vor unserem geistigen Auge sahen wir Millionen Gräber, Millionen Arbeiter, die im Hinterlande an Hunger und Unterernährung gestorben sind. Und dieser Kongreß — das ist meine Empfindung — erscheint uns und allen unseren Arbeitern als neuer Schwur, als neues Gelöbniß und neue Verpflichtung.

Wir müssen weiter kämpfen, von der Befreiung der unterdrückten Nation bis zur Befreiung der unterdrückten Menschen, von der demokratischen Republik bis zur sozialistischen.

Das ist ein großer und heiliger Kampf. Die Kaiser des Feudalismus sind gefallen, es werden auch die Kaiser des Kapitalismus fallen. (Stürmischer Beifall.)

Zu Beginn unseres Kongresses hörten wir unsere Hymne, die Internationale, singen. Ich erinnere mich an den internationalen Kongreß in Amsterdam, an dem ich gemeinsam mit Anton Nemeč teilnahm. Vor meinem geistigen Auge defilierte da eine Reihe unsterblicher Gestalten des internationalen

Sozialismus. Jaures, Bebel, Viktor Adler, Kautsky, Branting, Plechanoff, Mac Donald, Wandervelde und andere. Die Internationale lebte und sie lebt. Und es kommt der Tag, da sie nicht nur das Symbol der Einheit sein wird, sondern auch Organ und Werkzeug der Aktion. (Stürmischer Beifall.)

(Zu de Brouckere gewendet, französisch): Unser treuer de Brouckere ist Mitglied der Kommission der Internationale für nationale Fragen. Er weiß, daß nichts für uns schmerzlicher war, als jene Differenzen zwischen uns beiden großen Parteien, die Mitglieder derselben Internationale sind. Wir haben immer gesagt, daß die Lösung dieses so ernststen Problems nicht in erster Linie Aufgabe der Internationale sein wird, sondern unsere Obliegenheit und Verpflichtung. De Brouckere hat wiederholt gesagt: „Ruhe und Geduld. Ich glaube, daß der Tag kommen wird, an dem diese beiden sozialdemokratischen Parteien sich finden werden, und die sozialistische Internationale wird dazu ihren Segen erteilen.“ Es gibt nirgends eine solche Analogie zwischen zwei Staaten wie zwischen der Tschechoslowakei und Belgien. Wir sind heute glücklich, daß Genosse de Brouckere der großen und heroischen belgischen Partei erklären kann, daß der Sozialismus in der Tschechoslowakei auf dem Vormarsch ist, und daß er ebenso mächtig sein wird, wie der Sozialismus in Belgien. (Beifall.)

(Tschechisch fortfahrend): Bei uns herrscht heute die Reaktion, aber nur deshalb, weil die Arbeiterschaft uneinig ist. Wir sind hier zwei große Parteien, die über 50 Jahre alt sind. Generationen kommen und gehen, aber die Sozialdemokratie bleibt. Heuer ist es 50 Jahre her, daß unsere Partei in Brėvno bei Prag ihren ersten Parteitag abhielt. Unsere gemeinsam operierenden Armeen sind groß. Rechts und links von uns operieren andere Armeen. Das arbeitende Volk aller dieser Armeen auf ein gemeinsames Programm und gemeinsame Taktik zu vereinigen, ihm ein gemeinsames Herz und Hirn zu geben, was wird das für ein ruhmvoller Kampf, was für ein ruhmvoller Sieg sein! Wir sind hier der Schild der revolutionären Errungenschaften der Arbeiter und der Schild der Demokratie. Schild gegen den Faschismus, wie gegen den Kommunismus.

Wir sind die Garantie des Sozialismus.

Ganz Europa geht nach links. Es kommt die Zeit, da auch die russischen Kerker sich öffnen und da der demokratische Sozialismus auch in diesem Weltreich gemeinsam mit uns seinen Triumph feiern wird. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Am 5. August werden wir auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Brüssel sein. Wir werden dort stehen mit neuer Macht und neuem Glauben. Ich glaube, daß die Zeit gekommen ist, da wir uns begreifen und verstehen werden. Treue um Treue, Liebe um Liebe. Die Geschichte geht weiter und die Verhältnisse ändern sich. Mit den geänderten Verhältnissen kommt eine neue Taktik, ein geändertes Vorgehen. Aber was bleibt, ist unser altes Programm und unser alter Geist. Das ist der Geist, der uns getrieben hat, als wir zuerst begannen politisch zu denken, das ist der Geist, der uns unser ganzes Leben lang geführt hat, das ist der Geist, mit dem wir ins Grab gehen werden.

In dieser Versammlung sind zwei Männer, welche in der Zeit der Kriegsthyrannei schon mit einem Fuß auf dem Nichtplatz standen. Einer ist unser Rudolf, unser Bechně. Gleich bei Beginn des Krieges wurde er in Proznitz gefaßt und wegen eines Epigramms vor das Kriegsgericht nach Ostrau geschleppt. Nach Ostrau, wo schon vorher zwei unserer Jungen hingerichtet wurden. Das Leben Rudolfs war in äußerster Gefahr. Endlich gelang es, dieses heiße Herz und dieses kostbare Hirn des tschechischen Proletariats zu

retten. Franz Tomášeš, Du weißt, was das für eine Arbeit kostete und was wir dafür vor allem Dir zu danken haben, bei dem wir immer die Vorstellung haben, daß uns in Dir einer der alten Taboritenhauptleute der hussitischen Revolution erstanden ist. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Kundgebungen für Genossen Tomášeš.)

Unter uns ist aber auch Friedrich Adler. Wir begrüßen ihn nochmals aus ganzem Herzen und sind glücklich, daß er gekommen ist. (Die Versammlung erhebt sich und begrüßt Friedrich Adler mit nicht endenwollenem Beifall.)

Als Friedrich Adler fast schon auf dem Richtplatz des alten Österreich stand und nicht wußte, ob er leben oder sterben wird, da erhob er sein Haupt und vor dem Todesurteil, vor dem Gericht, sprach er:

„Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all!
und wäre es in den Tod,
denn unsere Fahne ist rot.“

und er setzte fort:

„Auf den Lippen den Troß und den zuckenden Hohn,
noch im Sterben rufen wir: Rebellion!“

(Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Ja, das ist unser alter Geist, der Geist der alten unsterblichen Internationalen Sozialdemokratie. Und darum können wir stolz und mit erhobnem Haupt heute rufen:

Vive l' Internationale Socialiste Ouvrière!
Es lebe die sozialistische Arbeiter-Internationale!
Nechť žije socialistická Internacionála dělnická!

(Die Versammlung erhebt sich und bringt den Genossen Adler und de Brouckère Ovationen.)

Vorsitzender **Šampl**: Punkt 7 „Verschiedenes“ ist erledigt. Vor Beendigung des Kongresses muß ich mitteilen, daß weitere Begrüßungsschreiben eingelangt sind und zwar von der Auslandsgruppe der weißrussischen Partei der Sozialisten-Revolutionäre, von der Auslandsorganisation der ukrainischen Partei der Sozialisten-Revolutionäre, von der sozialistischen Liga des neuen Ostens, der unabhängigen sozialistischen Partei Argentiniens, der tschechoslowakischen Frauenliga für Frieden und Freiheit, vom Genossen Trübenecker aus Unter-Maxdorf, von der tschechoslowakischen, polnischen, deutschen sozialistischen Organisation aus Třnec, vom Gebietsausschuß der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Tabor, aus der Plenarsitzung der Funktionäre der Gewerkschaftsorganisationen in Groß-Pilsen.

Weiter ist hier ein Begrüßungsschreiben der Opposition der Lidová strana und der unabhängigen Organisationen der Lidová strana (hört, hört), das wegen seines Inhalts eigentlich zum Punkt „Verteidigung der Sozialversicherung“ gehören würde. Ich lasse diese Zuschrift verlesen, weil sie ein Dokument dafür ist, daß das Vorgehen der Volkspartei gegen die Sozialversicherung auch in den Reihen der christlich-sozialen Arbeiter seine Wirkung getan hat. Ich ersuche den Genossen **Dundr**, die Zuschrift zu verlesen.

Dundr (liest): An das Präsidium des I. Kongresses der sozialistischen Parteien der Tschechoslowakei in Prag.

Bei Gelegenheit des ersten Kongresses der sozialistischen Parteien in der Tschechoslowakei spricht der Zentralausschuß der unabhängigen Organisationen

der tschechoslowakischen Volkspartei in Böhmen, der die Interessen der christlich-sozialen Arbeiterschaft vertritt und eine Entpolitisierung des Klerus anstrebt, diesem bedeutungsvollen Kongreß seine aufrichtigsten Wünsche zu reichem Erfolge aus.

Überzeugt, daß die soziale Gerechtigkeit nur auf Grund des Programmes der nationalen und religiösen Verträglichkeit erreicht werden kann, wünscht der Zentralausschuß der unabhängigen Organisationen der tschechoslowakischen Volkspartei in Böhmen eine wirkliche Zusammenarbeit aller staatserkhaltenden Parteien, die das Recht der Schwachen und Unterdrückten verteidigen.

Wir verharren unerschütterter auf unserem kulturellen Standpunkt, der uns vielleicht in einigen Fragen trennt, halten es aber für notwendig, auf dem Boden der Sozialpolitik eine gemeinsame Grundlage für den sicheren Schutz der Interessen der arbeitenden Schichten zu suchen.

Infolgedessen ist der Zentralausschuß der unabhängigen Organisationen der tschechoslowakischen Volkspartei in Böhmen der Meinung, daß es auf die Dauer nicht möglich ist, das soziale Reformprogramm unseres Staates ohne Teilnahme der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei, welche unserer jungen Republik so viele hervorragende und opferwillige Staatsmänner gegeben hat und ohne Teilnahme der übrigen staatserkhaltenden Parteien, welche die sozialen Interessen vertreten, zur Durchführung zu bringen.

Für den Zentralausschuß der unabhängigen Organisationen der tschechoslowakischen Volkspartei in Böhmen:

Antonín Grabánek,
für den Vorsitzenden.

Václav Fabart,
Zentralvertrauensmann.

Kirpal übersetzt das Begrüßungsschreiben auszugsweise ins Deutsche.

Die Schlußreden.

Vorsitzender Abg. de Witte:

Genossen und Genossinnen! Wir sind am Schlusse dieses herrlichen, von feinem Mißton getrübt und vom Geiste brüderlicher Solidarität getragenen Kongresses angelangt. Es ist die Ehrenpflicht des Präsidiums,

in dieser Stunde allen denen, die diese Tagung angeregt, die sie vorbereitet und ihren ungemein würdigen und wuchtigen Verlauf herbeigeführt haben, ein herzliches Wort des Dankes zu sagen.

(Beifall.) Dieser Kongreß ist eine Tat gewesen, er ist in schwerer Zeit, in einer Zeit, da die Völker dieses Staates und da vor allem die Arbeiterklasse dieses Staates unter dem schweren Druck einer übermütig gemordenen Kaste des Ausbeutertums gestanden ist, eine erlösende, eine befreiende Tat gewesen. (Beifall.) Er wird, wie wir alle hoffen, das Signal sein, das von hier an alle Arbeiter hinausgeht, Brüder und Schwestern zu sein und zu rüsten zum gemeinsamen Kampfe gegen die gemeinsame Ausbeuterklasse, gegen die uns allen gemeinsame Klasse unserer Unterdrückten. Wohl sind wir uns auch auf diesem Kongresse alle, wie wir hier beisammen sind, darüber klar, daß zu einer vollen Einigung noch die Hinwegräumung vieler Hindernisse notwendig ist. Wir wissen, daß Schwierigkeiten sind. Es gehört nicht zu den Traditionen der sozialdemokratischen Parteien, Vogel-Strauß-Politik zu spielen und den Kopf in den Sand zu stecken. Aber eines ist auf diesem Kongreß lebendig aufgezeigt worden:

Der Wille lebt, alle diese Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.

(Beifall.) Wir wissen, das wird Arbeit, viele und schwere Arbeit, das wird noch große und mannigfaltige Mühe kosten, aber wir wissen auch das: der Preis ist aller dieser Mühen wert. Schon daß wir zusammengekommen sind, nach 22 Jahren der Trennung, ist ein Beleg dafür, daß dieser Wille in allen Sozialdemokraten lebendig ist, die Bahn frei zu machen.

Wir sind überzeugt, daß dieser Kongreß in der gesamten Arbeiterschaft deshalb ein freudiges Echo erwecken wird und daß er draußen auf dem Lande wie eine Verheißung wirken wird. Die Vertreter aller sozialdemokratischen Männer und Frauen und die sozialdemokratische Jugend dieses Staates sind hier beisammen gewesen, ein Wille hat sie alle beseelt, der eine Wille, daß

dieser Kongreß nicht ein Schlußpunkt, sondern daß er ein Anfang sein soll, ein Anfang auf dem Wege zur Gestaltung der einheitlichen Kampffront des Proletariats der Tschechoslowakischen Republik.

Einmal waren viele Arbeiter noch im Banne der bürgerlichen nationalistischen Ideologie. Die Erfahrung hat sie gelehrt, daß dieser Nationalismus nur eine Geschäftssache, nur ein Deckmantel für die Plusmakerei seiner Propagandisten ist. Die tschechischen Arbeiter haben gesehen, wie ihre Bourgeoisie, der es nur um den Profit gegangen ist, ohne weiteres aus der allnationalen Koalition hinausgegangen ist und ein Bündnis mit der deutschen Besitzklasse zur gemeinsamen Unterdrückung der deutschen und tschechischen Arbeiter geschlossen hat.

Die deutschen Arbeiter dieses Staates haben durch die Erfahrungen der letzten Zeit nur erneut bestätigt erhalten, daß ihr Bürgertum dasselbe geblieben ist wie es seit jeher war, wie es in der Vorkriegszeit war, noch genau so reaktionär, genau so rücksichtslos gegen die Massen der

armen Volksgenossen, noch genau so antisozial und so scharfmacherisch wie ehedem. Diese Bourgeoisie hat tatsächlich durch alle die Ereignisse von damals bis heute nichts gelernt und nichts vergessen. Mit denselben Ansichten und Methoden, die sie gehegt hat in früherer Zeit, ist diese Bourgeoisie nur von Wien nach Prag übersiedelt. Sie war antidemokratisch, antisozial, volksfeindlich zur Zeit, als sie noch unten an der Donau den Kurs angegeben hat, jenen Kurs, der dann gemündet hat in ein Meer von Blut und Jammer und sie ist um kein Haar besser, da sie

jetzt an der Moldau ihr Untwesen treibt.

Sie ist militärfremd und militärfeindlich und wieder militärfremd, je nachdem sich das Geschäft fruktifizieren läßt. Absolutismus oder Demokratie, Liberalismus oder Klerikalismus, Los von Rom! oder Hin zu Rom!, Hochverrat als nationale Pflicht und Bekenntnis zum Staate: es kommt ihr auf keine Phrase an. Ihr Weg ist gepflastert mit abgelegten Ideen. Sie haben Eide geschworen für den Kampf ums Selbstbestimmungsrecht und sie in der nächsten Stunde verraten. Sie haben sich völkisch genannt und nicht gezögert, den Bestand der großen Massen des eigenen Volkes zu untergraben, sie haben ein goldenes deutsches Herz, wie die andern ein goldenes tschechisches, ein goldenes magharisches Herz haben, aber sie lassen dieses Herz lieber brechen, als daß sie den Massen des Volkes ein Dach über dem Kopf gönnen, wenn dieses Dach nicht zehn Prozent Gewinn trägt. Sie weinen Tränen über die Armut des Volkes, aber sie müssen ihm das Brot verteuern. Sie jammern über das Leid der Kranken, aber sie müssen jetzt die Sozialversicherung der Arbeiter verschlechtern. Sie wehklagen über die Not der Jubiliden und der Witwen und Waisen, aber sie müssen ihnen trotz alledem die Rente streichen.

Fünf Nationen gehört diese Bourgeoisie in der Tschechoslowakischen Republik an, schwört ihr jeweils die Treue und

alle diese nationale Treue zusammengenommen hat doch nur einen einzigen Sammelnamen: Monev.

Die tschechischen Arbeiter haben ihre Bourgeoisie kennen gelernt, die deutschen kennen die ihre seit langem. Sie mißt ihr Deutschtum nach Zins und Zinseszins und ihr Profit ist ihr Prophet. Die Verachtung des Arbeiters, der Wille, den Arbeiter zu einem rechtlosen, ohnmächtigen Ausbeutungsobjekt zu machen, beherrscht diese ganze bürgerliche Front. Die Profitjäger aller Völker haben sich bereits gefunden. Sie nützen ihre Zeit, jeder Tag lehrt uns dies mit neuer Deutlichkeit, mit neuer Entrechtung und neuer Not.

Die Arbeiter registrieren diese Tatsache, aber sie wollen mehr als dies, sie wollen, daß dahin gearbeitet werde, daß der internationalen Ausbeuterfront die geschlossene, zielklare Abwehrkampffront der Arbeiter gegenüber gestellt werde.

Das ist die Seele dieses Kongresses.

Wir wollen leben und nicht nur vegetieren. Wir wollen als Brüder und Schwestern leben, wir wollen als freie Menschen leben auf diesem Stück Erde im Rahmen der Tschechoslowakischen Republik. Wir geloben deshalb heute, daß wir

Schulter an Schulter den Kampf gegen den Bürgerblock¹

aufnehmen wollen, daß wir den Kampf gemeinsam gegen die Reaktion aufnehmen. Wir geloben auf diesem Kongreß, daß wir gegen die Feinde der Sozialpolitik gemeinsam vorwärtsstürmen wollen. Wir verbünden uns für das Heute, aber wir sprachen auf diesem Kongreß auch über das Morgen, wir dachten an das Morgen. Wir wollen den Schwierigkeiten, die sich uns in den Weg stellen, trosten, diesen Weg erarbeiten, erarbeiten die eine sozialdemokratische Front, auf daß wir uns in gemeinsamem Kampfe finden, zum Kampfe für

unsere und unserer Kinder Zukunft. Wir hofften also, daß dieser Kongreß der erste Glockenschlag der Stunde werde, welcher die Schicksalsstunde des Proletariats in der Tschechoslowakischen Republik anzeigt. Die Genossen Adler und de Brouckère, sie können der Internationale von einem stolzen und für die Zukunft verheißungsvollen Tag des internationalen sozialistischen Gedankens in der Tschechoslowakischen Republik berichten. Die sozialdemokratischen Parteien dieses Staates sind wirklich auf dem Wege heute dahin zu gelangen, daß sie

Preisfechter des Sozialismus

auf einem Boden werden können, auf dem das Proletariat nur vorwärts kommen kann, wenn es die Grundsätze brüderlicher Solidarität als erste in ihr Programm setzt. Dieser Geist hat Triumphe gefeiert. Dieser Kongreß war somit eine Kampftagung und zugleich eine Festtagung. Er war, wie wir alle von ihm hoffen, der Mitbegründer einer besseren Zeit. Die Not war es, die uns zusammenführte, aber nicht allein die Not. Auch die Sehnsucht der Arbeitermassen, der heiße Wille unserer Vertrauensmänner waren es, die uns zu diesem Kongreß wiesen, die uns zusammenführten und den einen Wunsch glaube ich in allen unseren Herzen zu hören und

der Geist des Sozialismus ist es, der uns zusammenhält.

Genossen und Genossinnen! Wir haben reiche und schwere und bittere Erfahrungen gemacht. Die Arbeiter wurden geschlagen, weil sie uneinig waren. Aber wir wissen: Ein treues Kampfbündnis wird uns unüberwindlich machen. Deshalb glaube ich am Schlusse dieses Kongresses allen den Teilnehmern, all den Hunderten und Abertausenden von Vertrauensmännern, Männern und Frauen zuzurufen zu können: Tragt die Kunde von diesem Kongreß hinaus in Stadt und Land, ins Erzgebirge und ins Riesengebirge, in die Karpathen und in den Böhmerwald, tragt sie hinaus in Fabriken und Hütten, erwecket das Volk, rufet das Volk auf und die Millionen von Herzen, entzündet das heilige Feuer der Brüderlichkeit, das Feuer der Solidarität, das heilige Feuer des Sozialismus. So bannen wir die Schatten der Vergangenheit, so rufen wir die Morgenröte einer neuen besseren und helleren Zeit. (Beifall.)

Groß und schwer ist, wie schon einmal gesagt, noch die Aufgabe, die uns bevorsteht. Aber wir haben uns auf diesem Kongreß doch verpflichtet, für ihre Lösung zu sorgen, verpflichtet nicht nur mit den Worten, die in der Resolution stehen. Wir haben uns verpflichtet, angesichts der ungeheuren Begeisterung, die auf diesem Kongresse herrschte und verpflichtet durch den Ausbruch der tiefen Sehnsucht, die aus allen Worten dieses Kongresses und aus den Gründen seiner Einberufung hervorgegangen ist. Wie groß die Aufgaben auch sind, ein guter Wille muß vor allem vorhanden sein. Überwinden wir in uns selbst all das Hemmende!

Die Sehnsucht des Volkes, die Freiheit des Volkes, das Glück des Volkes, das soll es sein, was uns bestimmt.

über allen anderen muß dieses eine Ziel vor unseren Augen stehen; keine Herren und keine Knechte, gleiche Pflichten, aber gleiche Rechte. (Beifall.) Unterdrückte Völker, unterdrückte Menschen gehören zum Bilbe der kapitalistischen Herrschaft. Das Ziel, das wir uns stecken, heißt: Diese Gesellschaft zu beseitigen! Wir gehen deshalb von diesem Kongreß hinaus in das Land, wir wecken die Schlafenden; das erhebe die Müden, das mache aus Leidenden Kämpfer. Ein einziger Ruf soll es sein, in den Millionen einstimmen, von den Waldbergen Karpathenlands bis in das Egerland, von der Elbe bis an die Donau:

Es lebe der Troß, es lebe der Kampf, es lebe die internationale, Länder und Völker befreiende Sozialdemokratie.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Abg. Sampf:

Wertes Kongreß, Genossen und Genossinnen! Unser Kongreß geht dem Ende zu. Ich glaube, daß es nicht bloß Ausdruck einer besonderen Courtoisie ist, wenn ich noch einmal von dieser Stelle aus Allen danke, die sich um sein Gelingen bemüht haben und wenn ich namentlich auch den Vertretern der Internationale danke (lebhafter Beifall), welche durch ihre Anwesenheit nicht nur ihr lebhaftes Interesse bekundet haben, sondern damit auch vor der ganzen Öffentlichkeit proklamiert haben, daß es sich hier um einen wichtigen Akt nicht nur der Arbeiterpolitik, sondern auch der staatlichen Innen- und Außenpolitik handelt.

Es ist notwendig, daß wir das Ergebnis des Kongresses und den Verlauf der Verhandlungen zusammenfassen. Es ist auch notwendig, seine Ergebnisse zu werten.

Ich will bemerken, daß der glänzende Erfolg des Kongresses an und für sich den Gedanken und Zielen, nach denen wir streben, nicht genügen würde.

Es ist notwendig, daß wir die moralische und innere Kraft dieses Kongresses werten,

damit wir seine moralische und auch seine politische Bedeutung ermessen können. Womit sind wir auf diesen Kongreß gekommen? Darüber ist kein Zweifel, daß wir Alle bis auf den Letzten mit dem besten, aufrichtigen Willen zur Einigung gekommen sind. (Beifall.) Ich glaube, daß bei strengster Analyse — und Sie wissen, daß die Analyse der inneren Verhältnisse immer sehr gründlich sein muß — selbst der schwärzeste Pessimist sich nicht beschweren könnte, daß dieser ehrliche Wille nicht aus jedem von uns gesprochen hätte. Also diese Tatsache bestand, aber wir mußten uns auch fragen: Sind die objektiven Bedingungen vorhanden, damit wir ohne Belastung unserer Verantwortlichkeit diesen Kongreß einberufen und in Tausenden und Millionen von Angehörigen der Arbeiterklasse Hoffnungen hervorrufen? Auch darum ist es gegangen und ich glaube, daß wir auch diese Frage ruhig und mit gutem Gewissen beantworten können. Ich bin der Meinung und halte dafür, daß alle unsere Freunde und unsere deutschen Genossen das Bewußtsein hatten, daß die Verhältnisse reifen, und daß die Symptome dieses Reifens offenkundig sind. Sie wissen, daß es bei uns niemals Unterschiede in der grundsätzlichen Auffassung gab. Die deutschen Sozialdemokraten, die tschechoslowakischen, die ruthenischen und die magharischen, alle sind wir erfüllt von einer Idee, einem Geist, alle sind wir Anhänger des internationalen Sozialismus, also die grundlegende Voraussetzung war nicht nur durch die Erziehung und das Programm gegeben, sondern sie war etwas, worüber es in unseren Reihen überhaupt keine Diskussion gab. Es ging darum, das Problem so zu betrachten, wie es erscheint, wenn die Einigung verwirklicht werden soll. Wir alle kennen die Wahrheit, die in dem Grundsatz verwirklicht ist, daß wir vereinigt alles und getrennt nichts sind. Aber ich habe mich gefragt, würde unter gewöhnlichen Verhältnissen dieser gute Wille genügen? Sagen wir es ganz offen im Bewußtsein der Verantwortlichkeit, daß dieser gute Wille zu wenig gewesen wäre, denn diesen guten Willen hatten die tschechischen und deutschen Genossen sofort nach Beendigung des Krieges. Alle fühlten die Unmöglichkeit der Stellung gegenüber den Arbeitermassen, als zwischen uns nicht gleich von Anfang an ein genügend festes freundschaftliches Verhältnis gebildet werden konnte. Wir alle — obwohl wir alle gleich unschuldig waren — haben uns in unserem Innern deshalb geschämt. Es war eine Last für uns alle, wenn in unsere innern Angelegenheiten von außen her eingegriffen werden mußte. Auch hier fühlten wir die Unmöglichkeit unserer Stellung und da, wenn wir objektiv die Bedingungen prüfen, welche es uns erlaubten, diesen Kongreß abzuhalten, wenn wir uns fragten,

bis zu welchem Grade die Verhältnisse reif sind, um mit einem positiven Erfolg dieses Kongresses rechnen zu können, waren wir uns der Schwierigkeiten bewußt, welche unmittelbar nach dem Kriege herrschten. Denn wir wußten, daß in den Reihen der Arbeiterschaft vor allem der Aberglaube herrschte, daß die Revolution manchen Aufschwung nach dem Kriege ohne besondere Anstrengung der Arbeiter gebracht hat, auch die übrigen Ergebnisse unseres Strebens so erwartet werden können. Der Arbeitermassen bemächtigte sich der Aberglaube, daß man nur auf die Revolution zu warten braucht, und daß uns dieses große Wort „Revolution“ ohne Arbeit vorwärts bringt. Dieses Aberglaubens bemächtigte sich in erster Reihe der romantische Sozialismus, oder wenn Sie lieber wollen, Kommunismus, und nützte ihn aus. Wir Tschechen und Slowaken haben die kommunistischen Methoden schwer gespürt. Denn die politisch kaum erwachte Slowakei wurde vor allem der Tummelplatz der politischen Romantik, der politischen Demagogie. Wir Alle haben immer den Druck der Verhältnisse gespürt, aber wir mußten mit der Psychologie der vom Kriege geschöpften Arbeitermassen rechnen. Es mußte also eine gewisse Zeit verstreichen und die Entwicklung mußte zeigen, daß die objektiven Bedingungen für den Kommunismus nicht vorhanden sind, um von dem Morgen der sozialen Revolution zu sprechen. Ich glaube, daß die Entwicklung der Verhältnisse dort zeigt, daß eine Änderung der Taktik nötig ist und diese Korrektur erfolgt in ziemlich radikaler Weise. Für uns bedeutet sie begreiflicherweise einen Teil der günstigen Wendung. Wir sind der Meinung, daß dort, wenn wir auch mit verhältnismäßig hohen Ziffern rechnen müssen, die bei Wahlen den Kommunisten zufallen,

**innerlich und moralisch die Verhältnisse ausreifen und das
Produkt ihres Reifens ist die Verstärkung der Rader
der sozialdemokratischen Arbeiterschaft.**

(Bravo, Beifall.)

Es bestätigt sich, daß die Sozialdemokratie die Möglichkeit der Entwicklung richtig abgeschätzt hat und alle Faktoren in Anschlag gebracht hat, mit denen sie rechnen mußte. Wir mußten damit rechnen, daß die Psychologie des deutschen Volkes respektiert werden muß. Denn der Krieg, der über ganz Europa hinweggegangen ist, konnte nicht ohne Widerhall in der Seele des Volkes bleiben und die deutschen Genossen sind auch ein Teil ihres deutschen Volkes und sie sind mit Stolz ein Teil ihrer großen deutschen Nation. Mit dieser Psychologie müssen sowohl wir, als auch die Führer der deutschen Sozialdemokratie rechnen, aber auch hier sind die Verhältnisse ausgereift und wir haben gesehen, daß die deutsche und tschechische Bourgeoisie sich zu einigen verstanden, daß sie zwar in ihrer Presse radikal nationalistisch sprechen, daß zwar in der tschechischen Presse etwa gesagt wird: „Die Deutschen in die Regierung, wir in die Revolution“, aber jeder weiß, daß dem nicht so ist, daß morgen oder übermorgen die Nationaldemokraten, die tschechischen Nationalisten in die Regierung eintreten, wonach sie schon lange begierig sind. Dieser Kongreß ist noch nicht beendet und gestern schon trat das Organ der Nationaldemokratie, das Organ des Ablegers der faschistischen Organisation, auf und sprach von der „Rückkehr der tschechoslowakischen Sozialdemokratie in die Dienste der deutschen Genossen“. (Heiterkeit.) Uns läßt das kalt, nicht als ob wir die Kraft der Nationalisten in diesem Staate unterschätzen, aber wir verstanden es, in einer Zeit, da es sehr unpopulär war, den tschechoslowakischen Arbeitern die Wege zu zeigen, wir mußten diesen Weg gehen und werden unser Vorgehen vor dem tschechischen Volke verantworten. (Bravo, Beifall.)

Es ist eine Tatsache, daß in den Reihen der Arbeiter, die wir doch der überwiegenden Mehrheit nach vertreten, eine Wendung eintritt. Diese Wendung streben wir auch an und ich glaube, daß dieser großen Wendung zur

gesunden Moral im Arbeiterlager auch unser Kongreß in hohem Maße nützen wird. Dieser Kongreß war sehr zurückhaltend, obwohl selbstverständlich die Begeisterung bei gewissen Kundgebungen zum Ausdruck kam, aber wir waren uns dessen bewußt, daß wir die Arbeiterklasse nicht täuschen dürfen,

**daß wir nur solche Hoffnungen hervorgerufen dürfen,
die erfüllt werden können,**

aber andererseits wollen wir die Änderung der Verhältnisse nicht unterschätzen, die ich hier dargelegt habe, und wir wollen auch nicht die Stärke des Willens der tschechischen, deutschen und andersnationalen Arbeiterschaft unterschätzen. (Beifall.)

Alle Arbeiter sind dieser Verhältnisse schon satt. In der Tschechoslowakei ist es, da hier einige 60% der Bevölkerung gegen Lohn oder Gehalt tätig sind, doch ein Anachronismus, daß eine durchaus arbeiterfeindliche Regierung herrscht. Das ist ein unmöglicher Zustand. Wir wissen, woher dieser Zustand kommt. In erster Linie sind es die durch die kommunistische Moral und Agitation demoralisierten Arbeiter. Wir haben in erster Linie von unserer Taktik gesprochen und da sprechen wir vor allem den Willen zur Macht aus, mit anderen Worten, wir wollen solche Verhältnisse auf der Linken schaffen, solche Verhältnisse im Lager der Arbeiter, daß — um es bildlich auszudrücken — die Leitung der sozialistischen Angelegenheiten in andere Hände kommt. Wir sind uns alle dessen bewußt, daß alle Regierungskombinationen in diesem Staate mit Teilen der Bourgeoisie rechnen müssen. Aber es darf diesen offenen Zynismus nicht geben, mit dem die letzte Regierungskombination auf Kosten der arbeitenden Menschen sich Präzente austeilt. Die Sozialdemokratie kann in ihrer Taktik nicht mehr das sein, was sie früher war, als sie noch nicht die natürlichen Bedingungen ihrer Entwicklung hatte, die allgemeinen bürgerlichen Rechte und die allgemeinen politischen Rechte. Wir wissen, daß sich die Verhältnisse geändert haben. Es handelt sich uns darum, in der ganzen Arbeiterschaft eine solche Moral auszubilden, daß die Arbeiterschaft überzeugt ist, daß alle Arten von Taktik, welche die Sozialdemokratie anwenden muß, gut und klug sein können oder nicht, aber daß sie alle hervorgegangen sind aus aufrichtigem Herzen und dem Wunsch, der Arbeiterklasse und dem Proletariat zu helfen. (Beifall.)

Wobor fürchtet sich die Bourgeoisie? Wenn Sie die „Národní listy“ lesen, wenn Sie den „Venkov“ lesen, das Organ des Ministerpräsidenten, oder den „Večerní“, so finden Sie, daß sie alle voll von Angriffen auf die Sozialdemokratie sind, und daß sie uns mit den Kommunisten und Nationalsozialisten schreien wollen. (Zwischenrufe.) Ich will die Kommunisten nicht angreifen, denn das hat keinen Wert. Leider, solange die kommunistische Sektion bei uns keine eigene Politik haben wird und keine Erkenntnis der Verhältnisse im Staate, müssen wir damit rechnen, daß sie blindlings gegen uns gehen wird. Aber wir wollen die kommunistische Partei nicht umstürzen. Wir wollen die nationalsoziale Partei nicht umstürzen. Wir wollen bloß die Arbeiter, die falsch orientiert sind, aus dieser falschen Orientierung zu uns führen. Darum geht es. (Zustimmung.)

Zu diesem Ziele soll auch unser Kongreß beitragen, der nicht nur eine Manifestation des gemeinsamen Gedankens sein soll, des gemeinsamen Marschierens, das uns schon vom kommunistischen Manifest vorgeschrieben wurde. Es handelt sich nicht um eine Kundgebung, daß wir gemeinsam marschieren wollen, es geht darum,

**daß dieser Kongreß unseren unbeugsamen Willen kundgibt, alle Hindernisse
aus dem Wege zu räumen, und zwar durch gemeinsames Vorgehen.**

(So ist es.) Dieser Kongreß hat seine politischen Kundgebungen beschlossen, er hat eine politische Resolution angenommen und dieser Kongreß hat uns

auch aufgetragen, als ersten Schritt des gemeinsamen Vorgehens einen gemeinsamen Ausschuß zu bilden. Es wurde uns eine Direktive gegeben und auf diesem Wege wollen wir arbeiten.

Wenn wir nun auseinander gehen, sagen Sie draußen unseren Arbeitern und Arbeiterinnen, daß uns vielleicht noch Hindernisse bevorstehen, daß es nicht so schnell vorwärts gehen wird, wie wir wünschen würden, sagen Sie ihnen aber auch, daß wir alle den festen, aufrichtigen Willen haben, die Hindernisse zu überwinden. (Zustimmung.) Auch psychologisch fand unser Kongreß in einer günstigen Situation statt. Wir sind im weiteren Aufstieg. Der gemeinsame Vormarsch bedeutet die Verstärkung der Angriffskraft in den Fabriken und Werkstätten, wo die armen Arbeiter, noch von der Spaltung bedrückt, gegen die Herabsetzung der Lebenshaltung kämpfen müssen. Dort bedarf es des Signals zur wirkungsvollen Arbeit. Wenn wir die Stabilität der heutigen Regierung betrachten — alle Achtung vor den Gegnern —, aber es scheint mir, daß auch dort die heilige Flamme der Begeisterung über die Präzente, welche sich die Herrschaften auf Kosten des armen Volkes gegeben haben, schon im Erlöschen ist (Zustimmung) und es wird auch von unserer Taktik abhängen, ob wir wissen, wie wir uns einzurichten haben. Wir werden um so gefährlichere Gegner sein, wenn wir fähig sein werden, auch in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verantwortliche Funktionen zu übernehmen. Wo gestern der Adelige stand, kam heute der Liberale und morgen wollen wir kommen, die Arbeiter, die Sozialisten. Wenn uns die Wege vorgezeichnet sind, werden wir gute Arbeit verrichten.

Ich danke Ihnen allen im Namen des Präsidiums noch einmal herzlich und wir gehen nun auseinander zu eifriger, anstrengender Arbeit, welche die einige Garantie des erfolgreichen Vorwärtsschreitens ist. (Bravo, lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Der Kongreß wurde um 1 Uhr 15 Minuten nachmittags mit dem Gesang der „Roten Fahne“ und der „Internationale“ beendigt.



Präsenz-Liste

für den Kongress am 28. und 29. Jänner 1928
in Prag-Smichov.

- Aksamit Alois, Teplitz-Schönau.
Arnberg Emil, Bodenbach.
Augustin Anton, Warnsdorf.
Beutel Franz, Auffig a/G.
Blatný Fanny, Karlsbad.
Böhm Heinrich, Rumburg.
Cech Max, Trautenau.
Czech Dr. Ludwig, Brünn.
Danzer Robert, Elbogen.
Deißler Anton, Eger.
Deml Johann, Oberplan.
Dietl Anton, Prag.
Dittrich Valentin, Saaz.
Dobiasch Franz, Benßen.
Edelmann Berta, Görkau.
Eger Josef, Warnsdorf.
Erhart Anton, Nepling.
Fellinghauer Franz, Weipert.
Fischer Franz, Freudenthal.
Fischer Rudolf, Prag.
Fischer Franz, Birkfigt.
Friedrich Josef, Böh.-Arumau.
Fürtig Willibald, Bodenbach.
Garkisch Ludwita, Janessen.
Geschka Karl, Altstadt.
Glähsl Emil, Auffig a/G.
Goth Josef, Warnsdorf.
Görzner Anton, Böh.-Leipa.
Görl Christov, Falkenau.
Groß Ernst, Pilsen.
Grund Bruno, Teischen a/G.
Grundl Franz, Falkenau.
Grünzner Ernst, Prag.
Günzl Marie, Karlsbad.
Haas Dr. Wilhelm, Mähr.-Ostau.
Hadenberg Theodor, Prag.
Hamel Robert, Trautenau.
Heeger Rudolf, Jägerndorf.
Hein Josef, Fischern.
Hein Wenzel, Görkau.
Heinrich Adam, Eger.
Heller Johann, Wagstadt.
Heller Dr. Karl, Teplitz-Schönau.
Herzcht Heinrich, Teplitz-Schönau.
Herold Karl, Neudorf.
Hilgart Johann, Mies.
Hirsch Steffi, Teplitz-Schönau.
Hirschmeier Rudolf, Jägerndorf.
Hofbauer Josef, Prag.
Hoffmann Max, Puletschnei
b. Gablonz a/N.
Hocke Willi, Bodenbach.
Holia Franz, Donitz.
Hopf Fritz, Karlsbad.
Horn Wenzel, Karlsbad.
Hübel Wilhelm, Bodenbach.
Jacksch Wenzel, Prag.
Jandl Stephan, Wittau.
Jarolim Anton, Turn-Teplitz.
Jilg Emilie, Wigtadtl.
Jilka Josef, Olmütz.
Josl Hans, Troppau.
Josl Marie, Troppau.
Jungbauer Josef, Teplitz-Schönau.
Kahabka Wilhelm, Sternberg i. M.
Kahay Marie, Brünn.
Kalmar Heinrich, Bratislava.
Kas Franz, Falkenau.
Kaufmann Franz, Komotau.
Kern Karl, Teplitz-Schönau.
Kirpal Irene, Auffig a/G.
Klemenž Anna, Bodenbach.
Klier Berta, Komotau.
Kögler Franz, Bodenbach.
Köhler Alfred, Schlaggenwald.
Krejci Franz, Trautenau.
Kreisky Rudolf, Prag.
Kremser Heinrich, Teplitz-Schönau.
Krompholz Franz, Böh.-Kamnitz.
Kuplent Franz, Böh.-Budweis.
Kutschka Emil, Pivovz.
Kühnel Anton, Bilin.
Kühnel Franz, Mies.
Lahmer Viktor, Prag.
Langhammer Johann, Flußberg.
Leibl Dominik, Hradzen.
Lederer Wilhelm, Kriegern.
Leinsmer Hubert, Komotau.
Leiß Julius, Olmütz.
Leiter Nemigius, Mähr.-Schönberg.
Lippert Anton, Kleinaujezd.
Lorenz Richard, Teplitz-Schönau.
Lorenz Wenzel, Karlsbad.
Lorenz Emilie, Gartz.
Löw Dominik, Drahowitz.
Löwe Franz, Teplitz-Schönau.

Buz Marie, Braunau.
Macoun Franz, Reichenberg.
Mader Wenzel, Neudek.
Maier Anna, Sternberg i. Mähr.
Malcher Max, Mähr.-Schönberg.
Materna Josef, Teplitz-Schönau.
Maul Hedwig, Ober-Altstadt.
Mayant Franz, Reichenberg.
Merkel Josef, Ruppertsdorf.
Michel Franz, Böhm.-Ramnitz.
Müller Alois, Tachau.
Müller Ferdinand, Teplitz-Schönau.
Müller Heinrich, Auffig a/G.
Müller Josef, Eger.
Nießner Wilhelm, Prag.
Nitschmann Heinrich, Neu-Titschein.
Noby Wilhelm, Eger.
Ondřejka Max, Freiwaldau.
Pazelt Johann, Teplitz-Schönau.
Paul Ernst, Prag.
Paul Elise, Dux.
Perthen Anna, Bodenbach.
Pipal Edmund, Brünn.
Počapka Josef, Auffig a/G.
Pohl Adolf, Turn-Teplitz.
Polach Johann, Prof., Brünn.
Pollak Friedrich Dr., Leitmeritz.
Pözl Leopold, Auffig a/G.
Pösel Franz, Würbenthal.
Preibisch R., Prag.
Püschel N., Drahowitz.
Rambauke Ernst Otto, Braunau.
Rehwald Franz, Teplitz-Schönau.
Rehál Josef, Schludenan.
Rehál Marie, Schludenan.
Richter Ernst, Tetschen.
Richter Marie, Schlackenwert.
Roscher Anton, Reichenberg.
Rückl Rudolf, Teplitz-Schönau.
Sacher Anton, Karlsbad.
Sacher Barbara, Karlsbad.
Sattler Ernst, Karlsbad.
Seemann Elise, Teplitz-Schönau.
Seidel Franz, Braunau.
Spiegel Anton, Auffig a/G.
Sommer Georg, Plan.
Smoboda Josef, Teplitz-Schönau.
Schack Betty, Eger.
Schäfer Anton, Reichenberg.
Schäfer Elise, Reichenberg.
Schäffelhofer Anton, Karlsbad.
Schaffer Moriz, Mähr.-Trübau.
Schaffer Gusti, Karlsbad.
Schweichhart Josef, Bodenbach.

Schmidt Adolf, Teplitz-Schönau.
Schiller Josef, Auffig a/G.
Schimmel Ferry, Prag.
Schloßnick Hieronymus, Sternberg.
Schloßnick Johann, Neu-Titschein.
Schmidtkung Anton, Graslitz.
Schneider Wenzel, Dux.
Schönfelder Josef, Kreibitz.
Schönfelder Richard, Prag.
Schramet Josef, Brünn.
Schreyer Alfred, Falkenau.
Schröpfer Josef, Aßch.
Schubert Karl, Oberleutensdorf.
Schulz Otto, Neudek.
Schuster Karl, Karlsbad.
Schweizer Gustav Prof., Brünn.
Stanek Adalbert, Brüx.
Stark Adolf Dr., Mies.
Stark Franz Karl, Mies.
Stefan Julie, Joachimsthal.
Stohwasser Oskar, Altroslau.
Strauß Emil Dr., Prag.
Strobl Josef, Arnau.
Taub Siegfried, Prag.
Tautermann Heinrich, Raaden.
Tiz Stefan, Troppau.
Tiz Josef, Staab.
Tichy Wenzel, Chotěschau.
Tippelt Alois, Lampersdorf.
Trenl Franz, Landskron.
Trenka Johann, Jägerndorf.
Thll Jda, Politz.
Uhl Johann, Dux.
Ullmann Johann, Neuhammer.
Unger Adolf, Trautenau.
Urbanek Fritz, Znaim.
Vorbach Ehrenfried, Reichenberg.
Wagner Wilhelm, Bilin.
Wahlich Anna, Graslitz.
Wellan Mathias, Brünn.
Wessely Ignaz, Lundenburg.
Wiener Robert Dr., Prag.
Wildner Robert, Platzsch.
Witte de Eugen, Karlsbad.
Wondrak Heinrich, Karlsbad.
Wondrejč Adolf, Bodenbach.
Wölflik Bernard, Meierhöfen.
Wunderlich Emil, Graslitz.
Zdrážil Johann, Brünn.
Zimmer Marie, Böhm.-Ramnitz.
Zimmerhadel Josef, Hainspach.
Zinner Josef, Falkenau.
Ziška Josefa, Sternberg.
Ziška Rudolf, Sternberg.



Dr. FRITZ ADLER,
Sekretär der sozialistischen Arbeiter-Internationale in Zürich



Senator LOUIS DE BROUCKÈRE,
Vorsitzender der sozialistischen Hochschule in Brüssel,
Vertreter Belgiens im Völkerbund,
Mitglied der Exekutive der sozialistischen Arbeiter-Internationale



Senator Dr. FRANZ SOUKUP,
Mitglied der Exekutive der sozialistischen Arbeiter-Internationale

000000

SEMINÁŘ
Historie



KNIHOVNA
oddělení

ÚK PrF MU



3129S08566